3 1761 04220 9122

Presented to

The University of Toronto Library

from the Books of

Professor Velyien Ewart Henderson
M.A., M.B., F.R.S.C.
(1877-1945)

For many years Chairman of
the Library Committee of
the Faculty of Medicine

Paul Samassa

Der Völkerstreit im Habsburgerstaat

Doch ach! Was hilft dem Menschengeist Verstand,
Dem Herzen Güte, Willigkeit der Hand,
Wenn's fieberhaft durchaus im Staate wütet,
Und Übel sich in Übeln überbrütet.

Goethe, Faust II.

1.—2. Tausend.

475288
1.6.48

Leipzig
Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung
Theodor Weicher.
1910.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

Vorwort.

Mehr als zwanzig Jahre sind es her, seit ich zum ersten Male im Deutschen Reich längeren Aufenthalt nahm. Von einer deutschösterreichischen Hochschule, an der die nationalen Kämpfe die Studentenschaft mitten in das politische Treiben hineinwirbelten, kam ich in das Idyll einer kleineren deutschen Universität, wo das gute Bier und die hübschen Mädchen die viele Zeit ausfüllten, die das Studium übrig ließ. Von all dem, was das Herz des jungen Deutschösterreichers leidenschaftlich bewegte, drang auch nicht der leiseste Wellenschlag in diese Umgebung. Man hatte kaum von den Kämpfen des österreichischen Deutschtums gehört, nur etwa so, wie von den Völkern, die fern in der Türkei aufeinanderschlagen. Brennend heiß stieg damals der Wunsch in mir auf, in einer Schrift die Lauen aufzurütteln, die Bedrängnis des deutschen Stammes in Österreich zu schildern, heftige Anklagen gegen die Unterdrücker des Deutschtums im Donaustaat zu schleudern, das ganze deutsche Volk zur Hilfe aufzurufen in dem Kampfe, der in meiner Heimat für dessen Belange geführt wurde.

Die Schrift blieb ungeschrieben; sie hätte nichts erreicht. Mit dem Schrei der Leidenschaft ist es hier nicht getan. Ich habe ihn seitdem häufig von Landsleuten, politischen und nationalen Führern der Deutschen Österreichs gehört, echt und vom Herzen kommend, mitunter auch unecht und angelernt, vor einer Zuhörerschaft, die für die deutschen Kämpfe in Österreich ein warmes Herz hatte und den Rednern zujubelte. Aber die Wirkung war meist wenig nachhaltig; man staunte die Redner ob ihrer Beredsamkeit und ihres Feuers an; fast erschienen sie in der kühleren politischen Luft des Reichs wie ein seltsames Phänomen. Desto größer schien mir bei vielen, denen es ernst war mit der Teilnahme an den Schicksalen der Deutschen Österreichs, die Verständnis hatten für deren Rückwirkungen auf die Zukunft des ganzen deutschen Volkes, das Bedürfnis, sich über die Verhältnisse dort zu belehren. In politischen Dingen geht der sicherste Weg zum Herzen durch den Kopf. Und sonderbar, während es in englischer und französischer Sprache eine umfangreiche Literatur über das „österreichische Problem" gibt, besitzen wir nicht ein deutsches Buch, kaum eine umfangreichere Broschüre, die dem politisch gebildeten Leser eine zusammenhängende Darstellung der Verhältnisse und Tatsachen gäbe, die für Sein und Zukunft der Donaumonarchie von entscheidender Bedeutung sind. Und dieser Staat ist für uns schließlich doch noch mehr als der Nachbar, mit dem wir Tür an Tür wohnen.

Diese Lücke auszufüllen ist der Zweck des vorliegenden Buches. Es soll kein wissenschaftliches Werk sein; ich bin weder Historiker noch Nationalökonom, habe mich aber auf anderen wissenschaftlichen Gebieten genügend betätigt, um zu wissen, was Wissenschaft fordern darf. Aber vielleicht hat meine naturwissenschaftliche Vorbildung mir den Blick für die Erscheinungen des Völkerlebens doch etwas geschärft, und unter Umständen mag es seinen Nutzen haben, wenn ein politisches Zeitgemälde nicht allzusehr mit historischen Erinnerungen beschwert ist; denn nicht alles findet sein Seitenstück in der Vergangenheit. Ich habe den Wunsch gehabt, die Dinge vorurteilslos zu sehen, was freilich nicht bedeuten soll, daß ich auch nur den Versuch gemacht hätte, mich außerhalb meiner Volksgemeinschaft zu stellen und den nationalen Kampf von der vielberufenen „höheren Warte" aus zu betrachten. Ich habe mich nur nach Möglichkeit bemüht, die aus Geschichte oder Naturrecht abgeleiteten „Rechte" der Völker, die in dem mit mehr advokatorischen Mitteln geführten Tageskampf eine so große Rolle spielen, auf den bescheidenen Platz zu verweisen, der ihnen im Verhältnis zu den wirklichen Triebfedern des nationalen Kampfes gebührt, der lediglich ein Machtkampf ist, eine Betätigungsform des Kampfes ums Dasein.

Ist dieses Buch in erster Linie zur Aufklärung einer reichsdeutschen Leserschaft bestimmt, deren Bedürfnisse ich aus politischer und publizistischer Tätigkeit zu kennen glaube, so sei damit nicht gesagt, daß ich ihm nicht auch unter meinen Volksgenossen in Österreich-Ungarn Verbreitung wünsche. Vielleicht sagt es ihnen nicht viel Neues; vielleicht wird es mir auch den Vorwurf eintragen, daß ich den Verhältnissen meiner Heimat durch zu langen Aufenthalt im Reich entfremdet sei und die Dinge dort zu kühl akademisch, in vielem zu optimistisch betrachte. Bei näherer Prüfung wird sich möglicherweise herausstellen, daß solch ein Urteil parteimäßiger Befangenheit entspringt. Ich habe die Verbindung mit meiner Heimat stets lebendig erhalten, ein Bedürfnis, mich in meinem Urteil einer Parteibeengung zu unterwerfen, habe ich jedoch nie empfunden. Die Parteigliederung ist gewiß eine notwendige Organisation für den politischen Kampf; die Partei sollte jedoch nur ein Mittel sein, die Unzulänglichkeit alles Menschlichen bringt es freilich mit sich, daß sie häufig zum Selbstzweck wird und die Kampffront, die dem gemeinsamen Gegner zugewandt sein sollte, sich gegen die benachbarten Bataillone hin verschiebt. Vielleicht kann dieses Buch ein wenig dazu beitragen, diese Nachteile des Parteiwesens zu mildern; denn es darf wohl für sich in Anspruch nehmen, aus warmen Herzen geschrieben zu sein, um durch Vertiefung des Verständnisses für die nationalen Kämpfe im Donaustaat dem österreichischen Deutschtum neue Freunde und Helfer zu gewinnen.

Halensee bei Berlin, im Februar 1910.

Paul Samassa.

I.

Der Habsburgerstaat und seine Völker.

Das 19. Jahrhundert sah in Europa zwei Nationalstaaten entstehen: nach jahrhundertelangen Mühen findet Deutschland eine staatliche Form, die dem deutschen Volke endlich gestattet, sich seinen Anlagen und der Höhe seiner kulturellen Entwicklung entsprechend unter den Völkern zur Geltung zu bringen; und eine parallele Entwicklung nimmt die Geschichte Italiens. Der deutsche und der italienische Einheitskampf bilden den Hauptinhalt der europäischen Geschichte des vergangenen Jahrhunderts und geben ihr einen heroischen Zug. Während wir in Europa mit der Neugestaltung unsrer Landkarte ausreichend beschäftigt sind, wächst sich über dem großen Wasser ein neues lebenskräftiges Staatswesen angelsächsisch-germanischer Artung zur Weltmacht aus, und England baut sich ein Weltreich von imponierender Großartigkeit auf. In diesen Bildungen spiegelt sich der große Zug unsrer Zeit, sie erscheinen uns als zeitgemäß und modern. Wenden wir uns nun dem Habsburgerstaate an der Donau zu, der die europäischen Einheitskämpfe gewissermaßen als Advokatus Diaboli mit seinem erbitterten, wenn auch ohnmächtigen Widerstande begleitet hat, messen wir dieses Österreich, dessen Dynastie in ihren Vorfahren einst das Weltimperium Karls V. zu ihren Füßen gesehen hat, an dieser Entwicklung, so drängt sich uns die Frage auf, ob dieser Staat nicht an sich eine Anomalie, eine überlebte Staatsform in unsrer Zeit darstellt.

Dieser Eindruck wird verstärkt, wenn wir dem politischen Leben der österreichisch-ungarischen Monarchie unsre Aufmerksamkeit zuwenden; es scheint wie ein Kampf aller gegen alle. Ungarn steht gegen Österreich, das alte Ideal der völligen ungarischen Selbständigkeit strebt nach Verwirklichung. Zehn Jahre hat es gedauert, bis eine leidliche Ordnung des Verhältnisses der beiden Staaten für die Frist von weiteren zehn Jahren zustande kam; sie soll von ungarischer Seite genützt werden, um die völlige Trennung vorzubereiten. In Österreich ist man des ewigen Haders längst schon müde, und selbst die Kreise der Industrie, die am Fortbestande der gegenwärtigen Zollgemeinschaft noch am meisten interessiert erscheinen, haben sich mit dem Gedanken abgefunden, daß, was nun doch einmal kommen muß, bald kommen

möge, um der lähmenden Ungewißheit einmal ein Ende zu machen. Aber auch im Bereich der Stefanskrone selbst fehlt es nicht an widerstrebenden Kräften; mit demselben Fluch, der das Verhältnis Österreichs zu Ungarn belastet — daß man die Regelung des Verhältnisses der beiden Staaten so vornahm, wie man ein Provisorium regelt, — ist auch das Verhältnis Ungarns zu Kroatien belastet. Auch dort ging die Nachlässigkeit beim Abschluß grundlegender Staatsverträge so weit, daß der Text der magyarischen und der kroatischen Fassung nicht einmal übereinstimmen. Die Stellung Fiumes blieb in der Schwebe, Dalmatien blieb „provisorisch" bei Österreich — der ganze Zusammenhang der Monarchie hängt an Verträgen, die von den Vertragschließenden nicht nur heftigst bekämpft, sondern sogar in ihrer Rechtsverbindlichkeit angezweifelt werden.

Der tiefere Grund dieses Streites beruht in den nationalen Gegensätzen; der Magyare nährt tiefen Haß gegen den Deutschen, der für ihn den verhaßten österreichischen Zentralismus verkörpert, der Kroate ist von Mißtrauen gegen den Magyaren erfüllt, der ihm seine Sprache aufzwingen will. Die Magyaren bilden in Ungarn nur eine Minderheit und halten die Bestrebungen der nichtmagyarischen Völker mit Gewalt und Korruption nieder. Kein Wunder, daß sich diese Völker mit der Neuaufrichtung des ungarischen Staates nicht befreunden können, daß die einen den Zustand herbeiwünschen, wie er vor dem Jahre 1866 bestand, die anderen sehnsüchtig zu den Volksgenossen jenseits der Grenze sehen.

Aber auch in Österreich begegnet uns kaum ein andres Bild; der Tscheche sucht die bestehende Verfassung durch eine föderalistische zu ersetzen, in deren Rahmen die Herrlichkeit des Königreichs Böhmen im Verein mit Mähren und Schlesien neu erstehen soll. Die Polen lassen nicht ab von dem alten Traume der Wiedererrichtung eines selbständigen polnischen Reichs, die Deutschen denken an ein Wiederanknüpfen der Bande, die sie vor dem Jahre 1866 mit den Volksgenossen im Deutschen Reiche verbunden haben. Im Süden entfaltet die italienische Irredenta ihr Banner; das Werk der italienischen Einigung erscheint ihr noch nicht vollkommen, wenn nicht Triest und das Trentino, Istrien und womöglich Dalmatien dem einigen Königreiche einverleibt sind; diesem Zukunftsbild setzen nun wieder die Winden (Slowenen)*) den Traum eines Königreichs Illyrien entgegen, in dem Winden

*) Ich gebrauche hier und im folgenden die Bezeichnung Winden für dieses slawische Volk, weil es die in der deutschen Sprache seit Jahrhunderten übliche Bezeichnung ist, die erst in den letzten Jahrzehnten durch die amtliche Bezeichnung „Slowenen" verdrängt worden ist. Mit diesen amtlichen Bezeichnungen ist es eine eigene Sache: im amtlichen Deutsch heißen die Tschechen bekanntlich „Böhmen" und diese Bezeichnung ist für sie schon das halbe staatsrechtliche und nationale Programm, da sie andeuten soll, daß sie das einzige in Böhmen bodenständige und berechtigte Volk sind. Die Slowenen wiederum

und Kroaten gemeinsam dem „deutschen Drang" nach der Adria den Weg versperren, wodurch aber auch den Italienern ein erwünschter Bissen weggeschnappt werden soll. Deutsche, Italiener, Polen, Rumänen, Serben, Ruthenen haben einen großen, meist sogar den größten Teil ihrer Volksgenossen außerhalb der schwarzgelben Grenzpfähle wohnen; nur den Magyaren, Tschechen und Winden beschließt sich ihr Schicksal innerhalb der Grenzen des Donaureichs.

Das sind die Lebensäußerungen, die dem Auslande bemerkbar werden; der Staat selbst scheint ein willenloses Spiel dieser Kräfte, die im wesentlichen gegen seine Existenz gerichtet sind. Was Wunder, daß er den Eindruck der Auflösung und Zersetzung macht; Napoleon III. bezeichnet ihn als einen „Kadaver", mit dem man sich nicht verbündet, Gladstone sprach von ihm in den verächtlichsten Ausdrücken; eine ganze Literatur in allen Sprachen beschäftigt sich mit der Frage, was aus ihm nach dem Ableben des greisen Kaisers Franz Josef werden soll. Auf einmal wird die Welt durch eine Lebensäußerung dieses Staates überrascht, wie die Annexion Bosniens im Herbst 1908. An sich war so ungeheures dabei nicht geschehen; an einen ernsthaften Widerstand der Türkei war nicht zu denken; gegen Serbien wurde mobilisiert, und daß Österreich dieses Gegners Herr werden würde, konnte man wohl annehmen, auch wenn man die Vitalität des Staates recht gering einschätzte. Einige Zwischenfälle ergaben sich mit tschechischen Soldaten und radikale slawische Parteien fielen der Politik des Landes in den Rücken. Aber ein Krieg mit drei Fronten lag immerhin im Bereich der Möglichkeit; und man war erstaunt über den Gleichmut, mit dem die Staatsleitung auch dieser Möglichkeit gegenüberstand, ohne Ruhe und Festigkeit zu verlieren. Aus dem modernen Österreich, dem Spielball nationaler Leidenschaften, tauchte wieder das geschichtlich gewordene empor, an dessen Existenz man kaum mehr glauben wollte. Man forscht nach dem Geheimnisse der Lebenskraft dieses „zusammengeheirateten" Staates; es lohnt wohl, erhaltende und zerstörende Kräfte im politischen Getriebe dieses Staates einmal gegeneinander abzuwägen.

Zunächst ein Wort über die nationale Bewegung, die heute den gefährlichen Sprengstoff im Gefüge der Donaumonarchie darstellt. Gewiß ist das Nationalgefühl nicht eine Erfindung der jüngsten Zeit oder des letzten Jahrhunderts, wo wir es in Österreich so wirksam in Tätigkeit finden. Es

verlangen mit ihrem eigenen slawischen Namen bezeichnet zu werden, weil in diesem ihre Zugehörigkeit zur slawischen Völkerfamilie besser zum Ausdruck kommt und sie sich dadurch über ihre bescheidene Zahl herausgehoben fühlen. — Mag eine österreichische Regierung sich veranlaßt sehen, diesen Wünschen zu entsprechen, so kann dies doch kein Grund für das deutsche Volk sein, einen berechtigten und seit Jahrhunderten gebräuchlichen Namen diesen Ansprüchen zu opfern.

ist einer der primitivsten Instinkte der Menschen, daß er sich zu seinesgleichen, zu Menschen gleicher Abstammung und gleicher Sprache hingezogen fühlt, und der Fremde ihm schlechthin als Feind, als „Barbar", wie es der Grieche ausdrückte, erscheint. Freilich bewegt sich dieses Gefühl der Gemeinsamkeit zunächst in engeren Grenzen, es beschränkt sich auf die Horde, den Stamm, und die Geschichte fast aller Nationalstaaten zeigt uns, wie zunächst das partikulare Stammesgefühl der Zusammenfassung zu größerer Einheit in der Nation entgegenwirkt. Zu dieser Zusammenfassung ist es bei den Völkern Österreichs wohl gekommen, zu einer nationalen Staatenbildung hat sie nicht geführt. Die Stellung zum Staate aber, der naturgemäß dem Drange nach national-staatlicher Bildung keine Befriedigung gewähren kann, ist von Fall zu Fall verschieden. Man könnte nun die daraus entstehenden Probleme einfach mit dem Hinweise abtun, daß die Völker Österreichs seit mehr als einem Jahrtausende annähernd in denselben Grenzen wohnen und der Habsburgerstaat seit vier Jahrhunderten etwa in demselben Umfange wie heute bestehe und damit erwiesen sei, daß die Verschiedenheit der Völker und ihre nationalen Bestrebungen kein Hindernis für den Bestand des Staates bilden. Man würde dabei übersehen, daß das zweifellos stets vorhandene Nationalgefühl der einzelnen Völker nicht stets in derselben Stärke und — was das wichtigste ist — in derselben Möglichkeit äußerer Betätigung vorhanden war. Gerade in dieser Beziehung ist es nicht schwer, die Faktoren nachzuweisen, die die Lage in den letzten hundert Jahren so von Grund aus verändert haben. Das Fortschreiten demokratischer Ideen und ihr wachsender Einfluß auf die Gestaltung staatlichen Lebens verbreitert naturgemäß die Schicht, die sich am politischen Leben beteiligt; und bringen diese Massen den nationalen Gedanken in die Politik hinein, so wird er auch zugleich zu einem Politikum ersten Ranges. Durch die Zunahme der allgemeinen Bildung und die Steigerung der Verkehrsmöglichkeit wird natürlich innerhalb jedes Volks die Zahl der Individuen vermehrt, die für die nationale Betätigung herangezogen werden kann. Die Nation wird auch innerhalb des Staatskörpers zu einem Individuum höherer Ordnung; wo es früher nur eine Masse einzelner Untertanen gleicher Sprache gab, besteht heute eine Organisation, die bewußt auf Erringung von Rechten und Vorteilen für alle ihre Angehörigen hinarbeitet. Wie nun einerseits die zunehmende Demokratisierung des politischen Lebens von jenen geistigen Bewegungen den Ausgangspunkt nimmt, die zunächst zur französischen Revolution führten, so ist auch das Recht der Nationalität, das die Völker fordern, ein später Enkel des Naturrechts; ja man kann hier sogar jene weiteren Folgerungen gezogen sehen, die die Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Rechte der Person am Staat gezogen hat, und die sich auf die kürzeste Formel bringen lassen: nicht jedem das Seine, sondern jedem das Gleiche. Ergibt sich hier

das Absurde dieser Forderung ohne weiteres, so ist dies in der weiteren Anwendung auf die Rechte ganzer Völker nicht im gleichen Maße der Fall, weil man da, insbesondere wenn man einigermaßen weit vom Schuß sitzt, den Sachverhalt nicht ebenso zu überdenken gewohnt ist, wie dort, wo schließlich die Interessen der eigenen Person unmittelbar in Frage kommen. Während nun niemand, der in dem Gedankenkreis unsrer bürgerlichen Gesellschaft zu denken gewohnt ist, daran zweifelt, daß erworbener wie ererbter Besitz kein Diebstahl ist, daß unbeschadet der Gleichheit vor dem Gesetz doch der Mensch, der sich im Besitz von größerem Wissen oder materiellen Gütern befindet, mit Recht in der Lage ist, größere Macht auszuüben, ist die Anwendbarkeit dieser Sätze auf das Völkerleben vielen nicht in gleichem Maße klar. Aber auch hier gibt es von den Vätern erworbenes rechtmäßiges Eigentum, auch hier muß das Volk, das an Zahl stärker, kulturell und wirtschaftlich reicher ist, notwendigerweise auch mehr Macht ausüben. Die Gleichheit der Völker wird daher angesichts des tatsächlichen Sachverhalts zur unerfüllbaren Utopie und eine Lösung der Frage im Wege gegenseitigen Übereinkommens zur Unmöglichkeit, weil ein lebenskräftiges Volk so wenig freiwillig auf seinen erworbenen Besitz verzichten kann, wie darauf, ihn zu erweitern und zu vergrößern. Das einzelne Individuum kann sich unter dem Einfluß ethischer Motive altruistisch seines erworbenen Besitzes entäußern; unsere ganze Gesellschaftsordnung ist freilich berechtigterweise auf dem viel ursprünglicheren Instinkt des Egoismus und der Selbstbehauptung aufgebaut. Ein Volk als Ganzes kann das niemals, ohne Selbstmord zu begehen; und ihm kommen nicht nur die egoistischen Instinkte seiner Glieder zugute, die sich durch das Gedeihen des Volksganzen gefördert sehen, sondern auch die altruistischen Bestrebungen derer, die ihre Sonderinteressen dem Wohle des Volkes zum Opfer bringen.

Der Kampf der Völker, die sich als Individualitäten höherer Ordnung gegenüber stehen, ist die Grundlage allen menschlichen Fortschritts, ebenso wie in der ganzen belebten Natur der Kampf ums Dasein zwischen Individuen und Arten eine wichtige Voraussetzung aller Entwicklung bildet. Und wenn man selbst die Hoffnung derer teilen wollte, die glauben, der Mensch würde dereinst dieses Naturgesetz bezwingen, es würde die Zeit kommen, wo das Kriegsbeil zwischen den Völkern begraben, aller Völkerstreit beseitigt, die ganze Menschheit eine Herde mit einem Hirten ist, so kann dies auf die nachfolgenden Betrachtungen, die sich an gegebene Tatsachen zu halten haben, keinen Einfluß haben.

Wie der einzelne Mensch das Produkt seiner ererbten Anlagen, seiner Erziehung und der Einwirkungen seiner Umgebung ist, so ein Volk das Resultat seiner rassenmäßigen Veranlagung und seiner Geschichte. Ich will hier nicht die Grundlagen der Rassentheorie erörtern; insbesondere nicht

den banalen Einwand, daß es keine reinrassigen Völker gäbe und bei dem Durcheinanderfluten so vieler Völker, wie im Donaustaat, tatsächlich zahlreiche Vermischungen stattgefunden haben müssen. Natürlich kommt es darauf nicht im geringsten an; ein Volk kann durch die Mischung verschiedener Rassen entstehen; und wenn es dann durch geographische Verhältnisse oder durch die auf starkem Nationalgefühl beruhende Ausschließung fremder Elemente zu mehr weniger starker Inzucht innerhalb seiner eigenen Grenzen gelangt, so bildet sich eben eine neue Rasse. Im übrigen sind die Rasseneigenschaften eines Volkes einfach eine empirische Tatsache; man kann nachweisen, daß die Gesamtheit eines Volkes sich in bestimmten Lagen anders benimmt, als ein andres Volk von andrer rassenmäßiger Zusammensetzung. Gewisse Erscheinungen komplizieren freilich das Problem. Zunächst kann man gerade bei willensschwächeren Völkern die Beobachtung machen, daß sie im hohen Maße unter dem Einfluß einer fremdnationalen Umgebung stehen; ein gutes Beispiel bietet hierfür das Verhalten der Neger in den Vereinigten Staaten, wo sie in einigen Nordstaaten, in denen sie in verhältnismäßig geringer Zahl dem Einfluß einer weißen Umgebung ausgesetzt sind, einen recht ansehnlichen Grad von Kultur erreicht haben, während andrerseits das Schicksal der Negerrepubliken Haiti und San Domingo zeigt, wie rasch der Firnis europäischer Kultur abfällt, sobald die mindere Rasse wieder völlig sich selbst überlassen ist. Manche Eigenschaften eines Volkes erklären sich aus gewissen äußeren Lebensbedingungen; so kann man bei Völkern durchaus verschiedener rassenmäßiger Zusammensetzung übereinstimmende Züge finden, die im wesentlichen auf den verhältnismäßig jungen Besitz von Kultur und politischer Geltung zurückzuführen sind; man könnte dies den parvenühaften Zug dieser Völker nennen. Aus den rassenhaft überkommenen und aus den durch äußere Verhältnisse und Umgebung erworbenen Zügen setzt sich der eigenartige Charakter eines Volkes zusammen. Dem, was der einzelne an Vermögen oder an sozialer Stellung erbt, ist das vergleichbar, was jedes Volk durch seine Zahl, seine Kultur, durch seinen wirtschaftlichen Besitz und durch seine geschichtlichen Leistungen gilt. Je inniger der Zusammenschluß eines Volkes zum Zwecke der Erreichung gemeinsamer Ziele ist, je mehr sich jedes Glied der betreffenden Volksgemeinschaft für diese Ziele einsetzt, desto mehr ist der Vergleich der Völker mit Individuen und den Erscheinungen des sozialen Lebens zulässig. Und wie unter den Mitgliedern einer Gesellschaft Wettbewerb herrscht, wie dort Reiche und Arme, Begabte und Unbegabte, Starke und Schwache um Macht, Einfluß und Geltung kämpfen, wie sich zwar da Besitzverhältnisse wohl verschieben, die Dinge sich aber niemals auf die Dauer dermaßen auf den Kopf stellen lassen, daß die Besitzer von Intelligenz und Vermögen ihren Einfluß an die rohe Gewalt abgeben müßten — weil die, die darüber verfügen, sie

alsbald gegeneinander kehren — so gibt es ähnliche Erscheinungen in den Beziehungen der Völker.

Dieser Kampf bildet den wesentlichen Inhalt menschlicher Geschichte; aber während die Völker sonst meist in Staaten organisiert sind, die diesen Kampf im äußersten Falle mit den Mitteln des Krieges austragen, handelt es sich hier um Völker, die in einem und demselben Staate zusammenleben, unter dem Zepter einer und derselben Dynastie. Das gibt dem Nationalitätenkampfe in Österreich-Ungarn seinen eigenartigen Charakter, gestaltet das Problem so schwierig und interessant. Im Sinne eines „billigen Ausgleichs" ist die Lösung der österreichischen Nationalitätenfrage nicht möglich; das geht zur Not in dem kleinen Rahmen staatlicher Verhältnisse in der Schweiz zwischen Völkern, die auf annähernd gleicher Kulturstufe stehen. Die Frage steht vielmehr so, ob der Völkerstreit in eine Form gebracht werden kann, die die Existenz des Staates nicht bedroht. Das wäre denkbar bei einem Ausbalancieren der wirklichen nationalen Machtverhältnisse, wobei jedem annähernd das Seine gegeben wird, und der Staat seine Kräfte für diesen Gleichgewichtszustand einsetzt; dann läßt sich der Kampf vielleicht auf Gebiete übertragen, von denen der Staat in seinen wichtigsten Lebensfragen weniger berührt wird. Um sich darüber ein Urteil zu bilden, ist es nötig, die Ziele des nationalen Kampfes bei jedem der Völker der Donaumonarchie zu kennen, die Mittel, mit denen er geführt wird, die Stellung des Staates dazu und inwieweit er davon in Mitleidenschaft gezogen wird. Man darf sich hierbei nicht irreführen lassen von den Argumenten, die die nationalen Anwälte vorbringen, wie Advokaten in einem Zivilprozeß Gesetzesparagraphen; bald wird ein Anspruch mit dem „Rechte, das mit uns geboren", begründet, bald mit einem alten Pergament, das ein Machtverhältnis, das vor Jahrhunderten bestand, zum Ausdruck brachte. Von diesen Plädoyers liest im allgemeinen das zeitungslesende Publikum. Desto nötiger ist es, auf die wahren Ursachen zurückzugehen und nicht an deren äußerlichen Begleiterscheinungen haften zu bleiben.

II.

Alt-Österreich.

Wenn man sich Rechenschaft geben will von den Wandlungen, die Österreich unter dem Einfluß der nationalen Bewegung durchgemacht hat, so muß man sich ein Bild machen von jenem alten Österreich, das in diese Periode eingetreten ist und von den Wirkungen, die der österreichische Staat in seiner geschichtlich überkommenen Form auf dieses Völkergemisch, das ja stets vorhanden war, ausgeübt hat. Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, eine Geschichte Österreichs auch nur im Abriß zu geben; nur eine Schilderung der Kräfte kann in Frage kommen, die dem alten absolutistischen Staat ihr Gepräge gaben und die zum Teil, mehr als man im allgemeinen denkt, den Zusammenhalt des Staates noch heute bewirken.

Die Zeiten, wo Österreich sich bewußt als deutsche Grenzmark fühlte, sind wohl schon seit dem Aussterben der Babenberger vorüber. Vielleicht war die letzte Gelegenheit, wo das tschechische Problem im Sinne einer Germanisierung des tschechischen Volks zu lösen war, damals gegeben, als Premisl Ottokar in der Zeit des Interregnums die alte Ostmark in seinen Besitz gebracht hatte und in seinen Erblanden eine eifrige germanisatorische Tätigkeit entfaltete. Wäre er an Stelle Rudolfs von Habsburg deutscher König geworden, so hätte das Interesse seiner Dynastie das Beharren auf dieser Bahn erfordert; ihre Belange wären in denen des Deutschen Reiches aufgegangen. Prag wäre der natürliche Mittelpunkt Deutschlands geworden, dessen große kolonisatorische und politische Aufgaben im Osten lagen, ein starker Strom deutscher Zuwanderung hätte dahin stattgefunden, und vielleicht wäre dann den Tschechen das Schicksal der slawischen Stämme am unteren Laufe der Elbe bereitet worden. Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, daß durch den Sieg des Deutschen über den Tschechen auf dem Marchfelde dem Deutschtum der Ostmark vielleicht die schwerste Wunde im Verlaufe seiner Geschichte geschlagen wurde. Nun war die böhmische Dynastie wieder auf ihr Stammland beschränkt, und so oft auch die Übermacht in Böhmen zwischen dem deutschen und dem tschechischen Volke hin und her schwankte, es war doch keiner der beiden Teile im eigenen Lande stark genug, um den andern end-

gültig niederzuringen. Der nationale Kampf stand seither im Zeichen dynastischer Interessen, die in denen eines Volkes niemals restlos aufgingen. Seitdem aber nach der Schlacht von Mohacs die habsburgische Monarchie im wesentlichen in ihren gegenwärtigen Grenzen vereinigt worden war, hatte die Dynastie ein natürliches Interesse daran, dem Länderkonglomerat ein möglichst einheitliches Gepräge zu geben, und seitdem hat dieses Bedürfnis im großen und ganzen im Sinne einer Verbreitung deutscher Sprache und Kultur gewirkt.

Zunächst freilich lagen andre Sorgen näher; die Türkengefahr, die Macht der Stände in den einzelnen Ländern, die erst zugunsten der Zentralmacht gebrochen werden mußte. Der dreißigjährige Krieg bringt der Dynastie die Schöpfung Wallensteins: das österreichische stehende Heer. Und nach der Wiedereroberung Ungarns durch den Prinzen Eugen beginnt auch eine zentralisierende Verwaltungstätigkeit. Der Prinz war nicht nur der größte Feldherr, sondern auch der größte Staatsmann, den Österreich je besessen; aber so Großes er auch geleistet, zu einem Auswirken seiner Tätigkeiten kam es nicht. Als damals auf seinen Rat das von den Türken eroberte Süd-Ungarn mit deutschen Kolonisten besetzt wurde, da spielte schon jener Argwohn mit hinein, der den Habsburgern oft die besten Pläne verdarb: mit Serben und Rumänen vermischt wurden die deutschen Kolonisten angesetzt und hier im kleinen jene Politik des Gegeneinanderausspielens der verschiedenen Nationalitäten der Monarchie befolgt, die auch im größeren Maßstabe stets eine der Regierungsmaximen der Habsburger war. Im übrigen waren die Motive, die zu einer Bevorzugung des deutschen Elements führten, recht verschiedener Art: in Böhmen wirkten seit den Zeiten der Gegenreformation die Jesuiten im deutschen Sinn, weil sie im tschechischen Volk die Brutstätte des Hussitismus sahen. Und seit Maria Theresia setzen die Bemühungen, die Verwaltung des Staates einigermaßen zu zentralisieren, kraftvoller ein.

Die gemeinsame Sprache der Verwaltung konnte naturgemäß nur die deutsche sein. Nicht überall mit gleicher Wirkung; sie war stärker in Böhmen, das seit Jahrhunderten dem deutschen Kultureinfluß unterlag, schwächer in Ungarn, obwohl es zum größeren Teil nach der Befreiung vom Türkenjoch ein mit österreichischen Heeren erobertes Land war. Ganz gering war der Einfluß in Galizien, auf das der österreichische Zentralismus kaum ein Jahrhundert einwirken konnte. Es gab Zeiten stärkeren Hervortretens zentralistischer Tendenzen (unter Kaiser Josef II. und zuletzt in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts unter dem Ministerium Bach), aber in beiden Fällen war die Einwirkung zu kurz und löste durch zu raschen Übergang mehr Widerstände als nachhaltige Wirkungen aus. Die Möglichkeit, auf diese Weise einen germanisierenden Einfluß auszuüben, wird aber ziemlich

allgemein überschätzt; es hätte jahrhundertelanger rücksichtsloser und konsequenter Politik, wie im deutschen Nordosten, bedurft, um hier dauernde Resultate zu erzielen. Man bedenke, daß die preußische Sprache in Ostpreußen erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts ausstarb, trotzdem hier die Germanisierung mit der Christianisierung Hand in Hand ging, Schwert, Kreuz und Pflug gleichmäßig Arbeit verrichteten. Man hat es oft der weicheren Artung des bajuvarischen Stammes zugeschrieben, daß die deutsche Kolonisationsarbeit im Südosten nicht von gleichem Erfolge begleitet war wie dort; den wesentlichen Unterschied bildet indes der Umstand, daß der Süden altes Kulturland war, das zum Teil schon die Herrschaft der Römer getragen hatte und die Völker dort schon weit früher das Christentum angenommen hatten; daraus verboten sich die im Norden geübten Kolonisationsmethoden von selbst.

Es fehlte freilich nicht an mancher Vorarbeit deutscher Kolonisation, auf die sich der österreichische Zentralismus stützen konnte; im ganzen Osten waren die Städtegründungen das Werk von Deutschen; ungarische Könige hatten die sogenannten Siebenbürger Sachsen aus dem Rheinland in ihr Reich gerufen — „ad retinendam Coronam", wie es in dem ihnen verliehenen Freibrief hieß; später folgte die Gründung der Freistädte in der Zips durch Deutsche. Das heute polnische Krakau war eine alte deutsche Hansestadt. Durch ihre sozial gehobene Stellung wirkten die Bürger der Städte germanisierend auf die Zuwanderer; die sächsischen Städte in Siebenbürgen waren durch besondere Privilegien geschützt; das Verbot für Nichtsachsen, in ihnen Grundeigentum zu erwerben, fiel erst im Jahre 1848. Nun kam der Einfluß der Beamtenschaft und der Armee hinzu, um das Ansehen des Deutschtums zu verstärken. Aus allen Nationalitäten erhielten diese Stände Zuzug; es waren vielfach die begabtesten Elemente, die sich dem Dienste des Staates widmeten, eine Auslese der Tüchtigsten, wahrscheinlich auch vielfach des germanischen Blutes.

Bei der Vermischung des Deutschtums mit fremdem Blut muß man zwei Formen auseinanderhalten: die Aufnahme der Nichtdeutschen in die höheren sozialen Schichten, die eine Auslese der besseren Elemente bedeutet, und die wahllose Germanisierung, die dort eintritt, wo eine starke Zuwanderung proletarischer Massen in deutschen Gegenden stattfindet. Beide Prozesse sind, zum Teil allerdings abgeschwächt, noch heute in Wirksamkeit; ich erinnere an den starken Zuzug der Tschechen nach Wien und in die Industriegebiete Nordböhmens. Hier handelt es sich um Mengen, wie sie eine frühere Zeit gar nicht gekannt hat. In der Wiener Bevölkerung ist die damit verbundene Rassenverschlechterung augenscheinlich. Was die erstere Form der Germanisierung betrifft, so ist sie heute nur noch in geringem Maße wirksam; die ganze Tendenz der letzten Jahrzehnte geht darauf aus,

ihr entgegenzuarbeiten. Noch in den 50er Jahren waren die Werkzeuge der deutschen Bürokratie in Ungarn, die dort so sehr verhaßten „Bachhusaren", zum großen Teile Tschechen. Am wirksamsten ist dieser Vorgang heute noch in der Armee, obwohl auch hier eine Abnahme der germanisierenden Kraft die naturgemäße Folge des Erstarkens der nationalistischen Bewegung und des Entgegenkommens der Regierung an diese ist. In den alten Offiziersfamilien findet man jedenfalls heute zahlreiche slawische, eine geringere Zahl von magyarischen, italienischen und rumänischen Namen, deren Träger jedenfalls sprachlich, wenn auch vielfach nicht ihrem nationalen Empfinden nach, verdeutscht sind. Der Vorgang ist leicht zu erklären. Als junge Leute kamen die Angehörigen der betreffenden Volksstämme in die Kadettenschulen, sie wurden um so leichter von ihrer früheren Umgebung losgelöst, als die Rekrutierung des Nachwuchses des Offizierskorps weit demokratischer ist als etwa in Preußen und in der Umgebung eines Offizierskorps, das sich doch zu allen Zeiten überwiegend aus deutschen Kreisen ergänzte, ergab sich im Zusammenhang mit der deutschen Armeesprache die sprachliche Germanisierung von selbst.

Zwei Beispiele dessen, was der alte österreichische Zentralismus zum Teil schon in den Zeiten seines Niederganges zu leisten imstande war, bieten die Bukowina und die neuerworbenen Provinzen, Bosnien und die Herzegowina. Im Jahre 1775 war die Bukowina vom Sultan an Österreich abgetreten worden und in die Zeit des josefinischen Zentralismus fiel die Ansetzung deutscher Kolonisten in dem wenig bevölkerten Land; die liberale Ära weist mit besonderem Stolze darauf hin, wie sie insbesondere durch die Gründung der Universität in Czernowitz zur Zeit ihrer Herrschaft das Land dem deutschen Kulturkreise angeschlossen habe. Hier bot sich freilich einer tüchtigen Verwaltung ein dankbares Feld; ein Land, das von zwei sich befehdenden Völkern bewohnt wird — Ruthenen und Rumänen — die beide auf verhältnismäßig niedriger Kulturstufe stehen und von denen keines dem Deutschtum direkt feindlich gesinnt ist, bot der österreichischen Bürokratie gute Gelegenheit, sich bei beiden Völkern als Schiedsrichter in Ansehen zu setzen und dem Lande selbst die ihm so nötige westliche Kultur zu vermitteln. Die zahlreich vorhandenen Juden schlossen sich dem herrschenden Deutschtum an, 20 % der Bevölkerung bekennen sich heute zur deutschen Umgangssprache, und die bevorzugte Stellung des Deutschtums wie die deutsche Sprache der Verwaltung ist auch heute noch kaum angefochten. Die Dauerhaftigkeit dieses Kulturwerks darf man freilich auch nicht überschätzen; eine glückliche politische Konstellation hat es bis zum heutigen Tage zu einer Notwendigkeit gemacht, an den bestehenden Verhältnissen nicht zu rühren; fände darin einmal eine Veränderung statt, käme z. B. die Provinz unter die Herrschaft der Polen Galiziens, so wäre wohl bald das Deutsch-

tum zum größten Teile weggefegt und höchstens die deutschen bäuerlichen Siedelungen könnten noch einige Zeit von dem hier geschaffenen Werke der Germanisierung Zeugnis ablegen.

In die Ausgangsperiode des Zentralismus fällt endlich die Einrichtung der österreichischen Verwaltung in den Österreich im Berliner Kongreß „zur Okkupation und Verwaltung" zugewiesenen türkischen Provinzen, Bosnien und Herzegowina, die im Herbst 1908 zum dauernden Besitze der Monarchie wurden. Es war gewissermaßen das eingefrorene Lied des Postillons, ein verspätetes Werk im Geiste Prinz Eugens. Was hätte hier geschaffen werden können! Aber alle politischen Bestrebungen der Zeit standen einer großzügigen Inangriffnahme der hier gestellten Aufgaben entgegen. Die Erwerbung der Okkupationsländer war der äußere Anlaß zum Sturz der deutschliberalen Herrschaft gewesen; nun mußte der altösterreichische Zentralismus gewissermaßen faute de mieux die Aufgabe übernehmen, weil irgendeine andre Verwaltung — etwa die ungarische oder kroatische Regierung — dazu nicht im entferntesten befähigt war, und es sich doch um eine Sache handelte, bei der das europäische Ansehen des Reiches auf dem Spiele stand. So gab die österreichische Bürokratie die Beamten ab — nicht gerade eine Auslese der besten, weit eher eine solche der entbehrlichsten und verschuldetsten; und obwohl an Hemmungen kein Mangel war, gar bald das Herrschbedürfnis der Magyaren sich hier maßgebenden Einfluß sicherte und heute die einheimische Bevölkerung schon im weitestgehenden Maße zur Verwaltung des Landes herangezogen ist, ist die Leistung, die hier von dem alten Österreich gewissermaßen noch in seiner Abschiedsstunde geschaffen wurde, sehr anerkennenswert. Nun ist das Land mit einer Verfassung und einem Landtage beglückt, der sich gar bald als eine der Stätten entpuppen wird, von denen aus südslavische Politik gegen Österreich gemacht werden wird. Die österreichische Beamtenschaft räumt das Feld; ihre Leistungen werden bald nur mehr eine geschichtliche Erinnerung sein, und aus ihrem Fehlen wird man erst erkennen, wie nötig sie als Verbindungsglied zwischen dem neuerworbenen Lande und der Monarchie war.

Was der deutsche Zentralismus in der Vergangenheit zur Festigung des Zusammenhalts der Monarchie geleistet hat, kann nicht leicht überschätzt werden. Vielfach geschieht dies aber in bezug auf seine Rückwirkungen auf die nationale Stellung des Deutschtums im Verhältnis zu seinen slawischen Gegnern. Denn dieser Zentralismus ist die weithin sichtbare, jedem bekannte Fassade; jedes Stück, das vom Mauerwerk hier fehlt, wird leicht bemerkt und als schwerer Verlust nicht nur für den Staat, sondern auch für das Deutschtum gebucht, — und dabei, was vielleicht wichtiger ist, ein weniger sichtbarer Schaden übersehen, der in seinen Folgen das deutsche Volkstum doch viel schwerer treffen muß. So wenig natürlich auch der

Einfluß der Stellungnahme des Staates auf die nationalen Existenzbedingungen des deutschen Volkes unterschätzt werden darf, so ist hier doch sorgfältige Prüfung der Wirkungen und Wirkungsmöglichkeiten am Platze. Die führenden Kreise der Gesellschaft sind beständig der Erneuerung aus den unteren sozialen Schichten bedürftig; wie wir heute durch eingehende Untersuchungen wissen, verbraucht sich eine städtische Bevölkerung in wenigen Generationen. Das lediglich durch die Einwirkung der Regierungsgewalt gehaltene Deutschtum konnte die Entziehung dieser Unterstützung nur kurze Zeit überdauern. Über die praktischen Bedürfnisse der Staatsverwaltung hinaus in bewußter Weise zu germanisieren, kam aber der Dynastie höchstens vorübergehend in den Sinn. Eine Entnationalisierung der Tschechen etwa in der Art, wie die Kelten sie in England und Frankreich erfahren haben, wäre nur mit Hilfe von Kirche und Schule möglich gewesen. Die Interessen der Kirche versagten in dem Augenblick, wo die Tschechen wieder gründlich katholisch gemacht waren, die allgemeine Schulbildung setzte erst in einer Zeit ein, wo das nationale Bewußtsein schon zu sehr erwacht war, um in dieser Beziehung einen Erfolg zu ermöglichen; wirkt beides aber erst zusammen, dann ist die Verbreitung allgemeiner Bildung eine starke Stütze der nationalen Bewegung.

Ein Nachteil für die Deutschen war es auch, daß der staatliche Zentralismus sich nie auf eine Gesellschaftsschicht stützen konnte, die mit der Dynastie in freiwilliger Mitarbeit verbunden, sich dieser gegenüber eine gewisse selbständige Stellung bewahrt hätte, um nötigenfalls ihr Gewicht für das deutsche Volkstum in die Wagschale werfen zu können. Einen Adel im Sinne des preußischen Junkertums hat es in Österreich seit den Zeiten der Gegenreformation nicht mehr gegeben. Wohl war er noch während der Reformation in den österreichischen Erblanden vorhanden; er war der Hauptträger der Reformation in den Alpenländern und damals stärker als die Dynastie. Ein stolzes, freiheitliebendes Geschlecht; aber die Lehre Luthers von unbedingtem Gehorsam gegenüber der Obrigkeit brach ihm das Rückgrat; wären es Calviner gewesen, so hätte die österreichische Geschichte vielleicht einen andren Verlauf genommen. So wanderten gerade die tüchtigsten und nackensteifsten aus; was zurückblieb, war aber auch wirtschaftlich zu wenig stark, um losgelöst von der Macht des Staates eine so hervorragende Rolle spielen zu können, wie etwa der Landadel in Preußen. Wenn man durch die österreichischen Alpenländer fährt, so grüßen wohl von mancher Bergkuppe alte Burgen, mit deren Schönheit sich die Landhäuser des preußischen Adels nicht messen können; aber wenn man die Gegend betrachtet, so drängt sich einem auch sofort die Empfindung auf, daß die Burgenbesitzer von deren landschaftlicher Schönheit allein doch unmöglich leben können. Ackerbau in irgend erheblichem Maße läßt die Bodengestaltung nicht zu;

Viehwirtschaft schließt sich im Großbetriebe so ziemlich aus; auch fehlen hierfür die nötigen Weideflächen; Wälder wurden erst in allerjüngster Zeit rentabel, wenn sie nicht besonders günstig an Verkehrswegen gelegen waren. Der preußische Adel hatte doch am Körnerbau seinen sicheren Ertrag, der gewiß nicht Schritt hielt mit dem sinkenden Geldwert, der ihm aber doch immer einen starken wirtschaftlichen Rückhalt bot; in den österreichischen Alpenländern aber setzt mit der Ablösung der Grundlasten und mit den gesteigerten Lebensansprüchen in der zweiten Hälfe des vorigen Jahrhunderts eine fortschreitende Verarmung des alten grundbesitzenden Adels ein, dessen Nachkommen in der Bürokratie und in der Armee lediglich ihr Brot suchen müssen und nicht wie in Preußen nebenbei auch eine Stärkung der sozialen Stellung und des politischen Einflusses ihres Standes. In Tirol sind heute Schlösser billiger zu kaufen als Landhäuser bescheidener Art, wenn man es nicht einfach vorgezogen hat, sie der großen Erhaltungskosten wegen verfallen und zu malerischen Ruinen werden zu lassen. In Böhmen wiederum hat der dreißigjährige Krieg mit den Resten des eingesessenen Adels gründlich aufgeräumt. Was an seine Stelle trat, waren die Condottieri des Krieges, die weder zum deutschen noch zum tschechischen Volke in ein näheres Verhältnis traten und keine andre Überlieferung kannten, als die Wahrung ihres eigenen Vorteils. Diese Kreise schlossen sich dem Zentralismus an, so lange er für sie nützlich schien; aber mit dem Aufkommen der nationalen Bewegung bei den Tschechen suchten sie gar bald ihre wirtschaftlichen Interessen in Sicherheit zu bringen, die, bei den Besitzern von Gütern im tschechischen Sprachgebiet, darauf hinausgingen, durch Förderung der nationalen Bewegung die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den durch die Latifundienwirtschaft in weiten Landstrecken hervorgerufenen sozialen Notständen abzulenken. Hier fand der Zentralismus keinen Rückhalt, sobald man ihn oben in seiner bisherigen Form fallen gelassen hatte.

Wenn man von den Vorteilen spricht, die der Zentralismus dem Deutschtum gebracht hat, so darf man andrerseits die Nachteile nicht übersehen, die ihm daraus erwachsen sind. Der Staat hat die deutsche Sprache als seine Vermittlungssprache benutzt und sich des deutschen Volkes für seine Staatszwecke bedient; bewußt und unbewußt hat er aber den nationalen Zusammenschluß des deutschen Volkes verzögert, das Erwachen nationalen Bewußtseins verhindert und dadurch das Deutschtum in dem Augenblick wehrlos gemacht, als er in andre Bahnen einlenkte und den Zentralismus zwar nicht grundsätzlich aufgab, ihn aber doch auf Kosten des Deutschtums durch Zugeständnisse an die andren Nationalitäten aufrechtzuerhalten suchte. Die Zeit vor der französischen Revolution anerkannte nationale Rechte der Untertanen des Staates überhaupt nicht; diese galten einfach als das Eigentum des Herrschers, bei denen er selbst über so persönliche Dinge, wie die

Religion, verfügen durfte. Später erkannte Metternich nicht mit Unrecht in der nationalen Bewegung das den Ansprüchen der Dynastie gefährlichste zerstörende Ferment. In Deutschland wie in Italien hat es den Machtansprüchen der Habsburger ein Ende bereitet; und daß es so kam, zeigt ja zur Genüge, wie wenig wirksam die von Metternich angewandten Rezepte der Unterdrückung und Vorbeugung waren. Seit der Zeit der Gegenreformation war zwischen den Deutschen Österreichs und denen des Reichs eine starke Schranke in bezug auf geistigen und kulturellen Güteraustausch aufgerichtet. Die Tendenz der Regierung ging darauf aus, das österreichische Staatsgefühl an die Stelle des volklichen Zusammengehörigkeitsgefühls zu setzen; und sicherlich war dieses Bemühen in den Kreisen, die dem Staate in erster Linie dienten, in der Armee und in der Beamtenschaft, in weitgehendem Maße von Erfolg begleitet. Dauernd konnten diese Erfolge freilich nicht sein; denn es handelt sich hier doch um Gesellschaftskreise, die aus andren Schichten stete Erneuerung erfahren; aber in dem Augenblick, wo die Regierung ihre Hand von den Deutschen zog, war die Schädigung, die das Deutschtum dadurch erlitten hatte, doch überaus fühlbar.

Noch verhängnisvoller war es für das Deutschtum, daß es auch in der Zeit, wo die Bevölkerung bereits zur Mitarbeit am politischen Leben durch die Verfassung herangezogen wurde, in seinen staatspolitischen Aufgaben vollständig aufging, und seine Interessen mit denen des Staats und der überkommenen zentralistischen Regierungsform völlig identifizierte, während gleichzeitig die Slawen bereits in erfolgreichster Weise die deutschen Stellungen berannten. Hierbei fand eine Verquickung liberaler Ideen mit dem Bestreben, die alten zentralistischen Formen mit den für die Deutschen damit verbundenen Vorteilen zu erhalten, statt. Die Deutschen hatten als das kulturell höchststehende Volk der Monarchie unter der Herrschaft der Reaktion am meisten zu leiden; sie waren an der Einführung von liberalen Staatseinrichtungen daher auch am stärksten interessiert. Aber sie täuschten sich darüber, welche Folgerungen die anderen Nationalitäten aus dem Gedanken der bürgerlichen Freiheit ziehen würden. So kam der § 19 der Verfassung zustande, der nach seinem Wortlaut überhaupt nicht durchgeführt werden kann, inzwischen aber den Slawen bei der Verfechtung aller ihrer Ansprüche stets als Magna Charta gedient hat. Dieser oft berufene Paragraph lautet:

„Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt, und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate anerkannt. In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, daß ohne Anwendung

eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält."

Schmerling, der den Zentralismus bis in seine letzten Folgerungen durchführen wollte, ging in dem Bemühen auf, den alten Zentralismus mit dem Mäntelchen liberaler Phrasen zu bedecken, und er war deshalb von all den Staatsmännern der liberalen Ära der unfruchtbarste. Das, was Schmerling wollte, ließ sich wohl mit den Methoden Bachs machen, nicht mit seinen; so kam es, daß dieses Ministerium weder für den Liberalismus noch für den Zentralismus etwas geleistet hat. Das Bürgerministerium und das Ministerium Auersperg in den 70er Jahren bekamen wohl durch den Kampf gegen den Klerikalismus einen freiheitlichen Anstrich, und in dieser Zeit ist in der Hinwegräumung reaktionärer Einrichtungen manches geleistet worden; die Aufhebung des Konkordats war in erster Linie eine Stärkung des Staats, der wieder die Basis für die Verhandlung mit der Kirche auf gleicher Grundlage bekam. Das Volksschulgesetz war eine Tat und bedeutete die Befreiung aus den Traditionen des metternichschen Staates. Mochte dies alles auch den Deutschen manche erwünschte Lösung von lästigen Fesseln bringen, für die Befestigung ihrer Vorherrschaft im Staate bedeutete es so gut wie nichts.

Nun jagte die alte Verfassungspartei einem ganz utopischen Ziele nach: die Einigung Angehöriger verschiedener Nationalität auf Grund eines liberalen politischen Programms. Eine Identifizierung der Verfassungspartei mit dem Deutschtum erschien verpönt, weil es Nichtdeutsche abhalten konnte, sich der Partei anzuschließen und noch in den ersten Jahren des Ministeriums Taaffe beklagten es liberale Redner, daß es nun so weit gekommen sei, daß man die liberale Partei mit dem Deutschtum gleichstellen müsse und schoben dem Grafen Taaffe die Schuld für diese, nach Ansicht der Redner, verhängnisvolle Entwicklung zu. Nach den Erfahrungen der letzten 30 Jahre erscheinen derartige Anschauungen wie unbegreifliche Verirrungen; es hätte wohl auch damals schon genug Anzeichen gegeben, die erkennen ließen, wie unmöglich die Verwirklichung des Gedankens war, die Völker Österreichs auf Grund eines Programms zu einigen, das schließlich doch nur nach einer Richtung hin liberales Gepräge trug, während die Regierungsmethode der Partei die Überlieferung der absolutistischen Zeit nicht verkennen ließ. Daß aber auch hier, wenn sich auf slawischer Seite das geringste Entgegenkommen gezeigt hätte, der Preis dafür nur aus dem nationalen deutschen Besitzstand gezahlt worden wäre, liegt auf flacher Hand.

An diesen inneren Widersprüchen mußte schließlich die Herrschaft der deutschliberalen Partei in Österreich scheitern. Man hat es Bismarck — noch bis in die letzte Zeit hinein — gerne nachgesprochen, daß die „Herbstzeitlosen" durch ihren Doktrinarismus das Deutschtum in Österreich um

die Herrschaft gebracht hätten, wobei immer ihr Verhalten in der Frage der Okkupation Bosniens gemeint war. An dem Doktrinarismus der Partei ist nicht zu zweifeln; die Deutschen Österreichs waren damals politisch nicht reifer, als es etwa die Mehrzahl der preußischen Bevölkerung zur Konfliktszeit war und ohne die erziehliche Tätigkeit Bismarcks um dieselbe Zeit wohl auch noch gewesen wäre. Aber es ist eine Verwechslung von Ursache und Veranlassung, wenn man meint, daß die liberale Partei noch heute in Österreich am Ruder sein könnte, wenn sie sich damals nur taktisch geschickter gezeigt, wenn sie nicht an überspanntem Selbstgefühl, Nörgelsucht und dem Bewußtsein der Unersetzlichkeit gelitten hätte. Nein, die liberale Partei ist an der inneren Lüge gescheitert, daß sie meinte, liberale und demokratische Politik machen und gleichzeitig die Formen des alten Zentralismus aufrechterhalten zu können. Und was gerade den Zentralismus betrifft, so zeigten sich die Liberalen ganz besonders unfruchtbar; sie hatten keinen neuen Gedanken, wie er wohl zeitgemäß zu gestalten, vielleicht zum Teil zu retten wäre, um den für das Deutschtum wertvollen Teil zu erhalten.

Man sagt nun zwar häufig, daß das, was den Deutschen in Österreich nicht gelungen sei, die Magyaren in Ungarn wohl zuwege gebracht hätten; der Sinn des Ausgleichs vom Jahre 1867 sei es gewesen, den Deutschen in Österreich, den Magyaren in Ungarn die Vorherrschaft zu verschaffen; die Deutschen sollten die Polen, die Magyaren die Kroaten zum Teil zur Mitherrschaft heranziehen. Die Magyaren hätten ihre Aufgabe dank ihrer größeren politischen Begabung in für sie günstigem Sinne gelöst, die Deutschen hätten es nicht fertig gebracht. Zunächst wird bei dieser Beweisführung übersehen, daß die Magyaren in die Periode ihrer Herrschaft in ganz andrer Verfassung eintraten als die Deutschen. Sie waren mit keinerlei Überlieferungen beschwert; sie kamen aus einer Periode der Unterdrückung, die die besten moralischen und intellektuellen Kräfte des Volkes geweckt und gesammelt hatte, sie waren in ihren führenden Schichten völlig einig, und die Geführten, durch Jahrhunderte an stillen Gehorsam gewöhnt, kamen zunächst gar nicht in Betracht. Aus allen Nationalitäten hatten die Magyaren während des Kampfes gegen den Absolutismus Zuzug bekommen; es war ihnen ein Leichtes, zunächst die Idee der bürgerlichen Freiheit vor den Wagen ihrer nationalen Interessen zu spannen. Zur Herrschaft gelangt, begannen sie nun, sich den ihnen ausgelieferten ungarischen Staat nach ihren Bedürfnissen einzurichten. Die Desorganisation und die Demoralisation kamen erst mit der Herrschaft und dem Besitze der Macht. Und trotzdem man in den Mitteln wenig wählerisch zu sein brauchte, Ungarn dem Orient näher liegt, und man von den politischen Methoden, die am Balkan üblich sind, teilweise Gebrauch machen konnte, steht doch das ganze System unmittelbar vor dem völligen Zusammenbruch. Erst nachdem dieser erfolgt sein wird,

wird man den Schaden besehen können, den das Magyarentum als solches dabei genommen hat; mag sein, daß es sich nicht wieder davon erholt. Der Zusammenbruch der liberalen Herrschaft in Österreich war aber für das Deutschtum geradezu eine rettende Notwendigkeit, sollte es nicht daran zugrunde gehen, daß es den Schein für das Sein nahm und geblendet von dem Bestande äußerlicher Herrschaft im Staate und dem Besitz der alten bevorzugten Stellung nicht merkte, wie durch die stillen Angriffe der nationalen Gegner seine Stellung bereits vielfach unterhöhlt war, ohne daß sich irgend etwas zur Abwehr regte, ja, ohne daß die Gefahr überhaupt erkannt wurde.

III.

Slawischer Ansturm.

Auf eine einheitliche Formel läßt sich die Bewegung der nichtdeutschen Nationalitäten in Österreich-Ungarn nicht bringen. Im allgemeinen erstrebt natürlich jedes Volk ein Maximum an Macht und erhofft dies teils von weitestgehender Selbständigkeit in der Ordnung seiner Angelegenheiten, teils von einem möglichst großen Einfluß auf die Regierung; fast bei allen gibt es ein Programm des Tages und eins der Zukunft. Die Stellung zum Deutschtum und zum Zentralismus ist nicht überall gleich. Eine gesonderte Betrachtung erfordert die Lage in Ungarn; die Magyaren haben das, was die Tschechen heute noch anstreben, bereits erreicht; gegen gewisse Überbleibsel des österreichischen Zentralismus führen sie noch den Kampf. Dafür hat sich die Stellung der nichtmagyarischen Nationalitäten in Ungarn verschoben; sie kämpfen heute einen erbitterten Kampf gegen die Bedrückung, der sie durch den herrschenden magyarischen Volksstamm ausgesetzt sind. Über beides soll noch eingehend gesprochen werden. In Österreich richtet sich der Angriff gegen die Vorherrschaft, die das Deutschtum nicht nur kraft der historischen Entwicklung, sondern auch dank seiner wirtschaftlichen Überlegenheit und seiner Stellung im Zentrum Europas inne hat. Auch hier gibt es allerdings Ausnahmen; so tut den Ruthenen der österreichische Zentralismus lange nicht so weh, wie die Unterdrückung, die sie von den Polen unmittelbar erfahren. Diese Unterdrückung ist aber die naturgemäße Folge des in bezug auf Galizien schon durchgeführten Föderalismus; bei den Versuchen, gegen diese Sonderstellung anzukämpfen, die von den Ministerien Bach und Auersperg unternommen wurden, spielte die Regierung die Ruthenen gegen die Polen aus, wodurch der Zentralismus naturgemäß bei den Ruthenen große Sympathien gewann, womit aber natürlich nicht gesagt ist, daß die Ruthenen in einer weiteren Phase politischer Entwicklung nicht auch mit Autonomieforderungen hervortreten würden.

Im Mittelpunkt der Nationalitätenkämpfe in Österreich stehen die Tschechen. Sie sind nach den Deutschen der zahlenmäßig stärkste Volksstamm der Monarchie, sie stehen am längsten unter dem Einfluß deutscher Kultur; die geographische Lage ihrer Wohnsitze ist so, daß eine Abgrenzung ihrer

Machtansprüche am schwierigsten erscheint. Seit Jahrhunderten wogt der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen bei wechselnden Erfolgen für beide Parteien hin und her, ohne eine endgültige Entscheidung zu bringen. Auf diesem Kampfplatze muß sich auch das Schicksal der österreichischen Monarchie entscheiden. Dabei sind die Formen des Kampfes in vieler Hinsicht so überaus typisch, daß an dem einen Beispiele das wichtigste auch für die andren Völker gesagt sein kann. Deshalb lohnt sich hier wohl ein näheres Eingehen.

Man pflegt häufig gewisse äußere Erscheinungen zum Maßstabe für die Fortschritte des Tschechentums in den letzten 50 Jahren zu nehmen. So weist man darauf hin, daß Prag noch vor 50 Jahren eine „deutsche Stadt", daß zu Anfang des vorigen Jahrhunderts die tschechische Sprache überhaupt bereits im Aussterben gewesen sei, und daß es heute weder Tschechen, noch eine tschechische Bewegung gäbe, wenn sich damals nicht deutsche Philologen um die Wiederbelebung der aussterbenden tschechischen Sprache bemüht hätten. Diese Betrachtungsweise hängt doch gar zu sehr an wenig entscheidenden Äußerlichkeiten. Es mag zutreffen, daß zu Beginn des 19. Jahrhunderts die tschechische Intelligenz zum größten Teil germanisiert war, daß die Tschechen, die in die höheren sozialen Schichten aufstiegen, verdeutscht wurden, und daß die Städte damals noch ein wesentlich deutsches Gepräge trugen. Aber die breiten Massen des Volkes sind damals so tschechisch gewesen wie heute. Sie hatten freilich nichts zu sagen, sie hatten aber einen großen Vorteil: sie bildeten die große Masse. Daß die Tschechen zu jener Zeit keine literaturfähige Sprache hatten, will wenig bedeuten; so etwas ist doch verhältnismäßig bald gemacht, und wäre es damals nicht zum Teil durch Deutsche geschehen, so hätten es früher oder später die Tschechen auch selber zustande gebracht. Bei den Winden spielte sich derselbe Vorgang erst reichlich ein halbes Jahrhundert später ab, ohne daß der Zusammenhang des Volkes vorher irgendwie gelitten hätte. Wichtiger ist, daß sich eine Summe gemeinsamer Belange findet, die das Volk zum nationalen Zusammenschluß führt. Diese Belange zu finden und die nötige Organisationsarbeit zu leisten, fällt natürlich immer den gebildeten Schichten zu.

Ein großer Vorteil für die Tschechen war es, daß sie die liberalen Ideen, die das politische Leben der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts beherrschten, als Vorspann ihrer nationalen Bestrebungen benützen konnten. Beide waren in dem Metternichschen Österreich gleich verfemt. Und um die nationalen Bestrebungen, die zuerst nur in literarischer Verkleidung auftreten durften, rankte sich sowohl der Zauber des Heimlichen wie des Verbotenen. Wie wenig der Metternichsche Staat überhaupt befähigt war, die nationale Bewegung in ihren Anfängen zu erfassen, wie plump ihr

gegenüber die Mittel des Polizeistaates stets sein mußten, zeigt am köstlichsten das Beispiel des ersten tschechischen Journalisten, Havlicek, der sich an dem einzigen erlaubten politischen tschechischen Organ, dem Amtsblatt in Prag, als Redakteur anstellen ließ und Tag für Tag die irische Bewegung in Leitartikeln behandelte und seinen Lesern die Nutzanwendung auf das tschechische Volk überließ, ohne daß die hohe Behörde hinter diese Schliche kam. Damals war die nationale Bewegung bei den Tschechen in ihrem heroischen Zeitalter, die Vorkämpfer bedurften des Idealismus, ihnen winkte noch keinerlei materielle Belohnung. Es war die Zeit, wo Palacky seine Geschichte Böhmens schrieb — den ersten Band noch in deutscher Sprache — und Hanka die Königinhofer Handschrift fälschte. Gerade kein sauberes Mittel; nachdem von deutscher Seite die Fälschung nachgewiesen worden war, haben sich die Tschechen in allerletzter Zeit auch zu diesem Zugeständnis bequemt; indem sie aber Hanka das Motiv zubilligen, daß er durch diese Fälschung den tschechischen Nationalstolz wecken wollte, bleibt er nach wie vor als tschechischer Nationalheld verehrt. Und man kann den Tschechen hierbei nicht so unrecht geben; mit der trockenen Moral allein wären sie eben nicht vorwärts gekommen, und vielleicht zeigt sich auch hier wieder die Stelle, wo die Tschechen kraft ihrer naiveren Moralbegriffe über die Deutschen eine Überlegenheit hatten und noch heute haben.

Obwohl sich nun die Gunst der österreichischen Regierung erst seit dem Sturze des Ministeriums Auersperg im Jahre 1879 dauernd den Tschechen zuwendet, erhält die tschechische nationale Bewegung doch schon viel früher eine materielle Seite, die sich seither immer mehr betont und in den Vordergrund gerückt hat, in dem Maße als das Feld der Eroberung sich erweitert. Entscheidend für diese Entwicklung ist die Bildung eines tschechischen Mittelstandes; und unbeschadet dessen, ob die Tschechen von der Regierung gefördert oder gehemmt werden, war die nationale Bewegung den materiellen Interessen des Mittelstandes nützlich, genau so, wie dies z. B. auch bei den Polen in Preußen, die über besondere Gunst der Regierung nicht klagen können, der Fall ist. So wird der nationale Kampf zu einem Kampf um die Futterplätze, der von einzelnen weder besondere Entsagung noch Aufopferungsfähigkeit verlangt. Die nationalen Ideale bleiben natürlich die Fahne, die der Bewegung vorangetragen wird, aber die Programme wechseln mit Rücksicht auf das, was zurzeit gerade am meisten begehrenswert und am leichtesten erreichbar erscheint, sie sind im wesentlichen opportunistisch. Im Jahre 1848 sandte Palacky an die Frankfurter Nationalversammlung ein Schreiben, in dem er das Verhältnis Österreichs zu Deutschland etwa in der Form gestaltet wissen will, wie sie heute den nationalen deutschen Parteien vorschwebt; und auf dem Kremsierer Reichstag schlug er im Jahre 1849 eine nationale Zweiteilung Böhmens vor, die alle Wünsche,

die die Deutschen Böhmens heute hegen, reichlich befriedigen würde. Heute lehnen die Tschechen jeden derartigen Vorschlag unter Hinweis auf die „Unteilbarkeit des Königreichs" und das böhmische Staatsrecht weit von sich; der Unterschied von einst und jetzt besteht eben darin, daß die Tschechen sich damals in ihrem eigenen Sprachgebiet vor der Germanisierung nicht sicher fühlten, während sie heute das ganze deutsche Sprachgebiet als geeignetes Objekt der nationalen Eroberung ansehen. In den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts waren die Jungtschechen gegen das Staatsrecht und hatten ein Programm, wie es heute das kleine Häuflein der tschechischen Realisten vertritt; heute sind sie für das Staatsrecht, um es morgen vielleicht wieder über Bord zu werfen, wenn etwa die geplante Eroberung Niederösterreichs dies zweckmäßig erscheinen lassen sollte. Man kann vielleicht die Abstinenzpolitik, die die Tschechen von Verkündung der Februarverfassung bis zum Jahre 1879 mit einer ganz kurzen Unterbrechung getrieben haben, als ein Beispiel einer prinzipientreuen Politik, die Grundsätze zugunsten von Tagesvorteilen nicht aufgeben wollte, hinstellen. Diese Politik war ja vom tschechischen Standpunkt zweifellos ein Fehler; aber man kann es wohl verstehen, daß sie angesichts des Beispiels, das die Magyaren eben gegeben hatten, und der mehrfachen jähen Umschläge in der Politik des Hofes (Ministerien Belcredi und Hohenwart) hoffen konnten, auf diesem Wege alles auf einmal zu erreichen, was sie später allmählich und dann auch nur zum Teil erkämpft haben.

Alle diese Wechselfälle und Frontveränderungen der tschechischen Politik haben für die Stellung der Tschechen im Staate und insbesondere den Deutschen gegenüber lange nicht die Bedeutung gehabt, wie die nationalen Verschiebungen, die ganz unabhängig von der Politik, zum Teil bereits in einer Zeit, wo der deutschfreundliche Zentralismus noch in Blüte stand, stattgefunden haben. Schon damals hat sich die Eroberung der Städte im tschechischen Sprachgebiet vollzogen. Ursprünglich deutsche Gründungen, beherbergten sie wohl noch die Nachkommen des dort eingewanderten deutschen Bürgertums; was von tschechischen Zuwanderern in die höheren sozialen Schichten aufstieg, verdeutschte sich, sowohl um der gesellschaftlichen, wie auch der damit verbundenen materiellen Vorteile willen; man gehörte eben zur herrschenden Klasse. Nun wendet sich das Blatt; die Massen haben auch etwas zu sagen; sie sind tschechisch, und wer sich ihrer annimmt, hat Aussicht auf Ehrenstellen und auf Erwerb, wo er vielleicht sonst gegen die Alteingesessenen nicht aufkommen könnte. Ein junger Arzt, ein Rechtsanwalt fängt zunächst einmal an; Kaufleute folgen ihm; auf den Klerus können sie sowieso rechnen. Der Priester steht dem Volk nahe, sein Beruf läßt ihm für nationalpolitische Betätigung genügend Zeit. Dann ging es zunächst an die Eroberung der Gemeindestube; hatte man erst einmal im dritten

Wahlkörper das Übergewicht, dann war man schon eine Macht, die Anziehungskraft ausübte. Das Ziel winkte bereits; die Mehrheit wankte, suchte vielleicht das Unabwendbare durch Kompromisse hinauszuschieben oder in den Wirkungen zu mildern; und wo dann der Glaube an die Behauptung fehlte, hatten die Gegner gewonnenes Spiel. Geschäftliche Interessen bewirkten den Abfall der Charakterlosen, der Terrorismus und der Boykott setzten ein. War die Eroberung der Mehrheit im Gemeinderat erreicht, dann wurde sie von den Tschechen rücksichtslos ausgenützt; die deutschen Beamten wurden entlassen, wo dies nicht ohne weiteres ging, auf alle mögliche Art schikaniert, auf jeden Fall immer durch Tschechen ersetzt. Je geringer die Zahl der für die Stellen genügend Vorgebildeten war, desto leichter wurde es auch dem minder Geeigneten zu Amt und Brot zu gelangen. Dann konnten kleinere Städte einer deutschen Minderheit häufig die wirtschaftlichen Lebensbedingungen nicht mehr bieten; so wanderten denn die Charaktervollen und Unabhängigen aus; der Rest beugte sich und wurde tschechisiert. In Prag konnte sich die deutsche Minderheit wohl halten; sie ist heute zahlenmäßig nicht schwächer als sie es zu der Zeit war, als Prag den Charakter einer deutschen Stadt hatte; aber das Tschechentum ist inzwischen an Zahl außerordentlich gewachsen, während das Deutschtum stehen blieb. Das war das Schicksal der Städte Böhmens im tschechischen Sprachgebiet in den 50er, 60er und 70er Jahren; am meisten vielleicht gerade in der letzten Periode, zur selben Zeit, wo das Deutschtum zum letzten Male noch im Besitz der politischen Macht unter dem liberalen Ministerium Auersperg war. In Mähren setzte der Vorgang etwas später ein, weil das tschechische Sprachgebiet hier nicht so geschlossen ist, wie in Böhmen; hier stand dem tschechischen Angriff zum Teil auch schon die bewußte Abwehr des Deutschtums gegenüber. So betrüblich der Vorgang vom deutschen Standpunkte aus auch ist, es ging keinesfalls, wie manche Leute anzunehmen geneigt sind, mit übernatürlichen Dingen zu. Das Fehlen einer proletarischen Unterschicht und einer bäuerlichen Umgebung, aus denen das deutsche Bürgertum sich hätte erneuern können, war das entscheidende; dazu kam allerdings noch eine geringe Widerstandsfähigkeit des Deutschtums, das sich als die staatlich privilegierte Schichte ansah und den Vorgang, der sich hier abspielte, zunächst gar nicht begriff, daher, soweit das überhaupt der Fall war, viel zu spät zu Abwehrmaßregeln schritt, die in vielen Fällen den Gang der Dinge auch nur verzögern, nicht aber aufhalten konnten. Den Tschechen kam die Ausdehnung der Selbstverwaltung, der demokratische Zug der Zeit zugute; alle materiellen Interessen verbanden sich bei ihnen mit der nationalen Bewegung. Sie hatten alle Vorteile des Angriffs für sich und hatten nichts zu verlieren, — auch im Krieg ist die Verteidigung einer Festung meist eine undankbare Sache.

Nun kam freilich nach dem Umschwung im Jahre 1879 und der Ersetzung des Ministeriums Auersperg durch das Ministerium Taaffe auch noch die Hilfe der Regierung hinzu und förderte das Vordringen der Tschechen weit über deren eigene Kraft hinaus. Die Abstinenzpolitik hatte ihnen keinen Vorteil gebracht; nun traten sie mit einer Rechtsverwahrung zugunsten des tschechischen Staatsrechts, die ihnen weiter nicht wehe tat, in den Reichsrat ein, und jetzt beginnt ein wahrer tschechischer Siegeszug. Zuerst erlangen sie die tschechische Universität in Prag, die ihnen den akademischen Nachwuchs in großen Mengen heranzüchtet. An die Universität schließen sich die Mittelschulen an, die immer vermehrtes Studentenmaterial an die Universität heranschaffen, andrerseits auch wieder einen Teil der akademisch Gebildeten versorgen sollen. Die Deutschen hatten im Norden des Landes, in den von der Natur wenig begünstigten Randgebirgen eine blühende Industrie geschaffen; ihre gebildete Jugend wandte sich lieber der Industrie und dem Handel zu, als dem schlecht bezahlten Staatsdienst; daß nur ein Tscheche mit den Löhnen, die in Österreich die unteren Klassen der Subalternbeamten noch vor 20 Jahren erhielten, leben könne, galt für ausgemacht, und der tschechische Amtsdiener war fast in allen Kronländern eine typische Erscheinung. Im böhmischen Landtag erlangten die Tschechen dank der Unterstützung des Feudaladels und eines von Taaffe gegen den deutschen Großgrundbesitz geführten Gewaltstreichs die Herrschaft; auch hier machte sich der materielle Vorteil der politischen Vorherrschaft gar bald für die Tschechen in der angenehmsten Weise bemerkbar; trotzdem die Deutschen den größeren Teil der Landessteuern aufbringen, wurden sie doch aus allen Landesämtern systematisch herausgedrängt, und ihre Stellen nahmen nunmehr Tschechen ein; heute beträgt der Anteil der Tschechen unter den Landesbeamten Böhmens 95 %.

Ein weiteres Feld für nationale Eroberungen bot sich aber durch die auf wirtschaftlichen Gründen beruhende Auswanderung der Tschechen ins deutsche Sprachgebiet. Die starke Volksvermehrung der Tschechen verursachte im Zusammenhang mit der Latifundienwirtschaft und den von den Gutsherren gezahlten elenden Löhnen diese Wanderungen; der Proletarier ging den höheren Löhnen nach, die er im deutschen Gebiet sowohl in der Landwirtschaft, wie insbesondere in der aufblühenden Industrie fand. Der „Böhm' an der Taborlinie" war in Wien lange Zeit eine komische Figur im Volksleben der Großstadt; längstens in der zweiten Generation wurde er jedoch meist eingedeutscht. Über diese tschechische Einwanderung in die deutschen Stammländer der Monarchie wird noch eingehender zu sprechen sein; eine bedeutendere politische Rolle spielt sie erst seit einigen Jahren, wenn auch zweifellos die tschechische Politik mit dieser Einwanderung in weitgehenden Zukunftsplänen stets gerechnet hat. Zunächst erschien die Aus-

nützung der in Deutschböhmen ansässigen tschechischen Minderheiten näherliegend und war im Rahmen der tschechischen Eroberungspolitik viel erfolgverheißender. Wurden diese Massen tschechisch erhalten, so gaben sie wieder dem ihnen nachrückenden Mittelstand Brot und Verdienst. So sehen wir überall im deutschen Sprachgebiete, wo die Industrie eine erhebliche tschechische Minderheit geschaffen hat, tschechische Rechtsanwälte, Ärzte, Kaufleute, Beamte, nicht zu vergessen natürlich die tschechische Geistlichkeit, eifrig bemüht, die tschechischen Volksgenossen des Arbeiterstandes national zu organisieren, sie zum Machtfaktor an dem betreffenden Ort und natürlich auch zum Pionier weiteren Zuzugs zu machen. Sehr zustatten kommt dieser Arbeit die seitens der Verwaltungsbehörden geübte Auslegung des Reichsvolksschulgesetzes, wodurch die Gemeinden verpflichtet werden, eine Schule für die betreffende nationale Minderheit aus ihren Mitteln zu errichten, wenn mindestens 40 schulpflichtige Kinder der betreffenden Nationalität durch fünf Jahre in dem betreffenden Orte nachgewiesen sind. Diese tschechischen Minderheiten werden natürlich um so leichter national erhalten und für politische Zwecke verwertet werden können, je mehr das ganze Land einen zweisprachigen Charakter erhält. Wo dem der offenkundige Tatbestand, wie z. B. im Egerlande, entgegensteht, wurde das Ziel durch den Einfluß, den die Tschechen auf die Regierung haben, zu erreichen gesucht. Das Endziel ist die Durchführung der Zweisprachigkeit auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung; in der Praxis würde dies die tschechische Einsprachigkeit im tschechischen Sprachgebiet, soweit es nicht erhebliche deutsche Minderheiten beherbergt, wie etwa in Prag oder Pilsen, zur Folge haben, in ganz Böhmen aber einen so gut wie ausschließlich tschechischen Beamtenkörper. Denn es kommt nicht nur in Betracht, daß die Deutschen bisher eine große Abneigung gegen die Erlernung der tschechischen Sprache an den Tag gelegt haben, deren Erlernung für sie ja auch in der Tat viel größere Opfer bedeutet, als das Deutschlernen seitens der Tschechen, sondern daß die Tschechen auch, wenn die Deutschen sich dieser Bedingung fügen und in großer Zahl in den Staatsdienst eintreten würden, in dem Augenblick, wo sie die Macht dazu hätten, ihr möglichstes tun würden, um den deutschen Beamten das Leben nötigenfalls durch Versetzung in rein tschechische Bezirke zur Hölle zu machen. Daß eine tschechische Behörde ihre Macht im nationalen Interesse ohne Bedenklichkeiten zu gebrauchen versteht, hat noch in der letzten Zeit das vollständig tschechisierte Prager Oberlandesgericht bewiesen. Die Stremayrsche Sprachenverordnung vom Jahre 1880 bedeutete einen erheblichen Schritt zum Ziele; als die Tschechen aber unter Badeni die Erlassung neuer Sprachenverordnungen erreichten, die ihnen die volle Erfüllung ihrer Wünsche brachten und die Zweisprachigkeit von allen Staatsbeamten Böhmens forderten, erhob sich der bekannte Widerstand der deutschen Abgeordneten,

der zur Zurückziehung dieser Erlasse führte. Das Ziel selbst steht den Tschechen aber natürlich unverrückt vor Augen; daß sie unter diesen Umständen auf keinerlei nationale Abgrenzung oder Autonomie gutwillig eingehen werden, ist von ihrem Standpunkt aus sehr begreiflich; sie haben dabei nichts zu gewinnen.

Der Mittelstand ist heute der Träger des nationalen Gedankens bei den Tschechen; ihm ist die nationale Bewegung am meisten zugute gekommen. Er nahm auch die Organisation auf wirtschaftlichem Gebiet in die Hand, da hier das Tschechentum doch am meisten von den Deutschen abhängig war. Die Boykottbewegung ist natürlich überall da, wo der tschechische Kaufmann dem Wettbewerbe des alteingesessenen Deutschen gegenübersteht, für ersteren eine gute Sache; sind die Deutschen zunächst lau und erwidern sie ihn nicht, desto besser. Nun galt es noch den Zusammenschluß in tschechischen Kreditinstituten, Genossenschaften und Sparkassen, die wieder in erster Linie dem Mittelstand zugute kommen und vielfach der Versorgung nationaler Vorkämpfer dienen. Freilich fehlt es hier allzu häufig an der nötigen geschäftlichen Vorsicht. Das Volk hat den Optimismus des Parvenüs; bei der Verwendung der Gelder wird mehr auf den nationalen Zweck als auf Sicherheit geachtet, wobei das nationale Aushängeschild freilich häufig zum Deckmantel persönlicher Interessen wird; dann gibt es Zusammenbrüche, wie sie vor einigen Jahren bei einer größeren Zahl tschechischer Vorschußkassen stattfanden. Auch den großen tschechischen Geldinstituten, wie insbesondere der „Zivnostenska Banka" wird eine, sagen wir, etwas optimistische Geldgebarung nachgesagt. Einem deutschen Bankinstitut, das in seiner Bilanz den Besitz eigner Aktien ausweist, wie dies im letzten Jahre bei dieser tschechischen Bank der Fall war, würde die Öffentlichkeit sofort ihr Vertrauen entziehen; diese zieht aber durch eine Verzinsung von Kontokorrentgeldern, die die übliche fast um ein Prozent übersteigt, selbst aus Wien große Summen an, die dann zu entsprechend hohem Zinsfuß im tschechischen Gebiet ausgeliehen oder zu riskanten Geschäften, die im Falle des Gelingens entsprechend hohen Nutzen bringen müssen, verwendet werden. Im Falle einer wirtschaftlichen Krise oder eines Krieges, wie er im Frühjahr 1909 drohte, wäre die Lage aller dieser Institute sehr gefährdet und ohne eine Reihe von Zusammenbrüchen würde es dann wohl nicht abgehen. Solange es aber dazu nicht kommt, fördern sie zweifellos sehr wirksam tschechischnationale Zwecke und Angriffe auf das deutsche Gebiet, in dem sie den tschechischen Minderheiten wirtschaftlichen Rückhalt geben. Der Kampf deutscher Geldinstitute dagegen gestaltet sich um so schwerer, als diese mit Recht auf die größte Solidität ihrer Geschäftsgebarung Wert legen.

Ebenso leichtsinnig ist die Geldgebarung in den Stadtverwaltungen; die Zustände in der Prager Gemeindestube schreien seit Jahrzehnten zum

Himmel; während von der Gemeindeverwaltung Millionen für Luxusbauten ausgegeben werden, ist der Typhus in der Stadt epidemisch, und die Stadtverwaltung tut nichts zur Sanierung der traurigen hygienischen Verhältnisse. Das Repräsentationshaus der Stadt Prag, das, heute noch nicht fertig, doch bereits die stattliche Summe von 12 Millionen Kronen gekostet hat, obwohl ein objektiver Schätzmeister den Wert des Gebäudes höchstens auf ein Drittel dieser Summe veranschlagen wird, bildet gewissermaßen ein dauerndes Denkmal der hier herrschenden Korruption.

Den ganzen tschechischen Mittelstand umschlingt ein Band wirtschaftlicher Solidarität; und die Gegensätze die hier zwischen verschiedenen sozialen Schichten bestehen, reichen nicht entfernt an die Größe der gemeinsamen Interessen, die auf dem Gebiete der nationalen Politik liegen, heran. Ob in Österreich etwas mehr oder weniger klerikal oder liberal, industriefreundlich oder agrarisch regiert wird, ist für das Wohlergehen der Tschechen nicht entfernt so wichtig, wie die Erfüllung ihrer nationalen Forderungen. Die Frage einer zweiten tschechischen Universität wird so zu einer reinen Brot- und Magenfrage; ist sie einmal da, dann wird sie auch mit Hilfe von Stipendien und allerlei Unterstützungen mit Studenten versorgt werden; und haben diese erst einmal absolviert, so gibt das einen neuen Druck auf die Regierung, die Leute auch mit Stellen zu versorgen. Diese Gemeinsamkeit materieller Interessen, die bei den Deutschen zurzeit noch nicht entfernt im gleichen Grade besteht, in diesem Ausmaß auch kaum je erreicht werden kann, täuscht nun ein besonders hohes Maß von nationaler Gesinnung und Opferwilligkeit bei den Tschechen vor. In den Kreisen des Mittelstandes liegt aber das Fruchtbringende der Anlage von Geldern für die Förderung tschechischer Zwecke doch so auf der Hand, daß jeder mit der Gewißheit Opfer bringen kann, daß, wenn sie auch nicht ihm direkt zugute kommen, so doch sicher seinen Kindern und nächsten Verwandten. Und von diesen Kreisen geht dann ein wahrer Terrorismus aus, der auch die sozialen Schichten, die an der tschechisch nationalen Politik nicht im gleichen Maße interessiert sind, die Arbeiter und die dienende Klasse, zum Mittun zwingt. Wie wenig der Tscheche von Natur aus zum nationalen Märtyrer geschaffen ist und wie leicht er sein Volkstum aufgibt, wo ihm ein Vorteil winkt, das hat er in Wien und in seiner Stellung in der österreichischen Bürokratie in den zentralistischen Zeiten zur Genüge gezeigt.

Manche Leute haben die Erwartung ausgesprochen, daß ein starker Einfluß des Proletariats auf die Politik dieser eine andre Richtung geben würde, soziale Kämpfe würden die nationalen ablösen; die kurze Zeit der Wirksamkeit des allgemeinen Wahlrechts hat diese Erwartungen in keiner Weise gerechtfertigt. An sich trifft zu, daß der tschechische Proletarier von der nationalen Politik nur in bescheidenem Maße Nutzen hat; insbesondere,

wenn er in deutsches Gebiet einwandert, hat er weit mehr materielles Interesse daran, deutsch zu lernen und seine Kinder lernen zu lassen, weil ihm dies sein Fortkommen erleichtert, als sich und seinen Kindern sein tschechisches Volkstum zu bewahren. Anders denkt hierüber aber die sozialdemokratische Führerschaft, die ja dort, wie überall, eine Art von Bourgeoisie bildet, die von der Besteuerung des Proletariats lebt; die würde in dem Augenblick um ihr Brot kommen, wo das tschechische Proletariat im deutschen Gebiet sich verdeutscht, und so führen auch diese Interessen in das gemeinsame Bett, das den tschechischen Mittelstand vereinigt und für ihn die nationale Frage in hohem Grade zu einer materiellen macht.

Je größer der Einfluß auf die Zentralregierung war, desto mehr ließ sich in nationaler Beziehung erreichen. So stellten sich die Tschechen dem Grafen Taaffe zur Verfügung und bildeten einen Teil der Mehrheit des „eisernen Rings"; selten hat etwas so reiche Früchte getragen wie diese praktische Politik. Die bereits dargelegte Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen der führenden Kreise erleichterte den tschechischen Abgeordneten ein geschlossenes Auftreten; und als praktische Rücksichten auf die Dynastie und auf das Ministerium die Alttschechen zwangen, im sogenannten Ausgleich vom Jahre 1890 den Deutschen etwas entgegenzukommen, da wußten sie sich den eingegangenen Verpflichtungen in der einfachsten Weise dadurch zu entziehen, daß sie sich „vom Sturm der nationalen Entrüstung wegfegen" ließen und den Jungtschechen den Platz räumten, die nun nach kurzer Anstandspause dieselbe Rolle spielten, wie die Alttschechen früher, und sich die Zugehörigkeit zur Regierungsmehrheit durch nationale Zugeständnisse abkaufen ließen. Eine neue Erscheinung bot diese Ablösung allerdings; innerhalb des tschechischen Mittelstands war bereits eine neue Unterschicht entstanden, die sich ihrerseits an die Futtertröge der Politik drängte, die die ältere Generation noch inne hatte; und von jetzt ab wiederholt sich dieses Schauspiel alle 12—15 Jahre, ohne daß sich die Art der Tätigkeit der tschechischen Vertretung im Interesse der Volksgesamtheit wesentlich ändert. Taktisch liegt darin ein großer Vorteil: das Vorhandensein einer noch radikaleren Partei gibt allen Forderungen der jeweils am Ruder befindlichen tschechischen Mehrheit einen besonderen Nachdruck, die überdies, wenn nötig, einfach vom Schauplatz verschwinden kann.

In den Rahmen dieser Politik fügen sich auch die Demonstrationen ein, die von Zeit zu Zeit von den tschechischen Führern veranstaltet werden. Da sind zunächst die panslawistischen. Daß die Tschechen ernsthaft die russische Herrschaft herbeisehnen sollten, ist nicht gut anzunehmen; aber sie fühlen doch ihre geographisch isolierte Lage in Europa; wie ein Pfahl, der zu locker im Boden steckt, suchen sie sich nach allen Seiten zu verankern. Dem dient die Pflege panslawistischer Freundschaft und die Herstellung von

Beziehungen zu Frankreich. Der Bestand des tschechischen Volkes und sein Einfluß auf die Geschicke Österreichs soll zu einer europäischen Frage werden. Rings vom Deutschtum umgeben, fühlen sie sich von diesem in ihrer nationalen Existenz bedroht. Dies macht sie naturgemäß zu Feinden des deutsch-österreichischen Bündnisses, und damit natürlich auch zu einer Schachfigur in allen jenen Plänen, die auf eine Einkreisung des Deutschen Reiches abzielen. Eine andre Art von Demonstrationen dient gewissermaßen dem täglichen Bedürfnisse. Da sind vor allem die Ausflüge ins deutsche Sprachgebiet. Eine tschechische Minderheit gründet in einer deutschen Stadt ihre Vereine; nun wird irgendeine Feier veranstaltet, und die tschechischen Brudervereine aus ganz Böhmen werden dazu eingeladen. Natürlich muß die Feier mit möglichst viel äußerer Schaustellung vor sich gehen; die Minderheit in dem betreffenden Ort soll das Gefühl bekommen, daß das ganze tschechische Volk hinter ihr steht; kommt es zu Konflikten mit den Deutschen, die in dem Auftreten der ungebetenen tschechischen Gäste eine unnütze Herausforderung erblicken, so wird dadurch natürlich der tschechische Fanatismus gesteigert, die Gaben zur Unterstützung der tschechischen Minderheit in dem betreffenden Ort fließen reichlicher; hat sich außerdem die Behörde irgendwie in die Sache eingemischt, so wird ihr dies zum Vorwurf gemacht, sie mag sich verhalten haben, wie sie will. Die Fülle dieser Beschwerden bietet natürlich immer wieder neue Handhaben, mittelst derer von der Regierung in Wien Zugeständnisse herausgepreßt werden. Bei besonderen Anlässen kommt es dann zu Demonstrationen im größeren Stil. Ein charakteristisches Kennzeichen des Abbröckelns des Zentralismus ist der zunehmende Einfluß, den die Straße auf die Entschließungen der Regierung gewonnen hat; natürlich ist dies auch den Tschechen nicht verborgen geblieben. Als im wesentlichen unter dem Einfluß der Straßendemonstrationen von deutscher Seite die badenischen Sprachenverordnungen zurückgezogen wurden, griffen auch die Tschechen zu diesem Mittel. Sie verfügen in Prag über einen wohlorganisierten Pöbel übelster Qualität; der mußte der nationalen Entrüstung durch Fenstereinschlagen in deutschen Gebäuden, usw. Ausdruck geben; aber einmal an der Arbeit, brachen die Pöbelinstinkte stärker hervor als den Führern lieb war, und gar bald ging das Treiben in offene Plünderung über; der Pöbel war den Händen seiner Führer entglitten. Als die Regierung nach einigen Tagen untätigen Zusehens dann zu scharfen Mitteln greifen mußte und das Standrecht verkündete, da wurden von den aus Deutschböhmen herbeigezogenen Truppen über 60 Menschen auf der Straße getötet; für die bei solchen Gelegenheiten geübte Disziplin ist es immerhin charakteristisch, daß erst nach Jahren diese Ziffer bekannt wurde, während die Tschechen über die Todesfälle strengstes Stillschweigen beobachteten, weil es in ihrem Interesse lag, die ganze Geschichte alsbald in Vergessenheit zu bringen.

Ganz ähnlich war die Bedeutung der Angriffe auf die deutschen Studenten im Winter 1908/09. Das Kabinett Beck war gestürzt, und die Ära Bienerth ließ die Tschechen eine Verschlechterung ihrer politischen Lage befürchten; die Obstruktion der Deutschen hatte den böhmischen Landtag arbeitsunfähig gemacht. Die tschechische Politik hatte offenkundige Niederlagen erlitten; gleichzeitig aber war der Staat infolge der Annexion Bosniens in eine internationale Krise geraten, deren Ausgang sich nicht absehen ließ. Das schien den Tschechen der geeignetste Moment zu sein, um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, in der Hoffnung, sie dadurch entweder zu stürzen oder zu Zugeständnissen zu zwingen. Das Ministerium ließ es an Langmut nicht fehlen; mit Rücksicht auf das bevorstehende Regierungsjubiläum des Kaisers wollte man schärfere Maßnahmen vermeiden. Die Ironie des Schicksals brachte es dann freilich mit sich, daß gerade am Tag des Jubiläums das Standrecht in Prag verkündet werden mußte. Die staatsfeindlichen und serbenfreundlichen Kundgebungen der Tschechen hatten die Stellung des Staates im serbischen Konflikt nicht zu erschüttern vermocht; und als die Tschechen dann auch noch im Parlament eine sehr empfindliche Niederlage erlitten, sahen sie ein, daß sie für diesmal die Partie verloren hatten. Nun war es äußerst charakteristisch, wie sich der Prager Mob sofort wieder in seine Schlupfwinkel verkroch und die Angriffe auf die deutschen Studenten unterblieben, ein Beweis dafür, wie durchaus gemacht und von einer Stelle geleitet die Pöbelexzesse, die angeblich der Ausbruch der Volksleidenschaft und die Antwort auf eine Verletzung des tschechischen Nationalgefühls sein sollten, tatsächlich waren.

An Erfolgen hat es der tschechischen Politik nicht gefehlt; der Rahmen der Betätigung ist weit genug. In Böhmen, Mähren und Schlesien strebt das Tschechentum die unbeschränkte Herrschaft in den Vertretungskörpern an und jede Form des Föderalismus, die ihm das erleichtert, ist ihm willkommen. Aber darum ist es in gar keiner Weise geneigt, auf den Einfluß in den Wiener Zentralstellen zu verzichten. Ja, die tschechischen Pläne greifen noch weiter; die Volkszählung des Jahres 1900 wies bereits 133000 Personen mit tschechischer Umgangssprache in Niederösterreich auf. Die nächste Volkszählung wird zweifellos ein starkes Anwachsen dieser Ziffer verzeichnen, die nicht nur durch weitere Zuwanderung, sondern auch durch die stärkere Betätigung des Nationalgefühls der in Wien lebenden Tschechen, deren nationale Organisation ständig Fortschritte macht, bedingt sein wird. So geht die Absicht der Tschechen darauf, das Stammland der Monarchie zunächst gemischtsprachig zu machen und der tschechischen Sprache daselbst gewisse Rechte, später vielleicht überhaupt die Gleichberechtigung mit der deutschen Sprache zu erringen. Weiter fliegende Pläne mögen auch schon den deutschen Zentralismus durch einen tschechischen ersetzt sehen und die

Tschechen in Wien als Pioniere der tschechischen Eroberung in den Alpenländern betrachten. Dann reichen die Tschechen den Winden die Hand, und die poetische Lizenz Shakespeares, der dem Königreich Böhmen eine Meeresküste verleiht, wird zur Wirklichkeit. Solche Pläne mögen ja dem nüchternen Beurteiler ausschweifend und phantastisch genug erscheinen, um so mehr, als die Angriffe der Tschechen auf den deutschen Charakter Niederösterreichs offensichtlich die Wirkung haben, der Abwehr auf deutscher Seite neue Kämpfer zuzuführen und sie so viel wirksamer zu gestalten. Immerhin dienen derartige Zukunftsphantasien doch dazu, die Begeisterung der Tschechen zu entflammen und ihnen zu zeigen, ein wie weites Feld der Eroberung vor der Nation liegt.

Aber die praktische Arbeit des Tages ruht darum keinen Augenblick. Das materielle Wohlergehen der ganzen Nation ist mit der nationalen Politik verknüpft; und angesichts dieser Tatsache ist es eine Utopie, zu meinen, die Tschechen würden aus freien Stücken auf irgendeinen ihrer Ansprüche verzichten. Gelegentlich kann man in Zeitungsartikeln, die irgendwelchen Ausgleichsverhandlungen präludieren, lesen, daß beide Völker des Kampfes müde seien, daß dieser die materielle Entwicklung und den Fortschritt hemme, und was der schönen Phrasen mehr sind. Das trifft nun für die Tschechen ganz und gar nicht zu; sie haben gar keinen Anlaß, müde zu sein, der nationale Kampf ist für sie, auch rein materiell genommen, ein sehr einträgliches Gewerbe; und vom Standpunkt ihrer Interessen können sie einer nationalen Abgrenzung oder irgendeiner Beschränkung des nationalen Kampffeldes nur etwa unter dem Gesichtspunkt zustimmen, daß sie sich vorübergehend auf den ihnen verbleibenden Teil beschränken, um diesen desto gründlicher zu bearbeiten, sich aber jederzeit vorbehalten, auf das weitere Gebiet zurückzugreifen; nur unter diesem Gesichtspunkt darf man das Zurücktreten der föderalistischen Bestrebungen seit Beginn der Ära Taaffe ansehen.

Etwas anders als bei den Tschechen liegen die Dinge bei den Polen. Allerdings kann man auch bei ihnen zwei Gruppen von Bestrebungen unterscheiden: einerseits nach möglichst weitgehender Autonomie, die den Polen die unbeschränkte Herrschaft in Galizien und die Unterdrückung der dort wohnenden Ruthenen sichert; andererseits nach Einfluß auf die Wiener Zentralbehörden und das Parlament, um insbesondere in finanzieller Beziehung möglichst viel aus dem Staate für ihre Zwecke herauszuschlagen. Die Folgen, die eine zu weit gehende Autonomie auf diesem Gebiete für Galizien haben müßte, legen den Polen in bezug auf ihre Autonomiewünsche eine gewisse Zurückhaltung auf. Es bedarf kaum der Betonung, daß natürlich auch die österreichischen Polen an ihrem polnischen Auferstehungsideal festhalten; gelegentlich ist es von sehr maßgebender Seite mit erstaunlicher

Naivetät ausgesprochen worden. So gab es z. B. am 24. September 1868 im galizischen Landtag eine Debatte, bei der Smolka, der dann in den 80er Jahren lange Zeit Präsident des Abgeordnetenhauses war, für den Föderalismus eine Lanze brach und für Galizien eine Nationalregierung verlangte, die nur durch Personalunion mit den übrigen Ländergruppen verbunden sein sollte — „freilich nur für so lange, bis sich in diesem Teil das große polnische Reich kristallisieren wird, ohne dessen Existenz ein Gleichgewicht in Europa nicht denkbar ist"; der Statthalter Goluchowski wandte sich nun gegen diese Ausführungen, weil diese Art Föderalismus doch nicht den Interessen der polnischen Nation entspreche, „denn wir stehen hier doch als Teil Polens, und einen föderativen Organismus schaffen, das hieße eben unserer zwar nebelhaften, aber doch immer möglichen Zukunft auf immer den Weg verrammeln". Deutlicher kann sich der Vertreter der Staatsgewalt doch wohl nicht ausdrücken, und wenn man bedenkt, daß das auch noch unter dem zentralistischen Bürgerministerium der Fall war, so wird man gewiß zugeben, daß die österreichischen Polen sich in bezug auf das Aussprechen ihrer Zukunftshoffnungen keinen Zwang anzutun brauchen und unverrückt an der Auffassung festhalten, den österreichischen Staat als ein leidlich behagliches Notunterkommen zu betrachten; das ist für sie so selbstverständlich, daß man sich nicht die Mühe zu nehmen braucht, es ihnen zu beweisen, da sie es ja gar nicht bestreiten.

Betrachtet man nun die polnische Politik unter diesem Gesichtspunkt der provisorischen Unterkunft, so ist es in der Tat eine rein praktische Frage, wie man sich für diese Zeit bequemer einrichtet und Goluchowski hatte gar nicht so unrecht, wenn er in der oben angezogenen Debatte meinte, daß der Charakter des Provisoriums in dem Verhältnis, wie es heute besteht und allen grundsätzlichen Regelungen aus dem Wege geht, weit besser zum Ausdruck kommt, als in einer staatsrechtlich festgelegten Autonomie. Was die Polen nötig haben, um in Galizien Herren zu sein, haben sie schon seit dem Jahre 1869, wo der Unterrichtsminister Hasner ihnen das Unterrichtswesen ausgeliefert hat und die polnische Amtssprache in Galizien eingeführt wurde. Seit dieser Zeit ist der Beamtenaustausch mit den übrigen Provinzen völlig unterbunden, der österreichische Zentralismus für Galizien ausgeschaltet, der Statthalter ist weit mehr der Vertrauensmann der Polen bei der Regierung als der Vertrauensmann der Regierung unter den Polen. Im Wiener Reichsrat hat aber die galizische Delegation nach wie vor eine sehr ausschlaggebende Stimme, die sie um so zweckmäßiger verwerten kann, je weniger sie von den dort gefaßten Beschlüssen berührt wird; auf Erkenntlichkeit auf finanziellem Gebiete können die Polen bei jeder Regierung rechnen.

Direkte Reibungsflächen haben die Deutschen mit den Polen nur in Schlesien, wo 220000 Polen gegen die deutsche Vorherrschaft in dieser

Provinz ankämpfen. Ferner gibt es in Galizien selbst mindestens 100000 Deutsche, die, in letzter Zeit zu nationalem Leben erwacht, sich gegen die Polonisierung, die von den Landesbehörden und der den Polen völlig ausgelieferten Regierung an ihnen versucht wird, kräftig zur Wehr setzten. Die amtliche Statistik weist sogar 212000 Deutsche in Galizien aus; aus ihr ist aber nicht zu entnehmen, wieviele von den 811000 Juden der Provinz sich zur deutschen Umgangssprache bekannt haben. Außerdem sind die Deutschen mittelbar durch die Polen insofern geschädigt, als die deutschen Steuergulden für die Stopfung des Defizits in Galizien verwendet werden; ferner fällt das Gewicht der polnischen Stimmen bei jeder gegen die Deutschen gerichteten Koalition im Reichsrat mit ins Gewicht. Aber gerade in bezug auf die Polen stößt die slawische Solidarität hie und da auf Schwierigkeiten; sie machen begreiflicherweise die Russenschwärmerei der Tschechen nicht mit und haben mit diesen auch Reibungsflächen in Schlesien. Ihren Neigungen entspricht es trotzdem mehr, sich politisch im Rahmen der slawischen Solidarität zu bewegen, als etwa aus taktischen Gründen mit den Deutschen zusammenzugehen, ganz besonders, seitdem sich der Kampf gegen das Polentum in den preußischen Ostmarken so sehr verschärft hat. Aber in dem Augenblick, wo sie sehen, daß die Deutschen wirklich über die Macht verfügen und etwas zu geben haben, werden sie unbedenklich auf ein solches Bündnis eingehen, sofern es die für sie vorteilhaftere Kombination ist.

Immerhin ist für die Deutschen, noch mehr vielleicht für die österreichische Regierung, die Frage sehr erwägenswert, ob sie nicht statt der Polen die Bundesgenossenschaft der Ruthenen suchen sollen. Nach der amtlichen Statistik bilden zwar die Polen 54 v. H., die Ruthenen 42 v. H. der Bevölkerung des Landes; aber wenn man irgendwo den Zahlen mißtrauen darf, so ist es sicher in diesem Lande, in dem nach der wahrscheinlich auch etwas optimistischen amtlichen Statistik nur 30 v. H. der Bewohner lesen und schreiben können. Daß eine nicht allzu gewissenhafte Regierung hier tausend Handhaben findet, um die Zahlen nach ihren Wünschen zu formen, liegt auf der Hand. Kenner der Verhältnisse behaupten, daß die Ruthenen tatsächlich die Mehrheit der Bevölkerung bilden, was eine einwandfreie Sprachenkarte, die man sich leichter ohne die amtlichen Behelfe schaffen kann, überaus wahrscheinlich macht. In der Tat bildet das polnische Sprachgebiet nur ein Drittel des Landes, in den übrigen zwei Dritteln bilden die Polen nur eine herrschende Oberschicht, während die Masse der Landbevölkerung ruthenisch ist. Daß natürlich die Ruthenen jeder Regierung, die sie vom polnischen Joche befreit und etwa für Galizien eine Zweiteilung mit nationaler Autonomie durchführt, dankbar anhängen würden, steht außer Zweifel; nicht minder, daß die ruthenischen Führer mit der deutschen Kultur sympathisieren, die ihnen die Mittel geben kann, sich ihrer polnischen Bedrücker

wirksam zu erwehren und sich auch wirtschaftlich unabhängig zu machen. Eine andre Frage ist es freilich, wie sie sich verhalten würden, wenn sie alles Erstrebte erreicht hätten und einer Unterstützung gegenüber den Polen nicht mehr bedürften. Daß sie für alle Zeiten unversöhnliche Gegner aller großpolnischen Pläne sein werden, steht natürlich außer Zweifel; und trotz des Vorhandenseins einer, allerdings sehr kleinen, russophilen Partei, darf man wohl annehmen, daß sie wenig Neigung haben würden, sich dem russischen Staat in seiner heutigen Form anzuschließen, in dem das Kleinrussentum noch viel ärgere Bedrückung erleidet als in Galizien. Anders aber würde diese Frage liegen, wenn es etwa zu einem Zerfall des heutigen Rußlands nach nationalen Grenzen und für die Ruthenen dann die Möglichkeit eines Anschlusses an ein kleinrussisches Staatsgebilde käme, das etwa den ganzen Süden des heutigen Rußland umfassen würde. Unbeschadet dieser fernerliegenden Entwicklungsmöglichkeiten, ist es für eine wirklich österreichische Regierung wie für die Deutschen zweifellos ein Vorteil, daß in Galizien die beiden slawischen Volksstämme gegeneinander ausgespielt werden können und der Staat seine Macht für den einen oder anderen in die Wagschale werfen kann. Zunächst wäre es schon sehr nützlich, wenn die politische Stärke von Polen und Ruthenen einigermaßen ausbalanciert wäre, und es war zweifellos ein Fehler der deutschen Parteien, daß sie bei Beratung der letzten Wahlreform die ruthenischen Wünsche nicht nachdrücklicher unterstützt haben oder mindestens sich die Parteinahme für die Polen nicht besser haben bezahlen lassen. Auch die Stellung jeder Regierung wäre ungleich stärker, wenn bei dieser Wahlreform die Ruthenen nicht wieder so offenkundig benachteiligt worden wären; sie könnte bei einigermaßen geschicktem Vorgehen die Unterstützung sowohl der Polen wie der Ruthenen haben, während die Ruthenen so in das Bündnis mit den Tschechen und die scharfe Opposition gegen die Regierung hineingedrängt worden sind.

Aber der ruthenisch-polnische Streit mag sich entwickeln wie er will, die Grundfesten des österreichischen Staates kann er nicht erschüttern. Es wird immer ein Nebenkriegsschauplatz bleiben, auf dem die Entscheidungen von geringerer Bedeutung sind, und auf dem überdies eine starke und zielbewußte Regierung als Schiedsrichter zwischen den Kämpfenden oder als Helfer einer der beiden Parteien den von ihr gewünschten Ausgang in der Hand hat. Für die Deutschen aber ist es vor allem eine taktische Frage, wie sie sich zu diesem Streit stellen; haben sie dabei eine glückliche Hand, so können sie sich manchen Vorteil dabei sichern. In dasselbe Gebiet gehört die Sonderstellung Galiziens als Programmpunkt deutscher Parteien, worüber in anderem Zusammenhange eingehender zu sprechen sein wird.

Die Stellung der Winden im Süden der Monarchie ähnelt insofern der der Tschechen, als auch dieses Volk seit Jahrhunderten unter dem Ein-

fluß deutscher Kultur steht. Die Geschichte seines nationalen Erwachens gleicht in vielen Stücken der der Tschechen; daß es sich aber hier um ein Volk von nur 1 200 000 Seelen handelt, während in Österreich doch 6 Millionen Tschechen leben, gibt den nationalen Bestrebungen der Winden häufig einen karikaturistischen Anstrich, insbesondere infolge der sklavischen Nachäffung der von den Tschechen befolgten Politik. In den Erfolgen tritt aber auch deutlich zutage, was die Zahl eines Volkes für die Geltendmachung seiner Ansprüche bedeutet. An sich wurde den Winden seit Beginn der Ära Taaffe nicht mindere Förderung zuteil wie den Tschechen; der innerlichen Erstarkung des Volkes ist dies aber in keiner Weise zugute gekommen; in dem Jahrzehnt von 1890 bis 1900 haben sich die Winden von allen Völkern Österreichs am wenigsten vermehrt, nur um 1,37 % gegenüber einer durchschnittlichen Vermehrung der Bevölkerung um 9,20 % und einer Vermehrung der Deutschen um 8,28 %. Und während man deutscherseits zu Beginn der Slawisierungsperiode befürchtet hat, daß auch die deutschen Städte des steirischen Unterlandes, die gleichfalls Sprachinseln in einer fremdsprachigen ländlichen Umgebung bilden, dasselbe Schicksal erleiden würden, wie die im tschechischen Sprachgebiet, haben sich diese Befürchtungen doch als unbegründet erwiesen; insbesondere in Kärnten macht das Deutschtum gegenüber den Winden beständig Fortschritte.

Die von den Winden befolgte Politik stimmt mit der der Tschechen insofern überein, als die größerpolitischen Ziele neben dem einträglichen politischen Geschäft des Tages stark zurücktreten. Hier ergeht sich die Phantasie in dem Bilde eines illyrischen Königreichs als autonomer Ländergruppe, wenn man nicht gar von einem selbständigen südslawischen Reiche träumt, in dem übrigens für eine selbständige windische Volksindividualität kaum Platz wäre. Die Gunst der Verhältnisse läßt die Winden im politischen Leben Österreichs eine Rolle spielen, die zu ihrer zahlenmäßigen und wirtschaftlichen Bedeutung in argem Mißverhältnis steht; und die daraus folgende Überspannung und Überschätzung ihrer Kräfte könnte ihnen in dem Augenblick leicht verhängnisvoll werden, wo sie, auf ihre eigene Kraft gestützt, die Verteidigung ihrer nationalen Stellung übernehmen müßten. Auch die windischen nationalen Ansprüche sind ebensowenig wie die tschechischen auf dem Wege eines Kompromisses mit den deutschen Volksinteressen in Einklang zu bringen. Als Machtfrage behandelt, sind die Stärkeverhältnisse aber doch so ungleich, daß über den schließlichen Ausgang zugunsten des deutschen Volkes kaum ein Zweifel bestehen kann. Mag man auch von einer windischen Frage sprechen, sie gewinnt erst im Zusammenhang mit der südslawischen Bedeutung, über die an andrer Stelle noch gesprochen werden soll.

Eine ähnliche Stellung wie die Polen nehmen im äußersten Süden der Monarchie die Serbokroaten in Dalmatien ein. Sie bestreiten die Recht-

mäßigkeit ihrer Zugehörigkeit zur österreichischen Reichshälfte nicht ohne formalen Grund; auch hier hat die schleuderhafte Eile, die bei der Festsetzung der Ausgleichsbedingungen im Jahre 1867 gewaltet hat, ein Provisorium geschaffen, das ganz unnötigerweise zu Streit Veranlassung gibt. Ebenso wie bei den Polen ist der Gegensatz zu den Deutschen bei dieser Volksgruppe nur mittelbar vorhanden; ihre Bestrebungen fallen gleichfalls in den Rahmen der später zu behandelnden südslawischen Frage.

Wenn die Italiener als Romanen auch nicht unter den Titel dieses Abschnittes fallen, so mögen sie doch bei dieser Gelegenheit kurz behandelt sein. Zahlenmäßig fallen die 700000 Italiener nicht sonderlich ins Gewicht; ihre politische Bedeutung ist aber größer als ihrer Zahl entsprechen würde, weil sie Angehörige eines Volkes sind, das sich seinen Nationalstaat im Kampfe mit Österreich im vorigen Jahrhundert aufgebaut hat, und hier die auswärtige Politik stark hineinspielt. Es wäre nun allerdings falsch, anzunehmen, daß der Wunsch nach einer Vereinigung mit dem Königreich Italien von allen in Österreich wohnenden Italienern geteilt werde; sowohl in Friaul, wie auch in Südtirol ist der größte Teil der bäuerlichen Bevölkerung, die teilweise in der Form des Kolonentums von den in den Städten wohnenden Grundherrn in drückender Abhängigkeit lebt, gut österreichisch gesinnt. Aber die gebildeten Klassen sind, soweit sie sich politisch betätigen, durchweg irredentistisch, und bei ihnen liegt die politische Vertretung der Italiener in Österreich. Einer näheren Erläuterung bedürfen die irredentistischen Bestrebungen nicht; sie stehen natürlich mit dem österreichischen Staatsgedanken im denkbar schärfsten Gegensatz und berühren auch deutsche Belange insofern unmittelbar, als das deutsche Volk sich mit der im irredentistischen Programm liegenden Abschneidung vom Mittelmeer niemals abfinden kann. Während nun die Stellung der Italiener im Küstenland und Dalmatien mannigfache Analogien zu der der Deutschen in slawischer Umgebung aufweist und das Schicksal der italienischen Städte in Dalmatien dem der deutschen im tschechischen Sprachgebiet in vielem ähnelt, die nächstliegenden Fragen der praktischen Politik also auf eine Interessengemeinschaft von Deutschen und Italienern gegenüber den Slawen hinweisen würden, steht den Italienern die Politik der weitergreifenden Ziele doch in erster Linie, wozu dann noch die unmittelbaren Reibungen mit den Deutschen in Südtirol kommen. Gelegentlich kommt es wohl zu einem taktischen Zusammengehen zwischen Italienern und Deutschen, wie etwa in allerletzter Zeit unter dem Ministerium Bienerth, wo die Italiener nur mit deutscher Hilfe gegen den slawischen Widerstand ihre italienische Rechtsfakultät in Triest durchzusetzen hoffen konnten. Einem dauernden Zusammengehen stehen aber nicht nur die bereits berührten Gegensätze entgegen, sondern auch die unzuverlässige Art, in der die Italiener Politik zu treiben pflegen. In Triest

und in Südtirol weht ganz offen das irredentistische Banner, in Wien aber feilschen die Abgeordneten mit jeder Regierung um kleine Vorteile, und so grundsätzlich feindlich gegenüber dem österreichischen Staate ihre innerste Gesinnung auch sein mag, man kann nie damit rechnen, daß sie sich ihre Opposition gegen die Regierung nicht durch ein bescheidenes Trinkgeld abkaufen lassen. Mit den weitergreifenden Plänen der Italiener gibt es weder für die Deutschen noch für die Regierung ein Paktieren. Man könnte allerdings sagen, daß es für die Deutschen an sich keine Lebensfrage ist, ob Welschtirol zu Österreich oder Italien gehört; aber andrerseits gibt es kaum irgendein Kompensationsobjekt, das einen derartigen Verzicht rechtfertigen würde, und bezüglich Triests gibt es keine Möglichkeit der Verständigung. Im Rahmen des italienischen Gesamtprogramms tritt die Frage der mehr oder minder weitgehenden Autonomie Welschtirols deshalb zurück, weil ja im stillen auch diese Autonomie nur als Vorbereitung zur endgültigen Losreißung dieses Teils von Tirol bei passender Gelegenheit gedacht ist; könnte man die Italiener mit dieser Autonomie, die sie übrigens in gewissem Umfange bereits besitzen, wirklich zufrieden stellen, dann wäre vom Standpunkte des Staates und der Deutschen die Erfüllung dieser Wünsche wohl erwägenswert; da aber damit doch nur eine bessere Stellung für den Kampf erstrebt wird, täte die österreichische Regierung am besten, in dieser Hinsicht gar nichts zu gewähren und sich ihrerseits möglichst gut für den Kampfzustand einzurichten.

Übersehen wir nochmals die Gesamtheit der hier geschilderten nationalen Ansprüche, so zeigt sich, daß die tschechische Frage im Mittelpunkt der nationalen Probleme der österreichischen Reichshälfte steht; sie ist schlechthin eine Machtfrage. Aber auch die andren nichtdeutschen Nationalitäten, mit denen teilweise ein Ausgleich möglich wäre, stehen keineswegs zum Zentralismus. Die Ruthenen sind die einzigen, die ihn insoweit schätzen, als sie von ihm die Erlösung vom polnischen Joche erhoffen, um ihm wahrscheinlich alsbald den Laufpaß zu geben, sobald er in dieser Beziehung seine Schuldigkeit getan haben würde. So steht es heute: alle nichtdeutschen Nationalitäten kämpfen gegen den Zentralismus, fast alle liegen unmittelbar oder mittelbar im nationalen Kampfe mit den Deutschen. Kann der Staat den sich gegen seinen Bestand in der gegenwärtigen Form richtenden Kräften widerstehen, kann er mit ihnen paktieren und sich auf neuer Grundlage aufbauen? Das ist Österreichs Lebensfrage. Zunächst wird zu prüfen sein, wie sich unter dem Einfluß der nationalen Kämpfe die Stellung des Deutschtums zum Staate verschoben hat.

IV.

Deutsche Abwehr.

Die nationale Bewegung unter den Deutschen Österreichs schreitet zwar bis zu einem gewissen Grade dem Erwachen der slawischen Völker der Monarchie parallel und ist durch diese als notwendige Abwehr hervorgerufen. Aber das Verhältnis des österreichischen Deutschtums zum Staat und zum Gesamtvolk gibt ihm eine Stellung, der bei den slawischen Völkern nichts entspricht; die alte Kultur bildet wohl ein starkes Moment der Überlegenheit gegenüber den slawischen Bedrängern, aber auch wieder ein Moment der Schwäche in der Verteidigung; denn die reichere soziale Gliederung macht es dem deutschen Volke viel schwerer zum Zusammenschluß und gemeinsamer Abwehr zu gelangen. Die Deutschen mußten in den letzten 50 Jahren vollkommen umzudenken lernen. Im Vormärz ging die nationale Bewegung mit der Freiheitsbewegung parallel und zielte auf das großdeutsche Ideal. Die deutschnationale Gesinnung war wohl mit der österreichischen Staatsgesinnung in einem gewissen Einklang zu bringen und später, als mit der deutschen Einheitsbewegung als Faktor der auswärtigen Politik gerechnet werden mußte, den regierenden Kreisen als Mittel für einen bestimmten Zweck willkommen, z. B. während der Reichsverweserschaft des Erzherzogs Johann oder zur Zeit des Frankfurter Fürstenkongresses. Metternich hatte stets das von seinem Standpunkt nicht unberechtigte Mißtrauen, das Nationalgefühl könnte das Staatsgefühl überwuchern. Das Jahr 1866 oder besser gesagt 1870/71 setzte den großdeutschen Träumen ein Ende; denn noch in der Zeit zwischen den beiden Kriegen hatte man auch in deutschen Kreisen Österreichs die von Beust geschürte Hoffnung, daß die Entscheidung des Jahres 1866 einer geschichtlichen Revision unterzogen werden könnte. Auf dem Schützenfeste in Wien im Jahre 1868 kam diese Stimmung stark zum Ausdruck; auch der Rückwirkung, die die Trennung Österreichs von Deutschland auf die Stellung der Deutschen im Donaustaate haben mußte, war man sich in den politischen Kreisen, die damals das österreichische Deutschtum führten, bewußt. So sagte bei dem erwähnten Feste der Abgeordnete Kuranda, der damals und später in der deutschliberalen Partei eine große Rolle spielte, unter anderm:

„Früher und zu allen Zeiten haben in diesen Gegenden nichtdeutsche Nationalitäten das Bundesgebiet bewohnt; allein sie werden bemerkt haben, welch ein furchtbarer Unterschied in ihren Ansprüchen zutage getreten ist,

seitdem Österreich hinausgedrängt wurde aus dem deutschen Staatsverbande. Früher hatten alle Nationalitäten, die auf deutschem Boden wohnten — und nur von diesen spreche ich — das Bewußtsein, daß sie die Minorität im großen Deutschland sind; das Bewußtsein, daß hinter uns Österreichern eine große, mächtige und selbstbewußte Nation steht, hat sie Achtung gelehrt, und da die deutsche Zivilisation ihnen große Gaben gebracht hat, Gaben, die nicht mit Undank bezahlt werden sollten, so haben sie sich gefügt und ihre Ansprüche sind bescheiden geblieben. Heute aber, wo wir Österreicher staatsrechtlich von der deutschen Nation losgeschieden sind, heute erheben sich diese Ansprüche mit furchtbarer Gewalt, und wir Deutsche müssen mit diesen Nationalitäten kämpfen, Mann gegen Mann, um unsre Sprache und die Erziehung unsrer Kinder, um die Sicherung der Zukunft unsrer Landsleute, und Gott gebe, daß dies bloß ein politischer Kampf bleibe und daß er nicht zu einem physischen ausarte."

Wenn schließlich der Redner die Befürchtung aussprach, Österreich würde, wenn sich eine Form der Wiedervereinigung mit Deutschland nicht finde, dem Schicksale der russischen Ostseeprovinzen oder Elsaß-Lothringens verfallen, so liegt ja darin für den damaligen Zeitpunkt viel rethorische Übertreibung, wie ja auch die ganzen Ausführungen im hohen Grade die Überschätzung des äußerlichen Herrschaftsmoments atmen, die noch lange für die politischen Kreise des österreichischen Deutschtums charakteristisch blieb; aber jedenfalls kommt hier bereits der Zusammenhang der veränderten äußeren Lage der Donaumonarchie mit den Nationalitätskämpfen im Inneren klar zum Ausdruck, wenn hierbei auch die Wiederherstellung der alten Gemeinschaft als das einzige mögliche Heilmittel gegen die dem Deutschtum aus der Trennung erwachsenden Gefahren angesprochen wird. Nach dem deutsch-französischen Kriege wußte man, daß die Neuordnung der deutschen Dinge endgültig war; die dadurch bedingte Schwenkung in der österreichischen Politik fand ihren äußerlichen Ausdruck in der Verabschiedung Beusts, die im wesentlichen das Werk der ungarischen Politik und vor allem des Grafen Andrassy war. In diesen zwei Jahren 1870 und 1871 gingen die Fäden der äußeren und inneren Politik wunderlich durcheinander; die Vorgänge sind noch keineswegs geschichtlich klargestellt. Zweifellos hat das Bürgerministerium infolge des Zwiespalts in seinen eigenen Reihen und seiner politischen Unfähigkeit abgewirtschaftet. Graf Beust durfte zwar nach seiner staatsrechtlichen Stellung auf die innere Politik in den beiden Teilen der Monarchie nicht Einfluß nehmen; er hatte sich daran aber in früheren Fällen nicht hindern lassen. Schließlich tat er es im Herbst 1871 unter Berufung auf die äußere Politik und die Stellung zum Deutschen Reiche doch, nachdem insbesondere Kaiser Wilhelm I. in nicht mißzuverstehender Weise darauf hingewiesen hatte, daß eine gegen die Deutschen in Österreich gerichtete Re-

gierungspolitik Deutschland in Verlegenheit bringen und die Beziehungen des Reichs zu Österreich schwierig gestalten würde. Jedenfalls war das Ministerium Hohenwart, das den staatsrechtlichen Wünschen der Tschechen auf das weiteste entgegenkam, ein deutliches Sturmsignal für die Deutschen, das freilich von der liberalen Partei nicht genügend verstanden wurde. In diese Zeit fällt die Geburtsstunde der nationalen Bewegung bei den Deutschen Österreichs. Man kann sie etwa dahin kennzeichnen, daß die Deutschen das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gesamtheit des deutschen Volkes betonen und — weit später als die nichtdeutschen Nationalitäten — dem Staate als eine selbständige, organisierte Volksindividualität gegenübertreten wollen. Der Prozeß ist heute noch keineswegs abgeschlossen; daß er aber seit jener Zeit ununterbrochen Fortschritte gemacht hat, steht außer Zweifel. Mit dem alten deutschen Gemeinschaftsgefühl, das sich in Österreich in den großdeutschen Plänen auslebte und die staatlichen Interessen mit den nationalen restlos vereinigte, steht die nationale Bewegung zwar in ununterbrochenem Zusammenhang. Aber die Ziele mußten sich den veränderten Verhältnissen entsprechend verschieben. Die Ereignisse der äußeren, wie der inneren Politik wirkten hier zu gleichem Ziele zusammen. Der deutsch-französische Krieg ließ einen Teil der Deutschen schmerzlich empfinden, daß sie von der seit Jahrhunderten ersehnten und nun endlich erreichten nationalen Einheit ausgeschlossen waren. Altösterreich freilich stand grollend beiseite; bei einem Haar wäre es dazu gekommen, daß Österreich sich an dem Kriege auf seiten Frankreichs beteiligt hätte. Charakteristisch ist hierbei aber doch, daß bei den Verhandlungen, die zu dem Abschlusse einer förmlichen Allianz zwischen Österreich und Frankreich führen sollten, Kaiser Franz Josef dem französischen Vermittler sagte, er müßte mit Rücksicht auf die Stimmung seiner deutschen Untertanen einen sehr einleuchtenden Grund für ein Eingreifen Österreichs haben. Besonders in Graz kam es anläßlich der deutschen Siege zu starken Kundgebungen, die von der Regierung übel vermerkt und nach Möglichkeit unterdrückt wurden. Die deutschen politischen Kreise bekamen zu gleicher Zeit einen starken Anstoß zur Revision ihrer Staatsgesinnung durch das Ministerium Hohenwart. Es war, als sollte damals die Folgerung aus dem endgültigen Verlust der Stellung in Deutschland seitens der Dynastie gezogen werden; und in den Kämpfen, die die liberale Partei gegen das Ministerium ausfocht, fanden einzelne Abgeordnete auch bereits scharfe nationale Töne; so stellte z. B. der Abgeordnete Rechbaur in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. Juni 1871 den nationalen Gedanken der Staatsgesinnung gegenüber, wenn er sagte:

„Man hat uns vorgeworfen, daß uns das österreichische Gefühl abhanden gekommen ist und daß wir nach Preußen hinaus denken; dann, meine Herren, müßten wir mit beiden Händen den Föderalismus ergreifen.

Allein wir sind geborene Österreicher. Unsere Väter waren Deutsche, und wenn das Verhängnis über Österreich hinwegschreiten sollte, wollen wir auch wieder Deutsche bleiben."

Man sieht, wie sich hier die Deutschen bereits gegen den Vorwurf der unpatriotischen Gesinnung zu wehren haben und sich ihrerseits auf ihren Zusammenhang mit dem deutschen Gesamtvolk als Sicherung für die Zukunft berufen.

Dann freilich trat das alles unter dem Ministerium Auersperg wieder stark in den Hintergrund; und nichts förderte die Selbstüberschätzung der liberalen Partei so sehr, wie die mit Hohenwart gemachte Erfahrung, die ihr zu beweisen schien, daß man in Österreich ohne die Deutschen und vor allem ohne die liberale Partei gar nicht regieren könne. Wie wenig man aber gerade in der liberalen Partei für die Erfordernisse einer nationalen Politik Verständnis hatte, das zeigte sich nach dem Zusammenbruch der liberalen Herrschaft. Man überschätzt oft die Macht, die dem Ministerium Auersperg überhaupt zu Gebote stand. In der Weise, wie man es später vorwurfsvoll dargestellt hat, hätte es Garantien für die Dauer der deutschen Hegemonie in Österreich nie schaffen können; das wäre mindestens auf den Widerstand der Dynastie gestoßen. Aber in Dingen, die nicht von grundsätzlicher Bedeutung waren, hätte wohl manches getan werden können, was den Deutschen die Wahrung ihrer nationalen Belange in der nun kommenden Zeit, wo der slawische Ansturm sie so ganz unvorbereitet traf, sehr erleichtert hätte. Der Schlüssel zu diesem Verhalten liegt in der ganzen Auffassung, die die liberale Partei von ihrer Aufgabe und Stellung im Staate hatte, und auf die im zweiten Abschnitt schon hingewiesen wurde. Sie lehnte es eben bewußt ab, eine deutsche Partei zu sein und suchte auf Grund eines liberalen Programms, das in seinem Wesen doch nur für gewisse Gebiete des staatlichen Lebens wirklich liberal war, die Völker der Monarchie zu einigen, was eine unerfüllbare Utopie war. Aus diesen Anschauungen heraus läßt sich sehr wohl verstehen, warum die Partei alles unterließ, was als Stärkung der nationalen Stellung des deutschen Volkes angesehen werden und ihr bei ihrem, allerdings ganz unfruchtbaren Bemühen, Angehörige andrer Völker zu sich herüberzuziehen, hinderlich sein konnte.

Nach dem Sturz des Ministeriums Auersperg brach dann manche morsche Stütze des Deutschtums zusammen, aber auch manches, was man für stark und fest gehalten hatte, versagte schon beim ersten Ansturm. Wieviel an nationalem Besitzstand schon verloren gegangen war, sah man erst jetzt; aber dazu kam der schon geschilderte Eroberungszug der Slawen in der Bürokratie. Wie wenig die bestehenden Gesetze die Deutschen schützten, trat insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens hervor; und die erste praktische Arbeit der nationalen Bewegung war die Gründung des „Deutschen

Schulvereins". Dem Schulverein folgte eine Reihe von andren nationalen Schutzvereinen, die schließlich das ganze Gebiet deutscher Volksinteressen umspannten. Die Organisation schritt dann weiter zum Zusammenschluß dieser Vereine auf dem Boden ihrer gemeinsamen Tätigkeit; es kam zur Bildung von Volksräten für die einzelnen Provinzen, in denen ein nationaler Abwehrkampf zu führen war, und für die Schaffung eines Volksrats für ganz Österreich ist in der gemeinsamen Kanzlei der Schutzvereine mindestens schon ein brauchbarer Ansatz vorhanden.

Allmählich wuchsen alle diese nationalen Vereine erst in ihre Aufgaben hinein. Die Aufgabe des Schulvereins war wohl von vornherein gegeben: wo deutsche Minderheiten um ihre Existenz kämpften, bedurfte es vor allem einer deutschen Erziehung des Nachwuchses, um Entnationalisierung zu verhindern. Aber gar bald trat das wirtschaftliche Moment im nationalen Kampfe in den Vordergrund. Hier handelt es sich zum Teil um sehr verwickelte Fragen, und es war nicht ohne weiteres klar, wie da am zweckmäßigsten zu helfen, mit den vorhandenen Mitteln die größte Wirkung zu erzielen sei. Sprachinseln sind durch den Zustrom der andersprachigen Bewohner der Umgebung gefährdet, ganz besonders wenn das Deutschtum auf eine Stadt oder einen Marktflecken beschränkt ist, der keinen Rückhalt an einer deutschen Landbevölkerung findet. Die städtische Bevölkerung kann insbesondere im Handwerkerstande den notwendigen Nachwuchs nicht selbst liefern; das soziale Problem des Niedergangs des Handwerks verbindet sich mit dem nationalen. Die wahllose Unterstützung des notleidenden Deutschen führt leicht zur Stützung an sich nicht lebensfähiger Existenzen, und der nationale Kampf bietet den Deutschen schlechte Aussichten, wenn die wirtschaftliche Tüchtigkeit nicht dem nationalen Selbstbewußtsein zur Seite tritt. Ein andres Problem ist das der Volksvermehrung. Fast wie ein Dogma tritt uns hier die Anschauung entgegen, daß das höher zivilisierte Volk kinderärmer sein und so von dem Kinderreichtum des niedererstehenden und anspruchsloseren überschwemmt werden müßte. Alle diese Probleme mußten erkannt sein, bevor man die Schäden wirksam bekämpfen konnte. Den Anfang machte der Reichsratsabgeordnete Freiherr von Dumreicher in seiner, man kann wohl sagen, klassischen Schrift „Südostdeutsche Betrachtungen". Man kann es heute kaum mehr verstehen, daß das, was darin gesagt ist, zur Zeit des Erscheinens (1893) wie eine Offenbarung wirkte; und es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Zeit, daß Dumreicher in der Vorrede erklärt, er habe die Schrift auf die Bitte seiner Parteifreunde verfaßt, um über die Lebensbedingungen des österreichischen Deutschtums etwas Klarheit zu schaffen. Im Jahre 1892 veröffentlicht Michael Hainisch seine grundlegende Arbeit „Die Zukunft der Deutschösterreicher", in der er die Populationsbewegung der Deutschen im Vergleich zu den Tschechen untersucht und die sozialen Ver-

hältnisse klarlegt, die die Volksvermehrung bei den Deutschen ungünstig beeinflussen. Für Böhmen schaffen dann (1905) die umfassenden Arbeiten von Rauchberg eine nationale Statistik, die einen tiefen Einblick in die Lebensbedingungen von Deutschen und Tschechen im Lande gewähren und jeder wirksamen Schutzvereinsarbeit zugrunde gelegt werden müssen, ganz unabhängig davon, ob man sich die etwas optimistischen Schlußfolgerungen des Verfassers zu eigen macht oder nicht. Ergänzend treten zu diesen die Arbeiten Wiesers über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Deutschen in Böhmen hinzu, sowie die sich zum Teil auf ein weiteres Gebiet erstreckenden, nicht in gleichem Maße zuverlässigen Veröffentlichungen von Schubert. Ich habe hier nur die wichtigsten Arbeiten genannt, um anzudeuten, wie sich die Erkenntnis der nationalen Lebensbedingungen und damit auch dessen, was not tut, in dieser Zeit erheblich vertieft hat. Man lernt es nun besser, den Abwehrkampf zu führen, man sieht Erfolge, die neue Anhänger zuführen, die freilich auch infolge der Verbreitung des nationalen Gedankens in immer weiteren Kreisen zunehmen. Alle Schutzvereine haben eine fast ununterbrochene aufsteigende Entwicklung zu verzeichnen und haben sich immer weitergreifende Aufgaben gestellt; in letzter Zeit sind sie sogar an das sehr schwierige Problem der Kolonisation herangegangen, wie es scheint, mit guter Aussicht auf Erfolg.

Wie die wissenschaftliche Arbeit, so steht auch die der Schutzvereine dem eigentlichen politischen Parteileben fern, wie auch in der Tätigkeit dieser Vereine die Frage der Stellung des Deutschtums zum Staat gar nicht zur Erörterung kommen konnte. Sie bilden den restlosen Ausdruck rein nationaler Bestrebungen, sie sehen sich in ihrer Betätigung vom Staat verlassen, häufig von ihm behindert und bekämpft und sind dadurch gezwungen, gegen die Staatsgewalt zu kämpfen. Im Wachstum dieser Vereine kommt das „Umdenken" der Deutschen, von dem ich oben gesprochen habe, der Erfolg des rein nationalen Gedankens gegenüber dem Staatsgedanken am klarsten zum Ausdruck. Dieses ganze Gebiet der Betätigung wurde nicht durch die politischen Parteien eröffnet, im Gegenteil, es war die Lücke, die diese nicht auszufüllen vermochten. Zwar hat es nicht daran gefehlt, daß die Parteigegensätze auch in die Vereine hineingetragen und auf ihrem Boden ausgekämpft wurden. So gab es im Schulverein, der ursprünglich eine Gründung nationaler Kreise war, in dem aber bald die liberale Partei maßgebenden Einfluß gewann, lange Jahre erbitterte Kämpfe wegen der Judenfrage; andre Vereine waren bei ihrer Gründung als Schrittmacher der nationalen Partei gedacht, z. B. der Bund der Deutschen in Böhmen. Für die innere Notwendigkeit des engeren Zusammenschlusses ist es aber kennzeichnend, daß in allen diesen Vereinen das parteipolitische Moment schließlich doch vollkommen ausgeschaltet wurde, was freilich andrerseits auch damit zusammen-

hing, daß derselbe Geist, der in der nationalen Schutzarbeit waltete, auch in das Parteigetriebe drang und sich hier endlich durchsetzte.

Der parteipolitische Kampf zwischen deutschen Parteien, der durch Jahrzehnte mit großer Erbitterung tobte, in gewissem Sinne auch heute noch nicht ganz abgeschlossen ist, ist in seiner Bedeutung kaum in Österreich selbst, geschweige denn im Deutschen Reiche richtig gewürdigt worden. Zum Teil mit erklärlicher Absichtlichkeit, zum Teil aus Unkenntnis wurden die Dinge in der Tagespresse häufig so dargestellt, als habe sich die deutsche Uneinigkeit selbst angesichts gemeinsamer Bedrohung durch das Slawentum hier ausgetobt, und wenn es jetzt den Anschein einer Wendung zum Besseren erhalten habe, so sei das eben die pädagogische Folge der vielen erhaltenen Schläge. Man kann wohl den Vorwurf der Eigenbrödelei gegen die Mitglieder des Bürgerministeriums erheben, die ihrer Regierung selbst das Grab schaufelten; und es war eine von eigennützigen persönlichen Motiven nicht freie Fraktionssucht, deren Ausfluß der lange Zeit heimliche Kampf der liberaldemokratischen Richtung gegen den mehr konservativ gerichteten verfassungstreuen Großgrundbesitz unter dem Ministerium Auersperg war. Und gar zu Beginn des Ministeriums Taaffe bot die liberale Partei ein klägliches Bild der Halbheit und Zerfahrenheit; aber dann trat unter dem Drucke der Oppositionsstellung bald eine Ralliierung ein, die indes die Politik der liberalen Partei auch nicht erfolgreicher gestaltete. Sie bildete in den Zeiten des eisernen Ringes unter dem Ministerium Taaffe eine geschlossene Partei, die bis zu 160 Mitglieder zählte. Zwar bildeten die klerikalen Deutschen mit den Slawen zusammen die deutschfeindliche Mehrheit; aber gerade diesen Übelstand zu beheben, waren die Liberalen am allerwenigsten imstande; wenn sich hier schließlich ein Weg zu gemeinsamer Arbeit gefunden hat, so hat ihn die nationale Bewegung erst geebnet. An eine Reform der liberalen Partei war nicht zu denken; darum war der Kampf nötig, der mit einer neuen Generation auch andre politische Anschauungen zur Geltung brachte. In den Zeiten des Ministeriums Taaffe träumten die Liberalen nur von der Rückkehr zur Macht, ohne die Wandlung der Verhältnisse, die inzwischen eingetreten war, zu begreifen. Ihr hervorragendster Führer, Herbst, betrachtete die ganze Politik wie einen Zivilprozeß, der durch Anwendung juristischer Spitzfindigkeiten zu gewinnen sei. Plener lebte ganz im Banne englischer parlamentarischer Vorbilder; ihm mußte es fast wie eine beruhigende Analogie zu englischen Verhältnissen erscheinen, daß die liberale Partei einmal in der Herrschaft abgelöst worden war.

Dazu kam der Zusammenhang der liberalen Partei mit dem Judentum. Es liegt im Rahmen dieses Buches kein Bedürfnis vor, sich mit der Judenfrage und dem Antisemitismus auseinanderzusetzen. Das eine muß allerdings beim Leser vorausgesetzt werden, daß er das jüdische Volk trotz des

Verlusts einer eignen Sprache und seiner Anpassungsversuche an die Völker, in deren Mitte es lebt, als besondere ethnische Individualität anerkennt, was ja auch von einem beständig wachsenden Bruchteil des Judentums in Anspruch genommen wird. Von diesem Standpunkt aus müßte man also die Juden in die unter sich streitenden Nationalitäten einbeziehen, da sie ihrerseits gewiß auch, wie alle andren Nationalitäten, nach politischer Macht streben und gerade dieses Streben vielfach von den Völkern, mit denen sie leben, oder einem beträchtlichen Bruchteil derselben sehr nachdrücklich bekämpft wird. Aber dieser Kampf hat doch wieder einen ganz andren Charakter als alle andren in der Donaumonarchie ausgefochtenen Nationalitätenkämpfe; die Juden sind über die ganze Monarchie verbreitet — in den Alpenländern allerdings in geringer Zahl —, es handelt sich nirgends um einen geographisch abgrenzbaren nationalen Besitzstand. Und die Juden bekämpfen natürlich auch nicht irgendeine Nation als solche, sie suchen sich nur Einfluß auf die Politik der Völker zu verschaffen, um dadurch ihre Interessen zu wahren. Diese liegen vor allem in der Richtung, daß durch eine liberale Gesetzgebung die sie beengenden Schranken fallen und ihnen dadurch die Möglichkeit ungehinderter Betätigung auf allen Gebieten des Erwerbs- und öffentlichen Lebens gegeben wird. Am nationalen Kampf der anderen Völker unter sich sind sie daher wenig interessiert, wenn sie sich auch notgedrungen daran beteiligen, um Schlimmeres zu vermeiden, unter Umständen auch als Hauptrufer im Streit erscheinen, wenn ihnen dies besonderen Vorteil zu bringen scheint. Es liegt nahe, daß sie gerne mit der Macht gehen; dies erklärt, ebenso wie das Bedürfnis nach einer gemeinsamen Verständigungssprache, die den Mangel eines eignen Idioms nach Möglichkeit ersetzen soll, daß der größte Teil des Judentums in die Periode der Verfassungskämpfe Österreichs als Anhängsel des deutschen Volkes eintrat. Der erste Abfall fand mit der Selbständigwerdung Ungarns im Jahre 1867 statt: der neugebackene ungarische Staat, dessen herrschende Rasse eines Mittelstandes völlig entbehrte, gab den Juden ungeahnte Möglichkeiten der Entfaltung. Die Voraussetzung war freilich ein äußerlich vollständiges Aufgehen im Magyarentum; und je weniger echt diese Selbstentäußerung war, desto übertriebener wurde meist ihre öffentliche Bekundung. In Galizien, wo die Juden 11 % der Bevölkerung bilden, gestattet ihnen diese zahlenmäßige Stärke noch am ehesten als selbständige Nationalität aufzutreten, was ja auch bei den letzten Reichsratswahlen dadurch zum Ausdruck kam, daß dort vier Zionisten gewählt wurden; soweit dies den Juden aber erforderlich schien, schlossen sie sich natürlich dem herrschenden Polentum an. Als der Kampf der Tschechen gegen die Deutschen begann, standen die Juden größtenteils auf seiten der Deutschen; der nationale Kampf war ihnen naturgemäß wenig sympathisch, weil er gar bald mit dem Mittel des Boykotts geführt wurde

und die wirtschaftlichen Interessen die Juden darauf hinweisen, mit Deutschen und Tschechen in gleicher Weise Geschäfte zu machen; die Notwendigkeit, Stellung zu nehmen, war ihnen peinlich genug. Indes kamen sie darum nicht herum; im rein tschechischen Gebiet war der Übergang zum Tschechentum bald vollzogen — wodurch häufig rein zahlenmäßig ein Rückgang des Deutschtums vorgetäuscht wurde. Auch im gemischtsprachigen Gebiet vollzog sich der gleiche Prozeß in dem Maße, als die Macht der Tschechen sich befestigte und diese davon weit rücksichtsloser Gebrauch machten, als die Deutschen. Dieser Vorgang vollzieht sich, wie dies statistisch nachzuweisen ist, in Prag und in Mähren noch heute und dürfte in nicht allzu ferner Zeit dadurch zum Abschluß gebracht sein, daß alle die jüdischen Kreise, die von Tschechen wirtschaftlich irgendwie abhängig sind, sich auch zum Tschechentum bekennen.

In der zentralistischen Periode des österreichischen Verfassungslebens strebte das Judentum naturgemäß nach Einfluß in der deutschliberalen Partei, den es dort auch leicht gewann; aber seine Interessen deckten sich mit denen des Deutschtums nicht. Und so begann denn mit dem Kampfe um eine Änderung der deutschen Politik auch der gegen den überwiegenden Einfluß des Judentums in der herrschenden liberalen Partei. Er begann wohl schon zu der Zeit, als diese noch im Besitze der Macht war; aber zur vollen Entfaltung kam er erst nach ihrem Sturz. Äußerlich trat er fast als Hauptpunkt der Gegensätze hervor; dafür sorgte schon das Judentum mit seinem großen Einfluß in der Presse. Aber tatsächlich war es doch nur ein Teil der Meinungsverschiedenheiten über die Aufgaben, die der politischen Vertretung des deutschen Volkes in Österreich gestellt waren. Aus andrer Quelle entwickelte sich der Antisemitismus in Wien, wo er zur Bildung der christlichsozialen Partei führte. Hier richtete sich der Kampf gegen die Herrschaft der liberalen Partei in der Kommunalverwaltung; da hatten sich, wie überall, wo eine Partei lange die Herrschaft unumschränkt ausübt, zahlreiche Beweggründe zusammengefunden, die Anhänger in das Lager der Opposition trieben. Die Liberalen hatten dem „kleinen Mann" zu herrische Allüren, die liberal-manchesterliche Ära der Gesetzgebung wurde von den Handwerkern als die Ursache des Niedergangs des Handwerks betrachtet, das Judentum erschien als Hauptträger des Liberalismus im Wirtschaftsleben. Dazu kamen die nationalen Kreise, die mit weiterem Gesichtskreis die liberale Partei bekämpften und natürlich in der politischen Eroberung der Reichshauptstadt einen wichtigen Fortschritt sahen. Unter dem Ansturm dieser vereinigten Gegner brach die liberale Herrschaft in der Wiener Gemeindestube im Jahre 1895 endgültig zusammen. Nach erfochtenem Siege wurde die Partei, der die Ausnützung des Sieges zufiel, wesentlich einheitlicher. Die Nationalen hatten es nicht verstanden, mit den andren Bestand-

teilen der Opposition zu paktieren; sie selbst, wie ihre Bundesgenossen, hatten ihre Stärke überschätzt. Der Führer der Christlichsozialen war Dr. Carl Lueger; ein Mann mit dem Hunger nach Macht, nicht allzu wählerisch in der Wahl seiner Mittel, keinesfalls bedenklich in der Wahl der Überzeugungen, die ihn fördern konnten. In einer Umgebung, in der Willensstärke nicht zu den alltäglichen Erscheinungen gehört, ist er um dieses einen Charakterzuges willen dem objektiven Beurteiler fast eine sympathische Erscheinung. Als er durch die von den Führern der Deutschnationalen gemachten Fehler erkannt hatte, wie wenig diese Richtung an Anhang und Werbekraft in der Residenz besaß, pflegte er vor allem das kleinbürgerliche Element in seiner Partei, deren Schwerpunkt nunmehr in den wirtschaftlichen Teil ihres Programms und in die rücksichtslose Ausnützung der gewonnenen Macht fiel.

Von Bedeutung ist es, wie nach einem Menschenalter erbitterter Kämpfe das Deutschtum sich bezüglich der Judenfrage schließlich doch auf einer gemeinsamen, politisch brauchbaren Plattform zusammenfand. Zunächst erschienen die Gegensätze ganz unüberbrückbar. Die Liberalen in Böhmen behaupteten schon mit Rücksicht auf den Kampf mit den Tschechen die Hilfe der Juden nicht entbehren zu können; man fürchtete sie durch den Antisemitismus in das tschechische Lager zu treiben. Zwei Tatsachen haben nun die Frage sehr wesentlich verschoben: erstens hinderte auch der Liberalismus den Übergang der Juden ins tschechische Lager dort nicht, wo diese es in ihrem wirtschaftlichen Interesse für zweckmäßig hielten; noch wichtiger war aber die nationale Abgrenzung der Wahlkreise, die die neue Reichsratswahlordnung vom Jahre 1907 mit sich brachte. Nun gab es Wahlkreise, in denen die Juden zwischen Deutschen und Tschechen den Ausschlag geben konnten, überhaupt nicht. In Mähren war durch die neue Landesordnung die nationale Autonomie noch weiter durchgeführt, und neuerdings versuchte man in der Bukowina, den Juden sogar eine eigene Kurie für die Wahlen zum Landtag einzuräumen und so die Deutschen von der jüdischen Wahlhilfe bei den Landtagswahlen unabhängig zu machen, was zunächst allerdings am Widerspruch der Regierung scheiterte. Alles zielt so auf reinliche Scheidung ab, die gelegentliches Zusammenwirken auf politischem Gebiet nicht ausschließt. In den nationalen Schutzvereinen kam es über die Judenfrage nach zum Teil jahrelangen Kämpfen schließlich zu einer Verständigung; die meisten schließen Juden von der Mitgliedschaft aus; in andren, wie z. B. im Schulverein, ist es den einzelnen Ortsgruppen überlassen worden, darüber zu bestimmen. Die Mitarbeit der Juden wird im allgemeinen, wenn der Anschluß ehrlich gemeint ist, wohl nicht zurückgewiesen, sie spielt aber keine wesentliche Rolle.

Im Parlament waren die Juden in der liberalen Partei noch sehr einflußreich; da zerfiel die alte „Vereinigte Linke" nach den Wahlen des Jahres

1897, die ihr eine schwere Niederlage gebracht hatten. Der „Verfassungstreue Großgrundbesitz" konstituierte sich nun als besonderer Parteiklub; so blieb die Fortschrittspartei der kümmerliche Rest der einst das ganze Deutschtum umfassenden Partei. Alle andren Gruppen hatten entweder den Antisemitismus im Programm, oder sie hielten sich in der Praxis judenrein. Der letzte Schritt geschah nun nach den Wahlen im Jahre 1907; die Liberalen zogen als ein kleines Häuflein von 21 Mann in das Haus des allgemeinen Wahlrechts; in Wien waren drei Liberale gewählt worden, sämtlich Juden oder jüdischer Abstammung; aber die in Böhmen und Mähren gewählten Liberalen wußten wohl, daß sie keine Aussicht hatten, wiedergewählt zu werden, wenn sie nicht an die deutschnationalen Parteien engeren Anschluß fänden. So wurde denn das Prinzip geopfert, und 18 Fortschrittler schlossen sich den „deutschfreiheitlichen Parteien" an, die ihrerseits den in Wien gewählten drei Liberalen keine Aufnahme gewährten. Damit ist nun der Kampf im wesentlichen zugunsten des Grundsatzes entschieden, daß die Deutschen ihre politischen und nationalen Interessen ohne jüdische Beihilfe vertreten sollen; in den deutschen politischen Parteien spielt das Judentum so wenig eine Rolle mehr, wie in den zu gemeinsamer Verfolgung nationaler Belange geschaffenen Organisationen; die Macht der Presse ist ihnen freilich geblieben.

Aber nicht nur auf diesem Gebiet ist es nach jahrelangen Kämpfen zu einer Verständigung und Annäherung gekommen; auch in der entscheidenden Hauptfrage, der des Verhältnisses der Deutschen zum Staat. Die nationale Bewegung hat nicht von allem Anfang zielbewußt auf Gegenüberstellung des Nationalgefühls zum Staatsgefühl hingearbeitet; aber diese Gegenüberstellung hat sich ganz naturgemäß ergeben. Die ersten Anfänge der nationalen Bewegung weisen schon darauf hin: der Staat im Jahre 1870 kaum durch mehr als eine Verkettung von Zufälligkeiten davon abgehalten, gegen das nach Frankreich ziehende Deutschland die Waffen zu erheben — der nationalgesinnte Teil der Deutschen jubelnd über die Siege der deutschen Heere, von dem Gefühl erfüllt, daß die Mehrung deutschen Ansehens in der Welt, die die Folge der geschichtlichen Ereignisse war, auch dem Deutschtum außerhalb der Grenzen des neugegründeten Deutschen Reichs zugute kommen müsse. Der österreichische Staat sucht diese Bewegungen nach Möglichkeit zu unterdrücken; die natürliche Reaktion ist die Sehnsucht, der neuen deutschen Herrlichkeit teilhaftig zu werden. So entwickelt sich der alldeutsche Gedanke in doppelter Form: er fordert die Anerkennung des volklichen Zusammenhangs mit den Deutschen der ganzen Welt, natürlich in erster Linie mit denen des nun in politischer Macht dastehenden deutschen Kernlandes, des Deutschen Reichs. In seiner irredentistischen Ausprägung geht er aber weiter und strebt die Angliederung an das Deutsche Reich an, was nur

unter Zertrümmerung des österreichisch-ungarischen Staates in seiner gegenwärtigen Form möglich ist. Dem Altösterreichertum, das das völlige Aufgehen im österreichischen Staatsgedanken fordert, stellt sich also hier als der äußerste Gegensatz die Negation dieses Staates überhaupt entgegen. Die Stärke des Anhangs, den diese Ausprägung des alldeutschen Gedankens bei den Deutschen Österreichs findet, unterlag bisher mannigfachen Schwankungen. Sie geht parallel den Verstimmungen, die die Behandlung der Deutschen durch die Regierung auslöst. Große Anhängerschaft kann aber der deutsche Irredentismus nur unter der Voraussetzung gewinnen, daß eine baldige Verwirklichung der hier angestrebten Ziele wahrscheinlich oder mit den von den Deutschen Österreichs selbst anwendbaren Mitteln erreichbar ist. Nun ist aber klar, daß die Zahl der Anhänger eines Anschlusses Deutschösterreichs an das Deutsche Reich in Österreich noch so groß sein mag — wenn dieser Wunsch bei den Bewohnern des Reichs keine Gegenliebe findet, ist er aus der Kraft der Deutschösterreicher allein niemals zu verwirklichen. Dann kann sich zwar wohl ein reicher Großgrundbesitzer, wie Schönerer, den Luxus leisten, den Staat zu negieren, weil er in keiner Weise etwas von ihm braucht, oder ein kleiner Angestellter, um dessen politische Meinung niemand frägt; wer aber im Erwerbsleben steht und darin eine Rolle spielt, den verbinden die mannigfachsten Beziehungen mit dem Staat und seinen Organen, er empfindet das Bedürfnis, in der einen oder anderen Weise auf sie Einfluß zu gewinnen, denn sein Wohl und Wehe wird zu sehr davon berührt; er mag von einer Vereinigung mit Deutschland als Ideal träumen, im täglichen Leben muß er doch eine positive Politik treiben oder unterstützen. Die Vertiefung des Nationalgefühls der österreichischen Deutschen an der Zunahme der irredentistischen Gesinnung messen zu wollen, ist grundsätzlich falsch; nicht minder irrtümlich wäre es aber, von einem augenblicklichen Rückgang auf deren endgültigen Zusammenbruch zu schließen; jeder Angriff des Staates auf Rechte des deutschen Volkes kann sie wieder zu hellen Flammen entfachen.

Im übrigen führen manche Abstufungen von der reinen Negation des österreichischen Staatsgedankens, wie sie von Schönerer und seinen Anhängern verfochten wird, zu einer deutschnationalen Realpolitik. Mit dem Ausgleich mit Ungarn im Jahre 1867 war das alte zentralistische Österreich in eine Periode der Umgestaltung getreten, deren Ende noch niemand voraussagen kann; wie sich die Slawen die weitere Entwicklung in der Richtung des Föderalismus dachten und für einzelne Ländergruppen dieselben Rechte forderten, die Ungarn sich erstritten hat, so mußten auch die Deutschen daran denken, eine ihnen günstige Umgestaltung in dem Augenblick zu verlangen, wo sie auf das von den Liberalen verfolgte Ziel der Wiederherstellung des alten Zentralismus verzichteten. Diese Gesichtspunkte führten zur Abfassung des Linzer

Programms, das im Jahre 1882 aus der Beratung eines kleinen Kreises von Führern der nationalen Bewegung hervorging und von da ab den wesentlichen Inhalt der Parteiprogramme bildete, die den Kampf mit der herrschenden liberalen Partei unter nationaler Flagge aufnahmen. Das Linzer Programm enthält zwei wesentliche Punkte: die Forderung der Personalunion mit Ungarn und die nach einem engeren Zusammenschluß der ehemaligen deutschen Bundesländer innerhalb der österreichischen Reichshälfte, die Sonderstellung Galiziens, Dalmatiens und der Bukowina, somit eine teilweise Föderalisierung, eine Befriedigung polnischer und kroatischer Wünsche unter Ablehnung der tschechischen; und hieraus ergibt sich dann die weitere Forderung des engeren Abschlusses der ehemaligen Bundesländer durch ein verfassungsmäßiges Bündnis und durch eine Zollunion an das Deutsche Reich infolge der isolierten und anlehnungsbedürftigen Stellung Deutschösterreichs fast von selbst. Der Gedanke, der hier zum Ausdruck kommt, ward natürlich nicht erst in der Stunde der Abfassung des Linzer Programms geboren; er hat eine längere Vorgeschichte. Schon in dem Programm eines am 21. Mai 1871 in Graz ins Leben gerufenen „Fortschrittsklubs", der jüngere vorwärtsdrängende Elemente, die als „Preußenfeuchler" verschrien wurden, umfaßte, findet sich die Forderung nach der Sonderstellung Galiziens und der Abtretung Dalmatiens an Kroatien. Das Linzer Programm ist im wesentlichen defensiv; im gewissen Sinne schließt es wohl an die zentralistischen Traditionen an, indem in dem räumlich verkleinerten Österreich an eine Betätigung deutscher Vorherrschaft in ähnlicher Weise wie in dem zentralistischen Altösterreich gedacht ist: die schwache zahlenmäßige Mehrheit, die die Deutschen in den ehemaligen Bundesländern besitzen, müßte dies erleichtern. Im ganzen bedeutet dieses Programm aber auch ein Bekenntnis zum Pessimismus über die Aussichten des österreichischen Deutschtums, wie dies in seinem defensiven Charakter schon mit beschlossen liegt. Die Deutschen verzichten damit auf die Aussicht, jemals wieder zur Macht im Staate, so wie er heute ist, zu gelangen, sie suchen sich, soweit dies ohne Schädigung ihrer wesentlichsten Belange geht, mit andren Völkern zu verständigen, deren Wünsche zu befriedigen und sich so Bundesgenossen zu verschaffen, mit deren Hilfe ein gemeinsames Programm durchgesetzt werden kann. Nun krankt der Gedanke freilich an einer Schwierigeit: zur Zeit, als der Zentralismus noch in voller Blüte stand, also etwa unter dem Ministerium Schmerling, wäre ein Bündnis mit den Polen zu diesem Zwecke wohl möglich gewesen. Nachdem aber unter dem Bürgerministerium den Polen die innere polnische Amtssprache in Galizien sowie die Autonomie des Schulwesens zugestanden war, ist das wertvollste Kompensationsobjekt den Polen gegenüber aus der Hand gegeben. Den wesentlichen und ihnen wertvollen Inhalt des Föderalismus besitzen sie seitdem tatsächlich, wenn

er ihnen auch nicht verfassungsmäßig verbürgt ist; der Zentralismus, der im Reichsrat zum Ausdruck kommt, bringt ihnen aber auf finanziellem Gebiet vielerlei Vorteil. So wäre die Grundlage für eine Einigung erst wieder gegeben, wenn die Deutschen die Macht hätten, die Tatsachen hinter das Jahr 1868 zurückzurevidieren. An sich wäre das mit Hilfe der Ruthenen vielleicht nicht unmöglich; aber dann würden sich wieder die Ruthenen gegen die Gewährung einer Autonomie sträuben, die sie vollständig den Polen ausliefert. So ist im wesentlichen die Voraussetzung für die Durchführbarkeit des Linzer Programms, daß die Deutschen in der Monarchie wieder zur Herrschaft und maßgebendem Einfluß gelangen. Träte aber dieser Fall einmal ein, dann müßte doch das nationale Gewissen wieder Bedenken tragen, durch eine derartige Neugestaltung und Beschränkung der nationalen Betätigung auf ein engeres Gebiet zahlreiche Volksgenossen in eine national schwierige Lage zu bringen, vielleicht direkt der Entnationalisierung auszuliefern. In Ungarn wohnen nach den Ziffern der amtlichen Zählung etwas über 2, in der Tat wahrscheinlich mehr als $2^1/_2$ Millionen Deutsche. Österreich bietet ihnen wenig Rückhalt gegenüber der Magyarisierung; immerhin bedeutet doch die gemeinsame Armee mit der deutschen Dienstsprache eine Hilfe im Kampfe um die Erhaltung ihrer volklichen Eigenart. Die Personalunion hätte natürlich die selbständige ungarische Armee mit magyarischer Dienstsprache im Gefolge — ein Mittel mehr zur gewaltsamen Magyarisierung. Vielleicht ist allerdings im selbständigen ungarischen Staat die magyarische Vorherrschaft schwerer aufrecht zu erhalten, als gegenwärtig; aber es sind auch dann verschiedene Bündnisse zwischen den dort lebenden Völkern möglich, die sich alle gleicherweise gegen das Deutschtum richten können. Ferner wohnen in Galizien über 100000 Deutsche ausschließlich der Juden, die sich zur deutschen Umgangssprache bekennen, in der Bukowina nahezu ebensoviel. Erstere haben erst vor kurzem einen tapferen Kampf gegen die polnische Bedrückung begonnen, letztere haben zwischen Ruthenen und Rumänen, trotzdem sie zahlenmäßig der kleinste Bruchteil der Bevölkerung sind, eine bevorzugte Stellung. Wird man das alles so leicht preisgeben, gerade in dem Augenblick, wo man wieder die Macht gewonnen hat, es zu schützen und zu stärken? Lediglich in der pessimistischen Vorahnung, daß die Gunst der Stunde sich wieder wenden könnte?

Eine praktische Bedeutung hat das Linzer Programm insofern nicht gehabt, als sein staatsrechtlicher Teil in keinem einzigen Punkte verwirklicht worden ist. Von diesem Gesichtspunkt wäre es ziemlich gleichgültig, ob das deutsche Volk durch Liberale oder Nationale politisch vertreten ist. Die Bedeutung des Programms war mehr symptomatisch, insofern es eine Verleugnung des alten Zentralismus bedeutet und lediglich die nationalen Bedürfnisse zur Richtschnur nimmt; es ist ein Symptom der Abkehr von der

Staatsgesinnung zugunsten einer rein nationalen Politik. Eine wirklich praktische Tat in dieser Richtung, die aus der gleichen Gesinnung fließt, die Grundordnung des Staates in keiner Weise erschüttert und dennoch von weitreichenden Folgen begleitet war, ist hingegen die Schaffung des deutschen Landsmannministeriums gewesen. Die Errichtung des polnischen Landsmannministeriums, das amtlich den Titel „Ministerium für Galizien" führt, geht in die Zeit des Ministeriums Hohenwart, die des tschechischen auf den Anfang des Ministeriums Taaffe zurück, wo Prazak als Minister ohne Portefeuille und Vertrauensmann der Alttschechen in das Ministerium eintrat, daneben allerdings durch viele Jahre das Justizministerium leitete und dort sehr nachdrücklich für die tschechischen Interessen arbeitete. Zunächst hatten diese Ministerien die Bedeutung, daß sie dem Gesamtministerium einen parlamentarischen Einschlag gaben, ihm die Unterstützung der Parteien, denen die betreffenden Minister angehörten, sichern sollten. Allmählich hat sich ihr Charakter gewandelt; die Landsmannminister wurden die Vertrauensmänner des Volkes, dem sie angehörten, und dem sie im Rate der Krone nach Möglichkeit zu nützen suchten, ohne die Verpflichtung zur Unterstützung des Ministeriums durch ihre Parteien zu übernehmen. Zum erstenmal hatten die Deutschen eine Art von Landsmannminister, als der Abgeordnete des verfassungstreuen Großgrundbesitzes, Graf Kuenburg, im Dezember 1891 in das Ministerium Taaffe eintrat; aber seine Stellung hatte noch keineswegs den Charakter, den das deutsche Landsmannministerium heute hat, denn es sollte nur die Annäherung zum äußerlichen Ausdruck bringen, die damals Graf Taaffe an die deutsche Linke vollzogen hatte, und die, wie sich bald herausstellte, nicht ehrlich gemeint war; so schied denn Graf Kuenburg nach einjähriger Amtsführung aus dem Ministerium wieder aus, ohne daß seine Tätigkeit irgendwelche Spuren hinterlassen hätte. Die deutschen Politiker wehrten sich damals auch dagegen, daß ihr Vertrauensmann im Ministerium eine dem polnischen oder dem tschechischen Landsmannminister entsprechende Stellung einnehme, denn dies entspreche nicht dem Verhältnis, in dem das deutsche Volk zum Staate stehe: der Staat sollte gewissermaßen der natürliche Beschützer der Deutschen sein. Denkt man sich in die Verhältnisse des zentralistischen Staates von ehedem hinein, so war ein besonderer Anwalt deutscher Belange in der Regierung in der Tat ein Unding, nicht gerade deshalb, weil bei diesen Regierungen diese sowieso gut aufgehoben waren, sondern weil es den Interessen der Regierung geradezu zuwiderlief, wenn sich auch die Deutschen dem Staate gegenüber als besondrer Volksstamm fühlten. Die politische Lage hatte sich indessen doch zu stark gewandelt. Als zum erstenmal im Jahre 1906 der Abgeordnete Prade als deutscher Landsmannminister in das Kabinett Beck eintrat, war der Widerspruch in deutschen Kreisen, der sich auch diesmal noch schwach

regte, längst überwunden, und gar bald wußte sich das Landsmannministerium einen Wirkungskreis zu schaffen, der so unbestritten dem deutschen Volke zum Nutzen gereicht, daß an ein Verschwinden des Ministeriums selbst unter einem ausgesprochen deutschfeindlichen Ministerpräsidenten kaum mehr zu denken wäre. Was das Landsmannministerium an Erfolgen für das Deutschtum zu erringen imstande ist, hängt natürlich von der jeweilig politischen Lage und von der Stärke der Stellung der Deutschen — sei es innerhalb oder außerhalb des Parlaments — ab; ein dauernder Erfolg der Errichtung des Landsmannministeriums bleibt es indes, daß es dem Wandel, der sich in der Stellung der deutschen Beamtenschaft vollzogen hat, den endgültigen Stempel aufdrückt, daß nun auch das Recht des deutschen Beamten, sich zu einem Volk nicht nur zu bekennen, sondern sich auch national zu betätigen, staatlicherseits anerkannt wird. Unter der Herrschaft des Ministeriums Taaffe hatten die Deutschen so recht Gelegenheit, die Annehmlichkeiten auszukosten, die die Stellung als „Staatsvolk" für sie hatte; während die tschechischen, polnischen und windischen Beamten sich naturgemäß als Vorkämpfer der nationalen Bestrebungen ihres Volkes betrachteten, forderte man vom deutschen Beamten „Unparteilichkeit", der nur durch nationale Geschlechtslosigkeit zu entsprechen war. Heute sind die Beamtenstellungen ein Hauptobjekt des politischen Kampfes; und die einzelnen Ressortminister mögen bei Besetzungen und Vorrückungen dem deutschen Landsmannminister größere oder kleinere Zugeständnisse machen, sie werden jedenfalls nicht der Stärke des Nationalgefühls bei den einzelnen Kandidaten nachspüren und kein Bedürfnis haben, national farblose Beamte zu ernennen, wodurch sie sich weder den Dank des deutschen noch des tschechischen Landsmannministers erwerben würden. So stirbt der Typus der altösterreichischen Beamten, des „Nur-Österreichers", der reinsten Verkörperung des altösterreichischen Staatsgedankens der vormärzlichen Zeit allmählich aus; die Slawen haben sich schon lange von diesem Typus losgesagt, die Deutschen sind ihnen viel später gefolgt. Der Gewinn für das Deutschtum ist offenkundig: eine Stärkung der deutschen Intelligenz, die sich an der Arbeit zum Schutz der deutschen Belange beteiligt, die Schwierigkeit, hoffentlich bald Unmöglichkeit, daß die Regierung sich der deutschen Beamtenschaft zur Unterdrückung des Deutschtums bediene. Ein Zeichen dieses Wandels ist der Kampf, der in den letzten Jahren von deutschen Richtern Böhmens gegen die Gültigkeit der Stremayrschen Sprachenverordnungen geführt worden ist; er wäre in dieser Form und Ausdehnung zu Zeiten Taaffes unmöglich gewesen.

Ich habe hier in flüchtigen Umrissen den Gang zu zeichnen versucht, den die politische Entwicklung eines Teils des österreichischen Deutschtums in den letzten dreißig Jahren genommen hat; der Fernerstehende sieht nur Zwist und Streit, nicht nur mit dem gemeinsamen nationalen Gegner, sondern

auch innerhalb der deutschen Reihen, und der gute Rat, wie das absprechende Urteil sind bald fertig. Ich glaube hier gezeigt zu haben, daß bei allem Mangel an politischer Begabung, die man wohl beim deutschen Volke ohne Rücksicht auf seine Wohnsitze beklagen darf, es dabei doch nicht zugegangen ist, wie in einer Kinderstube oder einem Irrenhause; daß es notwendige Kämpfe waren, die um grundsätzliche Fragen geführt wurden und die schließlich größere Einigkeit und eine stärkere Verteidigungsstellung zufolge gehabt haben, als sie je vorher vorhanden waren. Wenn man die Dinge rein mechanisch ansieht, so könnte man wohl auch heute angesichts der Parteiverhältnisse im Reichsrat in Klagen ausbrechen: wo einst noch zu Beginn der Ära Taaffe unter 353 Abgeordneten über 160 Mitglieder der „Vereinigten Linken" saßen, sind es heute unter 516 nur mehr halb soviel „Deutschfreiheitliche", die sich schließlich doch der Not gehorchend aus vier Fraktiönchen wieder zu einer Partei, dem „Deutschen Nationalverband", zusammengeschlossen haben; da wären wir also wieder bei der „Vereinigten Linken" von einst, der die Parteikämpfe, die dazwischen liegen, lediglich die Hälfte ihrer Anhänger gekostet haben. So liegen die Dinge aber keinesfalls; denn nicht nur in den führenden Personen, sondern auch in ihrem Programm ist diese neue Einheitspartei mit der alten in keiner Weise zu vergleichen; ihre Bildung hatte übrigens vor allem die Aufgabe, dem letzten Überbleibsel der liberalen Partei ein anständiges Begräbnis zu verschaffen.

Einerseits hat die Parteientwicklung, die schließlich zum „Deutschen Nationalverband" geführt hat, erst die Möglichkeit eines Zusammenwirkens in nationalen Fragen mit den Christlichsozialen geschaffen und dadurch die parlamentarische Stellung der Deutschen zweifellos gestärkt; andrerseits ist aber auch nicht zu übersehen, daß die Stellung des Parlaments in den letzten Jahrzehnten, insbesondere seit dem erstmaligen Einsetzen der Obstruktion und der fortschreitenden Demokratisierung des Wahlrechts sehr erhebliche Wandlungen erfahren hat. Der Reichsrat wird immer mehr das zahlenmäßige Spiegelbild der Zusammensetzung der Bevölkerung in nationaler Beziehung; weil er dadurch aber immer weniger die wirklichen Machtverhältnisse zum Ausdruck bringt, die doch nicht bloß auf den rohen Zahlen, sondern auch auf der wirtschaftlichen Macht, dem Kulturstand, den intellektuellen Leistungen der Völker beruhen, verliert er an Einfluß; die den Tatsachen nicht Rechnung tragende Gleichmacherei wird eben auf Umwegen korrigiert. Das Ministerium Badeni glaubte die Deutschen Böhmens auf dem Verordnungswege vergewaltigen zu können; die Deutschen legten daraufhin durch Obstruktion den Reichsrat lahm. Aber nicht das war schließlich für die Zurückziehung der Sprachenverordnungen entscheidend, sondern daß die deutsche Bevölkerung immer mehr in einen Zustand der Erregung kam, der in den offenen Aufruhr hineintrieb; dem war die Re-

gierung nicht gewachsen, und die Verordnungen wurden in dem Augenblick aufgehoben, wo die Bewegung die in nationalen Fragen damals noch nicht sonderlich empfindliche Reichshauptstadt ergriff und dies dem Kaiser bemerkbar wurde. Natürlich haben sich später slawische Parteien derselben Waffe bedient; die Regierung hat aber bisher die Frage, ob hinter dieser Obstruktion genügende Macht steht, noch nie aufgeworfen und ernsthaft zu beantworten versucht. Im Parlament ist diese Obstruktion kaum niederzuringen, auch nicht mit dem Mittel einer verbesserten Geschäftsordnung; aber die Regierung hätte es jederzeit in der Hand, die Tschechen fühlen zu lassen, daß sie auf diesem Wege nichts gewinnen, indem sie den Verwaltungsapparat auf dem vollkommen gesetzlichen Boden seiner Zuständigkeit gegen die Tschechen spielen läßt. Natürlich würden auch die Tschechen die Straße zu Hilfe rufen; dann müßte sich eben entscheiden, ob die Regierung noch stark genug ist, dieses Widerstandes Herr zu werden.

Die Geheimgeschichte der Wahlrechtserweiterungen in Österreich ist noch nicht geschrieben; sie würde auf die führende österreichische Bürokratie wahrscheinlich kein allzu vorteilhaftes Licht werfen. Graf Taaffe suchte durch seinen Wahlreformentwurf im Jahre 1893 den Ausweg aus einer für ihn unhaltbar gewordenen Lage; er selbst fiel darüber, was er wahrscheinlich nicht sonderlich tragisch nahm. Seit jener Zeit etwa setzte sich in der leitenden Bürokratie der Ministerien der Gedanke fest, den nationalen Gedanken durch den sozialen zu überwinden, die radikalen nationalen Parteien durch die Sozialdemokratie zu bekämpfen. An der schließlichen Durchführung des allgemeinen Wahlrechts hat zweifellos ein jüdischer Journalist großen Anteil, der ursprünglich zu sozialdemokratischen Blättern Beziehungen hatte, und es, nachdem er unter Veränderung seines Namens und seiner Konfession in das Ministerium des Innern eintrat, bis zur Exzellenz brachte und der Spiritus rector mehr als eines Ministerpräsidenten war und vielleicht noch heute ist. Nach den Ergebnissen könnte man fast glauben, daß die Wahlreform das Werk einer überlegenen staatsmännischen Intelligenz war, die den Parlamentarismus endgültig diskreditieren und dem Absolutismus freie Bahn schaffen wollte. Aber man würde wohl vergebens in der österreichischen Bürokratie nach solchen überlegen weltweisen Mephistonaturen suchen; auch die letzte Wahlreform war nur ein Auskunftsmittel, um für einige Zeit über Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, aus denen man keinen Ausweg wußte — genau so, wie der Wahlreformversuch des Grafen Taaffe; außerdem aber auch der Ausfluß einer blasierten Stimmung, die zu jedem Experiment geneigt machte. Es ist ganz gut, daß auch diese Möglichkeiten an den Tatsachen geprüft worden sind. Man hat den deutschen Parteien, die schließlich, wenngleich innerlich widerstrebend, dem allgemeinen Wahlrecht zustimmten, von mancher Seite deshalb heftige Vorwürfe gemacht.

Zahlenmäßig hat sich die Stellung der deutschen Vertretung im Reichsrat verschlechtert, und es war auch vorauszusehen, daß die Deutschen durch die Zahl und Gesinnung der in deutschen Bezirken gewählten Sozialdemokraten in der Vertretung ihrer nationalen Belange von allen Völkern des Staates den stärksten Abbruch erleiden würden; aber wenn man das oben Gesagte über den Einfluß der Straße auf die österreichische Politik in Betracht zieht, dann erkennt man auch, daß die Stellung der deutschen politischen Parteien in dieser Frage außerordentlich schwach war, selbst wenn die Christlichsozialen und Klerikalen sich mit dem freiheitlichen Parteien zusammengeschlossen hätten, was jedoch nicht zutraf. Die Deutschen hatten in diesem Fall das Argument der Straße in dem deutschen Gebiet selbst gegen sich. Es ist müßig darüber zu streiten, ob die Regierung den Mut gefunden hätte, gegen eine Obstruktion der deutschfreiheitlichen Parteien zu einer Aufzwingung des allgemeinen Wahlrechts auf außerparlamentarischen Wege zu schreiten; sie hätte es jedenfalls tun können; gegen ein Parlament, das, wenn selbst auf ungesetzlichem Wege, auf breiterer Grundlage gewählt ist als seine Vorgänger, gibt es keine Berufung an das „Volk"; das neue Parlament nimmt eben nötigenfalls den Charakter einer Konstituante an. Vielleicht hätten die deutschen Abgeordneten bei geschickterem Vorgehen eine günstigere Verteilung der Mandate erreichen können; vielleicht ist auch der mitunter lautgewordene Vorwurf berechtigt, daß sie zu sehr um die Sicherung von Wahlkreisen für sich selbst besorgt waren und darob die Belange der Gesamtheit vernachlässigten; daraus, daß sie sich grundsätzlich auf den Boden des allgemeinen Wahlrechts stellten, kann man ihnen keinen Vorwurf machen.

Die kurze Erfahrung, die über das Parlament des allgemeinen Wahlrechts vorliegt, hat immerhin schon gelehrt, was jeder vernünftige Mensch übrigens voraussehen konnte, daß von einer Ausschaltung des nationalen Streits zugunsten wirtschaftlicher und sozialer Aufgaben nicht die Rede ist. Die wesentlichste Veränderung gegen früher bildet das Anwachsen der sozialdemokratische Partei, die 86 Abgeordnete zählt. An ihr hat die Regierung insoweit eine Stütze, als sie bisher für die Verhandlungsfähigkeit des Parlaments und gegen die Obstruktion eingetreten ist. Sobald es sich aber um positive Arbeit handelt, muß sie natürlich versagen, obwohl die österreichische Sozialdemokratie, etwa an der reichsdeutschen gemessen, stark revisionistisch angehaucht ist, und zur Dankbarkeit der Regierung gegenüber, die ihr in den Sattel geholfen hat, reichlich Anlaß hätte. Aber keine Regierung kann schließlich ein Programm aufstellen, das die Sozialdemokraten befriedigt und sie zu einer Regierungspartei macht. Das allgemeine Wahlrecht hat das parlamentarische Chaos noch vermehrt und das Regieren mit einer parlamentarischen Mehrheit fast zur Unmöglichkeit gemacht; das Parlament ist

heute noch weniger als früher der Ausdruck der wirklichen Machtverhältnisse im Staate und deshalb zur Ohnmacht verurteilt. Das mindert seine Gefährlichkeit für das Deutschtum.

Das Sinken des Ansehens des Parlaments und seines tatsächlichen Einflusses auf die Regierung konnte auf den Charakter der deutschen Parteien nicht ohne Rückwirkung bleiben; manches, was als ein Rückgang der geistigen und moralischen Kräfte des österreichischen Deutschtums erscheinen könnte, findet dadurch seine natürliche Erklärung. Daß die Demokratisierung des Wahlrechts die geistige Höhe eines Parlaments nicht gerade hebt, ist eine Erfahrung, die man überall in der Welt macht. Geistig bedeutende Menschen sind meist auch so weit Persönlichkeiten, daß ihnen die Anpassung an die Wünsche und den Gedankenkreis der Menge schwer fällt; und nur selten findet sich überlegene geistige Fähigkeit mit der Überredungskunst gepaart, die die Massen wirklich zu besserer Einsicht erzieht. Es ist kein Zweifel darüber möglich, daß die deutsche Vertretung im österreichischen Parlament in den 70er Jahren mehr geistige Kapazitäten zählte als heute. Freilich, wenn man gerade die Geschichte des Bürgerministeriums betrachtet, in dem die Auslese des deutschen Bürgertums jener Zeit vereinigt war, dann wird einem recht lebendig, wieviel mehr in der Politik der Wille bedeutet als die Einsicht und selbst die Prinzipientreue. Der Wille zur Macht ist eine der wichtigsten Voraussetzungen des Erfolgs für eine politische Partei; er hat den Liberalen von damals so völlig gefehlt. Es ist ein sehr bedenklicher Ruhmeskranz, den die Verehrer der Bürgerminister diesen geflochten haben, wenn sie rühmend darauf hinweisen, wie schwer sie sich zur Übernahme von Ministerposten bereit finden ließen und wie vergnügt sie waren, als sie von der Bürde wieder befreit waren.

Die Demokratisierung des Wahlrechts stellt an die Abgeordneten andre Anforderungen als vordem. Der Verkehr mit den Wählern, das Abhalten der Wählerversammlungen, der Wahlkampf erfordern schon eine gewisse physische Leistungsfähigkeit. Die rhetorischen Gaben müssen mehr auf die Volksversammlung zugeschnitten sein als auf die parlamentarische Debatte. War früher der Abgeordnete der Vertrauensmann eines kleineren und gesiebten Wählerkreises, so wird er jetzt zum Beauftragten, der die Aufträge der Wählerschaft einfach auszuführen hat. Aber auch die Tätigkeit im Parlament verschiebt sich; stehen wirklich nationale Belange ersten Ranges auf dem Spiel, so stellt auch das Parlament große Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit der Abgeordneten. Seitdem im Jahre 1895 das Koalitionsministerium Windischgrätz über der Abstimmung über die windischen Parallelklassen am Tillier Gymnasium fiel, ist überhaupt keine nationale Frage im Reichsrat durch eine Abstimmung entschieden worden; die Bemühungen der Parteien waren nur darauf gerichtet, durch ihre parla-

mentarische Macht Einfluß auf die Verwaltung zu erlangen. Die Tschechen verstanden das meisterhaft; keine Stelle, die der Staat zu vergeben hatte, war ihnen zu geringfügig, um sie nicht zum Gegenstand ihrer Bemühungen in den Ministerien zu machen; daneben wurden die Interessen des Wahlkreises vertreten, recht häufig auch rein persönliche. Man kann dieses Jahrmarktstreiben kaum zutreffender kennzeichnen, als dies der Leiter eines großen industriellen Unternehmens, Direktor Kestranek, anläßlich eines in Prag gegen ihn verhandelten Beleidigungsprozesses getan hat. Ein Minister, ein Sektionschef werden in Bewegung gesetzt, sie drohen mit einer Gesetzgebung gegen die Kartelle, einer Herabsetzung der Eisenzölle, kurzum mit wirtschaftlichen Maßnahmen von unabsehbarer Tragweite, nur um einer Schraubenfabrik, die ein tschechischer Abgeordneter errichten will, das Rohmaterial zu herabgesetzten Preisen zu verschaffen. Die parlamentarische Tätigkeit mancher Bauernabgeordneten aus den Alpenländern bestand oft lediglich darin, ihren einflußreichsten Wahlmachern Konzessionen für Schnapsschänken zu verschaffen. Mit diesem Kleingeld bestritt die Regierung ihre täglichen parlamentarischen Bedürfnisse. Den deutschen Abgeordneten ist es zunächst schwer gefallen, sich diesem Betrieb anzupassen; aber es war unumgänglich, sollten die nationalen Interessen nicht Schaden leiden. Sie mußten es tun, um den Gegnern ein Gegengewicht zu bieten und hatten damit auch einigen Erfolg; aber es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Deutschen besser fahren würden, wenn auf beiden Seiten der parlamentarische Einfluß ausgeschaltet wäre und die Verwaltung unparteiisch und nur nach sachlichen Gesichtspunkten gehandhabt würde. Diese Art der Abgeordnetentätigkeit nimmt nun natürlich auch die Zeit eines Menschen fast vollständig in Anspruch; die natürliche Folge davon ist, daß die Zahl der Berufspolitiker zunimmt. Das wäre an sich kein Unglück; aber bei den Abgeordneten, für die dieser Zustand auch eine materielle Abhängigkeit von den Diäten bedeutet, liegt immerhin die Gefahr vor, daß sie unwillkürlich die Bedeutung eines arbeitsfähigen Parlaments überschätzen und die Arbeitsfähigkeit um zu hohen Preis erkaufen.

Seit dreißig Jahren befanden sich die Deutschen im Reichsrat stets im Zustand der Verteidigungsstellung. Wenn sie sich an Koalitionsministerien beteiligten, war dies immer nur gemeinsam mit slawischen Parteien, nur einmal, im Ministerium Windischgrätz, ohne Beteiligung der Tschechen möglich; das Ergebnis war fast stets, daß die deutschen Minister dabei dem Deutschtum niemals soviel nützen, wie die tschechischen ihm schaden konnten. Aber auch dort, wo sich die deutschen Parteien positiv an gesetzgeberischer Arbeit beteiligt haben, ist der nationale Gesichtspunkt häufig zu kurz gekommen. Das gilt vor allem vom Gebiete der Sozialpolitik. Auch im Nationalstaat hat die Sozialpolitik zwei Seiten; aber immerhin kommt dort

das, was für die handarbeitenden Stände geschieht, Gliedern des gleichen Volkes zugute. Anders liegt dies in Österreich, wo die verschiedenen Völker am sozialen Aufbau der Gesamtbevölkerung im verschiedenen Maße beteiligt sind; die Deutschen haben an den besitzenden, die Slawen an den besitzlosen Klassen größeren Anteil, als ihrem zahlenmäßigen Verhältnis entspricht. Nun herrschen freilich auch unter der deutschen Bevölkerung soziale Mißstände, die nicht ohne Rückwirkung auf die nationale Stellung der Deutschen sind. Das Elend der Heimarbeit in den Gebirgsgegenden Nordböhmens, die Frauenarbeit in den Industriebezirken und die damit in ursächlichem Zusammenhang stehende große Säuglingssterblichkeit setzen die Volkszunahme der Deutschen herunter, verschlechtern ihre physische Beschaffenheit, machen sie minderwertig im Wettbewerb mit den in gesunder ländlicher Umgebung aufgewachsenen Tschechen. Hier hätte die soziale Fürsorge der Fabrikanten, eine die Wohnungsverhältnisse bessernde Kommunalpolitik längst einsetzen müssen, und das nationale Moment hätte dabei entsprechend berücksichtigt werden können. Die staatliche Sozialpolitik kennt derartige Rücksichten nicht, die Deutschen werden auf dem Umwege über die Arbeitergesetzgebung den Slawen tributpflichtig gemacht, und dieser Tribut wird wenigstens zum Teil in den Dienst deutschfeindlicher Bestrebungen gestellt.

Die sozialen Mißstände begünstigten aber auch das Aufkommen der Sozialdemokratie, durch die ein Teil der Kräfte des deutschen Volkes für den nationalen Kampf lahmgelegt wird. Das allgemeine Wahlrecht bringt dies deutlich zum Ausdruck; zwar haben die Italiener im Verhältnis mehr sozialdemokratische Abgeordnete, die Tschechen ebensoviel; aber in nationalen Fragen finden diese immer den Anschluß an die bürgerlichen Parteien ihres Volks, während dies bei den deutschen Sozialdemokraten nicht der Fall ist. Der Grund dafür liegt wohl einerseits darin, daß die österreichische Sozialdemokratie Programm und Methoden fast vollständig von der deutschen übernommen hat, die ja den internationalen Gedanken in einem Maße pflegt, wie die Arbeiterpartei keines andren Landes. Dann haben die in deutschen Wahlbezirken gewählten Sozialdemokraten, die in der Reichsratsfraktion die absolute Mehrheit bilden, dort die Führung, die sie sich nicht entreißen lassen wollen, aber nur durch Nachgiebigkeit gegenüber den Abgeordneten slawischer Nationalität aufrecht erhalten können; ein Auseinanderfallen der sozialdemokratischen Vertretung unter nationalen Gesichtspunkten würde auch den Anspruch der Sozialdemokratie, das nationale Problem in Österreich nach ihrem Rezept lösen zu können, in arger Weise bloßstellen. Schließlich sind die deutschen Sozialdemokraten aber sowohl in den Sudetenländern wie auch in Wien auf die Unterstützung der Tschechen angewiesen. Theoretisch vertreten sie für Böhmen ein Programm der nationalen Autonomie, daß den Forderungen der deutschnationalen Parteien ziem-

lich nahe kommt; in der Praxis werden sie mit Rücksicht auf die tschechischen Wünsche für seine Verwirklichung kaum eintreten wollen. Trotz all dieser Nachgiebigkeit hat es an nationalen Reibungen in der Partei nicht gefehlt und man kann solche auch für die Zukunft voraussagen. Denn tatsächlich ist der deutsche Arbeiter mehr an der nationalen Frage interessiert als der tschechische. Der Tscheche mit seinen geringeren Ansprüchen an die Lebenshaltung, durch hohe Löhne in seinem Wohngebiet nicht verwöhnt, spielt dem deutschen Arbeiter gegenüber die Rolle des Lohndrückers. Die Sozialdemokratie empfiehlt demgegenüber ihr Heilmittel: den Tschechen alsbald an höhere Lebensansprüche zu gewöhnen und ihn durch Organisation zur Solidarität mit den deutschen Arbeitern zu erziehen. Solange nun die deutsche Industrie an Arbeitermangel leidet und zur Heranziehung tschechischer Arbeiter gezwungen ist, mag dies das einzige Auskunftsmittel sein; tritt aber ein Umschwung der Konjunktur oder gar ein dauernder Stillstand oder Rückgang ein, gelingt es durch Bekämpfung der Kindersterblichkeit und Schaffung günstigerer hygienischer Verhältnisse den Nachwuchs der deutschen Arbeiterschaft zu steigern, dann ist der deutsche Arbeiter davon bedroht, durch den Tschechen, der geringere Lohnansprüche stellt, verdrängt, brotlos gemacht oder zur Auswanderung gezwungen zu werden. Dann liegt es sehr in seinem Interesse, sich einer nationalen Bewegung anzuschließen, die einerseits, mit welchen Mitteln immer, die Fernhaltung des Zuzugs tschechischen Proletariats vom deutschen Gebiet erstrebt, andrerseits auf die Fabrikanten einen Druck ausübt, in erster Linie deutsche Arbeiter zu beschäftigen. Außerdem ist aber doch auch im deutschen Arbeiter das nationale Bewußtsein durch die sozialdemokratischen Lehren nicht völlig ertötet; instinktiv lebt in ihm das Gefühl der Überlegenheit über den Tschechen, deren anmaßendes Auftreten reizt auch ihn zur Abwehr, und er empfindet die demütigende Rolle, die ihm von seinen Führern zugewiesen wird, alle nationalen Ansprüche der Slawen geduldig hinzunehmen und zu erfüllen. In Wien haben die sozialdemokratischen Führer bei den letzten Wahlen die Aufstellung eines tschechischen Wahlwerbers gerade noch verhindern können; bei den nächsten Wahlen wird es ihnen kaum mehr gelingen. Ein Teil der deutschen Arbeiter wird aber die Zumutung, in der Reichshauptstadt einen Tschechen zu wählen, doch wohl als zu stark zurückweisen. So sind die Keime einer Spaltung der Sozialdemokratie unter nationalen Gesichtspunkten vorhanden. Aufgabe einer nationalen Politik ist es, sie zur Entwicklung und Reife zu bringen. Das kann auf vielerlei Weise geschehen; durch eine soziale Fürsorge, die sich ausschließlich auf deutsche Arbeiter bezieht und dadurch die staatliche Sozialpolitik überflüssig macht, durch Einrichtung und Förderung nationaler Gewerkschaften, durch Beschäftigung mit den geistigen Bedürfnissen der Arbeiter, denen man es ermöglichen muß, auf

intellektuellem Wege die Irrtümer der sozialdemokratischen Lehre zu überwinden; endlich aber auch durch Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, woran es bisher im starken Maße gefehlt hat. Die Tatsache, daß die Sozialdemokraten von den deutschen Mandaten 50 innehaben, ist lange nicht so bedeutungsvoll wie der Umstand, daß die Sozialdemokraten etwa eine halbe Million Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt haben, gegenüber ebensoviel Stimmen für die deutschfreiheitlichen Parteien und rund 700000 der Christlichsozialen und Klerikalen. Diese Tatsache bedeutet um so mehr, je mehr die Entscheidungen der Politik von der Straße aus beeinflußt werden. Es gilt das Übel an seiner Wurzel zu bekämpfen, die Symptome verschwinden dann von selbst. Auch in dieser Beziehung zeigen sich schon sehr erfreuliche Ansätze; wenn diese, wie zu hoffen ist, zu Erfolgen führen, dann haben die Siege der Sozialdemokraten bei den Wahlen das Gute gehabt, auch in dieser Richtung lebendige Kräfte auszulösen, die auf einen engen Zusammenschluß des ganzen deutschen Volkes in Österreich zur Wahrung seiner nationalen Belange hinarbeiten.

Ein anderes Gebiet der sozialen Gesetzgebung, auf dem der Reichsrat sich gelegentlich zu gesetzgeberischer Arbeit zusammengefunden hat, betrifft den Mittelstand, vor allem das Handwerk; hier hat die Verschiebung in der Stellung der Abgeordneten zu ihren Wählern zu einer die deutschen Interessen nicht im ausreichenden Maße wahrenden, ja, sie geradezu schädigenden Gewerbegesetzgebung geführt. Das Handwerk leidet in Österreich natürlich unter derselben Veränderung der Produktionsbedingungen, die sich in Deutschland und in fast allen Kulturstaaten vollzogen hat; eine rückschrittliche Gesetzgebung, Befähigungsnachweis und Innungszwang können das Handwerk nicht wettbewerbsfähig mit der Industrie machen, das läßt sich nur von einer Steigerung der fachlichen Tüchtigkeit, kunstgewerblichem Einschlag, Anpassung an individuelle Wünsche im Gegensatz zur Massenproduktion der Fabriken erhoffen. Das alles kann aber erst der kommenden Generation zugute kommen, die jetzige sieht in den Rezepten der „Gewerberetter" ihr Heil und schreibt den Abgeordneten die Marschroute vor, die ihre bessere Einsicht damit einschläfern, daß jeder Stand ja wohl selbst am besten wissen müsse, was ihm nottue. Zu diesen Bedürfnissen gehört natürlich auch der als Dienstbote mißbrauchte Lehrling, der eine beruflich ungenügende Ausbildung erhält, und das ganze Handwerkerelend wird auf diese Weise verewigt. Kein Schreiner darf in Österreich in einer Wohnung einen Nagel einschlagen, weil dies nach dem Gesetz nur dem Tapezierer zukommt; so wird Intelligenz und Vielseitigkeit des Handwerkers unter Strafe gestellt.

Die nationalen Verhältnisse greifen nun in diese Frage tief hinein. Schon im Jahre 1893 konnte Dumreicher feststellen, daß in deutschböhmischen Städten, wie z. B. Reichenberg, die Vertschechung des Handwerkerstandes

große Fortschritte gemacht habe, während sie in der Arbeiterschaft kaum erst begonnen hat. Die materielle Lage des Fabrikarbeiters war damals schon günstiger als die des Handwerkers; der anspruchslosere Tscheche füllte hier die Lücken im Nachwuchs. Nun liefert das slawische Fabriksproletariat freilich die Massen, auf die sich die nationalen Ansprüche aufbauen; aber der einzelne Arbeiter ist in dieser Richtung nicht sonderlich tätig, er wird mehr von den Führern geschoben. Ganz anders der Handwerker; er gehört zu dem Mittelstand, der recht eigentlich der Träger der nationalen Bewegung ist. Wird er von deutscher Seite boykottiert, so ist er um so eifriger um neuen Zuzug von Volksgenossen, wie darum, sie bei lebendigem nationalem Bewußtsein zu erhalten, bemüht, denn dadurch erhält und vergrößert er seinen Kundenkreis. Er ist viel unabhängiger als der Fabrikarbeiter, der von seinem Brotgeber jederzeit entlassen werden kann. So ist in allen vom Slawentum bedrohten deutschen Städten der Handwerkerstand der schwächste Punkt der nationalen Verteidigung; notgedrungen hält man häufig jeden Deutschen, auch wenn er in seinen Leistungen ganz minderwertig ist, durch allerlei künstliche Mittel — ein Vorgang, der jedem Kenner der preußischen Ostmarkverhältnisse übrigens vollkommen vertraut ist. Einer Erneuerung des Handwerkerstandes, die das Übel wirklich an der Wurzel anfaßt, steht aber die rückschrittliche Gesetzgebung im Wege, an der Abgeordnete der nationalen deutschen Parteien mit besonderem Eifer mitgearbeitet haben.

Damit habe ich auf einige Lücken in der deutschen Abwehr hingewiesen; nicht auf alle. So ließe sich insbesondere manches über die Unzulänglichkeit der nationalen Presse sagen, aber das würde hier zu weit führen. Außerdem glaube ich aber auch gezeigt zu haben, daß die Bedeutung des politischen Parteiwesens und der Stellung des Deutschtums im Parlament nicht überschätzt werden darf. Das hängt einerseits mit dem Niedergang des Ansehens und Einflusses des Parlaments zusammen, die nicht eine vereinzelte Erscheinung ist und sich in manchen andren Ländern auch vollzogen hat, aber doch kaum irgendwo in dem Maße, wie in Österreich; dann aber haben sich die Aufgaben für die Deutschen in Österreich überhaupt erweitert, die politische Tätigkeit im Parlament bildet nur einen Teil der nationalen Abwehrbestrebungen, die fast kein Gebiet des wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Lebens des Volkes unberührt lassen. Für vieles gibt uns freilich das Parlament gute Maßstäbe und Gradmesser; und das ist sehr wertvoll, wenn man sich von dem Irrtum freihält, Symptome mit den Ursachen zu verwechseln. Im Parlament bekundet sich auch die große Rolle, die Christlichsoziale und Klerikale mit ihren rund 700 000 Wählern innerhalb des österreichischen Deutschtums spielen; im nächsten Abschnitt will ich versuchen, die Stellung dieser Gruppe zum nationalen Kampfe zu schildern.

V.

Der Klerikalismus.

Das Problem der weltlichen Machtansprüche der katholischen Kirche kann hier nicht eingehend behandelt werden; es genügt festzustellen, daß die hierarchische Gemeinschaft der katholischen Kirche diese Ansprüche immer erhoben hat, was in dem Bedürfnisse jedes Individuums und jeder Gemeinschaft nach Betätigung und Erweiterung ihrer Macht seine primitive Erklärung findet. Es ist nicht richtig, daß dies eine Besonderheit gerade der katholischen Hierarchie ist; man wird die gleichen Bestrebungen in jeder beliebigen finden. Aber anderwärts spielen sich diese Machtkämpfe bei Religionsgemeinschaften, die eine gewisse nationale Abgrenzung haben, innerhalb des betreffenden nationalen Körpers ab, ja sie bilden, wie z. B. in Rußland, geradezu einen Mittelpunkt nationaler Bestrebungen; die Machtansprüche der katholischen Hierarchie zielen aber naturgemäß auf Universalität, entsprechend der Tatsache, daß die katholische Kirche ihre Bekenner innerhalb der verschiedensten Völker zählt. Die große Zahl dieser Bekenner, wie nicht minder die überkommene Tradition römischer Weltherrschaft und die für die Ausübung der Macht sehr geeignete Organisation — man denke nur an den Zölibat der Priester — bringt es mit sich, daß wir es hier mit starken Kräften zu tun haben, die natürlich im staatlichen und nationalen Leben eine große Rolle spielen.

In den nationalen Kämpfen zwischen Deutschen und Slawen in Österreich finden wir nun zweifellos den Katholizismus als organisierte politische Macht auf seiten der Slawen. Man hat das daraus erklären wollen, daß der Katholizismus im deutschen Volke als dem Urheber der Reformation und wegen seiner, wenn auch nicht übermäßig großen protestantischen Mehrheit seinen Hauptgegner sehe und sich darum naturgemäß in Österreich in den Reihen der Gegner des Deutschtums finde. Daß die römische Kurie eine Gegnerin der deutschen Einigung war, braucht man nicht zu bezweifeln, und auch heute verbindet sich für sie die Erinnerung an die deutschen Siege in Frankreich mit dem bitteren Beigeschmack, daß diese zwar nicht die Ursache, aber immerhin die Veranlassung zu dem Sturze der weltlichen Herr-

schaft des Papstes waren. Aber wenn man gerade dem politisch tätigen Ultramontanismus eine besondere Schlauheit nachsagt, so sollte man nicht von ihm annehmen, daß er den bestehenden Tatsachen gegenüber so verträumt sein sollte, um nicht zu sehen, daß dieses neugeschaffene Deutsche Reich doch zu fest gefügt ist, als daß es ultramontanen Wünschen erliegen sollte; da erscheint es doch plausibler, daß er den andren Weg einschlägt, den man in der Politik des deutschen Zentrums oft verfolgen kann, sich nämlich diese vorhandene Macht dienstbar zu machen.

Man kommt in der Erklärung ultramontaner Politik in Österreich besser zum Ziel, wenn man vor allem die Tatsache ins Auge faßt, daß der politische Katholizismus seinem ganzen Wesen nach international ist und nationale Bestrebungen als etwas ihm gegensätzliches empfindet. Man kann es schließlich nicht unverständlich finden, wenn er diese Schlußfolgerung aus der christlichen Lehre zieht; die Möglichkeit, daß das nationale Gemeinschaftsgefühl gegen das religiöse ausgespielt wird, ist immer vorhanden; und man kann auch heute noch in protestantischen Kreisen genug Menschen finden, die sich im Falle des Zwiespalts für letzteres entscheiden. Wenn sich nun die katholische Kirche im nationalen Streit in Österreich auf die Seite der Slawen gestellt hat — oder, um es genauer zu umschreiben, am slawischen Angriff mit ihren Dienern aktiven Anteil nimmt, während sie sich auf deutscher Seite bestenfalls vom Kampf überhaupt zurückhält — so ist daraus noch nicht ohne weiteres zu schließen, daß ihr die nationale Bewegung bei den Slawen sympathisch ist. Denn bei den Tschechen lauert hinter der Anspannung der nationalen Idee der Hussitismus, der auch bewirkte, daß die Jesuiten in der Zeit der Gegenreformation sich um die Germanisierung der Tschechen eifrigst bemühten. Bei den Südslawen wiederum, liegt der Abfall zur griechischen Kirche nahe, und der römische Stuhl hatte an der panslawistischen Propaganda des verstorbenen Bischofs von Diskovar, Stroßmayer, gewiß alles eher als reine Freude. Weil nun aber die katholische Kirche klug genug ist, die Stärke dieser nationalen Bewegungen richtig einzuschätzen, hütet sie sich, sie zu bekämpfen, weil dies gerade die Abfallsbewegung entfesseln könnte, die hinter dem Nationalismus lauert und die sie fürchtet.

Dabei darf man ferner nie den Gegensatz übersehen, der seit Urzeiten zwischen dem hohen und niederen Klerus, der Kloster- und der Weltgeistlichkeit und schließlich zwischen den verschiedenen Orden selbst bestehen. Nicht jeder Pfarrer oder Kaplan ist ein Träger des ultramontanen Systems; wenn er sich fanatisch national betätigt, so ist damit noch nicht bewiesen, daß dies in den Rahmen der Weltbestrebungen der Kirche hineinpaßt oder zu ihrem Programm gehört. Natürlich wird der Ultramontanismus alle Kräfte, deren er habhaft werden kann, vor seinen Wagen spannen; aber der Umweg

über den Nationalismus führt häufig von seinem Ziele ab — auch bei den slawischen Völkern. Auch bei diesen besteht ein Gegensatz zwischen liberal und klerikal, der äußerlich mitunter recht schroffe Formen annimmt. Indes werden weder Tschechen noch Winden je die Torheit begehen, die starke Macht der Kirche von der Mitarbeit für ihre nationalen Zwecke zurückzuweisen; gar bei den Polen gibt es in dieser Richtung kaum einen ernsthaften Gegensatz. Aber am erreichten Ziel, d. h. wenn diese Völker alles erlangt hätten, was ihnen in nationaler Beziehung nur zu wünschen bliebe, könnte sehr wohl der Streit um die Beute ihrem politischen Leben einen neuen Inhalt geben. Und in Erkenntnis dieser Möglichkeit haben die wirklich maßgebenden Drahtzieher der ultramontanen Politik in Österreich sich zwar wohl gehütet, irgendwie offen gegen die nationale Betätigung des Klerus auf slawischer Seite Stellung zu nehmen, im stillen sie aber doch mißbilligt, auch unter dem Gesichtspunkt, daß die darauf verwendete Kraft doch dem Dienste der ultramontanen Machtbestrebungen entzogen wird.

Der zweite entscheidende Gesichtspunkt bei der Beurteilung des Verhältnisses zwischen Deutschtum und katholischem Klerus in Österreich ist die Stellung, die der Zentralismus liberaler Färbung in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts den ultramontanen Bestrebungen gegenüber eingenommen hat. Natürlich sucht die Kirche sich den Staat dienstbar zu machen; selbst in der Zeit der Metternichschen Herrschaft war ihr dies keineswegs gelungen; denn damals herrschte noch die Josefinische Auffassung über das Verhältnis von Staat und Kirche. Die Untertanen seufzten zwar schwer unter dem klerikalen Joche; aber der Staat sah die geistige Knechtschaft nur als ein Mittel an, um die staatliche Autorität aufrechtzuerhalten und zu stärken, die Kirche sollte den staatlichen Zwecken dienen. Erst die Zeit der Reaktion nach dem Jahre 1848 brachte den Ultramontanismus in Gestalt des Konkordats reiche Ernte. Da haben die durch die Revolution eingeschüchterten regierenden Kreise vor ihm vollkommen kapituliert. Die Befreiung von diesen Fesseln, die dann dem Bürgerministerium zufiel (Aufhebung des Konkordats, Reichsvolksschulgesetz), war zwar im Interesse des Staates eine unbedingte Notwendigkeit; aber natürlich lastete der ganze Haß der Klerikalen auf der deutschen Partei, die die Trägerin dieser Reformen war. Als damalige Staatspartei konnte sie dem gar nicht ausweichen; und die Deutschen hatten als das kulturell am weitesten entwickelte Volk Österreichs auch am schwersten an der klerikalen Herrschaft zu tragen, die Befreiung davon kam ihnen am meisten zugute. Das mußte also ertragen werden. Es war aber eine unnötige Belastung des deutschen Kontos, wenn die führende deutsche, aber fast ausschließlich von Juden geleitete Presse, mit derselben fanatischen Unduldsamkeit, die sie auf der klerikalen Seite verurteilte, sich nun ihrerseits zur Trägerin einer materialistischen Welt-

anschauung machte und über die notwendige Bekämpfung des politischen Ultramontanismus weit hinausgehend auch die Religion in gehässiger und verletzender Weise angriff. Das hat zur Vergiftung des Kampfes zwischen gleichem Blut unendlich viel beigetragen, und das Deutschtum hat an dieser Belastung, die ihm von dritter Seite aufgepackt wurde, bis in die Gegenwart hinein schwer zu tragen gehabt.

Mit dieser Vergangenheit beschwert, trat die liberale Partei in die Oppositionsstellung unter dem Ministerium Taaffe ein; wie wenig sie ihre Scheuklappen abgelegt hatte, geht unter andrem daraus hervor, daß sie eine so tiefgehende Schädigung, wie die Stremayrschen Sprachenverordnungen über den Sprachengebrauch bei den Behörden in Böhmen, mit leisem Wimmern entgegennahm, während sie alle Kraft des Widerstandes gegen die Schulgesetznovelle vom Jahre 1883 vereinigte, die wirklich keine höchsten Güter des deutschen Volkes angriff. Mehr als 20 Jahre war der politische Einfluß des deutschen Volkes im Parlament dadurch lahmgelegt, daß ein Teil der deutschen Abgeordneten, die Klerikalen, an der Seite der slawischen Gegner des Deutschtums an dessen Entrechtung mitarbeiteten. Und diese Stellungnahme löste wiederum bei den Deutschnationalen, die ihrerseits zwar auch die Liberalen auf das Bitterste bekämpften, die Gegenbewegung aus, die schließlich in der „Los-von-Rom"-Bewegung ihren Höhepunkt fand. Also unter den Deutschen selbst ein Kampf mit zwei Fronten, vom slawischen Hauptgegner ganz zu schweigen.

Über die Logik der „Los-von-Rom"-Bewegung ist nicht viel zu sagen; wären die Deutschen Österreichs alle Protestanten, so gäbe es unter ihnen natürlich auch keine Klerikalen, und man wäre diesen einen Gegner und Verräter in den eigenen Reihen los. Es fragte sich also nur, ob dies zu erreichen war. Der Gedanke des Übertritts war in nationalen Kreisen schon wiederholt erörtert, vereinzelt auch schon vollzogen worden; aber erst im Jahre 1899, in der Zeit, wo der Kampf gegen die Badenischen Sprachenverordnungen die nationalen Leidenschaften zur Siedehitze gesteigert hatte, wurde in einer großen politischen Versammlung zum ersten Male die Losung ausgegeben, daraus eine große nationale Volksbewegung zu machen; Trägerin der Bewegung war die Schönererpartei, die sich nach den Wahlen des Jahres 1901, als sie auf dem Höhepunkt ihrer Macht stand, den Namen der „Alldeutschen Partei" beilegte. An den nationalpolitischen Motiven ist also wohl nicht gut zu zweifeln; der frühere Abgeordnete Stein ging sogar soweit, daß er es im Jahre 1906 in der österreichischen Delegation als Hauptzweck der „Los-von-Rom"-Bewegung bezeichnete, die Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich vorzubereiten, durch sie die Bedenken zu zerstreuen, die man in Deutschland gegen den Zuwachs von 9 Millionen deutscher Katholiken haben konnte. Daß diese Offenherzigkeiten die „Los-von-Rom"-

Bewegung gefördert hätten, wird man kaum behaupten können; sie enthalten überdies starke Übertreibungen. Denn bald nachdem die Bewegung in Fluß gekommen war, hatte der reichsdeutsche „Evangelische Bund" auf sie Einfluß genommen, und es ist zweifellos, daß ihm vor allem konfessionell-religiöse Motive maßgebend waren und nicht politische. Ohne dieses Eingreifen wäre die Bewegung wohl im Sande verlaufen, denn die bloße Negation, die in der Lossagung vom Katholizismus lag, hatte keine schöpferische Kraft. Das nationale Moment hatte die Trennung von der katholischen Kirche bewirkt, der „Evangelische Bund" versuchte seinerseits mit dem dadurch gewonnenen Material religiös aufzubauen. Nachdem die Bewegung von dieser Seite einmal auf diese Bahn geschoben war, mochte zweifellos in manchen Fällen religiöses Bedürfnis beim Übertritt mitsprechen, in anderen die Rücksicht auf die Möglichkeit einer freieren Kindererziehung oder andere Gründe, die nicht gerade im eigenen religiösen Bedürfnis wurzeln, aber doch vom nationalpolitischen Gebiete abliegen. Überblickt man nun das Resultat der Übertrittsbewegung bis zum heutigen Tage, so findet man, daß in der Zeitspanne von 10 Jahren rund etwa 60—70000 Seelen vom Katholizismus zum Protestantismus und Altkatholizismus übergetreten sind, und damit ist wohl bewiesen, daß auf diesem Felde die Lösung der Frage des Ultramontanismus nicht liegen kann, selbst wenn die Bewegung fortdauernd die gleichen Erfolge aufzuweisen hätte wie bisher; denn dieses Gesamtergebnis eines Jahrzehnts erreicht noch nicht die Ziffer, um die sich das Deutschtum in Österreich jährlich vermehrt. Die Ursachen dieses geringen Erfolges sind auf verschiedenen Gebieten zu suchen; einmal hat natürlich die katholische Kirche den Abfall mit allen ihren, naturgemäß nicht geringen Machtmitteln bekämpft, und unter diesen Mitteln befand sich auch das der materiellen Schädigung der Übergetretenen durch wirtschaftlichen Boykott. Dann hat auch der Staat, für den die Patenschaft, die die Schönererpartei bei der Übertrittsbewegung übernommen hatte, und Bekenntnisse von der Art des Herrn Stein maßgebend waren, um sie als staatsgefährliche politische Bewegung zu betrachten, soweit er es irgend konnte, ohne die verfassungsmäßige Freiheit der Konfessionen allzu augenfällig zu verletzen, ihr entgegenwirkt, wodurch für die Übergetretenen eine Reihe von Schädigungen erwuchsen, sofern sie zu staatlichen Einrichtungen als Beamte oder sonstwie in engerer Beziehung standen.

Aber beide Gründe sind, so schwerwiegend sie auch sein mögen, für den geringen Erfolg doch nicht bestimmend gewesen; wenn man die Wahlergebnisse als Maßstab nimmt, so hat doch auf etwa $^3/_5$ des österreichischen Deutschtums die katholische Kirche keinerlei politischen Einfluß; ein großer Teil davon ist ihr innerlich vollkommen entfremdet, und wenn man die oben geschilderten Einflüsse in ihren Wirkungen noch so hoch anschlägt, so

wird immer noch die Zahl der Menschen, die den Übertritt ohne Gewissensbedenken und ohne materielle Einbußen vollziehen könnten, die Zahl der tatsächlich vollzogenen Übertritte um mehr als das Zwanzigfache übersteigen. Das Entscheidende ist wohl, daß es auch dem Protestantismus an der inneren Kraft fehlt, um eine solche Bewegung wirklich zu einer starken Volksbewegung zu machen. An Weltanschauungskämpfen fehlt es sicherlich auch unserer Zeit nicht, sie spielen sich aber nicht im Rahmen der überkommenen Kirchengemeinschaften ab. Der Protestantismus hat selbst seine Not, sich mit diesen geistigen Bewegungen auseinanderzusetzen und die Form, wie dies geschieht, ist nicht immer erhebend. Der vor vierhundert Jahren in der Reformation erhobene Protest, der damals eine Kultur- und Befreiungstat war, ist heute vielfach dogmatisch erstarrt. Der Kampf, der insbesondere vom „Evangelischen Bund" gegen den Ultramontanismus geführt wird, entbehrt nicht der Einseitigkeit, was wohl damit zusammenhängt, daß drei Viertel der Rufer im Streite der Geistlichkeit angehören. Gerade das Mittel, das die schärfste Waffe zur Bekämpfung des Ultramontanismus wäre: die Loslösung der Kirche vom Staat, wagt man nicht aufs Programm zu setzen, weil der heutige Protestantismus sich nicht stark genug fühlt, um der staatlichen Krücke entbehren zu können, an der übrigens die protestantischen Geistlichen materiell ebenso interessiert sind, wie ihre katholischen Amtsbrüder. Nun haben allerdings die Kreise im Reich, die an der Übertrittsbewegung in Österreich am meisten Anteil nehmen, also insbesondere der „Evangelische Bund", sich gehütet, dem Deutschtum in Österreich diese Seite des deutschen Protestantismus der Gegenwart vorzuführen; es wurden mit sorgfältiger Auswahl fast nur umfassend gebildete, liberal gesinnte Geistliche nach Österreich gesandt, denn man erkannte wohl, daß orthodoxe Eiferer ohne weiteres das bewirken könnten, was die Gegner auf katholischer Seite bei aller Anstrengung nicht erreichen konnten: einen sofortigen Stillstand der Übertrittsbewegung. Aber darum sind diese Dinge doch den gebildeten deutschen Kreisen in Österreich nicht unbekannt, und man kann es wohl verstehen, wenn Menschen aus ethischen Gründen einen Konfessionswechsel ablehnen, der sie nur aus einer konfessionellen Beengung in die andre, wenn auch minder starke, führt, während sie sich selbst, trotz der äußerlichen Zugehörigkeit zu einer Konfessionsgemeinschaft in ihrer Weltanschauung von Fesseln durchaus frei wissen. Andrerseits läßt sich aber auch aus nationalen Motiven wohl einiges gegen den Übertritt anführen: er würde schließlich die Wirkung haben, die Bismarck einmal in einer andren nationalen Frage durch folgendes anschauliche Bild charakterisiert hat: den Rahm abzuschöpfen und das übrige sauer werden zu lassen. Denn, wenn man sich einmal dahin beschieden hat, daß es aussichtslos ist, die breiten Massen der bäuerlichen Bevölkerung für eine Übertrittsbewegung zu gewinnen, dann wäre es jedenfalls eine nationale Gefahr,

wenn die ganze gebildete Oberschicht, die heute den Klerikalismus ablehnt, zum Protestantismus überträte, denn zu den sozialen und wirtschaftlichen Gegensätzen käme dann noch ein konfessioneller Riß, der mitten durch das der Einigkeit so sehr bedürftige österreichische Deutschtum ginge. Die Lösung der klerikalen Frage aber wäre nicht um einen Schritt vorwärts gekommen, wenn heute selbst die ganzen Dreifünftel des österreichischen Deutschtums, die sich durch ihre Parteistellung als Gegner des Klerikalismus bekennen, protestantisch würden.

Trotz ihres verhältnismäßig geringen zahlenmäßigen Erfolgs hat die Übertrittsbewegung doch mancherlei Wirkungen ausgelöst, die sich auch auf nationalem Gebiet bemerkbar machen. Zunächst hat sie eine verstärkte Tätigkeit des katholischen Klerus zur Folge gehabt; dieser kam nicht darum herum, den nationalen Ursachen der Übertrittsbewegung Beachtung zu schenken. Der Andrang zu den im Übermaß vorhandenen höheren Schulen der Tschechen führt auch zu einer Überfüllung im geistlichen Beruf. Hingegen herrscht auf deutscher Seite ausgesprochener Mangel an Priesternachwuchs, der einerseits damit zusammenhängt, daß das intensivere Wirtschaftsleben des deutschen Gebiets auch dem unbemittelten jungen Deutschen viel größeren Spielraum in der Berufswahl gibt als dem jungen Tschechen seine vorwiegend agrarische Heimat; außerdem schreckte aber auch die unbillige und zurücksetzende Behandlung seitens tschechischer Vorgesetzter in den Priesterseminaren, wie auch später in der Seelsorge, vom Ergreifen des geistlichen Berufes ab. Angesichts der Übertrittsgefahr mußte die hohe Geistlichkeit nun wohl oder übel auf die Heranbildung deutscher Priester bedacht sein, um in Hinkunft die Verwendung tschechischer Priester im deutschen Gebiet vermeiden zu können. Einige deutsche Geistliche in maßgebender Stellung, wie z. B. der Prager Weihbischof Dr. Frind, gingen wohl auch mit vom Herzen kommenden Eifer ans Werk. Man machte einen Versuch mit der Heranziehung von Geistlichen aus dem Reich, der indes nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben soll. So blieb denn nur das Mittel, die Heranbildung von deutschen Priestern durch Konvikte zu fördern, in die die Zöglinge schon im Knabenalter aufgenommen und auf Kosten der Kirche für ihren Beruf ausgebildet werden. Über eine Folge dieser Berücksichtigung deutscher Wünsche seitens der hohen Geistlichkeit muß man aber im klaren sein: der tschechische Geistliche in einer deutschen oder gar gemischtsprachigen Gemeinde mag ein gefährlicher Vorkämpfer für die nationalen Ansprüche seines Volkes sein, irgendwelchen Einfluß auf seine deutschen Pfarrkinder wird er kaum haben, man begegnet ihm von dieser Seite mit offener Feindseligkeit oder kühler Ablehnung; der deutsche Geistliche, der sich national einwandfrei, wenn auch zurückhaltend, beträgt, wird sich bei einiger Geschicklichkeit wohl Einfluß zu verschaffen und ihn gegebenenfalls politisch auszunützen wissen.

Während der Klerikalismus in den Sudetenländern früher nie eine politische Rolle gespielt, wird von den nationalen Führern jetzt sehr darüber geklagt, daß er in den letzten Jahren dort bedenklich erstarkt sei. Das ist zweifellos eine Wirkung der „Los-von-Rom"-Bewegung, eine Reaktion, die im kleinen die Erneuerung der katholischen Kirche nach der Reformation widerspiegelt. Natürlich traten die Klerikalen in Böhmen auch schon vor der Verschmelzung der altklerikalen Partei mit der christlichsozialen als Christlichsoziale auf und beteuerten ihre gut deutsche Gesinnung. Die Taten entsprachen allerdings nicht immer den Worten; und auf einem Boden, der ständig die schärfste Anspannung der nationalen Kräfte fordert, bedeutet auch schon eine lauere Auffassung der nationalen Pflichten eine Schwächung der Widerstandskraft, ganz abgesehen von der Schädigung, die der notwendige Kampf in den deutschen Reichen gegen die neu eindringende Partei mit sich bringt.

Aber auch in andrer Richtung hat die „Los-von-Rom"-Bewegung auf den katholischen Klerus zurückgewirkt: mindestens der niedere Klerus legt nun doch mehr Wert darauf, seine Volkszugehörigkeit gelegentlich zu betonen, was äußerlich durch die Gründung eines deutschen Pfarrvereins in Böhmen vor einigen Jahren zum Ausdruck kam. Opportunitätsrücksichten, der Wunsch, den Boden im Volke nicht völlig zu verlieren, haben bei dieser Gründung gewiß mitgespielt; aber sicherlich nicht allein. Denn schließlich kann sich der Seelsorgeklerus, der in enger Berührung mit dem Volke lebt, doch einer Bewegung, die alle Kreise umfaßt, auf die Dauer nicht entziehen. Soweit in diesen Kreisen nationale Regungen vorhanden waren, sind sie früher von den oberen Kirchenbehörden wohl nach Möglichkeit unterdrückt, ihre Kundgebung verhindert worden. Die „Los-von-Rom"-Bewegung macht letztere jetzt vorsichtiger. Und vielleicht erleichtert sie es auch den zweifellos im katholischen Klerus vorhandenen Bestrebungen auf Verinnerlichung des Glaubens und Loslösung vom politischen Getriebe, sich zur Geltung zu bringen. Mit einem Verzicht auf eine nationale Betätigung der deutschen Geistlichkeit an führender Stelle gleich der tschechischen, könnte man sich aber deutscherseits wohl abfinden, wenn er auch den auf politische Betätigung überhaupt in sich schließt. Darauf muß man die Hoffnungen für die Zukunft setzen; ist der nationale Gedanke unter den Deutschen Österreichs so erstarkt, daß er alle Teile des Volkes durchdringt, dann muß der Ultramontanismus auch die Versuche aufgeben, Teile des Volkes gegen die Interessen der Gesamtheit zu mißbrauchen, wie dies bisher geschehen ist. Damit ist auch der Weg gezeigt, wie der Ultramontanismus überwunden werden kann: aus der katholischen Bevölkerung selbst heraus. Wer die Entwicklung der politischen Verhältnisse im Deutschen Reich unbefangen verfolgt, wird hier zu einem ähnlichen Ergebnis kommen. Damit ist nicht gesagt, daß Angriffe, die von außen kommen, diese Entwicklung nicht fördern könnten;

sind sie freilich allzu plump, so können sie auch die ungünstige Wirkung haben, den inneren Kampf zu überbrücken und die streitenden Teile einander näher zu bringen.

Ich habe schon auf den Gegensatz zwischen dem hohen und dem niederen Klerus hingewiesen, wobei freilich die größere Macht bei ersterem liegt, der infolgedessen natürlich auch zahlreiche ergebene Werkzeuge im niederen Klerus hat. Ein anderer Gegensatz, der für die Bekämpfung des Ultramontanismus nicht ohne Bedeutung ist, besteht zwischen den Orden; da sind auf der einen Seite die alten, mit reichem Besitz ausgestatteten Orden, wie die Benediktiner, die Cisterzienser, die Augustiner, die regulierten Chorherren; auf der andren die Bettelorden und vor allem die Jesuiten. Die Daseinsberechtigung von Orden in unserer Zeit steht hier nicht zur Erörterung; ich will mich nur mit den gegebenen Verhältnissen beschäftigen. In den alten reichen Orden herrscht noch etwas von der Poesie des mittelalterlichen Ordenslebens; daneben noch Reste freiheitlicher Anschauungen aus der Josefinischen Zeit. Die Benediktiner unterhalten vielfach Gymnasien, die von Knaben aus besseren deutschen Gesellschaftskreisen stark besucht werden; ich kenne eine Reihe von Leuten, die durch diese Bildungsanstalten hindurchgegangen sind, die angenehmsten Erinnerungen an sie bewahren, ohne daß ihnen durch ihre Erziehung eine Spur von klerikaler Gesinnung angeflogen wäre. Es gibt auch Protestanten, die ein besonderer Anlaß in die Mauern solcher Klöster zu vorübergehendem Aufenthalt geführt hat — manche von ihnen besitzen sehr wertvolle Bibliotheken — und die sich der dort zugebrachten Zeit und des Umgangs mit den vielfach sehr gebildeten Patres mit großem Vergnügen erinnern. Aus solcher Umgebung ist ein Mann, wie der kürzlich verstorbene Abt Karl vom Melk hervorgegangen, ein Bauernsohn von gerader aufrechter Gesinnung, ein trefflicher Wirtschafter, eine durch und durch humane und tolerante Natur, der sich Zeit seines Lebens politisch als Liberaler betätigt hat und ein Dichter, der so tief von deutscher Gesinnung durchdrungen ist, wie Ottokar Kernstock. Sehr verständlich ist es, daß diese Klöster eifersüchtig über ihrer Autonomie wachen, ebenso begreiflich, daß der Klerikalismus seine Hände gierig nach ihrem großen Besitz ausstreckt, um ihn seinen Zwecken dienstbar zu machen. So lebt in allen diesen Orden ein stiller, zäher Kampf: die klerikale Partei sucht vor allem die Ordensregel zu verschärfen; es ist ja natürlich, daß Einrichtungen, wie sie in den meisten Benediktinerklöstern bestehen, die z. B. ihren Mitgliedern, insbesondere den Lehrern an ihren Gymnasien, jeden Sommer die Mittel für eine Ferienreise bewilligen, dazu beitragen, diesen einen freieren Blick für die Verhältnisse der Zeit zu verschaffen — dagegen und gegen die Behaglichkeit des Lebens in diesen Klöstern richtet sich der Kampf der ultramontanen Richtung in erster Linie; mit der Askese — so hofft man — werde

auch der klerikale Kampfeseifer in die Mauern der Klöster einziehen. Aber auch noch einen andren Weg gäbe es dafür. Zurzeit sind fast alle diese Klöster, denen meist auch die Seelsorge auf dem flachen Lande in ihrer Umgebung obliegt, sorgsam darauf bedacht, ihren Nachwuchs nur aus deutschen Kreisen zu erhalten, was sich gegenwärtig häufig nur unter Schwierigkeiten durchführen läßt; die Ultramontanen ihrerseits hoffen, gewonnenes Spiel zu haben, wenn es ihnen gelingt, Slawen in erheblicher Menge in die Klöster zu bringen, die dann ihre gefügigen Werkzeuge wären. Interessant ist nun, wie sich vor wenigen Jahren um das Augustinerstift Klosterneuburg ein Kampf entspann, dem eine neue Ordensregel aufgezwungen werden sollte, die gleichzeitig den Eintritt von Tschechen und Italienern in größerer Zahl zur Folge gehabt hätte, und wie sich dabei der ganze Ort Klosterneuburg in den Streit mischte, und es wohl nur dieser leidenschaftlichen Parteinahme zu danken ist, wenn der Anschlag zunächst mißglückte.

Genaues über den Stand dieses Kampfes in den Orden zu erfahren, ist natürlich nicht leicht; auf der einen Seite hört man sehr pessimistische Urteile, die den endgültigen Sieg der ultramontanen Richtung nur für eine Frage kurzer Zeit erklären, andere Beurteiler hoffen zuversichtlich, daß die stärkere Betonung des nationalen Gedankens in allen Kreisen des Volkes der selbständigen Richtung die Abwehr sehr erleichtern und die Gegenpartei dann die Angriffe einstellen werde. Jedenfalls ist für die deutsche Sache der Ausgang dieses Kampfes durchaus nicht gleichgültig; es würde eine sehr verhängnisvolle Verstärkung der Machtmittel der Slawen bedeuten, wenn diese sich direkt oder auf Umwegen die wirtschaftliche Macht und den Einfluß der Klöster dienstbar machen könnten. Und es ist ganz klar, daß diese Klöster nicht durch Angriffe von außen für die nationale Bewegung zu erobern sind; die „Los-von-Rom"-Bewegung mag welchen Umfang immer annehmen, sie wird nie die Macht haben, wie seinerzeit die Reformation, die Klostertüren zu sprengen. Und unter diesem Gesichtspunkt überlege man sich auch einmal, ob es wirklich so wünschenswert sein kann, dem deutschen Nachwuchs den Eintritt in ein Kloster überhaupt zu verekeln und so kampflos eine starke Waffe dem slawischen Gegner auszuliefern.

Wie weit man nun auch von dem Ziele entfernt sein mag, den national schädlichen Einfluß der klerikalen Partei an der lebendigen nationalen Gesinnung aller Deutschen Österreichs zu brechen, so ist doch nicht zu verkennen, daß Fortschritte in dieser Richtung schon zu verzeichnen sind. Zunächst zeigt sich ja dies schon an dem Verhalten der politischen Parteien zum Sprachenstreit in Böhmen. Die Leute, die Scheuklappen um jeden Preis tragen wollen, und die, denen an einer nationalen Einigung des Deutschtums in Österreich überhaupt nichts gelegen ist, werden natürlich aus dem starken Anwachsen der christlichsozialen Partei ein Fortschreiten des Klerikalismus

folgern; ich habe aber bereits darauf hingewiesen, daß die Verbindung der Christlichsozialen mit den Klerikalen sekundär war; bei ihrem ersten Auftreten wurden die Christlichsozialen von den Klerikalen auf das heftigste befehdet, demagogischer Umtriebe und der Aufwühlung der Volksleidenschaften bezichtigt. Die Losung war offenbar vom hohen Klerus ausgegangen, der besonders den Anschluß der niederen Geistlichkeit an die neue Partei fürchtete. Recht interessante Streiflichter auf diese Verhältnisse werfen die Lebenserinnerungen des Monsignore Scheicher, eines der Führer der christlichsozialen Partei, ein Buch, das im übrigen wegen der Eitelkeit, die sich darin breit macht, nicht gerade gewinnend wirkt und bei dem der Ärger, nicht selbst die höheren Sprossen der Hierarchie erklettert zu haben, stark die Feder geführt hat. In Tirol stand die christlichsoziale Partei lange Zeit in schärfster Kampfstellung der altklerikalen, die ihre Weisungen von den Bischöfen empfing, gegenüber. Dies bedeutete nicht nur eine Auflehnung der Bauern, sondern zum guten Teil auch der niederen Geistlichkeit gegen die Bevormundung und politische Führung der Bischöfe; daß dann die christlichsoziale Partei auch bald einen nationalen Einschlag erhielt, war die Folge des Kampfes gegen die Italiener, in dem an der Sprachgrenze und in den verstreuten deutschen Sprachinseln Südtirols die deutsche Geistlichkeit meist treu zu ihrem Volkstum hält. Schließlich erfolgte nach den ersten Wahlen auf Grund des allgemeinen Wahlrechts im Jahre 1907 die äußerliche Auflösung der altklerikalen Partei, die insbesondere in ihrem Stammlande Tirol gegenüber der christlichsozialen eine schwere Niederlage erlitten hatte, und ihr Aufgehen in der christlichsozialen. Daß dabei der Hintergedanke gewaltet hat, sich nach außen hin besiegt zu stellen, dafür aber mit um so größerem Nachdrucke den Versuch zu machen, nunmehr die ganze christlichsoziale Partei vor den Wagen der klerikalen Interessen zu spannen, mag ohne weiteres vorausgesetzt werden; aber bisher ist das jedenfalls nicht geglückt.

Denn inzwischen ist ein weiteres Ereignis eingetreten, das bestimmt zu sein scheint, die christlichsoziale Partei dauernd bei der nationalen Fahne zu erhalten: das ist die Einbeziehung Niederösterreichs, des Stammlandes der Monarchie wie auch der christlichsozialen Partei, in den deutsch-tschechischen Sprachenstreit. Ich habe bereits darauf hingewiesen, wie wohl durch Jahrhunderte tschechischer Volkszufluß nach Niederösterreich und insbesondere nach der Hauptstadt Wien stattgefunden hat und bis vor wenigen Jahrzehnten längstens in der zweiten Generation eingedeutscht worden ist. Die Volkszählung vom Jahre 1900 weist indes 132968 Menschen in Niederösterreich aus, die sich zur tschechischen Übergangssprache bekennen; immerhin konnte Meinzingen nachweisen, daß von den in den tschechischen Teilen Böhmens und Mährens geborenen Bewohnern der Reichshauptstadt sich etwa

$^3/_4$ zur deutschen Umgangssprache bekannt haben, also wohl der größere Teil dieses tschechischen Zuzugs schon in der ersten Generation eingedeutscht worden ist. Aber offenbar zeigt sich darin ein Rückgang, der auf das steigende nationale Selbstbewußtsein und die rührige Agitation der tschechischen Führer zurückzuführen ist. Der tschechische Komensky-Verein hat zwar in Wien einige tschechische Privatschulen errichtet, aber es geht natürlich weit über seine Kräfte, das ganze Tschechentum in Wien mit Schulen zu versorgen, um so mehr, als die dortigen Tschechen größtenteils den Kreisen des besitzlosen Proletariats angehören. Wenn es aber den Tschechen gelänge, eine gerichtliche Entscheidung zu erreichen, durch die die tschechische Sprache in Niederösterreich als zweite Landessprache erklärt wird, was das Reichsgericht bisher abgelehnt hat, dann könnte die Gemeinde Wien gezwungen werden, für die Tschechen öffentliche Schulen zu errichten, deren Zahl recht erheblich wäre. Das gleiche gälte dann auch für das flache Land; in einer Gemeinde in der Nähe von Wien, Unterthemenau, gelang es den Tschechen, übrigens teils Slowaken aus Oberungarn, teils nachträglich tschechisierte kroatische Arbeiter, bereits die Gemeindestube zu erobern. Hat diese tschechische Minderheit hier erst gewisse Rechte, so verliert die Eindeutschung für sie jeden Reiz; tschechische Lehrer würden in großer Zahl in das Land einziehen, der tschechische Mittelstand erführe eine erhebliche Stärkung und hätte wie überall an der Erhaltung der Nationalität des tschechischen Zuzugs das größte Interesse. Ein Heer von Agitatoren würde auf diese Weise dem Tschechentum erstehen und die Verhältnisse in Niederösterreich würden sich in nichts mehr von denen in Nordböhmen unterscheiden; Niederösterreich würde der Schauplatz erbitterter Nationalitätenkämpfe.

Die christlichsoziale Partei hat den Tschechen gegenüber verschiedene Taktik verfolgt; ihr Führer Lueger suchte den Kampf zu vermeiden, indem er den Tschechen äußerlich entgegenkam; sein Ausspruch: „Laßt's mir meine Böhm' in Ruh" wird oft zitiert. Man braucht ihm deshalb nicht den Vorwurf einer verderblichen Vogel-Strauß-Politik zu machen; selbst wenn er nicht die Hoffnung hegen mochte, auf diese Art den nationalen Streit dauernd der Stadt Wien fernzuhalten, so mochte ihm doch ein Aufschub von einigen Jahren, in denen die Germanisation in der bisherigen Weise fortschritte, als ein Gewinn erscheinen. Aber jedenfalls ist dieser Standpunkt heute so gut wie überwunden; der tschechische Angriff auf den deutschen Besitzstand in Niederösterreich nimmt immer schärfere Formen an, die Tschechen setzen auf die nächste Volkszählung die größten Hoffnungen und planen, gestützt auf deren Ergebnisse, einen Eroberungsfeldzug größten Stils. Schon vor etwa 10 Jahren hatte der damalige Abgeordnete Kolisko, der der deutschen Volkspartei angehörte und sich oft in scharfer Gegnerschaft zur christlichsozialen Partei befand, im niederösterreichischen Landtag einen Gesetzentwurf ein-

gebracht, der als Schulsprache in Niederösterreich die deutsche Sprache gesetzlich festlegt. Die Christlichsozialen hatten den Antrag zwar angenommen, aber in Anbetracht der eben gekennzeichneten Tendenzen ihres Führers Lueger kam er ihnen kaum sehr gelegen; so entfaltete die Partei denn auch keinen besonderen Nachdruck, um dem Gesetz die Zustimmung der Regierung zu verschaffen und die kaiserliche Sanktion wurde ihm auch stets verweigert. Im Jahre 1908 nahm aber die Partei angesichts der verstärkten tschechischen Agitation den Antrag als Lex Axmann wieder auf, womit die Abkehr von der alten Taktik deutlich gekennzeichnet ist. Auch diesmal wurde das Gesetz gegen die Stimmen der wenigen Sozialdemokraten, die im Landtage sitzen, angenommen, auch diesmal die kaiserliche Sanktion unter Berufung auf den § 19 der Verfassung und auf das Reichsvolksschulgesetz verweigert. Im Grunde ständen diese beiden Gesetze dem geplanten Gesetze nicht im Wege; österreichische Regierungen haben sich schon größere Freiheiten in der Auslegung der Gesetze geleistet, als sie hier nötig wäre. Der Hauptgrund für die Verweigerung der Sanktion war die Furcht, dadurch zu deutlich eine Abkehr von der bisher geübten tschechenfreundlichen Regierungsmethode zu bekunden und dadurch die Brücken zu den Tschechen vollkommen abzubrechen, mit denen die Regierung immer noch zu einem Einvernehmen zu kommen hofft. Indes wuchs die Erregung in der deutschen Bevölkerung im Laufe des Jahres 1909 zu solcher Höhe, daß das Ministerium, das in- und außerhalb des Parlaments in hohem Grade auf die Unterstützung der Deutschen angewiesen war, sich doch veranlaßt sah, deren Wünschen etwas entgegen zukommen, und so wurden denn zwischen der Regierung und den Landtagen der vier reindeutschen Kronländer Nieder- und Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg nahezu gleichlautende Gesetzentwürfe vereinbart, die die deutsche Sprache als Geschäftssprache der autonomen Körperschaften und der höheren Schulen festlegen; durch Bestimmungen über die Vorbildung der im Lande verwendeten Volksschullehrer glaubte man auch das Volksschulwesen notdürftig vor dem Einbruch tschechischer Schulen zu schützen. Aber diese Gesetze sind ein unzulänglicher Notbehelf; und es bedürfte nur einer neuerlichen Entscheidung des Reichsgerichts, die im Gegensatz zu der früheren steht und bei der Zusammensetzung dieses Gerichtshofs durchaus möglich ist, und den Tschechen wäre der Rechtsboden gegeben, auf dem sie ihre Ansprüche erfolgreich verfechten könnten.

Somit bleibt der deutsche Charakter von Wien und Niederösterreich nach wie vor stark bedroht; ganz offen wird von slawischer Seite schon gefordert, daß Wien ein Spiegelbild der ethnischen Zusammensetzung Österreichs bilden müßte, ein Völkerchaos in der Art von Konstantinopel. Ein Gesetz kann eine ganz wirksame Handhabe sein, um den nationalen Besitzstand zu verteidigen; aber dann wird eben das Gesetz von den Gegnern

berannt, es wird zu durchlöchern und zu umgehen versucht, kurzum auch das Gesetz darf kein Faulbett sein, das der Untätigkeit und Gleichgültigkeit zum willkommenen Vorwande dient, es muß durch eine lebendige und entschlossene nationale Gesinnung geschützt und verteidigt werden. Die ist bei der Bevölkerung nun doch wach geworden und wird es immer mehr; die christlichsoziale Partei muß dem Rechnung tragen, wenn sie nicht in ihrer Hauptdomäne den Boden unter den Füßen verlieren will, dies um so mehr, als eine Partei, die schon lange am Ruder ist, immer Angriffen eine weite Fläche bietet und in diesem Falle zum Teil sehr gut begründeten.

Das alles gibt eine Gewähr, daß die Christlichsozialen nunmehr in der deutschen Gemeinbürgschaft ziemlich fest verankert sind, — zum mindesten der in Niederösterreich gewählte Kern der Partei. Den Altklerikalen, die das christlichsoziale Gewand erst neuerdings angezogen haben, mag dies weniger behagen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie der Partei wieder den Rücken kehren, besonders wenn der starken Persönlichkeit des Bürgermeisters von Wien die Zügel einmal entgleiten, der zur Zeit, wo ich dieses schreibe, seit Wochen schon mit dem Tode ringt. Was dann übrigens als rein klerikale Partei absplittert, kann ein Viertel, allerhöchstens ein Drittel der jetzigen Stärke der Partei betragen; und die wiederhergestellte altklerikale Partei wird nicht als dieselbe austreten, als die sie im Jahre 1907 eingetreten ist; sie ist dann doch bereits national „kompromittiert". So hat z. B. der oberösterreichische klerikale Abgeordnete Schlegel einen Schutzverein gegründet, der sich „Ostmark" nennt; natürlich nur zu dem Zweck, um die Anhänger seiner Partei vor der Zusammenarbeit mit Deutschen andrer politischer Anschauung auf dem neutralen Boden der bestehenden nationalen Schutzvereine abzuhalten. Aber immerhin ist es doch bezeichnend, daß seine Partei solches für nötig hielt; und es ergibt sich immer wieder die Gelegenheit, ihr die großen nationalen Worte, die in dem Aufruf zur Gründung dieses Vereins stehen und dem Wortschatz der als „Preußenseuchler" so oft verdächtigten Deutschnationalen entstammen, entgegenzuhalten. Selbst in den bösesten Zeiten des „eisernen Rings" hatte sich doch in klerikalen Kreisen schüchtern so etwas wie nationales Gewissen geregt; einer ihrer bedeutendsten Köpfe, der Salzburger Lienbacher, wollte schließlich das Bündnis mit den Slawen nicht weiter mitmachen und trat aus dem Hohenwartklub aus, der damals die Klerikalen beherbergte.

Es gibt natürlich auch heute noch in den Reihen der Klerikalen Leute, die von der Bildung einer großen klerikalen Partei mit Überbrückung der nationalen Unterschiede träumen; aber diese Partei ist genau ebenso unmöglich wie eine liberale gleicher Art, sie hätte außerdem gar nicht die Mehrheit im Parlament. Die Deutschklerikalen als Anhängsel einer slawischen Parteienkoalition, wie zu Zeiten Taaffes, sind aber wohl für alle Zeiten

unmöglich; ist es doch auch ein Zeichen der Zeit, daß im Jahre 1909 zum erstenmal der österreichische Katholikentag unterbleiben mußte, weil die Führer sich nicht stark genug fühlten, den nationalen Streit von ihm fernzuhalten. Eine deutschklerikale Partei mag den Wunsch haben, sich dem nationalen Kampfe fernzuhalten, sie mag sich in der undankbaren und aussichtslosen Rolle des Vermittlers versuchen, sie wird doch immer wieder in den Kampf hineingezogen werden, und wenn sie sich in Lebensfragen des deutschen Volkes dessen gerechten Forderungen versagt, so wird sie hinweggefegt werden, nicht vom Liberalismus, sondern von Christlichsozialen, die der konservativ-katholischen Weltanschauung der Wähler entgegenkommen, damit aber die Verfechtung der nationalen Ansprüche des deutschen Volkes zu vereinen wissen, genau so wie es die klerikalen slawischen Parteien doch auch tun.

Blicken wir rückschauend auf die letzten dreißig Jahre deutschen Parteiwesens in Österreich, so sehen wir, wie erstens in dieser Zeit die alte liberal-zentralistische Richtung überwunden und an deren Stelle eine nationale getreten ist, die zwar nicht die Bedeutung des Staates für das deutsche Volk leugnet, wohl aber bestrebt ist, dieses zu einer Individualität höherer Ordnung organisiert dem Staate gegenüberzustellen; gleichzeitig ist der Streit über die Stellung des Judentums in einer Weise überwunden worden, daß diese Frage die Einheit der deutschen Stellung nicht mehr stört. Auf der andren Seite ist der Gegensatz zwischen der nationalen und klerikalen Richtung in Ausgleichung begriffen, und die bisher den nationalen Belangen gleichgültig, wenn nicht feindlich gegenüberstehenden Kreise des deutschen Volkes werden in die nationale Kampfstellung einbezogen.

Natürlich kann sich dieser Vorgang nicht so vollziehen, daß die eine Partei die andre überwindet, die freiheitlich gesinnten Deutschen in das Lager des Klerikalismus übergehen oder umgekehrt. Selbst bei Ausschaltung der ultramontanen Bestrebungen, bestehen hier Gegensätze der Weltanschauung, die nicht auf einer mittleren Linie vereinigt werden können. Darum handelt es sich zunächst aber gar nicht, sondern darum, ob es möglich ist, daß beide Teile auf politischem Gebiet ihre Forderungen soweit zurückstellen, daß das Zusammenarbeiten in nationalen Fragen keine Störung erfährt. Das klerikale Programm findet wohl seinen unverhülltesten Ausdruck im Konkordat, und seine Wiederherstellung ist zweifellos das letzte Ziel klerikaler Wünsche. Ausgesprochen wird dies heute aber selbst von den Klerikalen schwärzester Observanz kaum je, und zwar sicherlich nicht allein deshalb, weil die klerikalen Politiker doch genügend Verständnis für die Realitäten des politischen Lebens haben, um zu wissen, wie gering die Aussicht auf Verwirklichung dieser Wünsche heute ist, sondern auch deshalb, weil sich bei offener Aufstellung dieses Zieles gar bald herausstellen würde, daß es weder große Begeisterung zu wecken, noch auch viele Anhänger zu gewinnen imstande

ist. Denn die Wiederherstellung des Konkordats würde die unbedingte Herrschaft der Bischöfe bedeuten, die sich ihrerseits natürlich wieder nach den Weisungen der römischen Kurie richten. Aber nicht nur bei den Christlichsozialen, bis weit hinein in die Kreise der Altklerikalen würde die Aussicht darauf als wenig verlockend empfunden werden; selbst am entlegensten Tiroler Bauerndorf ist die demokratische Zeitströmung nicht spurlos vorübergegangen. Auch die Stimmung des niedern Klerus würde einem neuen Konkordat gegenüber sehr geteilt sein; auf der einen Seite würde er wohl gerne hinnehmen, was es ihm selbst an Erweiterung des Einflusses, insbesondere auf dem Gebiet der Schule, brächte, aber dieser Vorteil würde mehr als aufgewogen durch die verstärkte Abhängigkeit vom Episkopat.

Man darf überhaupt nicht übersehen, daß der alte Streit um die Rechtsstellung der Kirche im Staat der streitbaren Kirche wenig Lorbeeren eingetragen hat. Der Kampf gegen die Verfassung und das Reichsvolksschulgesetz in den 60er und 70er Jahren wurde selbst von einigen Bischöfen nur lau geführt; und in Tirol, der unbedingtesten Domäne klerikaler Herrschaft, waren diese Schlagworte viel weniger zugkräftig, als die Aufstachelung des Tiroler Partikularismus, der sein politisches Sonderleben gestört sah. In den letzten Jahrzehnten hat der Klerikalismus unzweifelhaft Fortschritte gemacht; das liegt daran, daß er im demokratischen Gewande auftrat und sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellte. In dem Maße als der Glanz der liberalen Ideen verblaßte, die Erinnerung an Konkordats- und Reaktionszeit in dem neu heranwachsenden Geschlecht weniger lebendig war, neben den nationalen auch soziale Fragen die Öffentlichkeit beschäftigten, fand der Klerikalismus ein erweitertes Betätigungsfeld und allmählich durch die Frauen und allerlei Hintertürchen auch wieder Zugang zum städtischen Mittelstand. In der Betätigung charitativer Bestrebungen, als Vertreter kleinbürgerlicher und kleinbäuerlicher Interessen gewann er wieder an Boden in Kreisen, denen die Rechtsstellung der Kirche im Staat vollkommen Hekuba ist.

An die Aufgabe, den gebildeten Mittelstand zu erobern oder ihn mindestens klerikal zu durchsetzen, hat der Klerikalismus in den letzten beiden Jahrzehnten denn auch all seine Kräfte gesetzt. Der Norddeutsche kann die österreichischen Verhältnisse in dieser Hinsicht schwer verstehen: er kennt die Katholiken, etwa im Rheinland oder Westfalen, als geschlossene wohlorganisierte Masse, die sich in jedem Belange der Führung durch die Geistlichkeit und die Zentrumspartei willenlos unterwirft, deren gegenseitige Durchdringung und Verfilzung ganz unlösbar ist; selbst der Sozialdemokratie gelingt es kaum, die Arbeiter von diesem festen Block loszusprengen, und die Leute aus dem gebildeten Mittelstand, die offen gegen den Stachel löcken, sind zu zählen. Die „Deutsche Vereinigung", die hier Bresche legen will,

führt einen vom nationalen Standpunkt sehr verdienstlichen, aber unendlich schweren Kampf, der bisher erst bescheidene Erfolge gezeitigt hat. In Österreich spielt der Klerikalismus in den Sudetenländern fast keine politische Rolle; die christlichsoziale Partei in Niederösterreich darf, wie schon erwähnt, nicht ohne weiteres mit der klerikalen in einen Topf geworfen werden, und in der Hauptdomäne der Klerikalen, in den Alpenländern, herrschen sie nur auf dem flachen Lande unumschränkt, während sie in den größeren Städten entweder gänzlich einflußlos sind oder nur eine ganz bescheidene Rolle spielen und selbst in den kleinsten Städtchen mindestens um ihren Einfluß stark zu kämpfen haben. Eine gewisse Ähnlichkeit damit weisen höchstens die Verhältnisse in Bayern auf, wo indes in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren der Klerikalismus zweifellos viel mächtiger geworden ist als in den österreichischen Alpenländern. Wenn den Klerikalen in Österreich also eine Machtorganisation als Ideal vorschwebt, wie das Zentrum in Preußen sie besitzt, so ist es jedenfalls dahin noch recht weit.

Der Weg zu diesem Ziele führt vor allem durch die Schule. Die Volksschule bedeutet hier in erster Linie die Behauptung des Besitzstandes auf dem Lande, die Stärkung des Einflusses des niedern Klerus; die Schaffung eines klerikal gesinnten Mittelstandes kann sie nur mittelbar fördern. Von Wichtigkeit ist hierfür der Einfluß auf die höheren Schulen (in Österreich Mittelschulen genannt) und auf die Hochschulen, vor allem die Universitäten. Auf beiden Gebieten hat der Klerikalismus zweifellos Fortschritte zu verzeichnen; die Klosterschulen dehnen ihren Betrieb in bezug auf den höheren Unterricht der weiblichen Jugend immer mehr aus, und die Jesuitengymnasien in Kalksburg und Feldkirch gewinnen gegenüber den toleranten Anstalten der Benediktiner an Boden. An den Universitäten hat das klerikale Verbindungswesen einen großen Umfang gewonnen; wo es vor zwanzig Jahren höchstens zwei klerikale Verbindungen mit wenigen Mitgliedern gab, ist die Zahl jetzt auf das vielfache gestiegen. An materiellen Vorteilen für die Mitglieder dieser Verbindungen fehlt es nicht; sie werden von ihren Gönnern reichlich mit Stipendien, Freitischen und Hauslehrerstellen versehen. Daß der meist sehr begründete Verdacht, ihre Gesinnung für materielle Vorteile zu verkaufen, das Ansehen der klerikalen Vereinsstudenten bei ihren Kommilitonen nicht gerade hebt, ist leicht auszudenken; natürlicherweise wird ihnen auch von den nationalen Studenten die Berechtigung bestritten, bei feierlichen Gelegenheiten mit dem Schläger geschmückt zu erscheinen, da sie doch andrerseits den Gebrauch der Waffe ablehnen. In der Tat würde das klerikale Vereinswesen an den Hochschulen einen ganz außerordentlichen Umfang annehmen, wenn diesen Vereinen nicht der Stempel studentischer Minderwertigkeit aufgedrückt wäre. Das Ideal der Klerikalen ist daher die Errichtung einer Universität, an der die klerikalen Studenten ganz unter sich

dem Einflusse freiheitlicher Studenten ebenso wie dem freiheitlich gesinnter Lehrer entzogen wären, und so einen Nachwuchs für die Staatsämter wie für alle akademischen Berufe liefern würden, auf den die klerikale Partei politisch unter allen Umständen rechnen könnte. So wäre dann auf Umwegen ein Teil dessen erreicht, was das Konkordat bezweckte. Aber die Klerikalen machen sich wohl darüber keine Illusionen, daß auch dies nicht, so wie sie es am liebsten möchten, in stiller Minierarbeit zu erreichen ist, sondern nur durch einen politischen Kampf, der mit beispielloser Erbitterung geführt werden würde und dessen Ausgang recht zweifelhaft ist. Für die „freie katholische Universität" in Salzburg, deren Errichtung die klerikale Partei plant, sind zwar schon sehr erhebliche Mittel gesammelt, und das Unternehmen verfügt über sehr mächtige Gönner. Aber diese „freie" Universität könnte nur dann ihren Zweck wirklich erfüllen, wenn der Staat ihr die Berechtigung zur Ausstellung staatlich anerkannter Zeugnisse erteilt. Die Rückwirkungen, die dies auf die Nationalitätenfrage hätte, wären indes so unübersehbar, daß selbst eine klerikal gesinnte Regierung vor solchem Schritt zurückschrecken müßte. Denn es wäre nicht abzusehen, wie man dann irgendeine Nationalität oder einen Nationalitätensplitter daran hindern könnte, eine höchst mangelhaft ausgerüstete Universität zu gründen, die dann den Staat mit Stellenwerbern überschwemmt, die in bezug auf Vorbildung alles zu wünschen übrig lassen.

Natürlich wäre allzu große Vertrauensseligkeit in dieser Beziehung wenig angebracht, und die Abwehr, wie sie die freiheitlichen Salzburger Hochschulkurse bezwecken, ist gewiß sehr gerechtfertigt. Selbst im Interesse des Zusammengehens in nationalen Fragen kann der Kampf der Weltanschauungen hier nicht stille stehen; denn die Möglichkeit einer Zusammenarbeit auf nationalem Gebiet ist sehr wesentlich davon abhängig, daß beide Parteien, wie es gegenwärtig der Fall ist, numerisch annähernd gleich stark sind, und dadurch kein Teil in Versuchung kommt, die unbedingte Führerschaft zu beanspruchen. Aber es ist wohl in jedem Streitfalle nötig, zu prüfen, ob ein Objekt wirklich einen Kampf lohnt, der die wichtigsten nationalen Belange gefährdet. So drohte vor einiger Zeit der bekannte Fall des Professors Wahrmund zu einem solchen Streitobjekt zwischen den deutschen Parteien auszuwachsen, und wenn die Sache schließlich nicht in einen Professorenzank gewöhnlichster Art ausgelaufen wäre, stünde man heute noch vor der Gefahr, daß beflissene und an deutscher Uneinigkeit interessierte Hände ihn zu übler Brandstiftung benutzen könnten. Was Professor Wahrmund über einige katholische Dogmen zu sagen hatte, ist wohl von keinem Menschen, der diesen Dingen unbefangen gegenübersteht, als welterschütternde wissenschaftliche Entdeckung empfunden worden; und ob das kanonische Recht an der Universität mit etwas mehr oder etwas weniger kritischer Kommen-

tierung gelesen wird, berührt die Freiheit der Wissenschaft so wenig, wie etwa die Ernennung eines orthodoxen „Strafprofessors" an einer evangelisch-theologischen Fakultät in Deutschland. Denn damit, daß die theologischen Fakultäten, welchen Bekenntnisses immer, voraussetzungslose Wissenschaft nicht treiben können, wird man sich ohne Besorgnis für die Freiheit der Wissenschaft im allgemeinen abfinden dürfen; vielleicht mit der Anmerkung, daß es kein Schaden wäre, wenn die theologischen Fakultäten von den Universitäten überhaupt verschwänden.

So dicht es bei der ersten Aufrollung des Falls Wahrmund daran war, daß dadurch ein Keil in die deutschen Parteien getrieben wurde, so war doch auf beiden Seiten Besonnenheit genug vorhanden, dies zu verhindern. Es ist ein Vorrecht der Jugend, die Dinge hart auf hart zu stellen, das reifere Alter fordert wie im Leben, so auch in der Politik Kompromisse. Die Christlichsozialen wissen sehr wohl, was es bedeuten würde, wenn sie die Frage des klerikalen Einflusses auf die Schule aufrollen wollten; die Kampffronten, die Parteigruppierungen wären sofort verändert, und das freiheitlich gesinnte Bürgertum würde sich mit der Sozialdemokratie gegen den klerikalen Angriff verbünden. Und dabei käme der Klerikalismus seinem Ziele nicht um einen Schritt näher; denn wenn sich selbst die Klerikalen aller Nationalitäten im Parlament zusammenschlössen, so ergäbe das doch noch keine regierungsfähige Mehrheit. Außerdem könnten sich die klerikalen Tschechen, Polen, Winden keineswegs von den nationalen Forderungen ihrer Völker lossagen, um eine ausschließlich klerikale Politik zu treiben, weil ein solches Verhalten sie sofort vom politischen Schauplatz wegfegen würde. Wie in den Zeiten des „Eisernen Rings" müßten also die deutschen Klerikalen die Unterstützung ihrer Forderungen durch die Preisgabe deutscher Interessen und bedingungsloser Anerkennung der slawischen Wünsche erkaufen; dafür sind heute aber selbst die Wähler der Altklerikalen kaum mehr zu haben, von den Christlichsozialen in Niederösterreich aus den bereits dargelegten Gründen ganz zu schweigen.

Was sollte andrerseits die Plattform eines politischen Kampfes sein, der von liberaler Seite eröffnet werden könnte, was das Ziel? Die Gesetze sind in Österreich, wenn man von einigen wenigen Fossilien, die aus der Vergangenheit noch in die Gegenwart hineinragen, absieht, nicht reaktionär; das Volksschulgesetz freiheitlicher als etwa in Preußen oder Bayern. Eine Lücke zeigt freilich das Eherecht, das zu reformieren auch das Bürgerministerium der Krone gegenüber nicht stark genug war. Die Unlösbarkeit der katholischen Ehe ist zweifellos eine Beengung der Freiheit des Individuums; Hunderte, vielleicht Tausende sehen ihr Lebensglück dadurch zerstört. Aber nicht Hunderttausende und Millionen, denen die Sache praktisch gleichgültig ist. Die Zivilehe ist kein Schlagwort, das die Massen begeistern

kann; bezeichnend genug, daß in Italien in bezug auf die Unlösbarkeit der Ehe heute noch der gleiche Zustand wie in Österreich herrscht, obwohl dort jede Regierung und jedes Parlament es weit von sich weisen würde, unter klerikalem Einfluß zu stehen. In Ungarn hat die herrschende Partei der Krone die Zivilehe wohl abgetrotzt; aber nicht der freiheitliche Charakter des Gesetzes war dem Magyarentum die Hauptsache, sondern die Möglichkeit, auch dieses Mittel in den Dienst der Magyarisierungspolitik zu stellen.

Unter dem Namen „Freie Schule" hat sich vor einigen Jahren ein Verein gebildet, der den klerikalen Einfluß im Schulwesen bekämpfen soll; Juden und Sozialdemokraten, die in ihm die führende Rolle spielen, haben ihn den nationalen Deutschen von vornherein verdächtig gemacht. Außerdem sind aber seine Ziele verschwommen genug; denn es ist ganz klar, daß durch die „Freie Schule" das Problem nicht zu lösen ist; was den Freidenkern recht, müßte den Klerikalen billig sein. Das Aufgeben der Staatsschule würde zur Folge haben, daß das ganze Land mit Klosterschulen überschwemmt werden würde, wogegen das Bestehen von ein paar Schulen in den Großstädten, in denen der Religionsunterricht durch „ethische Unterweisung" ersetzt wäre, doch sicherlich kein Gegengewicht bieten würde. So hat denn der Kampf, den dieser Verein um den Bestand einer Schule in Wien geführt hat, außer der hauptstädtischen jüdischen Presse kaum jemanden tiefer erregt, und alle Bemühungen, die Angelegenheit zu einem großen Kampf um die Geistesfreiheit aufzubauschen, sind ohne Erfolg geblieben. In der Verwaltung macht sich der klerikale Einfluß vielfach geltend, insbesondere in den Ländern, deren Landtagsmehrheiten christlichsozial oder klerikal sind; aber durch neue Gesetze oder große Prinzipienkämpfe wäre dem auch nicht beizukommen. Hier bleibt den freiheitlich gesinnten Nationalen nur der eine Weg, die Wählerschaft zu gewinnen, ihre Parteien in den Landtagen zu vergrößern und so verstärkten Einfluß auf die Landesverwaltungen zu gewinnen. Dieser Kampf darf nicht stillstehen; aber er muß in Formen geführt werden, die die Zusammenarbeit auf nationalem Gebiet ebensowenig hindert wie Wahlkompromisse gegen die Sozialdemokratie, die beiden Teilen Gewinn versprechen. Für eine prinzipielle Auseinandersetzung zwischen freiheitlicher und klerikaler Weltanschauung, für einen „Kulturkampf" ist gegenwärtig in Österreich kein Raum; das Schicksal des österreichischen Deutschtums wäre besiegelt, wenn es gleichzeitig gegen die Slawen und in den eignen Reihen gegen die Sozialdemokratie und den Klerikalismus mit aller Kraft kämpfen müßte.

Ich glaube, gezeigt zu haben, daß die christlichsoziale Partei zwar Vertreter unbedingt klerikaler Richtung umfaßt, als Ganzes aber mit diesen nicht in einen Topf geworfen werden darf; daß sie bereit ist, bei Wahrung des bestehenden Zustandes auf Vorstöße in klerikaler Richtung zu verzichten,

was unter andrem auch daraus hervorgeht, daß sie bei den ganz- oder halbparlamentarischen Ministerien der letzten Zeit ihre Hand niemals nach dem Unterrichtsportefeuille ausgestreckt hat. Den gleichen Verzicht kann man aber unter Wahrung des status quo auch auf nationaler Seite üben, ohne der freiheitlichen Gesinnung irgend etwas zu vergeben.

Das Spiel der freien Phantasie könnte sich freilich einen idealeren Zustand ausmalen: an Stelle der beiden Parteigruppen eine einzige große deutsche Nationalpartei, die ihre ganze Kraft darauf richten könnte, auch die von Sozialdemokraten besetzten Mandate zu gewinnen. Gewiß ein verführerisches Bild! Die Erfahrungen mit der „Vereinigten Linken" warnen indes davor, eine äußerliche Gemeinsamkeit ohne innerliche Homogenität in ihrer Bedeutung zu überschätzen. Soweit Parteigestaltungen wirklich das Spiegelbild der Strömungen und Anschauungen des Volkes selbst sind, ist das getrennt Marschieren und vereint Schlagen einer brüchigen Einigkeit vorzuziehen. Aber die Parteigebilde waren in Deutsch-Österreich in den letzten beiden Jahrzehnten mancherlei Wandlungen unterworfen, und der jetzige Bestand ist teilweise mehr der Ausdruck des geschichtlich Überkommenen als der zurzeit lebendigen Kräfte. Die Fortschrittspartei hat längst mit ihrer Vergangenheit gebrochen, indem sie den drei jüdischen Wiener Abgeordneten die Aufnahme in ihren Verband verweigerte. In vieler Beziehung trennt nur die Überlieferung sie von der radikalen Partei, die seinerzeit auf ihre Kosten erstanden und erstarkt ist. Andrerseits hatte die Agrarpartei, die in Böhmen als Verlegenheitsprodukt bei den letzten Wahlen entstanden war, alsbald ihre politische Selbständigkeit aufgegeben, indem sie mit der Volkspartei zu einem engeren Verbande zusammentrat; und es mag ihr inzwischen auch die Erkenntnis gekommen sein, daß sie in einem größeren Verbande besser für ihre wirtschaftlichen Ziele wirken kann, als wenn sie nur auf ihre eigne Kraft angewiesen ist, weil sie so auch die Vertreter städtischer Interessen ihren Zielen teilweise dienstbar machen kann. Es hat sich überdies, wie vorauszusehen war, bald herausgestellt, daß sie sich im Parlamente viel mehr nationalpolitisch betätigen muß als wirtschaftlich, wenn sie den Wünschen ihrer Wähler gerecht werden will. So liegt ein Zusammenfließen dieser drei Gruppen bis zu den nächsten Wahlen durchaus im Bereiche der Möglichkeit; die Gemeinschaft, die jetzt im „Deutschen Nationalverband" wenigstens im Parlament hergestellt worden ist, hat dem jedenfalls wirksam vorgearbeitet. Aber auch diese Parteigestaltung braucht noch nicht eine letzte Entwicklungsphase des deutschen Parteilebens zu sein; denn niemand kann heute übersehen, wie sich die Verhältnisse in der christlichsozialen Partei in Zukunft gestalten werden. Die Altklerikalen sind bei dem Anschluß an die christlichsoziale Partei bis jetzt jedenfalls nicht auf ihre Rechnung gekommen; der deutschen Gemeinbürgschaft würden sie sich notgedrungen

nicht entziehen können, wenn aber die politische Haltung der Christlichsozialen mehr und mehr durch die in Niederösterreich immer brennender werdende tschechische Frage bestimmt werden sollte, dann könnte sich die Neigung der Klerikalen verstärken, von diesem Herde des ihnen allzu warm werdenden nationalen Feuers etwas abzurücken. Der Bürgermeister Lueger war schon in den letzten Jahren nicht mehr die stärkste Kraft innerhalb der Partei, aber sein starker Wille war trotz körperlichen Siechtums nicht gebrochen; ob sich nach seinem Tode eine Persönlichkeit in der Partei findet, die gleich ihm imstande wäre, die auseinanderstrebenden Elemente zusammenzuhalten, ist sehr fraglich. Dann könnte vielleicht der Zeitpunkt gekommen sein, wo sich die nationalen Elemente der Christlichsozialen mit den eben gekennzeichneten Bestandteilen der deutschfreiheitlichen Parteien zu einer „Deutschen Nationalpartei" zusammenschließen, die bei einer Stärke von 130 bis 140 Mitgliedern auf der einen Seite von den Deutschradikalen als Einpeitschern in allen nationalen Fragen, auf der andren Seite von dem bremsenden Element der Klerikalen flankiert wäre.

Inwieweit eine solche Neugestaltung und die sich daraus zweifellos ergebende Stärkung der parlamentarischen Stellung des Deutschtums, dessen Belangen zugute kommen würde, hängt ja unter andrem auch von der Rolle ab, die das Parlament im politischen Leben Österreichs überhaupt zu spielen berufen ist; auch hier liegen mancherlei Wandlungen im Bereiche der Möglichkeit. Wichtig wäre der Vorgang aber unter allen Umständen als Ausdruck der Veränderungen, die sich innerhalb der Wählerschaft selbst vollzogen haben. Sie lägen in der Entwicklungsrichtung der letzten Jahre: das Nationalgefühl hat sich vertieft, die Neigung, Parteigegensätze zugunsten gemeinsamer nationaler Arbeit zurücktreten zu lassen, hat sich verstärkt. Und diese Entwicklung zeigt uns den Weg, wie schließlich der national schädliche Einfluß des Klerikalismus überwunden werden kann.

VI.

Ungarn gegen Österreich.

Der nationale Streit hat in Ungarn ein doppeltes Gesicht: auf der einen Seite der Kampf des Staatsvolks der Magyaren um die Unabhängigkeit ihres Staatswesens — die letzte Phase eines der Kämpfe um die Bildung von Nationalstaaten, die das 19. Jahrhundert erfüllt haben; aber andrerseits fehlen diesem Staate die Voraussetzungen für einen Nationalstaat: die Magyaren bilden nur eine Minderheit unter den Völkern, die die Länder der ungarischen Krone bewohnen. Und diese Völker leisten naturgemäß dem Bestreben nach Schaffung dieses Nationalstaates Widerstand, sie erkennen Ungarn als solchen nicht an, sie gestehen bestenfalls den Magyaren als dem relativ zahlreichsten Volke das Recht auf Hegemonie zu. Das ist die zweite Front des nationalen Kampfes in Ungarn: die Magyaren auf der einen, die nichtmagyarischen Völker auf der andren Seite. Natürlich hängen die beiden Probleme eng zusammen, aber doch nicht so, daß sie nicht eine getrennte Betrachtung zuließen.

Im Jahre 1896 feierte man in Ungarn mit großem Gepränge das Jubiläum des tausendjährigen Bestandes des ungarischen Staatswesens. Es war jedenfalls kein ununterbrochener Bestand; in dieser Zeit hat der ungarische Staat ein paar hundert Jahre auch nicht bestanden. Aber man versteht es, wenn sich die Magyaren lieber der Zeiten des Bestandes erinnern und aus ihnen ihre Ideale schöpfen. Das Jahr 1848 hatte den selbständigen Staat wieder lebendig machen sollen; die Geschichte dieses Aufstandes ist für die Dynastie nicht gerade ein Ruhmesblatt, und die Magyaren waren nicht allein daran schuld, daß es zu jener Episode der völligen Losreißung von Österreich kam. Aber schließlich wurden die Rebellen besiegt und unterworfen; vielleicht, ja wahrscheinlich, hätte es dazu der russischen Hilfe nicht bedurft, denn zu der Zeit, wo diese eingriff, hatte die österreichische Regierung die Arme schon wieder frei. Der Anschein blieb immerhin bestehen, daß es der Dynastie nur mit fremder Hilfe gelungen war, die unbotmäßigen Magyaren zu unterwerfen. Die nun folgende Zeit des Bachschen Absolutismus machte letzten Endes auch nicht den Eindruck der Stärke; sie gab, nach dem Witzwort eines ungarischen Gutsbesitzers, den Freunden und Verteidigern der Dynastie

das als Belohnung, was die Magyaren als Strafe bekamen. Als dann nach Königgrätz die Dynastie mit den Magyaren ihren Frieden machte, da erschien dies nicht als ein freiwilliges Geschenk, sondern als das Mindestmaß notwendigen Zugeständnisses; die ungarischen Politiker haben es jedenfalls so aufgefaßt.

Bei oberflächlicher Betrachtung schien der Ausgleich des Jahres 1867 mit der Aufrechterhaltung der Gesamtstaatsidee wohl verträglich; das Heer, die auswärtigen Angelegenheiten sollten gemeinsam bleiben, beide Staaten nur ein Wirtschaftsgebiet bilden. Man konnte darüber verschiedener Meinung sein, ob die Verteilung der Lasten, der Anteil, den Ungarn an der gemeinsamen Schuld und an der Deckung der gemeinsamen Ausgaben übernommen hatte, recht und billig, ob der österreichischen Hälfte nicht zuviel aufgebürdet worden war. Aber ein ganz gerechter Aufteilungsschlüssel ist schwer zu finden; er könnte nur im Nationaleinkommen der beiden Reichshälften liegen, dessen einwandfreie Feststellung kaum gelingen mag. Hier liegt indes keineswegs der schwächste Punkt des Ausgleichs, sondern darin, daß selbst grundlegende Bestimmungen, die verfassungsmäßig festgelegt wurden, unklar und zweideutig abgefaßt waren, z. B. der Teil, der von den Rechten des Herrschers in bezug auf das Heer handelt, daß ferner die österreichischen Parallelgesetze mit den ungarischen im Text teilweise nicht übereinstimmen; noch wichtiger ist, daß der Teil des Ausgleichs, der von den wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Reichshälften handelt, überhaupt nicht dauernde Zustände festlegt, sondern von zehn zu zehn Jahren neuerlicher Vereinbarung zwischen Ungarn und den „im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern", jener offiziell namenlosen Reichshälfte, die hier kurz Österreich genannt werden soll, bedarf. Seit dem Abschluß des ersten Ausgleiches im Jahre 1867 war das Verhältnis Österreichs zu Ungarn beständig im Flusse. Es kann nicht Aufgabe dieser Schrift sein, eine Geschichte des wirtschaftlichen Ausgleichs zu geben und all die Krisen zu schildern, mit denen seine Erneuerung, insbesonders in Österreich fast stets verbunden war. Man kann die seitens Ungarns dabei verfolgte Tendenz kurz folgendermaßen kennzeichnen: einerseits sollten die aus dem gemeinsamen Verhältnisse Ungarn treffenden Leistungen herabgesetzt und ihm möglichst viele wirtschaftliche Vorteile auf Kosten der österreichischen Reichshälfte zugewendet werden; andererseits sollte das Verhältnis zwischen den beiden Reichshälften grundsätzlich in der Richtung größerer Selbständigkeit für Ungarn verschoben werden, wobei das Endziel die Personalunion oder völlige Selbständigkeit bildete. Erstere Tendenz bedarf kaum irgendwelcher Erläuterungen, sie ist selbstverständlich. Daß sie Erfolg haben konnte, liegt an der verschiedenen Stärke der Regierungen auf beiden Seiten; in Ungarn ist das Zusammenspiel zwischen Volksvertretung und Regierung in derartigen Fragen meisterhaft, und der

Monarch konnte sehr wohl den Eindruck gewinnen, daß eine schwere politische Krise unvermeidlich sei, wenn dem Verlangen der ungarischen Regierung nicht nachgegeben werde. Hingegen hat kaum je eine österreichische Regierung ein Parlament mit gleichem Nachdruck bei Verteidigung des österreichischen Standpunkts zur Seite gehabt. Soweit es sich um eine materielle Schädigung Österreichs handelte, wurde dies nicht von allen Parteien im gleichen Maße empfunden; eine deutschfeindliche Mehrheit konnte sich naturgemäß nicht sonderlich dadurch bedrückt fühlen, wenn der Ausgleich der österreichischen Industrie, die sich vorwiegend in deutschen Händen befindet, neue Lasten auferlegte; ebenso tragen die Deutschen zu den direkten Steuern etwa zwei Drittel bei, so daß die finanziellen Leistungen vorwiegend auf ihre Schultern abgewälzt sind. Was dann noch verbleibt, kann eine österreichische Regierung deutschfeindlichen Parteien durch nationale Zugeständnisse abkaufen; die Badenischen Sprachenverordnungen waren z. B. ein derartiger an die Tschechen gezahlter Kaufpreis für einen an sich nicht zu verteidigenden Ausgleich, der in dieser Form dann freilich nicht zustande kam.

Diese materielle Schädigung Österreichs mußte an sich nicht zu einer Lockerung des Verhältnisses der beiden Teile der Monarchie führen; denn was bei dem einen Ausgleich versehen wurde, ließ sich ja nach 10 Jahren beim nächsten wieder ins Lot bringen, wenn das Schädigende der einen oder andren Vereinbarung erkannt worden war. Aber dies ist nur eine theoretische Voraussetzung; die Erfahrung hat in Österreich die Überzeugung gefestigt, daß hier ein Wiedergutmachen niemals möglich ist und die Ungarn das, was sie einmal besitzen, nie wieder herausgeben — es sei denn, daß die Verhältnisse einen gründlichen Wandel erlitten, der auch vor der Verfassung hüben und drüben kaum halt machen kann. Da man aber mit solchen Möglichkeiten überhaupt zu rechnen aufgehört hat, so ergibt sich auf österreichischer Seite eine Verärgerung und Gleichgültigkeit gegen die Gesamtstaatsidee, aus der mittelbar dem Magyarentum eine starke Hilfe erwächst. Man sagt sich, wenn es nun doch aussichtslos ist, zu einem befriedigenden Zusammenleben zu kommen, oder wenn dies doch nur durch beständige Nachgiebigkeit und Ausbeutung Österreichs zu erzielen ist, so sei schließlich eine reinliche Scheidung dem ewigen Hader vorzuziehen, um so mehr, als der materielle Vorteil dabei wohl auf österreichischer Seite läge. Hat die Dynastie zunächst bei der Schaffung des Ausgleichs im Jahre 1867 das österreichische Parlament überhaupt beiseite geschoben und es vor vollendete Tatsachen gestellt, dabei überdies gerade die patriotischesten Verfechter der Gesamtstaatsidee vor den Kopf gestoßen, so fehlt ihr nun der Rückhalt an der öffentlichen Meinung in Österreich selbst dann, wenn er ihr zur Abweisung sich stets steigernder ungarischer Ansprüche sehr erwünscht wäre. Mittelbar ergibt sich aber daraus eine Förderung der ungarischen, auf die völlige Selbständigkeit

und Losreißung von Österreich gerichteten Bestrebungen. Aber die sich alle zehn Jahre erneuernden Verhandlungen über den Ausgleich haben noch eine andre Folge; die ungarischen Unterhändler kommen dazu mit einem Bündel von Wünschen, von deren Unerfüllbarkeit sie von vornherein überzeugt sind; da sich der ganze Handel aber nach den Grundsätzen abspielt, die man etwa beim Verkauf einer alten Hose anzuwenden pflegt, so erscheint es zweckmäßig, im Preise etwas aufzuschlagen, um dann nachlassen zu können. Das können aber die ungarischen Unterhändler ihrem Publikum natürlich nicht sagen, das vielmehr die Aufgabe hat, durch möglichst lautes Geschrei über drohende Benachteiligung den Forderungen Rückhalt zu geben. Da naturgemäß nicht alles erreicht werden kann, so erscheint dann auch ein sehr günstiges Ausgleichsergebnis der Menge als schwere Schädigung der ungarischen Interessen, die Schlagworte über „Ungarn als arme ausgebeutete Kolonie der österreichischen Industrie" und ähnliche setzen sich fest und verringern die Zahl der Leute, die unbefangen die Vorteile der Gemeinsamkeit erkennen, immer mehr. So hat gerade dieser Konstruktionsfehler des Ausgleichs zur Untergrabung der gemeinsamen Einrichtungen der Monarchie außerordentlich viel beigetragen. Ob dies von den Schöpfern des Ausgleichs auf ungarischer Seite schon gewollt, ob es nur ein notwendiger Ausfluß der staatsrechtlichen Konstruktion von der grundsätzlichen Selbständigkeit des ungarischen Staates war, mag unerörtert bleiben; daß diese Handhabe indes mit großer Geschicklichkeit von seiten der ungarischen Politik benützt wurde, um die Gemeinsamkeit zu lockern, ja, daß der materielle Inhalt der Vereinbarungen auf wirtschaftlichem Gebiet geeignet ist, auch die im Jahre 1867 verfassungsmäßig festgelegten gemeinsamen Einrichtungen vollständig illusorisch zu machen, soll noch eingehender dargelegt werden.

Den wichtigsten Ausdruck findet die Gemeinsamkeit in der Armee, für die Magyaren eine unangenehme Erinnerungen weckende Einrichtung. Diese gemeinsame Armee hat seinerzeit drei Fünftel ungarischen Bodens, und zwar gerade die von Magyaren bewohnten Teile, vom Joche der Türken befreit und dadurch für die Herrschaft der Habsburger in Ungarn einen neuen Rechtstitel geschaffen; sie hat nach der Wiedereroberung Ungarns die Hauptstütze der zentralistischen Einrichtungen gebildet; und als im Jahre 1848 die Magyaren sich vom österreichischen Einfluß durch den Aufstand lossagen wollten, zwang im wesentlichen doch dieses Heer sie nieder und brachte sie wieder unter die Botmäßigkeit des Hauses Habsburg. Daß auch Ungarns Söhne in diesem Heere zahlenmäßig entsprechend vertreten sind, kann sie mit ihm niemals aussöhnen; denn da hier natürlich die Zusammensetzung der Bevölkerung aus verschiedenen Nationalitäten unverfälscht zum Ausdruck kommt, kann der ungarische Teil des gemeinsamen Heeres niemals ein Werkzeug magyarischer Politik werden, solange dieses wirklich gemeinsam ist.

Es gibt in der gemeinsamen Armee nur eine geringe Zahl von Regimentern, deren Mannschaft nur aus Magyaren besteht; und von den Offizieren sind immer noch 85 v. H. Deutsche.

So ergaben sich in dieser Richtung naturgemäß zwei Ziele ungarischer Politik: erstens, dieses gemeinsame Heer nicht zu stark werden zu lassen, und zweitens, soweit es in seinen Rahmen ging, einen ungarischen Teil zu schaffen, der sich mindestens nicht als Werkzeug der Dynastie gegen Ungarn gebrauchen ließ und sich später von selbst aus dem Rahmen des gemeinsamen Heeres loslösen mußte. Eine gute Handhabe für den erstgenannten Zweck bildete die Ausgestaltung der ungarischen Landwehr, der Honveds. Die Landwehren haben in Österreich und Ungarn einen ganz andren Charakter als im Deutschen Reiche, wo die Landwehrregimenter im Frieden nur auf dem Papiere bestehen und erst im Kriegsfalle ins Leben treten, also in jeder Beziehung nur eine Ergänzung des Heeres bilden, dem sie organisatorisch vollkommen eingefügt sind. In Österreich-Ungarn haben hingegen die Landwehrkadres schon im Frieden einen gewissen Mannschaftsstand, der ihnen bei der Aushebung unmittelbar überwiesen wird und einen im Verhältnis dazu noch stärkeren Bestand von aktiven Offizieren. Das zeigt sich auch darin, daß die Landwehren ein Budget besitzen, das ein Drittel desjenigen der gemeinsamen Armee beträgt. In jeder Reichshälfte besteht ein eigenes Landesverteidigungsministerium, dem die Landwehr untersteht, in Österreich ist die deutsche, in Ungarn die magyarische, in Kroatien die kroatische Sprache Dienst- und Kommandosprache. Daß diese Dreiteilung unbeschadet des gemeinsamen Oberbefehls und Generalstabs nicht der Schlagfertigkeit im Kriegsfalle dienen kann, liegt auf der Hand. Da aber eine Vermehrung der Streitkräfte angesichts der Stärkung der Armeen aller europäischen Staaten unerläßlich war und Ungarn einer Verstärkung der gemeinsamen Armee stets Hindernisse bereitete, nahm die Krone mit diesem Notbehelf vorlieb. Ungarn verfügt aber so über eine vollständige Armee, insbesondere wenn in nächster Zeit auch bei den Honveds Artillerieregimenter aufgestellt werden, ein Zugeständnis, gegen das der Kaiser sich lange Zeit wehrte, um es indes während der politischen Krise unter dem Ministerium Stefan Tisza schließlich doch zu gewähren. Der Geist, der in der Honvedarmee herrscht, ist, mindestens, soweit es sich um das Offizierkorps handelt, rein magyarisch; und soweit die Mannschaften nichtmagyarischen Nationalitäten angehören, bilden die Honveds ein gutes Magyarisierungsinstrument. Während die gemeinsame Armee ein unbedingt gefügiges Werkzeug in den Händen der Dynastie erscheint, kann man dies von den Honveds kaum sagen. Zwar hat im Jahre 1906 unter dem Ministerium Fejervary ein aus Rumänen bestehendes Honvedbataillon den ungarischen Reichstag auseinandergetrieben. Trotzdem ist es wenig wahrscheinlich, daß sich die Honveds im Falle eines Konfliktes der

Dynastie mit Ungarn gegen das Parlament oder eine bewaffnete Erhebung gebrauchen ließen. Die Nationalitätenfrage mag es freilich den Machthabern erschweren, aus den Honveds ohne weiteres eine Insurrektionsarmee zu machen. Die Tendenz besteht aber zweifellos bei den ungarischen Politikern, die Honveds als Parlamentsheer dem gemeinsamen kaiserlichen Heer nötigenfalls gegenüberzustellen.

Bezüglich der gemeinsamen Armee gibt die zweideutige Fassung des Ausgleichsgesetzes der ungarischen Politik eine gewisse Handhabe; der hierfür in Frage kommende Paragraph lautet:

„Infolge der verfassungsmäßigen Herrscherrechte Sr. Majestät in betreff des Kriegswesens wird all das, was auf die einheitliche Leitung, Führung und innere Organisation der gesamten Armee, also auch des ungarischen Heeres, als eines ergänzenden Teiles der Gesamtarmee, Bezug hat, als der Verfügung Sr. Majestät zustehend anerkannt."

Es liegt nun freilich eine Unredlichkeit darin, wenn ungarische Politiker sich auf diesen Wortlaut berufen, um das Recht Ungarns auf ein besonderes ungarisches Heer geltend zu machen. Denn als die Krone nach dem Prager Frieden die Verhandlungen mit den Magyaren wieder aufnahm, verlangte sie sofort eine authentische Auslegung dieses Ausdrucks wie auch des ganzen Paragraphen. Wie Graf Lonyai in seinen Memoiren berichtet, fuhr er damals mit Andrassy zu Deak und brachte die Antwort zurück, der Ausdruck sollte nur den terminus technicus der alten Gesetze (exercitus hungaricus, legiones hungaricae, die kein selbständiges Heer bedeuten) wiedergeben und die grundsätzliche Einheit der Armee in keiner Weise berühren. Der Monarch gab sich mit dieser Auslegung zufrieden; sie mag von Deak völlig loyal gegeben worden sein; aber wie in vielen andren Dingen sind auch hier die Nachfolger über den „Weisen der Nation" hinweggeschritten und halten sich nun an den vorhandenen Wortlaut, den sie nach ihren Bedürfnissen auslegen. Da nun die Rechte des Herrschers in bezug auf die Armee durch die Rechte des Parlaments auf Bewilligung der Rekruten und noch in einigen andren Beziehungen, die in den folgenden Paragraphen ausdrücklich angeführt werden, beschränkt sind, so hat sich hier eine gute Gelegenheit für die ungarische Politik ergeben, dem Monarchen Zugeständnisse abzupressen. Die Stellung der ungarischen Regierung war hierbei um so günstiger, als ihr nach dem Wortlaut dieses Paragraphen als zweiter Vertragschließender nur die Person des Monarchen gegenübersteht; läßt der Monarch von dem ihm nach diesem Paragraphen zustehenden Rechten etwas nach, gebraucht er sie im Sinne der ungarischen Wünsche, so geht dies nach der ungarischen Auffassung einen dritten, insbesondere die österreichische Regierung, nichts an. Auf diesem Boden stehend hat die ungarische Politik nicht ohne Erfolg den Kampf um die Schaffung des „ungarischen Heeres" aufgenommen, das

auf dem Papier des Gesetzes steht. Dabei ist natürlich ins Auge gefaßt, daß dieses Heer nur so lange einen „ergänzenden Bestandteil der Gesamtarmee" bilden solle, als es den Interessen der ungarischen Politik entspricht; andrerseits spielt aber auch hier die ungarische Nationalitätenfrage mit hinein — ein Rad greift in das andre. Ein selbständiges ungarisches Heer könnte natürlich, wie alle andren Staatseinrichtungen dazu benützt werden, den nichtmagyarischen Völkern des Staates die Kenntnis der magyarischen Sprache aufzuzwingen; da nun aber die Verwaltungs- und Kommandosprache des gemeinsamen Heeres die deutsche ist, nützt dieses den Magyarisierungsbestrebungen nicht nur nichts, sondern wirkt ihnen teilweise geradezu entgegen. Während sonst die Kenntnis der magyarischen Sprache in Ungarn mit zahlreichen Vorteilen verbunden ist, ist sie beim gemeinsamen Heere in keiner Weise nützlich; hier sind diese Vorteile immer noch mit der Kenntnis der deutschen Sprache verbunden. Der politische Einfluß des ungarischen Staates ist dadurch aber bei den nichtmagyarischen ungarischen Staatsangehörigen in der gemeinsamen Armee völlig ausgeschaltet, wo z. B. deutsche Offiziere mit rumänischen Soldaten teils in deutscher, teils in rumänischer Sprache verkehren. Durch diese Verhältnisse ist der magyarischen Jugend aber auch keinerlei Anreiz geboten, als Offiziere in das gemeinsame Heer einzutreten; von Kind auf und nicht zuletzt durch den Einfluß der ungarischen Staatsschule wird ihr der Haß gegen alles Deutsche eingeflößt; die Gelegenheit zur Erlernung der deutschen Sprache wird möglichst beschnitten. Zwar ist das Deutsche in den Mittelschulen ein verpflichtender Unterrichtsgegenstand; aber es wird dort mit solcher Nachlässigkeit behandelt, daß ausreichende Erfolge im Gebrauch der Sprache unmöglich erzielt werden können. Es fehlt also den magyarischen jungen Leuten schon an der technischen Qualifikation für den Eintritt in das Heer, und sie können sie nur durch einStudium erwerben, das ihren inneren Neigungen durchaus widerstrebt. Treten sie trotzdem ein, so ist mindestens die Möglichkeit vorhanden, daß sie der auf sie einwirkenden Umgebung keinen Widerstand leisten und mehr oder weniger germanisiert werden, wie dies bisher zu einem erheblichen Teil sicherlich der Fall war. Andrerseits sind aus Ungarn stammende Offiziere nichtmagyarischer Nationalität den magyarischen Gedankengängen von Patriotismus fremd, zum Teil sicherlich sogar von Abneigung und Haß gegen das Magyarentum erfüllt. Als die magyarische Regierung im Jahre 1903 vom Monarchen das Zugeständnis erlangte, daß die Offiziere ungarischer Staatsangehörigkeit zu den in Ungarn garnisonierenden Regimentern versetzt werden sollten, bemühten sich über tausend von ihnen um den Erwerb der österreichischen Staatsangehörigkeit, um diesem Schicksal zu entgehen. Nach den Ideen der leitenden ungarischen Politiker wäre nun das Ziel etwa auf folgendem Wege zu erreichen: bei den aus Ungarn sich rekrutierenden Heeresteilen, die auch

in Ungarn ihre Garnison haben, werden allmählich nur Offiziere ungarischer Staatsangehörigkeit eingestellt; daß diese ausschließlich Magyaren sein sollten, ist natürlich nicht zu erreichen. Wenn sich aber an die erhoffte magyarisierende Wirkung der staatlichen Schulen eine weitere Beeinflussung in dieser Richtung in den Kadettenschulen und sonstigen militärischen Bildungsanstalten anschließt, so hofft man, daß auch dieser Nachwuchs von magyarischem Geiste erfüllt sein wird, wenn er in das Heer eintritt; bleiben diese Offiziere dann beständig im Lande und sind sie dort auf den Verkehr mit den höheren sozialen Schichten angewiesen, die größtenteils aus Magyaren oder Magyarisierten bestehen, so wird dies die Wirkungen der Erziehung vervollständigen. Diesen Zwecken dienten die im Jahre 1903 erreichten Zugeständnisse: Errichtung von neuen Militärbildungsanstalten in Ungarn, Unterricht in denselben teilweise in magyarischer Sprache, Zusage, die aus diesen Anstalten hervorgehenden Offiziere nur in ungarische Regimenter einzustellen.

Ist auf diese Art das Offizierkorps den Zwecken der ungarischen Selbständigkeitspolitik dienstbar gemacht, so soll es nun auch gegenüber den Mannschaften als Magyarisator wirken; um dies vorzubereiten, soll bei allen ungarischen Regimentern das Magyarische alleinige Regimentssprache werden, ein Zugeständnis, zu dem sich der Kaiser bisher nicht entschließen konnte. Die Wirkung einer solchen Bestimmung wäre folgende: zurzeit gilt neben der deutschen Kommandosprache bei den einzelnen Regimentern, deren Angehörige ganz oder teilweise nichtdeutscher Nationalität sind, die Muttersprache der Mannschaft als Regimentssprache, die von den Offizieren soweit beherrscht werden muß, als dies den Bedürfnissen des Dienstes entspricht. Da das Ziel des Volksschulunterrichts bei den nichtdeutschen Nationalitäten beider Reichshälften nirgends die Erlernung der deutschen Sprache in irgendeinem Ausmaße ist, ist natürlich eine solche Maßregel im dienstlichen Interesse unvermeidlich. Den Magyaren ist diese Bestimmung aber ein Dorn im Auge; denn auf diese Art erfährt beispielsweise der slowakische Rekrut zum ersten Male, daß seine Sprache irgendwelche Rechte habe; der ungarische Schwabe erkennt den Wert seiner Muttersprache, usw. Nach dem Wunsche des ungarischen Parlaments soll nun bei allen ungarischen Regimentern das Magyarische alleinige Regimentssprache sein, wobei es von der Fiktion ausgeht, daß sie allen ungarischen Staatsangehörigen infolge des Unterrichts in den Volksschulen vollkommen geläufig sei. Da nun dies aber tatsächlich nicht der Fall ist, ist die Schädigung des Dienstbetriebs, die aus solcher Bestimmung erwachsen müßte, einleuchtend. Die Einführung der magyarischen Kommandosprache bei allen ungarischen Regimentern soll das Werk dann krönen. Mit der den magyarischen Politikern eigenen dialektischen Gewandtheit weisen sie darauf hin, daß es sich doch im ganzen nur um etwa 70 Kommandos handele, die den Zusammenhang der gemeinsamen Armee unmöglich er-

schüttern könnten. Gewiß, auch die früher erwähnten, teils erreichten, teils noch erstrebten Zugeständnisse sind für diesen Zusammenhang schon verhängnisvoll genug; sie könnten selbst ohne magyarische Kommandosprache genügen, um ihn aufs schwerste zu gefährden; aber das Siegel würde doch erst die magyarische Kommandosprache auf die Armeezerreißung drücken. Es wäre gewissermaßen das Plakat, durch das sie groß und deutlich allen Bewohnern Ungarns verkündet würde.

Die Gemeinsamkeit des Heeres und der auswärtigen Angelegenheiten ist in den Ausgleichsgesetzen verfassungsmäßig festgelegt. Die darauf bezüglichen Bestimmungen stellen einen Vertrag zwischen der Krone und Ungarn dar, der von keinem der Beteiligten einseitig abgeändert werden kann. Viel leichter hat das grundlegende Ausgleichsgesetz vom Jahre 1867 es den ungarischen Unabhängigkeitspolitikern auf wirtschaftlichem Gebiete gemacht. Das österreichische Ausgleichsgesetz (vom 21. Dezember 1867) sagt darüber in § 2: „Außerdem sollen nachfolgende Angelegenheiten zwar nicht gemeinsam verwaltet, jedoch nach gleichen, von Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Grundsätzen behandelt werden: Die kommerziellen Angelegenheiten, speziell die Zollgesetzgebung ...“ Und noch unverbindlicher heißt es über den gleichen Gegenstand in den §§ 59 und 60 des ungarischen Ausgleichsgesetzes: „Nachdem jedoch zwischen Ungarn und den übrigen Ländern Sr. Majestät die gegenseitigen Berührungen der Interessen zahlreich und wichtig sind, so erklärt sich der Reichstag dazu bereit, daß rücksichtlich der kommerziellen Angelegenheiten der ungarischen Krone einerseits und den übrigen Ländern Sr. Majestät andrerseits von Zeit zu Zeit ein Zoll- und Handelsbündnis geschlossen werde. Dieses Bündnis hätte jene Fragen, welche sich auf den Handel beziehen, und die Art der Behandlung der gesamten kommerziellen Angelegenheiten zu bestimmen.“ Im österreichischen Ausgleichsgesetz finden sich dann noch über die Art des Vorgehens bei der Regelung dieser Angelegenheiten einige Bestimmungen, die aber einfach auf Selbstverständlichkeiten hinauslaufen: daß nämlich die Parlamente beider Reichshälften hierüber gleichlautende Gesetze annehmen sollen. Im ungarischen Gesetz findet sich hierüber, man könnte beinahe sagen, verständigerweise, überhaupt nichts. Nun könnten solche Bestimmungen von irgendwelchen benachbarten oder auch nur in lebhaftem Handelsverkehr stehenden Staaten angenommen werden, ohne daß ihre Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit dadurch ernstlich beeinträchtigt wäre; denn schließlich steht in diesen Paragraphen weiter nichts, als daß beide Teile den guten Willen haben, sich über eine derartige gemeinsame Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten zu verständigen; was aber geschehen soll, wenn ihnen das nicht gelingt, darüber findet sich kein Sterbenswörtchen, während bezüglich der Behandlung des gemeinsamen Budgets durch die Delegationen doch auch die Art des Vorgehens für den Fall festgelegt ist,

wenn eine Übereinstimmung zwischen den beiden Delegationen nicht erzielt worden ist. Das Recht Ungarns auf Errichtung eines selbständigen Zollgebiets, auf eine eigene Zettelbank, auf eigenes Münzwesen steht also außer Zweifel; es ist weder durch die Verfassung darin gebunden, noch hat es Österreich gegenüber andre, als die durch Verträge zeitlich befristeten Verpflichtungen; es bedarf hierüber nur der Übereinstimmung der gesetzgebenden Faktoren in Ungarn selbst, also allerdings auch des Monarchen.

Wie ist es nun möglich gewesen, daß der Kaiser seinerzeit zu einer solchen Ordnung der Dinge die Zustimmung gegeben hat, durch die, wie wir gleich sehen werden, der Spalt geschaffen ist, von dem aus das ganze Ausgleichswerk in die Luft gesprengt werden kann? Der Monarch selbst konnte, von österreichischer Seite ungenügend beraten, die Tragweite dieser Bestimmungen kaum übersehen; auch haben sich die Dinge seit jener Zeit sehr gewandelt, der Einfluß wirtschaftlicher Fragen auf die Politik hat sich überall verstärkt; noch bis zum Jahre 1848 hat zwischen Österreich und Ungarn eine Zwischenzollinie bestanden, ohne daß dadurch die Zentralisation der Verwaltung beeinträchtigt worden wäre. Österreichischer Ministerpräsident war während der Ausgleichsverhandlungen im Jahre 1866/67 Belcredi, dem die Auseinandersetzung mit Ungarn nur als willkommenes Vorbild für die föderalistische Gestaltung Österreichs erschien; da er kein Österreich als Gegenpart gegen Ungarn wollte, so waren Österreichs Interessen bei ihm schlecht aufgehoben, ganz abgesehen davon, daß auch er die Tragweite der auf das wirtschaftliche Verhältnis bezüglichen Abmachungen kaum übersah. In der gleichen Lage befand sich der eben erst zur Leitung der österreichischen auswärtigen Politik berufene Beust*), dem es überdies vor allem darauf ankam, den Staat möglichst bald wieder in der europäischen Politik eine große Rolle spielen zu lassen; dazu bedurfte er aber der Herstellung wenigstens für den Augenblick geordneter Verhältnisse im Innern — sei es auch auf Kosten der Zukunft. Außerdem benötigte er auch der Hilfe der Magyaren, insbesondere des Grafen Andrassy, zum Sturze Belcredis; denn Andrassy hatte immer die Überzeugung verfochten, daß den Deutschen in Österreich dieselbe führende Stellung einzuräumen sei, wie den Magyaren in Ungarn, und er war stets gegen föderalistische Experimente, wie Belcredi sie plante. So ergab sich eine natürliche Bundesgenossenschaft zwischen Beust und den damals führenden ungarischen Politikern. In seinen Memoiren hebt Beust auch hervor, daß die Verhandlungen zwischen Ungarn und der Krone nicht vorwärts gekommen seien, und er schreibt sich das Verdienst zu, sie wieder in Fluß gebracht zu haben; auch darin spiegelt sich seine Unkenntnis der

1) Von dem z. B. erzählt wird, daß er einmal bei einer Verhandlung über die gemeinsame Bank einschlief!

Taktik der ungarischen Politiker, denen gegenüber durch ein dilatorisches Verfahren immer noch am ehesten Erfolge zu erzielen waren. Die Hast, mit der damals gearbeitet wurde, kam u. a. auch darin zum Ausdruck, daß eine Vereinbarung über die gemeinsame Bank gar nicht versucht wurde, weil man dadurch das ganze Ausgleichswerk gefährdet sah; daß dies doch nicht zutreffen konnte, ergibt sich aber daraus, daß einige Jahre später ein Übereinkommen darüber zustande kam, und die Bank bis zum heutigen Tage in dieser Form erhalten blieb, wenn auch der Kampf um sie neuerdings wieder in verschärftem Maße entbrannt ist.

Im Handelsverkehr zwischen Österreich und Ungarn halten sich Einfuhr und Ausfuhr ungefähr die Wage; jede dieser Ziffern bewegt sich um den Betrag von einer Milliarde Kronen. Während Ungarn nach Österreich vorwiegend Rohprodukte und Erzeugnisse der Landwirtschaft liefert, gehen von dort nach Ungarn hauptsächlich Industrieartikel. Nun mag man wohl sagen, daß beide Teile dabei ihren Vorteil finden und es nur billig sei, wenn Österreich in Ungarn einen durch Zölle geschützten Markt für seine Industrie, Ungarn das gleiche in Österreich für seine Landwirtschaft finde; und wenn man an den Ziffern der Staatshaushalte und des Handelsverkehrs die Entwicklung beider Teile in den letzten 40 Jahren verfolgt, so findet man auf beiden Seiten zweifellos ein gleichmäßiges Fortschreiten zu größerer wirtschaftlicher Wohlfahrt. Aber schon vor dem Jahre 1848 stellte der damalige Führer und Verfechter der Unabhängigkeitsidee, Ludwig Kossuth, stark beeinflußt durch die Ideen Friedrich Lists, das Programm einer eigenen Industrie in Ungarn auf, die allein dem Lande volle wirtschaftliche und damit auch politische Unabhängigkeit sichern könne. Und dies läßt sich eben nur unter dem Schutze von Zöllen erreichen, wofür die Entwicklung der österreichischen Industrie ebenso vorbildlich erscheint, wie der unerhörte Aufschwung, den die deutsche Industrie nach dem Einschwenken der deutschen Wirtschaftspolitik zum Schutzzoll genommen hat. Ob nun wirklich in Ungarn die sonstigen Bedingungen für eine Industrie im Lande, die dessen Bedürfnisse deckt und auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig ist, vorhanden sind, mag hier unerörtert bleiben; der Optimismus und das Selbstgefühl der Magyaren bejaht natürlich diese Frage ohne Vorbehalt. Jedenfalls hat sich bisher erwiesen, daß alle Versuche mit erheblichen Opfern aus dem Staatssäckel eine Industrie in Ungarn künstlich heranzuziehen doch zu einem vollen Erfolge nicht führen können; denn die meisten dieser Gründungen, denen die Unterstützung des Staates durch Subventionen, Steuernachlässe, usw. zuteil wurde, sind ohne diese Zuwendungen nicht lebensfähig und können andrerseits auch nicht ewig Kostgänger des Staates bleiben. Die Einzelheiten des für das selbständige ungarische Zollgebiet geführten Kampfes können hier übergangen werden; soweit ungarische Politiker für die Gemeinsamkeit eintraten,

verteidigten sie dies den ungestümen Drängern gegenüber mit der Notwendigkeit, die nötigen Vorbereitungen für das selbständige Zollgebiet zu treffen. In Ungarn wie in Österreich war die Überzeugung bei Abschluß des letzten Ausgleichs im Jahre 1907 allgemein, daß dies der letzte sei, der an der Zollgemeinschaft festhalte, und nach seinem Ablauf im Jahre 1917 das selbständige ungarische Zollgebiet zur Wirklichkeit werden würde. Bezeichnend war, daß auch bei diesem Ausgleich die Bankfrage ausgeschaltet werden mußte, weil es aussichtslos schien, darüber zu einem Einverständnis zu kommen. Der tiefere Sinn dieses Streites um die Bank ist nur im Zusammenhang mit den Bemühungen um ein selbständiges Zollgebiet zu verstehen. An sich könnte Ungarn sich keinen idealeren Zustand denken, als den der gemeinsamen Bank; das Kapital der Bank stammt ausschließlich aus Österreich. Ungarn genießt durch sie den Vorteil eines billigen Kredits, den es, wie die Ausweise der Bank über die Wechseleinreichungen zeigen, sehr stark ausnützt, und eines sicheren Marktes für seine Anleihen. Aber andrerseits hängt die gemeinsame Bank mit dem gemeinsamen Zollgebiet aufs engste zusammen; denn die gemeinsame Bank bedeutet auch die Aufrechterhaltung der gemeinsamen Währung und damit eine Sicherung der Absatzverhältnisse für die österreichische Industrie. Hat Ungarn ein eigenes Noteninstitut, so würde sich alsbald eine Verschiedenheit der Währung ergeben; ein Disagio der ungarischen Banknoten würde als Schutzzoll für die ungarische Industrie und als Exportprämie für die ungarische Landwirtschaft wirken. Die Erschütterung des Kredits, die damit Hand in Hand ginge, könnte wohl in der Hoffnung mit in den Kauf genommen werden, daß nach Erstarkung der ungarischen Industrie die Zahlungsbilanz des Landes aktiv werden und die Goldwährung gehalten werden könnte; daß übrigens durch eine Minderwertigkeit der ungarischen Währung in erster Linie die Gläubiger des Staates in Österreich geschädigt werden würden, wäre für Ungarn ein weiterer Anreiz, vor ihr nicht zurückzuschrecken. Wenn es nun jetzt, wie es die von Justh geführte ungarische Unabhängigkeitspartei will, zur Errichtung der selbständigen ungarischen Bank kommt — was zurzeit nur durch den Widerstand der Krone verhindert wird —, so tritt schon während der Geltung des Ausgleichs und des Bestehens des gemeinsamen Zollgebiets die oben geschilderte Wirkung ein, und Österreich wird teilweise um die Früchte des Ausgleichs geprellt; andrerseits würde sich die Abneigung gegen das Weiterbestehen des gemeinsamen Zollgebietes unter derartigen Bedingungen auf österreichischer Seite so verstärken, daß daraus den ungarischen Unabhängigkeitspolitikern die beste Unterstützung erwüchse und im Jahre 1917 die Zolltrennung unbedingt folgen müßte.

Diese Trennung hat aber unvermeidliche weitere Konsequenzen. Gelegentlich wird die Sache auf ungarischer Seite als ziemlich harmlos in der

Weise dargestellt, daß Ungarn nur eine Zwischenzollinie beanspruche, die ihm einen Schutz der Industrie ermögliche; nun gibt es aber für diese Belastung der österreichischen Industrie im Rahmen eines nach außen gemeinsamen Zollgebiets keine mögliche Kompensation für die österreichische Reichshälfte. Ein Zoll auf agrarische Erzeugnisse würde zwar der österreichischen Landwirtschaft, die gegenwärtig durch die unter günstigeren Verhältnissen erzeugende ungarische stark zu leiden hat, zugute kommen; während aber den ungarischen Zwischenzoll auf österreichische Industrieartikel im wesentlichen der österreichische Fabrikant tragen müßte, soweit er dann überhaupt noch wettbewerbsfähig bleibt, fiele der Zwischenzoll auf ungarische Agrarprodukte vor allem dem österreichischen Konsumenten zur Last. Österreich verlöre ganz oder teilweise den ungarischen Markt für seine Industrieartikel, es wäre aber keineswegs in der Lage, die Tatsache, daß es Agrarprodukte einführen muß, in den Verhandlungen mit auswärtigen Staaten zugunsten seiner Industrie zu verwerten. Daraus ergibt sich aber, daß die Zolltrennung nur in der Weise erfolgen kann, daß beide Hälften ihre volle Autonomie auf wirtschaftlichem Gebiet gewinnen. Man kann nun zwar auch in diesem Falle voraussagen, daß sie sich früher oder später zu einem Handelsvertrag zusammenfinden würden, der durch die geographische Lage beider Teile fast zur Notwendigkeit wird; daß dies indes von vornherein der Fall sein sollte, ist wenig wahrscheinlich; denn dazu würde doch gehören, daß beide Teile ihre gegenseitigen Kräfte richtig einschätzen. Daß dies auf ungarischer Seite der Fall sein sollte, ist deshalb zu bezweifeln, weil man dann dort doch die Trennung nicht vollziehen würde. Kurzum, es ist sehr wahrscheinlich, daß man erst durch das Zwischenstadium eines Zollkrieges zu einem erträglichen Vertragsverhältnis kommen würde. Mag dieses Zwischenstadium nun kürzere oder längere Zeit dauern, mag es selbst gar nicht eintreten: auf jeden Fall wird eine gemeinsame Vertretung nach außen unmöglich.

Schon bei den letzten Handelsverträgen hat Ungarn es durchgesetzt, daß sie nicht nur vom Minister des Äußeren, sondern auch vom ungarischen Ministerium unterzeichnet wurden; dabei handelte es sich für Ungarn jedoch hauptsächlich um die Anerkennung des staatsrechtlichen Verhältnisses. Die Möglichkeit gemeinsamer Verhandlungen wurde davon nicht berührt. Mit der Zolltrennung wird aber die gemeinsame Vertretung der kommerziellen Interessen bei andren Staaten zur Unmöglichkeit, weil diese sich doch einfach widerstreiten. Wie soll etwa ein Botschafter in Petersburg dort gleichzeitig einen Handelsvertrag für Österreich und für Ungarn betreiben? Ungarn hätte das größte Interesse daran, daß Österreich mit Rußland überhaupt zu keinem Übereinkommen gelangt, weil es dann um so mehr auf die Einfuhr aus Ungarn angewiesen wäre. Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Das Ergebnis ist, daß die durch das Ausgleichsgesetz nicht gebundene Freiheit

Ungarns, ein eigenes Zollgebiet einzurichten, den Abschnitt des Ausgleichsgesetzes über die gemeinsame Vertretung kommerzieller Interessen dem Auslande gegenüber einfach illusorisch macht. So würde dann bei allen Fragen wirtschaftlicher Natur die gemeinsame diplomatische Vertretung einfach ausgeschaltet sein; Österreich und Ungarn würden ihre besonderen Handelsvertreter bei den wichtigsten Staaten haben, die sich zum Teil entgegenarbeiten und ausspionieren müßten. Das Konsularwesen, das ja wesentlich wirtschaftlichen Belangen dient, könnte auch nicht gemeinsam bleiben, und sehr bald würde sich auch die Unmöglichkeit der gemeinsamen diplomatischen Vertretung herausstellen. Nichts hat so sehr zur Lösung des Verhältnisses zwischen Schweden und Norwegen beigetragen, wie die Zolltrennung, trotzdem es sich in diesem Falle durchaus nicht um so schwerwiegende Interessengegensätze gehandelt hat, wie zwischen Österreich und Ungarn. Wie sehr man übrigens in Ungarn diesen Zusammenhang erkennt, geht u. a. auch daraus hervor, daß Ungarn schon einen ganz ansehnlichen Beamtenstab von kommerziellen Vertretern im Auslande unterhält, was Österreich auch veranlaßt hat, dieses Beispiel nachzuahmen. In Städten, wie z. B. Berlin, gibt es einen Vertreter des ungarischen Handelsministeriums, einen des Ackerbauministeriums und einen „Preßbotschafter" zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung in Deutschland, alles hochgestellte und reichlich bezahlte Beamte; und schon bei der heutigen Lage der Dinge kommt es mitunter zu Konflikten, die die Vertretung österreichischer Belange an einem Orte, wo der gemeinsame diplomatische oder konsularische Vertreter ungarischer Staatsbürger ist, nicht einwandfrei erscheinen lassen. Irgendwelche technischen Schwierigkeiten würde Ungarn bei Schaffung einer selbständigen Vertretung im Auslande keinesfalls haben, denn es würde, da ungarische Staatsangehörige in der Diplomatie und im Konsularkorps stark vertreten sind, unter Hinzurechnung der oben erwähnten Beamten ohne weiteres über eine ausreichende Zahl von vorgebildeten Beamten für diesen Zweck verfügen.

Ist auf diesem Umwege über die Zolltrennung erst einmal die Trennung der auswärtigen Angelegenheiten herbeigeführt, dann gibt es auch in bezug auf die Armee kein Halten mehr; dann muß die Scheidung auch hier an jener Trennungslinie erfolgen, die schon durch die auf ihrem eigensten Gebiet vorbereiteten Maßregeln längst gezogen ist; der Baum fällt von selbst, nachdem er zu dreiviertel durchgesägt ist.

Das Ziel der Unabhängigkeitspartei wäre damit erreicht: die Personalunion. Nun könnte man sagen: gut, dann hat Ungarn, was es haben will, die erzwungene Gemeinsamkeit ist beseitigt, mit desto größerer Freudigkeit wird sich Ungarn dann freiwillig in allen Fragen der äußeren Politik an Österreichs Seite stellen, auf das es ja sowieso aus vielen Gründen angewiesen ist. Die Gemeinsamkeit wird dann eben nicht mehr im gemeinsamen

Ministerium des Äußern beruhen, sondern im einheitlichen Willen des Monarchen; sie wird um so fester sein, als sie beiderseits völlig dem freien Willen der Staaten entspringen wird. Diese Beweisführung wäre richtig, wenn die beiden Staaten von der Außenwelt alles, voneinander nichts zu fordern hätten. Aber wirtschaftliche und politische Fragen werden in großer Zahl zwischen ihnen selbst zu bereinigen sein; der Monarch soll die Ansprüche jedes Staates vertreten, an dessen Spitze er steht; da er bei widerstreitenden Interessen dies nicht kann, wird er zum Schiedsrichter, der sich bei beiden Teilen verdächtig macht, die Interessen des einen Staates zugunsten des andren zu vernachlässigen. Bei zweifellos viel geringeren Differenzen ist der gemeinsame König von Schweden und Norwegen diesem Vorwurf nicht entgangen, und das unausbleibliche Ende war die völlige Trennung.

Überblickt man das Verhältnis Österreichs zu Ungarn in der Zeit seit dem Jahre 1867, so ergibt sich, daß der Ausgleich vom Jahre 1867 stabile Zustände nicht geschaffen hat und auf ungarischer Seite diese Tatsache mit großer Geschicklichkeit dazu benutzt wurde, um das Verhältnis beständig zu lockern. Alle Vorbereitungen sind getroffen, das Schiff ist zum Stapellauf bereit, man braucht nur ein paar dünne Balken hinwegzuschlagen, und es gleitet in die Flut. Die dabei ungarischerseits befolgte Taktik bedarf einiger Erläuterungen. Die ungarische Politik hatte im Jahre 1867 bereits ihre alte Tradition; ihre ideellen Impulse leitete sie aus der Zeit der ungarischen Selbständigkeit ab, die auf dem Schlachtfeld von Mohacs im Jahre 1526 ihren Untergang gefunden hatte. Der damalige ungarische Staat war im wesentlichen eine Adelsoligarchie, die sich von den Feudalstaaten des Westens dadurch einigermaßen unterschied, daß dem sehr zahlreichen Kleinadel große Rechte eingeräumt waren und er neben der Kirche und dem Magnatenadel bedeutenden Einfluß hatte. Diese Rechte waren 1222 in der „Goldenen Bulle" des Königs Andreas festgelegt worden, und sie bildeten den Inbegriff der vielgepriesenen „ungarischen Freiheit". Die ungarischen Könige spielten entweder eine Macht gegen die andre aus (auch die von Deutschen begründeten Städte waren eine Figur in diesem Spiel) oder sie kümmerten sich um die ganze Verfassung nicht, wie die großen ungarischen Parvenüherrscher, der Reichsverweser Johann Hunyadi und Matthias Corvinus, und solchen Männern gelang es wohl auch, die Kräfte des Staates zu achtunggebietender Stellung nach außen zusammenzufassen. Zugrunde gegangen ist das Reich aber schließlich an dem Mangel an Gemeinsinn und fester Organisation. Als die Habsburger Ungarn wieder erobert hatten, wäre es ihnen wohl möglich gewesen, es als den Erwerb ihres Schwertes neu zu organisieren, und Prinz Eugen wäre auch der Mann gewesen, dies durchzuführen. Aber seine Gebieter standen nicht auf der Höhe seiner staatsmännischen Auffassungen. So kam der Träger des alten ungarischen Staates, die magyarische Adels-

oligarchie, wohl stark geschwächt in die neue Periode, günstige Umstände gaben ihr aber immer wieder die Möglichkeit, ihren Einfluß zu verstärken; und man muß zugeben, daß sie jede Gelegenheit stets mit großer Geschicklichkeit zu nützen verstand.

Das Jahr 1848 hätte logischerweise den Zusammenbruch dieser Herrschaft herbeiführen müssen; theoretisch fielen damals auch die Vorrechte des Adels. Es war im wesentlichen die Schuld des österreichischen Absolutismus, daß er seine führende Rolle trotzdem behaupten konnte. Die Protestantenverfolgungen hatten in Oberungarn das deutsche Bürgertum der Städte dem kalvinistischen magyarischen „Kurutzen"-Adel in die Arme getrieben, das Metternichsche System hatte auf den Städten und deren deutschem Bürgerstand schwer gelastet. Der Kleinadel konnte leicht die Täuschung hervorrufen, daß er der Befreier von unerträglichem Joche sei; nur die politisch geschulteren Siebenbürger Sachsen widerstanden der Verlockung; bei Serben und Rumänen entfesselte das Jahr 1848 mangels einer führenden Intelligenz nur die Bauerninstinkte, das tiefwurzelnde Mißtrauen gegen die adlige Herrenkaste; sie standen teils abseits, teils wandten sie sich gegen die magyarischen Rebellen. Auch das Ministerium Bach hatte nichts getan, um die Nationalitäten irgendwie zu organisieren und so der magyarischen Vorherrschaft ein Gegengewicht zu bieten. So war es im Jahre 1866 wiederum nur die magyarische Adelskaste, die einen geschlossenen verhandlungsfähigen Körper bildete und mit ihr wurde im wesentlichen der Ausgleich zwischen der Dynastie und Ungarn geschlossen. Natürlich nahm diese herrschende Partei jeden mit Freuden auf, der sich ihrer Herrschaft fügen wollte und war nicht engherzig darin, mit allen Parteigenossen zu teilen, als sie erst einmal zur Macht gekommen war. Und daß ihr in diesem Augenblicke Tausende zuströmten, die sich bisher abwartend verhalten hatten, braucht kaum gesagt zu werden. Auf die Veränderungen, die sich infolgedessen in der Struktur der herrschenden Schicht vollzogen, werde ich noch zurückkommen.

In der Österreich gegenüber befolgten Taktik drückt sich jedenfalls Tradition und volkliche Eigenart der führenden Adelsschicht aus. Dieser magyarische Kleinadel hat die turanischen Rasseeigentümlichkeiten wohl am reinsten bewahrt; er ist nicht so wie der Hochadel, die Magnaten, mit fremden Elementen durchsetzt, mit dem Auslande wenig in Berührung gekommen, von der Internationalisierung des Hochadels nie berührt worden. Von den politischen Fähigkeiten der verschiedenen mongolischen Rassen gering zu denken, hat man keinen Anlaß; Attila und Dschingis Khan waren nicht nur Führer von Horden, die durch ihre Masse allein europäische Staatsgebilde über den Haufen rannten, sie waren auch Staatsmänner, die sich sehen lassen konnten. Aber ihre politische Moral stach auch von dem, was in jenen Zeiten werdender neuer Kultur in Europa landläufig war, erheblich ab. Einer der

charakteristischesten Züge ihrer Politik, die Treulosigkeit, findet sich auch bei den Magyaren wieder. Die Konspiration mit dem Auslande gehört zum eisernen Bestande magyarischer Politik. In dem Kampfe der Habsburger gegen die Türken waren sie fast stets mit letzteren verbündet. Gegen Josef II. suchten sie Hilfe bei Friedrich dem Großen. Im Jahre 1859 hatte das ausländische ungarische Revolutionskomitee unter Kossuths Führung mit dem Fürsten Cusa ein Abkommen über die Unterstützung ungarischer Insurgenten durch Rumänien abgeschlossen. Im Jahre 1866 treten sie wieder mit Preußen in Verbindung, das vor Österreichs Toren steht. Und als vor wenigen Jahren die Krone unter dem Ministerium Fejervary ihren Willen in Ungarn durchzusetzen sucht, machen Abgeordnete der Unabhängigkeitspartei einen demonstrativen Besuch in Belgrad und suchen Fühlung mit den irredentistischen Kreisen Italiens, die der Monarchie als Todfeinde gegenüberstehen. Man könnte diese Politik als eine durch keinerlei moralische Hemmungen irgendwie beschwerte Realpolitik bezeichnen, als Realpolitik schlechthin, wenn sie nicht in einem Mangel wirklicher Erkenntnis der Tatsachen und in der Unfähigkeit, sich einem für den Augenblick winkenden Vorteil gegenüber irgendwelche Zurückhaltung aufzuerlegen, eine starke Beschränkung fände. Es ist gewissermaßen eine Realpolitik auf kurze Sicht.

Wenn man heute auf die Erhebung des Jahres 1848 zurückblickt, so könnte sie wohl als eine nutzlose Aufopferung für ein nationales Ideal erscheinen; aber im Jahre 1848 sah sich die Sache doch viel aussichtsvoller an. Das Einlenken im Jahre 1866 war ein Meisterstück einer disziplinierten Realpolitik; und unter dem Gesichtspunkt, daß das Ideal des ganzen magyarischen Volkes einschließlich der überwiegenden Mehrheit seiner Führer nach wie vor die völlige Unabhängigkeit blieb, kann man dem politischen Schachspiel von dieser Zeit ab die Bewunderung gleichfalls nicht versagen. Wie sehr die Frage des Verhältnisses zu Österreich und zur Krone im Vordergrunde aller ungarischen Politik steht, geht aus der Art des ungarischen Parteiwesens hervor. In anderen Staaten scheiden sich die Parteien nach allgemeinen Grundsätzen der Politik in liberale und konservative, oder nach wirtschaftlichen, sozialen, nationalen Gesichtspunkten. Die politisch bevorrechtete Kaste, die in Ungarn seit vierzig Jahren allein die Politik des Landes macht, kennt kaum Ansätze zu solcher Unterscheidung, die Parteien trennen sich hier nur nach staatsrechtlichen Programmen. Der Deakpartei, die den Ausgleich gemacht, standen die „Resolutionisten" unter Koloman Tiszas Führung gegenüber; daneben als damals noch kleine Partei die Anhänger Kossuths mit dem Unabhängigkeitsprogramm. Die Deakpartei hatte die Aufgabe, die Krone und die nichtmagyarischen Völker Ungarns mit dem neuen Zustand der Dinge zu befreunden. Kaum fühlen sich die Magyaren der wiedererworbenen Macht sicher, so wird der der Krone wie den Nationalitäten

gegenüber loyale Deak kaltgestellt und der rücksichtslose Machtpolitiker Tisza übernimmt die Regierung unter äußerlicher Preisgabe seines staatsrechtlichen Programms; der Besitz der Macht ist viel wichtiger als der eines Programms; denn hat man erstere, dann kann man bei passender Gelegenheit auch letzteres leicht verwirklichen. Koloman Tisza konnte wie jede Regierung in Ungarn, die Wahlen nach Gutdünken machen; aber er, wie seine aus der liberalen Partei hervorgegangenen Nachfolger, sorgten stets dafür, daß die Unabhängigkeitspartei als handlungsfähige Minderheit im Parlament vertreten war und so der Krone gegenüber als Popanz dienen konnte, um Zugeständnisse herauszuschlagen. Im Jahre 1905 hielt man es an der Zeit, stärkere Einschüchterungsmittel anzuwenden: der Monarch wollte gegenüber den Forderungen des Parlaments nicht nachgeben, bei den Wahlen besiegt die Unabhängigkeitspartei die bisher herrschende liberale Partei. Hat etwa die die Wahlen machende Gesellschaftsschicht plötzlich ihren Sinn geändert? War sie bei den letzten Wahlen noch überwiegend dem Zusammenleben mit Österreich geneigt, um nun plötzlich ihre Sehnsucht nach Verwirklichung der vollen Unabhängigkeit zu entdecken? Gewiß nicht; sie wollte die Verwirklichung der Unabhängigkeit damals wie jetzt. Aber der Augenblick war günstig, um auf diesem Wege ein paar kräftige Schritte vorwärts zu tun; und dies erschien um so notwendiger, je näher der Moment rückte, in dem das Magyarentum mit einem neuen, seinen Wünschen voraussichtlich weniger geneigten Träger der Krone zu tun haben würde.

Diesmal hatte sich die herrschende Partei aber verrechnet; zum erstenmal fiel der Schatten des gefürchteten kommenden Mannes auf dem Throne sichtbar in die ungarische Politik. Als das Parlament sich in seiner Gesamtheit gegen das vom Kaiser ernannte Ministerium Fejervary stellte, wurde das Abgeordnetenhaus aufgelöst, und ein Honvedbataillon besorgte die Schließung des Reichstags; die Straße aber blieb ruhig, ja, sie nahm sogar durch sozialdemokratische Demonstrationen gegen das Parlament Stellung. Da wurde die Schwäche der regierenden Parlamentsclique, die vom Zauber der Allmacht umflossen schien, klar, dem Parlament war das Schlimmste geschehen, was ihm widerfahren konnte: es war lächerlich geworden. Eiligst schwenkten die Parteien ein und schlossen mit der Krone einen Pakt, durch den die verfassungsmäßigen Zustände wiederhergestellt wurden und den nicht einzuhalten sie von vornherein entschlossen waren. Denn dieser Pakt enthielt die Verpflichtung, das allgemeine Wahlrecht mindestens in dem Umfange einzuführen, den der Entwurf Kristoffys, des Ministers des Innern im Ministerium Fejervary, vorsah. Dadurch waren alle magyarischen Parteien in gleicher Weise bedroht, und es gab für sie jetzt keine dringendere Aufgabe, als die Ausführung dieser übernommenen Verpflichtung in irgendeiner Weise zu vereiteln. Zunächst wurde die Einbringung der Wahlreform

verschleppt, und als im Winter 1908/09 die äußeren Verwicklungen wegen der Annexion Bosniens dem Monarchen den Wunsch nahe legten, innere Krisen nach Möglichkeit zu vermeiden, listete ihm das Kabinett Wekerle die Genehmigung zu einem Wahlreformentwurf ab, der mit dem Pakt vom Jahre 1906 durchaus im Widerspruch stand. Über den Zwistigkeiten, die dieser Entwurf unter den koalierten Parteien hervorrief, ging aber schließlich die Einigkeit in Brüche, und die Unabhängigkeitspartei warf die Frage der gemeinsamen Bank auf, während die Verfassungspartei, gleichfalls gegen den Pakt, Zugeständnisse in Militärfragen von der Krone forderte. Charakteristisch ist hierbei die Taktik der Unabhängigkeitspartei unter Jusths Führung; sie suchte den Monarchen dadurch zu gewinnen, daß sie keinerlei militärische Zugeständnisse forderte, da sie wohl wußte, daß die Banktrennung die wirtschaftliche Trennung mit sich bringen, und wenn erst diese erreicht sei, alles auf militärischem Gebiet Geforderte als reife Frucht in Ungarns Schoß fallen müsse. Der Krone gegenüber verschwinden alle Parteiunterschiede: keine Partei fordert, wenn sie die Regierung übernehmen will, Anerkennung ihres Programms; aber jede will etwas nach Hause bringen, eine kleine Beute, die das Land der völligen Unabhängigkeit wieder einen Schritt näher bringt, und es ist nur eine Frage der Taktik, ob die eine ein Zugeständnis auf militärischem, die andre auf wirtschaftlichem Gebiet als wertvoller ansieht. Mag sein, daß kenntnisreiche Wirtschaftspolitiker wie Wekerle, die Banktrennung wirklich für eine Schädigung Ungarns halten; aber das ist sicher, daß sie mit solcher Ansicht nicht hervortreten könnten, wenn nicht der Standpunkt des Monarchen sie unter dem Gesichtspunkt der Opportunität für den Augenblick erträglich erscheinen ließe. Kein ungarischer Politiker kann es wagen, aus sachlicher Überzeugung gegen die selbständige Bank oder gegen das selbständige Zollgebiet aufzutreten, wenn die Möglichkeit, diese Frucht zu pflücken, überhaupt vorhanden ist.

In den ersten vier Jahrzehnten nach dem Abschluß des ersten Ausgleichs glich die ungarische Politik gegenüber Österreich einem einzigen Siegeszuge; seit vier Jahren aber, seit jenem verhängnisvollen 19. Februar, wo ein Bataillon Honveds genügte, um der parlamentarischen Herrlichkeit ein Ende zu machen, will nichts mehr gelingen. Die physische und moralische Schwäche der Oligarchie, die vierzig Jahre lang unumschränkt das Land beherrschte, trat allzu deutlich zutage. Kristoffy hatte wie ein Päckchen Dynamit das allgemeine Wahlrecht in die politische Arena geworfen; keiner der Herrschenden wagt es zu entfernen; sie beraten darüber, wie man es wohl als unschuldiges Feuerwerk abbrennen könnte, aber sie können über die Methode nicht einig werden. Während hier die blaße Furcht herrscht, ist die Macht der Krone wieder gewaltig gestiegen. Die Massen, die Sozialdemokraten und die nichtmagyarischen Staatsbürger, sind ihre Bundesgenossen

geworden. Sie läßt sie noch nicht los; sie stehen nur bereit; und wenn die herrschende Clique will, wenn sie sich dem Willen der Krone fügt, wenn sie nicht an die gemeinsamen Einrichtungen greift, die dem Reich und der Dynastie die Stellung nach außen geben, dann wäre der Kaiser bereit, sie noch weiter an der Macht zu lassen. Aber es ist wohl zu spät; die Oligarchie umfaßt nicht mehr den engen Kreis des Magnaten- und Kleinadels wie in den ständischen Zeiten; zu viele drängen sich an die Krippen, jeder will seinen Lohn dafür, daß er die magyarische Rassenherrschaft stützt. Die Führer haben ihren Anhang schon mit zu großen Worten berauscht, die Schlagworte sind ihnen durchgegangen, sie können sie nicht auf einmal aus dem Verkehr ziehen und für wertlos erklären. Der Mächtige hat viele Freunde, ist diese Macht einmal erschüttert, dann werden sie leicht lau und unzuverlässig. Letzten Endes beruht die Brüchigkeit der magyarischen Machtstellung in Ungarn auf den natürlichen Verhältnissen, der ethnischen Zusammensetzung der ungarischen Bevölkerung; selbst eine erneute Verbindung des Magyarentums mit der Krone, die letzterer mehr Macht einräumt, kann den Zusammenbruch wohl hinausschieben, aber nicht aufhalten. Der Kampf Ungarns gegen Österreich hängt mit dem Nationalitätenkampf in Ungarn selbst aufs engste zusammen; seiner Betrachtung soll der nächste Abschnitt gewidmet sein.

VII.

Der Nationalitätenkampf in Ungarn.

Die Überlieferung wies die herrschende Kaste in Ungarn nach Schaffung des Ausgleichs auf den selbständigen ungarischen Staat hin, wie er vor seinem Zusammenbruch im Jahre 1526 bestanden hatte; aber es war klar, daß in dieser Form die Herrschaft der Adelsoligarchie nicht wieder aufgerichtet werden konnte. Schon vor dem Jahre 1848 hatte der Kleinadel, der dann der eigentliche Träger der revolutionären Bewegung war, Bundesgenossen gesucht und gefunden. Die Städte Ungarns sind fast ausschließlich deutsche Gründungen; die Fähigkeit, Städte zu bilden, besitzt der Magyar so wenig wie der Slawe; ebenso fehlt ihm von Haus aus ein Mittelstand. Die ungarische Bauernstadt ist die Weiterbildung des hunnischen „Rings"; in den deutschen Städten Nordungarns aber blühte Bergbau und Gewerbefleiß und das Handwerk der Sachsen in Siebenbürgen erzeugte Ausfuhrgüter, die weit im Orient verbreitet und geschätzt waren. In die neue Periode ungarischer Entwicklung war selbst die Hauptstadt des Landes noch als überwiegend deutsche Stadt eingetreten. Aber das Bürgertum dieser Städte hatte unter der absolutistischen Herrschaft auch mancherlei zu leiden gehabt; die alten Gegensätze zwischen dem magyarischen Landadel und den deutschen Städten schwanden, die Intelligenz hatte sich der revolutionären Bewegung angeschlossen und erhoffte von dem neuen Zustand der Dinge wirtschaftlich und politisch erweiterte Bewegungsfreiheit. In der ganzen liberalen Welt Europas umfloß die Magyaren ein gewaltiger Nimbus; sie erschienen als das „ritterliche Volk" schlechthin und Leute, die im innersten ihres Herzens nichts so sehr ersehnten, wie die Wiederherstellung mittelalterlich feudaler Zustände, wurden in den Augen der Welt zu Helden der bürgerlichen Freiheit, die nur die vereinte Übermacht österreichischer und russischer Heere niederwerfen konnte.

Trat somit die herrschende Klasse schon mit einem reichen Fond von Ansehen in die neue Epoche ein, so lag es auch in der Natur der Dinge, daß sie zu diesem Zeitpunkt nicht nur über Talente, sondern auch über Charaktere verfügte. Es waren Männer, die für ihre Überzeugungen ge-

kämpft und gelitten, die, wie z. B. Andrassy, zum Tode verurteilt, lange Jahre im Exil gelebt und westeuropäische Anschauungen in sich aufgenommen hatten. Männern wie Deak und Eötvös mag es mit dem Gedanken, auch den nichtmagyarischen Nationalitäten Luft und Licht zum nationalen Leben zu lassen, durchaus ernst gewesen sein; die weitere Entwicklung ist über sie hinweggeschritten. In dem alten ungarischen Feudalstaat gab es keine Nationalitätenfrage, höchstens eine Rivalität zwischen dem Landadel und den Städten, die den Anstrich eines deutschmagyarischen Gegensatzes annehmen konnte. Was sonst im Lande wohnte, war rechtloses höriges Volk. In Siebenbürgen hatten nur die drei „ständischen Nationen" der demokratisch organisierten Szekler, Ungarn (d. i. der magyarische Adel) und der Sachsen politische Rechte; die Rumänen, die die Mehrheit der Bevölkerung des Landes bilden, waren bis zum Jahre 1848 politisch vollkommen rechtlos. Seit dem Mittelalter war Lateinisch in Ungarn die Amtssprache; erst 1844 wurde das Magyarische als solche gesetzlich festgelegt. Nun war der Adel schon im Jahre 1848 bereit, seine Herrschaft mit denen, die sich seiner Führung fügen wollten, zu teilen; Kossuths ungeheure Volkstümlichkeit beruhte auf seinem Eintreten für die Bauernbefreiung, die der ungarische Landtag 1848 — allerdings unter dem Eindrucke der Nachricht vom Heranrücken Freiheit fordernder Bauernhaufen — beschloß; sonst wäre ja die spätere bewaffnete Erhebung gar nicht möglich gewesen. Bach hätte wohl die Möglichkeit gehabt, die Macht des Kleinadels, die durch den unglücklichen Ausgang des Aufstandes sehr geschwächt war, zu brechen. Er hätte den Nationalitäten helfen müssen, einen nationalbewußten Mittelstand zu schaffen, der sich in autonomen Verwaltungsbehörden politisch geschult und dadurch allmählich einen Ersatz für die magyarische Komitatsbürokratie geschaffen hätte. Das hätte freilich eine individuelle Behandlung erfordert, schöpferische Fähigkeiten und die Gewährung eines gewissen Ausmaßes von freiheitlichen Einrichtungen. Statt dessen organisierte Bach den ganzen Staat nach einem einzigen Schema und glaubte damit seine Einheitlichkeit gewährleistet. Österreichische Beamte, vielfach Tschechen und „Galizianer", kamen ins Land; man zog ihnen einen verschnürten Rock an, der ihnen den Namen „Bachhusaren" eintrug. Von der magyarischen Gesellschaft wurden sie mit eisiger Kälte aufgenommen, aber auch mit der nichtmagyarischen Bevölkerung gewannen sie nur wenig Fühlung. Selbst die Siebenbürger Sachsen, die in allen politischen Verwicklungen stets mit hingebender Treue zum Gesamtstaat und zur Dynastie gehalten hatten, wurden dadurch vor den Kopf gestoßen, daß die Regierung an ihren geschichtlichen Vorrechten und eingelebten Verwaltungsformen verständnislos herumexperimentierte. Von niemandem betrauert verließ die österreichische Bürokratie im Jahre 1867 das Land. Die magyarische Gesellschaft aber trat nach 17jähriger unbeschränkter Herr-

schaft des Absolutismus nicht geschwächt, sondern innerlich erstarkt in die neue Epoche des staatlichen Lebens, und fand wie im Jahre 1848 in der Intelligenz anderer Nationalitäten des Landes, insbesondere der deutschen städtischen Bevölkerung, zahlreiche Bundesgenossen, denen sie bereitwillig den Weg zum Anschluß und zur Teilnahme an der Herrschaft öffnete. Eine Gefahr, daß die geladenen Gäste die Herrschaft des Adels bedrohen könnten, war nicht vorhanden; denn in den städtischen Munizipien, den ländlichen Gemeinden, den Komitaten, den sogenannten Selbstverwaltungskörpern, auf denen sich die ungarische „Freiheit" aufbaut, ist die Hälfte der Sitze stets den Höchstbesteuerten vorbehalten, in den Komitatsversammlungen herrscht der landbesitzende Adel unumschränkt, in den anderen Vertretungskörpern haben die besitzenden Kreise und die mit besonderen Vorrechten ausgestattete sog. Intelligenz, die natürlich leicht in Abhängigkeit von der Regierung zu erhalten sind, das unbestrittene Übergewicht.

Und nun das Parlament. Ich muß es mir versagen auf die ungarischen Wahlen, die in ihrer Art ein Unikum bilden, besonders in einem Staat, der sich seiner freiheitlichen Einrichtungen rühmt, genauer einzugehen; ein paar Streiflichter mögen genügen um zu zeigen, wie hier die „Stimme des Volkes" erzeugt wird — etwa so, wie ein Tierstimmenimitator uns auf der Varietébühne ein ganzes Konzert gefiederter Waldessänger vortäuscht. Zunächst die Wahlgeometrie. Nach der auf amtliche Quellen gestützten Darstellung des Grafen Bela Kreith (die sich auf die Wahlperiode 1892—97 stützt, doch hat sich seither nichts Wesentliches geändert) umfaßt der kleinste Wahlkreis 158 Wähler, natürlich Magyaren, der größte 5720 Wähler, natürlich Nichtmagyaren. In Siebenbürgen wählen in zwölf überwiegend magyarischen Wahlkreisen zusammen 5161 Wähler, während in dem rein rumänischen Wahlkreise Karan-Sebes 5275 Wähler das Recht auf einen Abgeordneten haben. Dabei sind die Bedingungen zur Erlangung des Wahlrechts auch noch so zugeschnitten, daß bei den Magyaren durchschnittlich dreimal so viel Wähler auf die gleiche Bevölkerungszahl entfallen, wie etwa bei den Rumänen. Man kann also sagen, daß der Magyare an sich schon das dreißigfache Wahlrecht gegenüber dem Rumänen oder Slowaken ausübt (nur die Siebenbürger Sachsen sind gegenüber den andern nichtmagyarischen Nationalitäten bevorzugt). Aber nicht genug damit, hindert die Art der Ausübung des Wahlrechts die Nichtmagyaren auch noch daran, von diesem bescheidenen Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die Stimmenabgabe ist öffentlich; nach englischem Vorbilde gilt ein Kandidat ohne Abstimmung als gewählt, wenn bei der Wahlkommission kein Gegenkandidat angemeldet ist. Diese Anmeldung wird häufig durch Gewalt verhindert; Bauern, die für einen Nationalitätenkandidaten stimmen wollten, werden durch Gendarmen vom Wahllokal abgedrängt oder für die Zeit der Wahl ihrer Freiheit beraubt. Greift die

aufs äußerste gereizte Menge schließlich zur Gewalt, so kommt es zu Blutvergießen, ohne das keine Wahl in Ungarn abgeht. Nimmt man noch dazu, daß die willkürliche Verwaltung die Zahl der Leute, die unabhängig ihrer Überzeugung Ausdruck geben können, an sich schon sehr beschränkt, der Gewalt, wo es nötig ist, auch durch das Zuckerbrot des Bestechung nachgeholfen wird, so bekommt man annähernd ein Bild, welche Macht sich in den Händen vereinigt, die im Einklang mit der herrschenden Kaste die Zügel der Regierung in Händen hält. Der verhältnismäßig größten Freiheit erfreuen sich noch die von Magyaren bewohnten Landbezirke, die immer die Hochburgen der Opposition gebildet haben. Als Baron Banffy aber als Ministerpräsident zeigen wollte, daß es auch hier nur der gute Wille (und was er weniger begriff, die wohlberechnete Absicht) der jeweiligen Regierung war, der die Unabhängigkeitspartei ihre Sitze verdankte, und diese bei den von ihm gemachten Wahlen dezimierte, wurde er durch deren Obstruktion im Parlamente gestürzt.

Was aber Banffy zugunsten einer Regierung tat, die so magyarisch-chauvinistisch, wie nur je eine, war, konnte schließlich auch einmal eine Regierung unternehmen, die im Auftrage der Krone den Willen der Adelsklasse zu brechen versuchte. Deren Herrschaft stand auf schmaler Basis; sie mußte zum mindesten die Städte unbedingt ihrem Einfluß unterwerfen. Das dort herrschende deutsche Bürgertum litt an jener Degeneration, der jede städtische Bevölkerung unterliegt und die sie zu steter Erneuerung aus der Landbevölkerung zwingt. Aus sich selbst heraus einen magyarischen Mittelstand zu schaffen, war das magyarische Volk nicht imstande. So mußte die vorhandene städtische Bevölkerung magyarisiert werden und das Magyarentum war hierfür um so leichter zu gewinnen, als man es ihm unschwer als eine Schmach darstellen konnte, daß das herrschende Volk des Landes nicht einmal in der Hauptstadt das Übergewicht hatte. Damit war der Weg der gewaltsamen Magyarisierung gewiesen.

Man erzählt, daß Deak nicht abgeneigt gewesen sei, den Gebrauch der deutschen Sprache im Parlament zu gestatten, als schwerstwiegendes Argument dagegen aber geltend machte, daß dann dort überwiegend deutsch gesprochen werden würde, was doch das Ansehen des magyarischen Volks vor dem Auslande herabmindern würde. Diese Befürchtung erscheint heute grotesk genug. Aber man darf nicht übersehen, daß im Jahre 1867 ein großer Teil des Magnatenadels sicherlich nicht in dem Maße der magyarischen Sprache mächtig war, um in ihr in freier Rede politische Angelegenheiten zu erörtern. Heute erscheint es so, als ob dieser Magnatenadel, in dessen Reihen sich viele fremde, meist deutsche Geschlechter befinden, die zum Teil heute auch in ihren Namen magyarisiert sind, die vornehmste Repräsentation des magyarischen Volkes nach außen bilde, mit ihm untrennbar verwachsen,

seine nationalen Forderungen führend vertrete. Tatsächlich ist dieser Hochadel aber stets mit der Macht gegangen und hat bis zum Jahre 1867 mehr nach Wien als nach Ofen-Pest gravitiert, wie er sich denn auch in seiner überwiegenden Mehrheit an der Revolution vom Jahre 1848 gar nicht beteiligt hat; er hatte dabei eben zu viel zu verlieren. Auch ihn galt es nun nachdrücklich in die Reihen zu zwingen, was schließlich, nachdem die Macht einmal der magyarischen Kleinadelsgentry anvertraut war, nicht allzu schwer war. Aber auch um ihn ganz zu nationalisieren, bedurfte es der besonderen Hervorkehrung des nationalen Anstrichs im gesamten Staatsleben.

Selbst wenn es dem Magyarentum mit der Achtung der fremden Volksindividualitäten ernst gewesen wäre, so war doch klar, daß jeder Überläufer ihm willkommen sein mußte. Als es im Jahre 1867 zur Regierung kam, verfügte es über Männer, die zweifellos gut debattieren konnten und politische Begabung hatten. Aber an Leuten, die im Rahmen einer Bürokratie wirklich zu arbeiten verstanden, war großer Mangel. Die Komitatsverwaltung litt nicht nur unter ihrer oligarchischen, den Nepotismus begünstigenden Verfassung, die sich stolz aber unbegründeter Weise als „Selbstverwaltung" bezeichnet, selbst an ihre Spitze konnte man keinerlei Männer stellen, die in Verwaltungssachen einigermaßen erfahren waren. Die Büroarbeit, das Sitzen am Schreibpult, liegt in dem Charakter des Magyaren nicht; so war denn jeder willkommen, der ihm diese Arbeit abnehmen wollte. Fleiß und Talent fanden ihre reichliche Belohnung, aber Bedingung war, daß der Betreffende sich magyarisiere und vorbehaltlos in der herrschenden Kaste aufgehe.

Besonders das Judentum machte von dieser Gelegenheit reichlich Gebrauch. An sich gingen seine Neigungen auch hier nicht zum Bekenntnis zu einer der Nationen, unter denen es lebte; der Zusammenhang mit den Rassegenossen außerhalb des Landes, die geschäftlichen Beziehungen legen auch den in Ungarn lebenden Juden den Gebrauch der deutschen Sprache nahe. In den Zeiten vor dem Jahre 1867 hielten sie es einfach mit der Macht, und die war bei der Wiener Regierung. Als aber nach dem Ausgleich die Magyaren zur Herrschaft gelangten, da hatten die Juden eine feine Witterung für den Umschwung, der sich damit vollzog, und auch für seine Dauerhaftigkeit. Sie vollzogen mit möglichster Geschwindigkeit den Übergang in das magyarische Lager, wo ihnen in der Tat ganz ungewöhnliche Vorteile winkten. In bezug auf Handel und Verkehr war die Stellung der Juden in Ungarn von jeher der in andern östlichen Ländern ähnlich; sie waren die Vermittler der Geschäfte in dem an sich reichen, aber überwiegend agrarischen Lande. Mit der erreichten politischen Selbständigkeit des Landes sahen die Juden auch einen ungewöhnlichen wirtschaftlichen Aufschwung

kommen. Dies trat auch ein, z. T. weil das von der Natur reich bedachte Land nun durch die Entwicklung des Eisenbahnwesens erst in die Lage kam, seine Schätze zu erschließen, die Landwirtschaft zu modernisieren und deren Erträge zu steigern; dazu kam aber noch, daß den Magyaren der wirtschaftliche Sinn in hohem Maße fehlt und ihr Optimismus durch kühle Berechnung nicht in Schranken gehalten wird. Während der Staatshaushalt sich nicht an die gegebenen Einnahmen zu halten wußte und gar bald in trostlose Unordnung geriet, aus der er erst nach Jahren herauskam, war fast auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens eine Zeit optimistischer Gründertätigkeit gekommen. Das ganze Land sollte mit einem Sprunge aus der guten alten Zeit agrarischer Naturalwirtschaft in die modernste Geldwirtschaft herübergeleitet werden; der Jude spielte dabei den Mentor; was der einzelne Hofjude für den polnischen Edelmann, das ist als ganzes das ungarische Judentum für den ungarischen Staat. Es besorgt ihm die Geschäfte, um die der vornehme Kavalier sich nicht kümmern kann, weil er nichts davon versteht, oder weil er sich darum nicht kümmern will. Nun ist aber gerade der sozialen Schicht, die geschichtlich die Trägerin der nationalen Politik war, der Übergang in die neuen Wirtschaftsformen recht schlecht bekommen. Der Kleinadel hätte ein ungewöhnliches Maß von Fleiß, Sparsamkeit und technischem Können an den Tag legen müssen, um unter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen seine Stellung zu behaupten. Er war gewiß in seinen Lebensansprüchen nicht allzu ausschweifend, durch das, was wir als Lebenskomfort zu betrachten gewöhnt sind, nicht gerade verwöhnt. Aber ebenso lag ihm nichts ferner, als die Rolle eines tüchtigen Großbauers zu spielen, wozu der Umfang seines Landbesitzes ihn eigentlich gezwungen hätte. Und nun hatte die neue Zeit ja auch ihre schönen Seiten; es kam Geld ins Land, Hypothekenbanken taten sich auf, die Grundpreise hatten eine steigende Tendenz; so lag das Schuldenmachen näher als das Lernen und Arbeiten. Die berühmte ungarische Gastfreundschaft und natürliche Gutherzigkeit taten dann das ihre, um den wirtschaftlichen Ruin des Kleinadels zu vollenden.

Das Judentum hat diesen Ruin gewiß nicht verschuldet; aber es ist auch hier der gefällige Vermittler gewesen, der dabei sein gutes Geschäft gemacht hat. Der Prozentsatz der Juden ist in den meisten magyarischen Bezirken des Landes größer als in den nichtmagyarischen. In den schwäbischen Dörfern des Banats trifft man kaum Juden an; desto zahlreicher sitzen sie überall in den Städten. Man kann bis zu einem gewissen Grade wohl sagen: volenti non fit injuria; aber man kann von dem, der um Haus und Gut gekommen ist, nicht gut volle Objektivität in der Würdigung dieser Tatsachen erwarten. So faßte der Antisemitismus gerade in den kernmagyarischen Kreisen tief Wurzel; und eine Zeitlang schien es, insbesondere im Anschluß

an den bekannten Tiſza-Eszlarer-Prozeß, als ſollte er auch politiſch parteibildend wirken. Aber er kam gegen die Macht, die das Judentum inzwiſchen gewonnen hatte, nicht mehr auf. In den freien Berufen der Ärzte, Rechtsanwälte, insbeſondere aber der Journaliſten bot ſich den Juden reichlich Gelegenheit zur Betätigung. Das ſtärkere wirtſchaftliche und das neuerwachte politiſche Leben ſchuf nach Rechtsanwälten ſtarken Bedarf; aus der Advokatur ergab ſich der Übergang in das Parlament von ſelbſt. Bei den Wahlen im Jahre 1906 ſiegten 32 jüdiſche Rechtsanwälte, die ſich der Koſſuthpartei angeſchloſſen hatten, über ebenſo viele raſſemagyariſche Gegenkandidaten; und dafür, wie hier Politik und Geſchäft mit materiellen Intereſſen zuſammenhängt, iſt es bezeichnend, daß nach der Wahl auf die Diäten der Gewählten nicht weniger als 164 Exekutionsklagen eingebracht wurden. Mancher Magyare mochte angeſichts ſolcher Tatſachen knirſchen; er durfte es freilich nur heimlich tun. Denn die Stellung des Judentums iſt bereits ſo gefeſtigt, es iſt mit der herrſchenden politiſchen Kaſte bereits ſo eng verſippt, daß ein Anſturm dagegen ausſichtslos iſt. Hatten die Juden zum magyariſchen Nationalismus auch ſo wenig Hinneigung wie zu irgendeinem andren, ſo war dieſer eben dort die ſtärkſte Macht im Lande. Und die Regungen des Antiſemitismus, die unter den Magyaren bemerkbar waren, ließen es gleichfalls rätlich erſcheinen, dem politiſchen Intereſſe eine Ablenkung von den wirtſchaftlichen Fragen zu geben, was ja mit Hilfe der von ihnen beherrſchten Preſſe leicht gelang. Weil nun den Juden dieſe Frage an ſich gleichgültig iſt und ſie es nur in ihrem Intereſſe halten, das Feuer des magyariſchen Nationalismus möglichſt zu ſchüren, erklärt ſich die maßloſe Übertreibung in der Form, die in der magyariſchen Preſſe in dieſer Beziehung üblich iſt. Denn gerade bei einer Sache, die einen innerlich kalt läßt, verliert man leicht das Augenmaß für den guten Geſchmack.

Nun wirkte aber der wirtſchaftliche Ruin des Kleinadels auch in andrer Richtung auf eine Steigerung des nationalen Chauvinismus und eine Verſchärfung der Magyariſierungstendenzen; war dem Kleinadel die Exiſtenz auf der eigenen Scholle nicht mehr möglich, ſo mußte ihn der Staat, als deſſen Opfer er ſich mit Recht oder Unrecht fühlte, erhalten. Er drängte nach Staatsanſtellungen, ohne in bezug auf ſeine Vorbildung die Vorausſetzungen hierfür im geringſten zu erfüllen. Insbeſondere lag ſeinen Neigungen nichts ferner, als die Erlernung der Sprache einer nichtmagyariſchen Nationalität, was doch die Vorausſetzung einer geordneten Verwaltungstätigkeit war. Die Zahl der Beamtenſtellungen in Staat, Komitat und Stadtverwaltung zur Verſorgung dieſer entwurzelten Gentry wuchs ins Maßloſe. Dieſe Beamtenſchar ſah nun natürlich mit Recht jedes ſprachliche Zugeſtändnis an die Nichtmagyaren, ja, auch nur die Handhabung des Nationalitätengeſetzes als eine Bedrohung ihrer Exiſtenz an und wurde natür-

lich zum leidenschaftlichen Vorkämpfer der Magyarisierung. Diesen Sachverhalt hatte Koloman Tisza vollkommen erfaßt; er selbst stammte aus den Kreisen des reformierten sogen. Kuruzenadels, der infolge seines religiösen Bekenntnisses der Beeinflussung von Wien aus stets am wenigsten zugänglich war und das magyarische nationale Ideal immer am treuesten gehütet hatte. Als er im Jahre 1875 ans Ruder kam, bedeutete dies den endgültigen Bruch mit den Tendenzen Deaks und Eötvös', die schon aus Klugheitsrücksichten für einen Ausgleich mit den nichtmagyarischen Völkern stets eingetreten waren, im übrigen aber schon bei Lebzeiten diese ihre Anschauungen innerhalb ihrer Partei nicht mehr durchsetzen konnten. Und nun steigert sich schrittweise die Magyarisierungspolitik: das Nationalitätengesetz vom Jahre 1868 blieb ein toter Buchstabe und wurde nie beachtet; das Volksschulgesetz vom Jahre 1879 und das Mittelschulgesetz vom Jahre 1883 standen in offenem Widerspruch dazu; dann kam das Kindergartengesetz vom Jahre 1891, das schon an dreijährigen Kindern mit Magyarisierungsversuchen begann, endlich das Ortsnamengesetz. Hand in Hand damit ging die Verfolgung der nichtmagyarischen Presse und der Führer der Nationalitäten, die im sogen. Memorandumprozeß gegen die Führer der Rumänen im Jahre 1894 ihren Höhepunkt fand*); jeder Nichtmagyare, der für sein Volkstum und seine Sprache eintritt, steht außerhalb des Gesetzes.

*) Auch die Geschichte dieser Prozesse könnte ein eigenes Kapitel füllen. Der Rumäne Brote, einer der Hauptangeklagten im rumänischen Memorandumprozeß, der sich der Abbüßung der über ihn verhängten Freiheitsstrafe durch Auswanderung nach Rumänien entzog, gibt in seiner sehr lesenswerten Denkschrift über „Die rumänische Frage in Siebenbürgen und Ungarn" eine Statistik, nach der in dem Jahrzehnt 1884 bis 1894 44 politische (meist Preß-)Prozesse gegen Rumänen stattfanden, die Verurteilungen im Gesamtbetrage von 54 Jahren Staatsgefängnis und Kerker zur Folge hatten. In Siebenbürgen gilt ein Ausnahmepreßverfahren, das sich vor allem gegen die Rumänen richtet; im Jahre 1885 wurde die Kompetenz des Schwurgerichts in Hermannstadt für Preßprozesse aufgehoben, weil dort einige Freisprechungen erfolgt waren und die Rechtsprechung dem Klausenburger Schwurgericht zugewiesen, wo die Regierung betreffs der Zusammensetzung der Geschworenenbank aus magyarischen Chauvinisten unbesorgt sein konnte. Mit dem Erwachen der deutschen Bewegung unter den Schwaben Südungarns setzen die Verfolgungen der deutschen Presse ein, die erfreulicherweise das meiste dazu beigetragen haben, die Anschauungen im Deutschen Reich über das „ritterliche" und „freiheitliche" magyarische Volk zu berichtigen; in Verbindung damit sind die Namen Korodi, Kramer, Krisch, Korn, Steinacker, Orendi in der deutschen Presse wiederholt genannt worden. Die Anlässe für diese Prozesse waren stets bei den Haaren herbeigezogen; die Zusammensetzung der Geschworenenbank, auf die sich, falls dies nötig schien, auch noch höhere Einflüsse geltend machten, gab die Gewähr, daß den Anträgen des Staatsanwalts stets gefolgt wurde. Die Tendenz ging dabei vor allem darauf, die Männer, die für ihr Volkstum eintraten, entweder zur Auswanderung zu zwingen oder vor weiterer Betätigung abzuschrecken, die Blätter selbst durch Auferlegung von hohen Geldstrafen materiell zu grunde zu richten.

Eine ethische Beurteilung dieses Vorgehens mag hier aus dem Spiele bleiben; es hat immer sein Mißliches, die Grundsätze des Rechts, die doch immer eine Macht einer menschlichen Gemeinschaft auferlegt, um ihr Zusammenleben in irgendeiner Form erst zu ermöglichen, auf das Verhältnis zwischen Völkern anzuwenden. Der Erfolg ist für die politische Beurteilung entscheidend; wenn es 8 Millionen Magyaren gelänge, sich eine ebensogroße Zahl von Nichtmagyaren zu assimilieren, um dann auf dieser breiten zahlenmäßigen Grundlage die Welt mit einer neuen eigenartigen Kultur zu beschenken, so würde der Erfolg auch die Gewaltsamkeit dieses Werdeganges rechtfertigen. Aber er ist weder bisher eingetreten, noch läßt er sich irgendwie voraussehen. Selbst wenn die Magyaren vor den mit ihnen den ungarischen Boden teilenden Völkern die Höhe des Kulturstandes voraus hätten, wie etwa seinerzeit die Römer vor den Galliern, so haben sich im Zeitalter des Nationalismus die Verhältnisse so gewandelt, daß an das gleiche Ergebnis nicht zu denken wäre. Nun ist das Besondere, das die Magyaren der europäischen Völkerfamilie vorgeführt haben, kaum mehr als ein eigenartiges nationales Temperament; was sie an Kultur und Zivilisation besitzen, ist seit den Zeiten Stephans des Heiligen westeuropäischen und vor allem deutschen Ursprungs. Selbst für das niedrigststehende Volk Ungarns bedeutet die Aneignung der magyarischen Sprache, die völlig vereinsamt den Kultursprachen unseres Erdteils gegenübersteht, bestenfalls einen Umweg, um zu den in Europa seit Jahrtausenden angehäuften Kulturgütern zu gelangen.

Dazu kommt nun aber, daß auch die Eigenvermehrung des magyarischen Volkes eher unter als über dem Durchschnitt der nichtmagyarischen Völker steht. Was sich an statistischem Material über den Zuwachs des magyarischen Volkes vorführen läßt, leidet zunächst schon an der tendenziösen Art, in der der nationale Charakter der Bevölkerung bei den Volkszählungen erhoben wird; und selbst wenn nicht durch die Art der Fragestellung und den Einfluß der erhebenden Beamten eine Herabdrückung der Zahl der Nichtmagyaren beabsichtigt wäre, müßte die ganze Art, wie in Ungarn einseitig zugunsten des Magyarentums regiert wird, dieses Ergebnis zur Folge haben. Unter diesen Umständen muß man eigentlich staunen, daß die amtlichen Volkszählungsresultate keinen größeren Nutzen für das Magyarentum aufweisen. Zwar sollen im Zeitraum von 1850—1890 die Magyaren um 37 v. H., alle andren Nationalitäten nur um 6 v. H. zugenommen haben; leidet nun zwar auch gerade diese Feststellung darunter, daß die Ziffer vom Jahre 1850, wahrscheinlich zu niedrig, die von 1890 sicherlich zu hoch gegriffen ist, so kommt noch dazu, daß in diesen Zeitraum der Übergang der Mehrzahl der Juden zum Magyarentum fällt, von denen sich im Jahre 1890 63 v. H. als Magyaren bekannt haben. Die Volkszählung vom Jahre

1900 weist 851378 Juden in Ungarn auf, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Magyaren etwa 10 v. H. Zwischen 1890 und 1900 erbringt die amtliche Statistik den Nachweis einer absoluten Zunahme der Magyaren um 16,5 v. H. und einer Steigerung ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung von 2,9 v. H., womit wenigstens auf dem Papier das ersehnte Ziel erreicht wurde, daß sie im eigentlichen Ungarn (ohne Kroatien) die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Dieselben Volkszählungsergebnisse geben aber dem magyarischen Statistiker und Ethnographen Pal Anlaß zu melancholischen Feststellungen; nach diesem Autor haben die Magyaren in den letzten 50 Jahren 195 Gemeinden mehr an nichtmagyarische Nationalitäten verloren als sie von ihnen gewonnen haben, was also einen Verlust an Volksboden bedeutet, der erfahrungsgemäß schwer wieder einzubringen ist. Und zwei fanatische Verfechter der Magyarisierungspolitik, Bekits und Vargha, stellen fest, daß die Eigenvermehrung der magyarischen Rasse sich im Rückgang befindet und in den reinstmagyarischen Komitaten die Geburtenziffer infolge der Ausbreitung des Zwei- und Einkindersystems eine starke Verminderung zeigt.

Eine besondere Sorge bildet für die Magyaren der Rückgang der Szekler in Siebenbürgen, eines Stammes, der die ugrofinnische Rasse am unvermischtesten bewahrt hat und sich wohl gerade deshalb wirtschaftlich dem Rumänentum gegenüber am wenigsten widerstandsfähig erweist. Dieselbe Erfahrung hat man auch bezüglich der sogen. Csangonen gemacht, einem kleinen magyarischen Volkssplitter, der ursprünglich in der Bukowina ansässig und unter großen Feierlichkeiten von Staats wegen als Stütze des Magyarentums in einem von Rumänen und Serben bewohnten Komitat Südungarns angesiedelt wurde, dort aber trotz staatlicher Fürsorge der Romanisierung bereits verfallen erscheint.

Man würde auch fehlgehen, wenn man die Juden bereits als einen dauernden Gewinn des Magyarentums ansehen wollte, so feurig chauvinistisch sich auch der größte Teil von ihnen, insbesondere der Gebildeten, benehmen mag. Auf die Kenntnis der deutschen Sprache kann der Jude nicht verzichten, mag sie in den ungebildeten Schichten auch in der scheußlichen Verunstaltung des in Rußland und Galizien gebräuchlichen Jüdischdeutsch auftreten; denn bis zu einem gewissen Grade ist diese Sprache für das Judentum des Ostens ein nationales Bindemittel und überdies für den Juden, der über den Stand des Hausierers einmal hinausgewachsen ist, geschäftlich kaum entbehrlich. Vor mehreren Jahren warnte das in Wien erscheinende „Jüdische Volksblatt" die ungarischen Juden bereits ernstlich, sich mit den Magyaren zu tief einzulassen und ihnen bei der Magyarisierung in der bisherigen Weise Vorspanndienste zu leisten; denn der Rückschlag werde kommen, und der ganze Haß der heute unterdrückten Nationalitäten werde sich dann vor allem gegen das Judentum wenden. Man wird kaum fehl-

gehen, wenn man auch einen gewissen Stimmungsumschwung, der sich in der jüdisch beeinflußten Presse des Deutschen Reichs seit einigen Jahren zuungunsten des Magyarentums vollzogen hat, auf ähnliche Beweggründe zurückführt. Jedenfalls kann man bestimmt voraussetzen, daß bei einem neuerlichen Umschwung, der entweder den Wiener Zentralismus oder die Nationalitäten zur Macht brächte, das Judentum zu den neuen Machthabern abschwenken würde, zum mindesten in dem Augenblick, wo dieser Umschwung die Gewähr der Dauer böte.

Rechnet man die Juden und das unmittelbare Ergebnis des behördlichen Drucks ab, so ergibt sich jedenfalls keine überwältigend hohe Ziffer für den Zuwachs, der dem Magyarentum aus den Reihen der nichtmagyarischen Völker geworden ist; er erleichtert ihnen allerdings insofern die Behauptung der Herrschaft, als sich in den Reihen dieser Magyarisierten zahlreiche Talente befinden, die das Magyarentum auch dort ergänzen, wo seine natürliche Begabung versagt; man braucht nur den Namen Wekerle in Verbindung mit der ungarischen Finanzwirtschaft zu nennen, den Maler Munkacsy (früher Lieb), den Dichter Petöfy (Petrovics), den Historiker Fraknoi (Frankl), den Ethnographen Vambery (Bamberger) und viele andre. Aber mögen solche Leute auch Talente sein, so sind es doch meist keine Charaktere; und wenn der Drang nach Macht, Einfluß und Geld den Anschluß an das herrschende Magyarentum bestimmt, kann man kaum auf den Besitz der Eigenschaften rechnen, die etwa das deutsche Bürgertum so stark und so entscheidend für das deutsche Volksleben gemacht haben: Sparsamkeit, Pflichtgefühl und Familiensinn. Das hält bestenfalls eine Generation vor. Der künstlich geschaffene magyarische Mittelstand verbraucht sich viel rascher als bei germanischen Völkern und ist viel mehr auf die beständige Ergänzung aus den unteren Schichten angewiesen. Soweit die deutsche Bevölkerung der Städte sich bisher willenlos der Magyarisierung preisgab, würde sie ihre nationale Charakterlosigkeit auch dann nicht verleugnen, wenn die materiellen Vorteile, die heute mit der Magyarisierung verbunden sind, aufhörten, und sich wieder auf ihr Deutschtum besinnen, wenn dies ihr Nutzen bringt.

Alle Versuche der Magyarisierung sind aber an der ländlichen Bevölkerung fast spurlos abgeglitten; man braucht sich nur vorzustellen, mit welchen Mitteln sie betrieben wird, um dies ohne weiteres verständlich zu finden. In einem Dorfe, dessen sämtliche eingesessene Bewohner aus Rumänen, Slowaken oder Deutschen bestehen, ist höchstens der Schullehrer ein gebürtiger Magyare oder so weit magyarisiert, daß er die magyarische Sprache wirklich vollkommen beherrscht. Die Wirkung des magyarischen Unterrichts in der Schule ist lediglich die kulturelle Rückständigkeit der heranwachsenden Generation, die das ihr in der Schule eingepaukte Magyarisch bis auf ein paar Brocken bald vergißt, die eigene Muttersprache aber mangels einer

Unterweisung natürlich auch nur sehr mangelhaft lesen und schreiben kann. Die Sachsen in Siebenbürgen, denen die durch Privilegien bevorrechtete Stellung und eine gemeinsame Geschichte mit ruhmreichen Überlieferungen nicht nur ein starkes Gemeinschaftsgefühl, sondern auch in ihrer Landeskirche eine gute nationale Organisation erhalten hat, sind der Magyarisierung in allen sozialen Schichten unzugänglich, mag auch das Bedürfnis, den bescheidenen Rest von Selbstverwaltung, der ihnen geblieben ist, zu bewahren, und die Notwendigkeit der Abwehr des rumänischen Vordringens sie gelegentlich zu politischem Zusammengehen mit den Magyaren veranlassen. Die Zipser Sachsen waren von vornherein als vorwiegend städtische Bevölkerung in einer sehr ungünstigen Lage; überdies hatte die gemeinsame Abwehr von Katholisierungsversuchen in der theresianischen Zeit bei ihnen eine so enge Verbindung mit dem protestantischen Magyarentum herbeigeführt, daß sie der Magyarisierung kaum erheblichen Widerstand leisteten. Bezeichnend ist übrigens, daß der Untergang des Deutschtums in der Zips mehr den Slowaken als den Magyaren zugute kommt. Die Masse der deutschen Bauern im Banat und in der Batschka, wo insgesamt etwa eine Million Deutsche zwischen Serben und Rumänen ansässig sind, ließ sich zwar die deutschen Gemeindeschulen, in denen die deutsche Sprache ausreichend gelehrt wurde, durch falsche Vorspiegelungen seitens der Regierungsorgane ablisten und nahm dafür Regierungsschulen an, in denen ausschließlich magyarisch unterrichtet wird. Das oben dargestellte Unterrichtsergebnis brachte aber auch diese schwerfälligen Bauern, die bisher nur ihr wirtschaftliches Fortkommen im Auge hatten, wobei sie in der Tat auch sehr erfolgreich waren, zur Besinnung. Im Jahre 1907 wurde hauptsächlich aus diesen bäuerlichen Kreisen heraus die „Ungarländische deutsche Volkspartei" gegründet, der einige im deutschen Sinn geleiteten Wochenblätter gut vorgearbeitet hatten. So schwindet auch die Hoffnung des Magyarentums, sich das deutsche Element, das in nationaler Beziehung am weichsten schien und ihm die so überaus nötige Ergänzung im Hinblick auf die Bildung eines städtischen Mittelstandes versprach, zu assimilieren.

Andrerseits hat nun die Magyarisierungspolitik ein ungeheures Maß von Erbitterung, insbesondere bei den am meisten mißhandelten Rumänen und Slowaken erzeugt. Bei der besonders rücksichtslosen Vergewaltigung der Rumänen sprechen wohl auch geschichtliche Erinnerungen mit. Im Jahre 1848 hatten sich die Rumänen einmütig auf die Seite des Kaisers gegen die Rebellen gestellt. Als Kossuth seinen Stern im Sinken sah, trat er mit Ausgleichsvorschlägen an die rumänischen Führer heran, die von diesen aber zurückgewiesen wurden. Es ist nun von Interesse, daß trotz aller Verfolgungen eine irredentistische Bewegung, die den Anschluß an das Königreich Rumänien anstrebt, unter den Rumänen Ungarns kaum vorhanden ist.

Nach wie vor erwarten die Rumänen Ungarns die Erlösung von Wien, was ihnen von magyarischer Seite wohl als schwereres Verbrechen angerechnet wird, als ein Hinneigen nach Bukarest. Nun ist aber der Versuch, die Rumänen zu magyarisieren, nicht nur aussichtslos, sie gewinnen sogar in Siebenbürgen den Sachsen und Szeklern gegenüber ständig an Boden; ihre Bedürfnislosigkeit und ihr Kinderreichtum machen sie den kulturell hochstehenden Sachsen und den schlecht wirtschaftenden Szeklern gefährlich. Kurzum, es handelt sich um ein Volk, das trotz der Unterdrückung, die zurzeit noch die stärkere Entwicklung einer immerhin schon vorhandenen führenden Intelligenz erschwert, eine Zukunft vor sich hat.

Die Slowaken in Ober-Ungarn finden an den Tschechen in Österreich ihre natürliche Anlehnung; da ihre Sprache nur eine dialektische Abweichung von der tschechischen Schriftsprache darstellt und ihre Wohnsitze unmittelbar in das tschechische Sprachgebiet in Mähren übergehen, erklärt sich dies ohne weiteres. Finden Fälle besonders brutaler Unterdrückung statt, so regt sich wohl die tschechische Öffentlichkeit und die Presse; wenn man aber damit die Ausbrüche tschechischer Leidenschaftlichkeit vergleicht, sobald es gegen die Deutschen geht, so klingt das alles recht zahm. Der Grund hierfür ist, daß erstens eine Unterstützung der nationalen Bewegung unter den ungarischen Slowaken materielle Opfer erfordern würde, die sich nicht leicht bezahlt machen würden, während sich jede Geldanlage im Kampfe gegen das Deutschtum auch als gutes Geschäft darstellt; zweitens erscheint es aber den Tschechen aus politischen Gründen wünschenswert, sich die Bündnisfähigkeit mit den Magyaren nicht zu verderben; es ist etwa dieselbe Argumentation, die die deutschliberale Partei, solange sie an der Herrschaft war, abhielt, irgend etwas für das Deutschtum in Ungarn zu tun, sei es auch nur, daß die Presse sich seiner angenommen hätte. Der Ausgleichsgedanke beruhte darauf, daß die Deutschen in der österreichischen, die Magyaren in der ungarischen Reichshälfte die nationale Vorherrschaft ausüben sollten, und die bei Schaffung des Ausgleichs führenden ungarischen Staatsmänner, insbesondere Andrassy, sahen in der Aufrechterhaltung der deutschen Vorherrschaft in Östereich eine Stütze ihrer eigenen Herrschaft in Ungarn, da sie irgendein Zugeständnis an den Slawismus mit Rücksicht auf ihre eigene zwischen die Slawen eingekeilte Stellung für höchst gefährlich hielten. Als indes die Zurückdrängung des Deutschtums in Österreich eine endgültige Tatsache schien, glaubten ungarische Politiker auch damit rechnen zu müssen und suchten Anschluß an die Tschechen, die immer größeren Einfluß auf die österreichische Politik gewannen. So fand z. B. der Einmarsch der Polizei in das österreichische Parlament unter Badeni mit Zustimmung der führenden ungarischen Politiker statt. Der Sieg föderalistischer Ideen in Österreich, den die Tschechen erstreben, hätte für Ungarn jedenfalls den Vorteil, die österreichische Reichshälfte zu

schwächen; Ungarn hätte weniger Widerstand gegen seine Forderungen zu befürchten und die Einheitlichkeit seiner Politik würde ihm dem zerrissenen Österreich gegenüber noch mehr das Übergewicht in der auswärtigen Politik sichern. Indes ist es auf beiden Seiten bei Velleitäten geblieben; einerseits blieb die Stellung der Tschechen in Österreich doch schwankend und war nicht gefestigt genug, um darauf eine dauernde Politik zu gründen; andrerseits hätten die tschechischen Parteien, die durch eine solche Verbindung alle nationalen Ansprüche ihrer Volksgenossen in Ungarn preisgegeben hätten, doch auf Widerspruch in Wählerkreisen zu rechnen.

Die Nationalitätenfrage ist aber auch mit der sozialen Frage verquickt. Ich habe schon darauf hingewiesen, wie übel dem eigentlichen Träger der ungarischen Politik, dem Kleinadel, der sich nach englischem Vorbild stolz als Gentry bezeichnet, die neue Zeit wirtschaftlich bekommen ist. Im alten ungarischen Feudalstaat waren seine Güter gesetzlich vor dem Verkaufe geschützt; jetzt kommen sie vielfach auf den Markt, werden von Juden erworben oder dienen zur Vergrößerung der Latifundien der Magnaten. Ein landloses Proletariat dient der Bewirtschaftung der Großgüter, bei dem sozialistische Lehren leicht Eingang finden; Versuche, sich zu organisieren, Streiks zur Erntezeit werden von der Regierung gewaltsam unterdrückt. Aber was die Regierung nicht hindern kann, ist die Auswanderung, die in den letzten Jahren erschreckenden Umfang angenommen hat; im Jahre 1908 sind über 200000 Menschen aus Ungarn ausgewandert, also mehr als der natürliche Volkszuwachs beträgt. Zum letztenmal will der ungarische Staat an diesen seinen Stiefkindern verdienen, indem er sie zu zwingen sucht, über Fiume den Weg aus ihrem Vaterlande zu nehmen auf den Schiffen der englischen Cunard-Linie, mit der die Regierung ein besonderes Abkommen getroffen hat. Von der nebelhaften Hoffnung, daß mit der Errichtung eines eigenen Zollgebietes die Industrie in Ungarn einen ungeahnten Aufschwung nehmen werde, können die arbeitslosen Massen nicht leben; nur eine großzügige innere Kolonisation könnte dem sozialen Übel steuern. In den letzten Jahren sind für diesen Zweck auch Mittel aufgewendet worden; aber auch hier spielt die Magyarisierungspolitik herein; diese innere Kolonisation soll die Stärkung des Magyarentums dienen und wird dadurch von vornherein zum totgeborenen Kind. Ein kleines Beispiel mag erläutern, wie die Magyarisierungspolitik die Hebung der materiellen Kultur im Lande hindert: In der Nähe des deutschen Städtchens Ungarisch-Weißkirchen im Banat gibt es etwa 70000 Hektar sandiges Hügelland, das nichts hervorbringt und Eigentum der Regierung ist. Nach Zerstörung der Weingärten der Bewohner von Weißkirchen durch die Reblaus versuchten sie, dieses Unland in Weingärten zu verwandeln, und erhielten auch zunächst kaufweise etwa 2000 Hektar für diesen Zweck von der Regierung, die dem Versuche

sehr skeptisch gegenüberstand. Aber dem Fleiße deutscher Bauern gelang, was fast unmöglich schien, und diese 2000 Hektar sind heute reich tragendes Weinland, das zur Hebung des Wohlstandes der Weißkirchner, die durch die Reblaus an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gebracht waren, mächtig beitrug. Als die Regierung diesen Erfolg sah, versuchte sie zunächst, den Kauf des Landes als ungültig hinzustellen, wagte es aber angesichts der Erbitterung, die sich darob der Bauern bemächtigte, doch nicht, diesen Standpunkt aufrechtzuerhalten; aber sie verkaufte von da ab nicht einen Fußbreit dieses Bodens mehr an Deutsche, und so liegt das Gelände, das reichen Ertrag und dem Staate natürlich entsprechend hohe Steuern bringen könnte, nach wie vor als Wüstenei brach. Unter solcher Wirtschaftspolitik leiden aber nicht nur die nichtmagyarischen Nationalitäten; auch die Magyaren stellen einen entsprechenden Anteil zu der Auswanderung aus Ungarn. Mit dem Judentum und dem magyarisierten Bürgertum jedweder Herkunft konnte die herrschende Gentry wohl die Beute teilen, dem Proletariat der eigenen Nation kann sie nichts bieten, die Rassenherrschaft offenbart sich auch als Klassenherrschaft, was sie ja von jeher gewesen. Aber das Proletariat läßt sich nicht wie in früheren Zeiten mundtot machen, es fordert seine Rechte und wird so in dem Rufe nach dem allgemeinen Wahlrecht der Verbündete der nichtmagyarischen Nationalitäten.

In den Bereich der ungarischen Nationalitätenfrage fällt auch das Verhältnis Ungarns zu Kroatien, das durch die staatsrechtlichen Beziehungen der beiden Länder seinen besonderen Charakter erhält; davon soll im Zusammenhang mit der südslawischen Frage im nächsten Abschnitt die Rede sein. Wir werden sehen, daß auch hier dem Magyarentum ein Problem droht, das in den vierzig Jahren seines Bestehens nichts an Gefährlichkeit eingebüßt hat und seiner befriedigenden Lösung nicht einen Schritt näher gerückt ist. Ganz dasselbe gilt aber von der Nationalitätenfrage im engeren Ungarn. Daß alle Versuche der Magyarisierung der nichtmagyarischen Nationalitäten gescheitert sind, ist heute so offenkundig, daß man verwundert fragen muß, wie sich denn in den Köpfen ungarischer Staatsmänner die Welt spiegle, daß ihnen allein diese Erkenntnis nicht aufgegangen sei, ja, daß es Männer unter ihnen gebe, wie den früheren Ministerpräsidenten Banffy, die das Prinzip noch weiter auf die Spitze treiben wollen und sich davon irgendein Heil erwarten. Vereinzelt hat es zu allen Zeiten Leute unter den Magyaren gegeben, die das Aussichtslose dieser Versuche erkannt haben; so der alte 48er Mocsary, der freilich den Freimut, mit dem er seine Überzeugungen äußerte, mit dem Verluste seines Abgeordnetenmandates büßen mußte; in jüngster Zeit noch hat ein Sprößling eines der ältesten magyarischen Adelsgeschlechter, Szemere, die gleiche Ansicht publizistisch vertreten. Aber mag selbst die Ansicht im stillen weiter verbreitet sein, als man nach außen

kundtut, die magyarische Politik ist nicht nur das Opfer ihrer Maßlosigkeit und mangelnden Voraussicht, sie ist heute auch schon die Gefangene der Verhältnisse, die von ihr geschaffen wurden. Sie muß sich auf das Heer der Beamten und auf die wirtschaftlich zugrunde gerichtete Gentry stützen, die jeden Versuch einer Umkehr in der Nationalitätenpolitik mit der Aufsage der Gefolgschaft beantworten würden. Der Versuch, durch allgemeine Redensarten die Nationalitäten zu ködern, wie ihn z. B. kürzlich die Justhgruppe der Unabhängigkeitspartei unternommen hat, stößt bei diesen auf ein durch Erfahrung nur allzu begründetes Mißtrauen.

Zu all diesen Schwierigkeiten und zu den Mißerfolgen der ungarischen Politik gegenüber Österreich und der Krone in den letzten Jahren kommt nun noch ein Verlust, der die Magyaren besonders schmerzt: der Verlust ihres europäischen Prestiges. Die Magyaren verstehen es meisterhaft, Fremden Komödie vorzuspielen; bei Kongressen und andren Veranstaltungen, die ausländische Besucher nach der Hauptstadt des Landes führen, entfaltet sich die ungarische Gastfreundschaft im reichsten Maß; dann bedient man sich auch der deutschen Sprache, wenn es nötig ist, Gästen aus dem Deutschen Reich die Wertschätzung für die deutsche Kultur auszudrücken. Graf Apponyi, der die deutsche und französische Sprache vollkommen beherrscht, hält anläßlich eines Friedenskongresses in Berlin eine Rede, die von Bewunderung deutschen Wesens überfließt; derselbe Graf Apponyi aber bringt gleichzeitig als ungarischer Unterrichtsminister ein Gesetz ein, das den wenigen Mittelschulen im Lande, die die deutsche Sprache noch sorgfältig pflegen, den Garaus zu machen droht, und verhindert nicht nur die Errichtung einer deutschen Schule für die mehr als 100000 Deutschen, die in Ungarns Hauptstadt wohnen, sondern legt selbst einer Schule, die nur für die Kinder Reichsdeutscher bestimmt ist, die größten Schwierigkeiten in den Weg. Daneben schreibt er, wenn er gerade nicht Minister ist, Artikel in englische und französische Zeitschriften, die den Zweck haben, Sympathien für Ungarn und das dort herrschende Magyarentum bei den Völkern zu werben, die dem Deutschtum im allgemeinen feindlich gegenüberstehen, wodurch die Stellung der ungarischen Politik gegenüber Österreich verstärkt werden soll. Es hat lange gedauert, bis dieses Spiel durchschaut worden ist; in Deutschland haben dazu insbesondere die Verfolgungen beigetragen, denen besonders in letzter Zeit deutsche Redakteure und Politiker ausgesetzt waren, die für die Rechte des ungarländischen Deutschtums eintraten und die nationale Bewegung unter den Schwaben Südungarns in Fluß brachten. Anläßlich des Verhaltens der herrschenden Kaste gegenüber den Wahlrechtsforderungen konnten selbst die reichsdeutschen Blätter, die am meisten unter dem Einfluß des Judentums stehen, ihre bisherige Stellungnahme nicht mehr aufrechterhalten; und die, die weiter in die Zukunft sehen, wie z. B. die „Frankfurter Zeitung", teilen wohl auch die Er-

kenntnis des oben erwähnten zionistischen Blattes, daß das ungarische Judentum einst für die enge Gemeinschaft, die es mit dem magyarischen Chauvinismus eingegangen ist, zu büßen haben werde. Von nichtdeutschen Stimmen, die sich gegen die magyarische Gewaltherrschaft wendeten, trafen die feurigen Anklagen Björnsons das Magyarentum wohl am härtesten; hatte doch die Trennung Norwegens von Schweden „mittels eingeschriebenen Briefes" als vorbildlicher Vorgang in Ungarn einen außerordentlich sympathischen Widerhall gefunden.

Dieser Verlust an Prestige nach außen wirkt aber auch auf die Stellung der Magyaren im Innern zurück; heute umgibt sie nicht mehr die Gloriole des von ganz Europa bewunderten Volkes; die nichtmagyarischen Nationalitäten richten ihre Klagen nicht mehr allein an ihre Volksgenossen außerhalb der grün-weiß-roten Grenzpfähle, sie finden auch schon Gehör vor der öffentlichen Meinung Europas. Wer sich innerlich stark fühlt, kann freilich leichten Herzens auf diesen Beifall der Mitwelt verzichten; aber die Magyaren haben um ihn inbrünstig gebuhlt, sie fürchten mit Recht, daß kein Ende abzusehen ist, wenn erst einmal hier die Welt des Scheins zerstört ist und die nakte Wirklichkeit offenkundig wird. Das hat den Mut der Nationalitäten sehr belebt; noch viel mehr hat dies freilich jener Zusammenbruch der ungarischen Parlamentsherrlichkeit im Februar 1906 getan, als ein Honvedbataillon genügte, um den Reichstag auseinanderzujagen. Da sah man zum ersten Male die Schwäche der regierenden Kaste, die fast vierzig Jahre lang Ungarn regiert und Recht und Gesetz nach ihrem Gutdünken zurechtgebogen hatte. Freilich hatte man damals einen andren Verlauf der Krise erwartet, man hoffte, daß die Geduld des Kaisers diesmal endgültig erschöpft sein würde; der Kristoffysche Wahlrechtsentwurf sollte durch eine königliche Verordnung ins Leben treten, freie von der Regierung nicht beeinflußte Wahlen hätten mindestens ein Drittel der Abgeordnetensitze den Nationalitäten verschafft. Von diesen und den Sozialdemokraten gleichermaßen bedrängt, hätten die Magyaren mit den Nationalitäten einen ehrlichen Frieden schließen müssen, um wenigstens ihre Hegemonie im Staate zu retten, wenn die Alleinherrschaft offenbar nicht mehr aufrechtzuerhalten war; die mittelalterlich-feudale Tradition, die unter dem Deckmantel des Liberalismus ihre Herrschaft übte, wäre endgültig zusammengebrochen.

Die Entscheidung des Monarchen, der sich noch einmal mit der herrschenden Kaste zu verständigen suchte, hat naturgemäß in diesen Kreisen eine große Enttäuschung hervorgerufen. Indes doch keineswegs Niedergeschlagenheit und Mutlosigkeit. Der Pakt, in dem die ungarischen Koalitionsparteien sich zur Durchführung des allgemeinen Wahlrechts verpflichteten, bedeutete natürlich herzlich wenig; denn hier wurde der Bock zum Gärtner gemacht, und wie vorauszusehen war, galt nun alle Anstrengung der neuerdings zur Macht

berufenen Parteien dem Bemühen, sich dieser übernommenen Verpflichtung zu entziehen. Aber das Skelett im Hause ist nicht mehr zu bannen. Zunächst dient es ja nur dazu, den Einfluß des Monarchen, der bisher allen Wünschen der herrschenden Kaste zu Willen war, zu stärken; die Krone ist in Ungarn wieder eine Macht geworden. Aus dem hohen Alter, dem Ruhebedürfnisse und den persönlichen Lebenserfahrungen des Monarchen mag es sich erklären, daß er diese Macht zunächst nur benutzt, um die Einheit der Monarchie auf dem Stande, auf dem sie sich jetzt befindet, zu erhalten, daß er sich aber scheut, die Trumpfkarte auszuspielen, wodurch ein in allen seinen Folgen noch unübersehbarer Umschwung in den Verhältnissen des ungarischen Staates herbeigeführt werden würde. Indes werden sich auf die Dauer die Dinge in diesem labilen Gleichgewicht nicht erhalten lassen; man muß den Stein entweder zur Tiefe rollen lassen oder den Berg wieder hinauftragen. Die Entscheidung wird spätestens der kommende Mann auf dem Throne treffen müssen, auf den man in ganz Ungarn erwartungsvoll, teils mit Hoffnungen, teils mit Befürchtungen blickt.

VIII.

Die südslawische Frage.

Die Magyaren begründen die Notwendigkeit ihrer Magyarisierungspolitik gerne mit ihrer Stellung als Völkerscheide zwischen den Nord- und Südslawen; ja, sie muten den Deutschen sogar zu, sie mögen um des höheren Zweckes willen, den sie hier im deutschen Interesse zu erfüllen hätten, der Magyarisierung der ungarländischen Deutschen mit Befriedigung zusehen. Nun sind erstens weder die Deutschen noch die Rumänen Slawen, man sollte also doch annehmen, daß diese beiden Völker die Magyaren in ihrer Aufgabe, Nord- und Südslawen auseinanderzuhalten, sehr wohl unterstützen könnten, ohne deshalb ihr Volkstum preisgeben zu müssen. Zweitens überschätzen die Magyaren wie im allgemeinen, so auch in dieser Beziehung ihre Kräfte; denn der ungarisch-magyarische Nationalstaat mag ausgebaut sein, wie er will, wenn das österreichische Deutschtum dem slawischen Ansturm unterlegen sein sollte und die Magyaren nicht im Westen an das deutsche Volk Anlehnung finden, so ertrinken sie selbst unrettbar im slawischen Meer, dies um so sicherer, als sie durchaus kein Volk von natürlicher starker Vitalität sind. Man erzählt, daß der große ungarische Patriot Eötvös, der im Jahre 1871 starb, gesagt habe: er wolle nun beruhigt sterben, weil er wisse, daß seine Nachkommen, wenn sie nicht mehr Magyaren sein könnten, Deutsche und nicht Slawen sein würden. In diesen Worten liegt jedenfalls die in Ungarn oft vergessene Weisheit, daß letzten Endes der Bestand des magyarischen Volkes und des ungarischen Staates auf der Schärfe des deutschen Schwertes beruht. Allein würde sich Ungarn des slawischen Ansturms von Nord und Süd jedenfalls nicht erwehren können.

Die Frage der Bedrohung Ungarns durch Rußland kann hier außer Erörterung bleiben; denn hier könnte es sich nur um eine europäische Katastrophe handeln, die Ungarn in ihren Wirbel einbezieht. Anders liegt es im Süden; hier handelt es sich um Entwicklungen, die im vollen Frieden den ungarischen Staat und das Magyarentum vor schwerwiegende Probleme stellen. Aber nicht nur Ungarn, sondern die ganze Monarchie. Allgemein gefaßt, besteht das südslawische Problem in der Existenz von rund 14 Millionen Slawen in Südosteuropa, die durch einen aus Deutschen, Magyaren und

Rumänen zusammengesetzten ethnographischen Streifen von der kompakten Masse der nordslawischen Völker getrennt sind; man setzt von diesen südslawischen Völkern voraus, daß sie eine territoriale Vereinigung mit den Nordslawen anstreben, und zweifellos bildet dies auch einen Bestandteil des panslawistischen Programms. Indes sind derartige Pläne doch phantastische Zukunftspolitik auf sehr weite Sicht. Ihre Verwirklichung hat eine Zertrümmerung der habsburgischen Macht und eine Eroberung Ungarns durch Rußland zur Voraussetzung und damit doch wohl auch ein geschlagenes und ohnmächtiges Deutschland. Daß es bei Erfüllung dieser Voraussetzung dem Slawentum gelingen würde, das magyarische Volk aufzureiben, ist allerdings möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich. Man wird auch von deutscher Seite dieses Endziel allslawischer Politik im Auge behalten müssen, aktuell ist diese Gefahr jedenfalls nicht. So begrenzt sich die südslawische Frage zunächst enger: auf das Bestreben der südslawischen Völkergruppe zu einem Zusammenschluß, teils Staatenbund, teils Einheitsstaat, zu gelangen und dadurch den jetzigen territorialen Bestand der Donaumonarchie überhaupt zu verändern, durch die im Fahrwasser Rußlands segelnde Politik aber Österreich-Ungarn jederzeit zu bedrohen. Hier wird man allerdings noch eine weitere Einschränkung machen müssen: ich glaube, daß auf die Bulgaren als festen Faktor in dieser Politik nicht zu rechnen ist. Die Bulgaren sind bekanntlich ein finnisch-ugrischer, also nichtslawischer Stamm, der die slawische bulgarische Sprache angenommen hat. Nun verdankt freilich Bulgarien gerade der panslawistischen Bewegung seine Entstehung, und die Bulgaren mögen sich auch — und dagegen würde die Tatsache der rassenmäßigen Verschiedenheit nicht aufkommen — tatsächlich als Slawen fühlen. Aber dann sind sie jedenfalls — und hier spielt sicherlich die Rassenfrage hinein — allen andern südslawischen Völkern durch ihre Energie und politische Organisationsfähigkeit überlegen und erscheinen als dasjenige slawische Volk, das auf dem Balkan die größten Zukunftsmöglichkeiten hat. Die Bulgaren haben gelegentlich begeisterte Russenverehrung geheuchelt und mit dem Gedanken einer Balkanföderation gespielt, wenn es ihnen gerade in den Kram paßte und ihren Interessen entsprach; aber sie werden nicht anstehen, jeden Bundesgenossen zu verraten, wenn dies sie zu fördern imstande ist. Das Antlitz der bulgarischen Zukunftspolitik ist nun aber nach Süden und Osten gewandt, nicht nach Norden und Westen. Wenn sich die Regeneration der Türkei durch die Jungtürken nun doch als eine Illusion erweisen und der Auszug der Osmanen aus Europa, den man so lange als ein unvermeidliches Zukunftsereignis zu betrachten gewohnt war, sich einmal verwirklichen sollte, dann werden die Bulgaren auf dem Wege nach Konstantinopel Rußland als Gegner finden, während sie sich mit Österreich etwa auf der Grundlage einer Teilung Mazedoniens sehr wohl auseinandersetzen könnten. Aber man braucht

gar nicht auf so entfernte Zukunftsmöglichkeiten zu greifen; auch beim heutigen Stande der Balkanpolitik hat Bulgarien nicht das geringste Interesse daran, Österreich ohnmächtig und aus der aktiven Betätigung am Balkan ausgeschaltet zu sehen, denn im allgemeinen dankt es doch dem österreichisch-russischen Gegensatze die besten Erfolge seiner Politik; jede Minderung des österreichischen Einflusses bedeutet verstärkte Abhängigkeit von Rußland. Aus der Betrachtung der südslawischen Frage im Verhältnis zur Donaumonarchie kann man also Bulgarien beruhigt ausschalten; es spielt hier höchstens mittelbar hinein.

So steht das serbo-kroatische Volk im Mittelpunkt des südslawischen Problems, wobei man nur mit Vorbehalt von einem Volk sprechen darf. Besonders von serbischer Seite wird aus naheliegenden politischen Gründen betont, daß alle Serbo-Kroaten eines Stammes seien; von andrer Seite wird dagegen behauptet, daß die im Westen sitzenden Kroaten einer früheren Einwanderung entstammen als die Serben, wenn auch die Grenze der Stammesverschiedenheit sich nicht überall mit der heutigen durch die Konfession bedingten Unterscheidung decken mag. Indes ist diese Frage von untergeordneter Bedeutung; Tatsache ist, daß die Schriftsprache der Serben und Kroaten heute die gleiche ist und sich nur durch die gebrauchte Schriftart — hier cyrillisch, dort lateinisch — unterscheidet. Wenn also beide Teile den Willen haben, sich über den konfessionellen Unterschied hinwegzusetzen, so wird dem Zusammenschluß zu einem Volke nichts im Wege stehen; freilich ist der konfessionelle Gegensatz mit der Verschiedenheit der politischen Ideale eng verquickt.

Betrachten wir nun die zahlenmäßige Verteilung von Kroaten und Serben auf ihre Wohnländer, wobei von Mazedonien abgesehen werden kann, weil es zuverlässige statistische Zahlen hierüber nicht gibt, im übrigen ja auch die Zahl der dort lebenden Serben für die hier behandelte Frage ziemlich bedeutungslos ist. Das nationale Bekenntnis zum Kroaten- oder Serbentum ist gleichbedeutend mit der Zugehörigkeit zu katholischen oder griechisch-orthodoxen Kirche. Eine eigenartige Stellung nehmen die Moslims in Bosnien ein; sie sind zweifellos gleichen Stammes mit den Serbo-Kroaten, deren Sprache sie auch sprechen; in bezug auf fanatische Rechtgläubigkeit werden sie aber von keinem Stammestürken übertroffen. Dem entspricht ihre politische Stellung; sie haben die Trennung von der Türkei als harte Notwendigkeit hingenommen und fühlen sich nach wie vor, von Kroaten und Serben streng geschieden als Angehörige des türkischen Volkes. Über ihre Stellung zu Österreich und das großkroatische und großserbische Programm wird noch zu reden sein. Die nachstehenden Ziffern habe ich abgerundet, weil sie sich so leichter dem Gedächtnisse einprägen, die genauen Zahlen der Volkszählung im übrigen sowieso schon stark überholt sind; die letzte (und einzige) Volkszählung hat in Bosnien übrigens 1895 stattgefunden. Für uns handelt

es sich übrigens hauptsächlich um die verhältnismäßige Stärke der beiden Nationalitäten.

	Serben	Kroaten	Mohammedaner
Königreich Serbien	2500000	—	—
Montenegro	230000	—	—
Kroatien	600000	1500000	—
Ungarn mit Fiume	440000	190000	—
Österreich (Istrien und Dalmatien)	100000	600000	—
Bosnien und Herzegowina . . .	675000	335000	550000

Aus dieser Übersicht geht folgendes hervor: es gibt in vier Teilen der habsburgischen Monarchie, von denen jeder eine andre staatsrechtliche Stellung hat, sowohl Serben wie Kroaten; die Kroaten sind dabei in der Überzahl, die recht beträchtlich ist, wenn man das eigentliche Ungarn, wo in der sog. Wojwodina über 400000 Serben leben, wegläßt. Das großkroatische Ideal zielt nun vorläufig auf die Vereinigung von Dalmatien, dessen Zuteilung an die „Länder der ungarischen Krone" Ungarn im 67er Ausgleich in Aussicht gestellt wurde, und von Bosnien und Herzegowina mit dem Königreich Kroatien, dessen Verband mit Ungarn gelockert, wenn möglich ganz gelöst werden soll. Die Erfüllung dieses Programms würde den Übergang der Monarchie vom Dualismus zum Trialismus bedeuten. Eine Angliederung der beiden selbständigen serbischen Staaten, Serbien und Montenegro, ist, wenn überhaupt geplant, einer späteren Zukunft vorbehalten, wenn etwa in dem staatlichen Neugebilde die Stellung der Kroaten gegenüber den Serben so gestärkt wäre, daß auch die Aufnahme weiterer drei Millionen Serben die Hegemonie der Kroaten nicht mehr gefährden könnte.

Jedenfalls denkt man sich auf kroatischer Seite die Erfüllung dieses Programms innerhalb des Rahmens der österreichisch-ungarischen Monarchie unter habsburgischem Zepter; dies zum Teil aus Gründen der Realpolitik, weil ja in der Tat nicht abzusehen ist, wie die Kroaten ohne Hilfe der Dynastie solch ein Programm gegen den Widerstand der Magyaren und der Serben verwirklichen sollten, zum Teil verbindet aber auch alte Überlieferung die Kroaten mit dem Hause Habsburg, die letzten Endes freilich darauf beruht, daß die Kroaten in der Dynastie das Gegengewicht gegen die Machtansprüche Ungarns suchten. Aber in der Haltung des Banus Jellacic im Jahre 1848, der Kopf und Kragen aufs Spiel setzte und den kaiserlichen Befehlen trotzte, um den Kaiser gegen den Kaiser zu schützen, liegt doch ein Zug romantischer Vasallentreue, obwohl ja auch hier die zugrunde liegende Abneigung gegen Ungarn deutlich genug war. Jedenfalls hatten sich die Kroaten im Jahre 1848 den Dank der Dynastie verdient, wie nicht minder die Serben, die mit besonders fanatischem Hasse den Krieg gegen die magyarischen

Rebellen führten. Als dann beim Ausgleich im Jahre 1867 Kroatien der ungarischen Reichshälfte zugeschlagen wurde, regte sich bei den Kroaten ein begreifliches Gefühl der Erbitterung: die Rebellen von einst wurden belohnt, und sie, die damals in schweren Tagen der Dynastie die Treue gehalten hatten, wurden geopfert. Im Jahre 1867 fühlten sich aber die Magyaren viel zu stark, um Kroatien kampflos preiszugeben, sich vom Meere abschneiden zu lassen und dadurch für alle Zeiten auf wirtschaftliche Unabhängigkeit zu verzichten. Es hätte früher, etwa unter dem Ministerium Bach wohl Zeitpunkte gegeben, wo Österreich solches hätte durchsetzen können, wodurch der ungarischen Frage für alle Zeiten ihre Gefährlichkeit genommen worden wäre; aber im Jahre 1867 war es dazu entweder zu früh oder zu spät. Das österreichische Parlament hatte ja auf die Ausgleichsverhandlungen keinen nennenswerten Einfluß gehabt; wäre dies aber auch der Fall gewesen, so hätte es sich sicherlich nicht für eine Angliederung Kroatiens an Österreich eingesetzt, wodurch die Herrschaft der liberalen Partei aufs schwerste gefährdet worden wäre. Im übrigen waren ja auch die kroatischen Wünsche nicht auf dieses Ziel gerichtet, sondern auf möglichste Selbständigkeit, wenn auch unter habsburgischem Zepter.

So erlangte Kroatien nur eine beschränkte Autonomie; Österreich und fast auch die Krone waren aus den ungarisch-kroatischen Ausgleichsverhandlungen ausgeschaltet, die im Jahre 1868 zu einem notdürftigen Abschluß führten. Auch der Wortlaut dieses Ausgleichs ist unklar und zweideutig, der kroatische und magyarische Text stimmen nicht überein, und über eine so wichtige Frage wie die Zugehörigkeit Fiumes ist bis zum heutigen Tage keine Übereinstimmung erzielt worden, wenn auch Ungarn sie durch faktische Besitznahme und Ausübung der Macht praktisch gelöst hat. Aber man kann sich darüber nicht wundern, daß derartige „praktische Lösungen" in Kroatien ein großes Maß von Erbitterung erzeugt haben. In bezug auf Verwaltung, Gerichtswesen und Unterricht ist Kroatien autonom, bezüglich der Einnahmen findet eine Teilung mit Ungarn nach einem festgelegten Schlüssel statt, die Eisenbahnen unterstehen ausschließlich Ungarn. Daß Magyarisierungsversuche in Kroatien gänzlich aussichtslos sein müssen, liegt auf flacher Hand; es spricht nicht für den Weitblick ungarischer Staatsmänner, daß trotzdem von Zeit zu Zeit Versuche gemacht wurden, in gewissen Äußerlichkeiten Kroatien die magyarische Sprache aufzudrängen (so z. B. eine magyarische Aufschrift auf dem Bahnhofe in Agram), wodurch eine außerordentliche Erregung der Bevölkerung erzeugt wurde, vor der die ungarische Regierung schließlich den Rückzug antreten mußte; auf gleicher Höhe steht der Streit um die Anbringung ungarischer Wappen. Etwas mehr praktische Bedeutung hat die Frage des Sprachgebrauchs bei den Eisenbahnen; daß hier magyarisch die Dienstsprache ist, ja von den Beamten nicht einmal die Kenntnis der kroa-

tischen Sprache gefordert wird, erleichtert natürlich die Unterbringung von Magyaren und Magyarisierten; aber es wird dadurch nicht nur den Kroaten die Erlangung von Stellungen bei der Bahn erschwert oder unmöglich gemacht, es ergeben sich daraus doch auch zahlreiche Unzuträglichkeiten im Verkehr und eine beständige Reizung des Publikums, das die Beamtenschaft der Bahnen als Fremdkörper beständig empfindet.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Kroaten unter irgendwelchen Umständen auf ihr politisches Programm weitestgehender Selbständigkeit verzichtet hätten; aber immerhin hätte sich doch ein leidliches Zusammenleben mit Ungarn ermöglichen lassen, wenn die ungarische Politik das tiefgewurzelte Mißtrauen der Kroaten, daß die Magyaren sie nur als einen Bissen betrachten, den sie sich vorläufig noch aufsparen, um ihrem Magen zurzeit nicht zuviel zuzumuten, nicht durch ihre Taten genährt hätte. So richten die Kroaten auch den Vorwurf der Ausbeutung auf finanziellem Gebiet gegen Ungarn, obwohl er sich hier vielleicht nicht ohne weiteres begründen läßt; das Mißtrauen sitzt eben zu tief, aus Ungarn kann für Kroatien nichts Gutes kommen. Im Grunde ist Kroatien in der ganzen Zeit seit dem Ausgleiche nur mit Gewalt regiert worden. Der kroatische Landtag, der eine Vereinigung eines Ober- und Unterhauses in einer gesetzgebenden Körperschaft darstellt und daher zum Teil aus Viriliſten und von der Regierung ernannten Mitgliedern besteht, erleichtert durch diese Zusammensetzung ein mehr oder weniger absolutes Regiment des Banus ohnehin; nimmt man die auch hier herrschende Korruption bei den Wahlen hinzu, endlich den Gegensatz zwischen Serben und Kroaten, den die Regierung dadurch für sich ausnützte, daß sie die serbische Minderheit gegen lokale Zugeständnisse für sich gewann, so kann es nicht Wunder nehmen, daß es trotzdem möglich war, jahrzehntelang den Schein konstitutionellen Vorgehens aufrecht zu erhalten. Dieser Zustand erreichte sein Ende, als sich vor sechs Jahren Kroaten und Serben zu gemeinsamer Bekämpfung der Regierung vereinigten. Damit ist der serbisch-kroatische Gegensatz vorläufig in Kroatien aus der Politik ausgeschaltet; die große Frage ist die, ob nur der Gegensatz gegen das Magyarentum diese Versöhnung bewirkt, oder ob wirklich der nationale Gedanke die konfessionelle Spaltung überbrückt hat. Jedenfalls hatte es noch kurze Zeit vor dieser Versöhnung in Agram einen Aufruhr gegen die dort lebenden Serben gegeben, der mit Zerstörung von Eigentum und Bedrohung des Lebens der Serben einherging; das gibt einigen Anlaß, diese Aussöhnung skeptisch zu betrachten. Desto vernichtender wird dadurch das Urteil über die ungarische Politik, die es glücklich fertig gebracht hat, diese Todfeinde unter einen Hut zu bringen.

Mit dieser neuen Phase der kroatischen Politik ist auch der endgültige Bruch mit Wien verbunden; man erhofft vom Kaiser, vom Einheitsstaat nichts mehr, man zieht es vor, sich unmittelbar mit dem magyarischen Todfeind

zu verständigen. Im Jahre 1905 lag die ungarische Unabhängigkeitspartei im Kampf gegen das Ministerium Fejervary und suchte nach Bundesgenossen um jeden Preis; die serbisch-kroatische Koalition hatte damals noch nicht die Mehrheit im kroatischen Landtag, wo die regierungsfreundliche Nationalpartei am Ruder war. Nun verpflichtete sie sich in der sogen. Fiumaner Resolution, die ungarische Unabhängigkeitspartei in ihrem Kampfe für Ungarns Unabhängigkeit zu unterstützen, wofür diese wiederum der Koalition Befriedigung ihrer nationalen Wünsche versprach. Es war der Acheron, den die Unabhängigkeitspartei in Bewegung setzte, um Wien zum Nachgeben zu zwingen; so hatte schon Ludwig Kossuth im Exil den Gedanken einer Balkanföderation verfochten und ihn — ohne indes damals in Ungarn viel Gegenliebe zu finden — dem Ausgleich mit Österreich gegenübergestellt. Die serbisch-kroatische Koalition erhielt bald Gelegenheit, magyarische Bundestreue zu erproben; die Kossuthpartei kam nach Abschluß des bekannten Paktes mit der Krone im Frühjahr 1906 zur Regierung, und der erste Gruß, den sie ihren serbisch-kroatischen Bundesgenossen sandte, war eine Dienstpragmatik für die Eisenbahnbeamten in Kroatien, die allen Wünschen der Kroaten auf sprachlichem Gebiet ins Gesicht schlug und zu einem wilden Aufflammen des kroatischen Widerstandes gegen Ungarn Anlaß gab. Die Fiumaner Resolution war gewesen.

Trotz dieser Enttäuschung hat die serbisch-kroatische Koalition sich Wien nicht wieder zugewandt; man sah den verhaßten Banus, Baron Rauch, fast ebensooft nach Wien wie nach Ofen-Pest fahren; man sah, wie die Krone in Ungarn eine Politik der starken Hand einleitete, die Zügel in Kroatien aber nicht locker ließ. Entscheidend hierfür ist die Tatsache, daß in dieser Koalition die Serben zwar nicht zahlenmäßig, aber wohl durch ihr Zielbewußtsein und ihre Energie führend sind. In der Fiumaner Resolution war von Bosnien und der Herzegowina nicht die Rede; mit gutem Grund, denn man wollte es zwar nicht aussprechen, aber man dachte sich, es sollte Serbien zufallen. Das war vor der Annexion dieser Länder, die auch für das Verhältnis von Serben und Kroaten eine neue Sachlage geschaffen hat; in Bosnien müßte sich die serbisch-kroatische Annäherung erst bewähren, bevor man sie als dauernden Faktor in die südslawische Frage einstellen kann. Mit der Ernennung des Grafen Khuen zum ungarischen Ministerpräsidenten findet diese Periode einen vorläufigen Abschluß. Graf Khuen braucht die kroatischen Stimmen im ungarischen Reichstag; in bezug auf die Dienstpragmatik für die kroatischen Eisenbahnen kann er um so leichter Zugeständnisse machen, als diese den damaligen Handelsminister Kossuth zum Urheber hat, dem es dabei vor allem darauf ankam, die Abkehr der Unabhängigkeitspartei von der Politik der Fiumaner Resolution besonders zu unterstreichen. Graf Khuen hat den verhaßten Banus, Baron Rauch, abberufen und durch eine den

Kroaten genehme Persönlichkeit ersetzt, und mit der kroatisch-serbischen Koalition einen Frieden abgeschlossen, der sich vielleicht bald nur als ein Waffenstillstand erweisen wird. Immerhin mag es der Geschicklichkeit des Grafen Khuen, der vor allen früheren Ministerpräsidenten die genaue Kenntnis kroatischer Verhältnisse voraus hat, die er sich während seiner vieljährigen Amtstätigkeit als Banus von Kroatien erwerben konnte, gelingen, für einige Zeit wieder geordnete Verhältnisse in Kroatien herzustellen; aber es ist wohl ausgeschlossen, daß ein Entgegenkommen in der Frage der Dienstpragmatik oder auf dem Gebiete der Verwaltung, auf die Dauer die Auseinandersetzungen über grundsätzliche Fragen staatsrechtlicher Natur ausschalten könnte; diese Fragen werden um so mehr immer wieder an die Türe pochen, als die Annexion Bosniens den großkroatischen Wünschen eine sehr reelle Unterlage gegeben haben.

Die Okkupation von Bosnien und der Herzegowina war im wesentlichen ein Werk des Grafen Andrassy; sie paßte in den Rahmen seiner zweifellos großzügig gedachten auswärtigen Politik, die sich endgültig vom Westen nach dem Osten hin orientieren sollte. Im Sinne dieser Tendenz hatte er sich seinerzeit lebhaft um den Sturz Beusts bemüht. Und eine ihm sehr willkommene Nebenwirkung war es, wenn dadurch zum ersten Male unter der Regierung Franz Josefs der Monarchie neues Land hinzugefügt wurde und der Kaiser nach so vielen Mißerfolgen der äußeren Politik hier endlich einen Erfolg verzeichnen konnte, der ihn mit neuem Vertrauen zu sich und der Zukunft des Staates erfüllen konnte. Er hat Andrassy, dem einst zum Tode verurteilten Rebellen, mehr zu danken gehabt, als irgendeinem Staatsmanne seiner Regierungszeit. Nicht minder aber hatte auch das magyarische Volk Andrassy gegenüber Grund zur Dankbarkeit; denn die Nachgiebigkeit, die der Monarch den magyarischen Wünschen gegenüber so oft bewies, mag zum guten Teil auf dem Guthaben beruht haben, das Andrassy den Magyaren bei ihm angesammelt hatte. Für Ungarn und das Magyarentum bedeutete die Besetzung Bosniens mehr, als lediglich eine lebhaftere Betätigung der Monarchie auf dem Balkan; es handelte sich darum, die Bildung eines serbischen Nationalstaates zu verhindern, die bei dem offensichtlichen Unvermögen der Türkei, diese entfernten Provinzen zu halten, unvermeidlich war, wenn die Donaumonarchie sich nicht zwischen Serbien und Montenegro schob. Welche Art des staatsrechtlichen Verbandes der neue Erwerb dann erhielt, ob er an Ungarn fiel oder Reichsland wurde, ob er bloß okkupiert oder annektiert war, das ist für Ungarn nur eine Frage zweiten Ranges gewesen; die Hauptsache blieb, daß Serbien und Montenegro das Land nicht bekamen.

Nach außen hin trat Österreich-Ungarn als der Befreier der von den Türken geknechteten Rajavölker auf, und auf dem Berliner Kongreß wies

es besonders auf die ständige Beunruhigung und die baren Auslagen hin, die ihm aus dem Übertritt von Flüchtlingen über die Grenze erwuchsen. Der Einmarsch des österreichischen Heeres wurde von den Moslims mit offener Feindseligkeit, von den Serben mit Gleichgültigkeit, nur von den Kroaten, die unter der türkischen Herrschaft am meisten gelitten hatten, mit Begeisterung aufgenommen. Der Kommandant der österreichischen Truppen, Feldzeugmeister Philippovich, ein geborener Kroate, wollte die Verwaltung des Landes gleich so einrichten, als ob zwei entfremdete Provinzen in den Mutterschoß des kroatischen Königreichs zurückgekehrt wären. Man ließ ihn nicht lange schalten. Die politische Richtung gab der bosnischen Politik dann auf Jahre hinaus der Magyare Kallay, während die Technik der Verwaltung ein Werk der altösterreichischen Bürokratie war, wie ich schon im zweiten Abschnitt dargelegt habe. Gewiß hat Kallay die Interessen seines ungarischen Vaterlandes bei der Verwaltung Bosniens nie aus dem Auge verloren, und in manchen Zügen seiner Wirksamkeit verleugnet sich der ungarische Kavalier in ihm nicht. Er nahm Geldsachen etwas leicht, liebte Repräsentation, Prunk und Schein, arbeitete mit Reklame, war manchmal mehr Manager in amerikanischem als Bürokrat in deutschem Stil. Aber er hatte Richtlinien in seiner Politik, er steuerte auf ein bestimmtes Ziel und ließ sich nicht von den Umständen treiben. Er wußte, wie Balkanvölker regiert werden müssen. Dabei hatte er auch eine Vorstellung davon, daß Bosnien der Donaumonarchie die fehlenden Kolonien ersetzen und die Regierung die kolonialpolitischen Erfahrungen andrer Völker hier verwerten müsse. Bei einem Nationalstaat wäre letzteres selbstverständlich gewesen. Die Bevölkerung Bosniens ist wenig dicht, noch heute liegt ein Drittel des kulturfähigen Bodens des Landes brach. In all den Jahren seit der Besitzergreifung durch die Monarchie haben beide Reichshälften jährlich durch Auswanderung Menschenmengen verloren, die in die Tausende ja Hunderttausende gingen, Ungarn vor allem. In Ungarn spielte indes die Nationalitätenfrage stark hinein; wenn Deutsche, Slovaken, Rumänen auswanderten, so mochten sie nach der Meinung der magyarischen Machthaber lieber über das große Wasser gehen, als allzu nahe ihrer Heimat in Neu-Österreich leidliche Duldung ihrer Sprache und Nationalität finden. Eine starke Besiedlung hätte Bosnien fest an die Monarchie binden können; sie hätte natürlich nicht einseitig von einer Nationalität geschehen können. Aber was sonst in der Monarchie das Regieren erschwert, hätte es hier erleichtert; Tschechen und Ruthenen wären hier zwar in Gefahr gewesen, von der serbo-kroatischen Bevölkerung des Landes sprachlich aufgesaugt zu werden; desto mehr wäre es Aufgabe der Regierung gewesen, sie bei ihrer nationalen Eigenart zu erhalten und ihnen dauch die Verbindung mit der alten Heimat zu bewahren. Kallay hat einen schüchternen Versuch in dieser Richtung gemacht und gleich zu Anfang seiner Amtstätigkeit Kolonisten ins Land ge-

zogen, die der Bevölkerung rationelle Wirtschaftsweise durch ihr Beispiel beibringen sollten; so lautete die offizielle Rechtfertigung für die Kolonisationsversuche. Vor allem die Deutschen, teils aus dem Reiche, teils aus Ungarn und Slavonien zugezogen, haben in bezug auf Landeskultur Musterhaftes geleistet. An den geschilderten Widerständen erlahmte der Eifer indes bald. Und so vollzog sich die Entwicklung des Landes in andrer Richtung: die österreichische Verwaltung wurde zum uneigennützigen und uninteressierten Erzieher der Bevölkerung, der in einem früheren oder späteren Zeitpunkt die Verwaltung des Landes selbst in die Hand gelegt werden sollte. Der koloniale Charakter des Landes kam höchstens in recht anfechtbaren Lieferungsgeschäften zum Ausdruck, an denen sich meist jüdische Unternehmer aus Ofen-Pest bereicherten, wodurch der vorherrschende ungarische Einfluß auf die Verwaltung zum Ausdruck kam.

Daß der Wohlstand des Landes seit der österreichischen Okkupation sehr gestiegen ist, kann wohl auch von den erbittertsten Gegnern der Monarchie kaum geleugnet werden. Auch auf technischem Gebiet, in der Entwicklung des Verkehrswesens, dem Straßen- und Eisenbahnbau hat die Verwaltung Tüchtiges geleistet. Da aber der bosnische Bauer chaussierte Straßen nicht nötig hat und beim Bau der Straßen bei Heranziehung der Bevölkerung zu Robotarbeiten nicht immer glimpflich verfahren wurde, setzt schon da herbe Kritik seitens der Eingeborenen ein. Schärfer und scheinbar begründeter ist diese in bezug auf das Schulwesen; nach dreißigjähriger Herrschaft im Lande ist es erst so weit, daß etwa 16 v. H. der schulpflichtigen Kinder Schulen besuchen. Ein weiterer Vorwurf liegt darin, daß die Regierung zur Ablösung des Kmetenverhältnisses, durch das die christlichen Bauern in einer Art von, übrigens sehr milden, Grundholdenverhältnisses zu den mohammedanischen Grundherrn stehen, bisher so wenig getan habe. Ich halte gerade diesen Vorwurf für wenig begründet; einerseits war es doch begreiflich, daß die Regierung auf die mohammedanische Bevölkerung Rücksicht nahm und diese nicht durch eine zwangsweise Ablösung ihrer Rechte entwurzeln und dadurch die an sich bei ihr schon vorhandene Neigung zur Abwanderung verstärken wollte. Andrerseits hätte bei dem niederen Kulturstand des bosnischen Bauers die Möglichkeit, über den Grund und Boden frei zu verfügen, die verderblichsten Wirkungen gehabt und den größten Teil der Bauern um ihre Scholle gebracht. Daß die landwirtschaftliche Kultur bisher nicht auf höhere Stufe gebracht werden konnte, liegt an der unglaublichen Indolenz des Bauers; andrerseits ist nicht zu verkennen, daß sich alle Bemühungen in dieser Richtung in einem Circulus vitiosus bewegen; der Bauer müßte erst gebildeter sein, solange er aber in elenden materiellen Verhältnissen lebt, ist es schwer, ihm Bildung beizubringen.

Unter diesen Umständen ist wohl auch nicht zu verlangen, daß der Bauer

ein gerechtes Urteil über die Ursachen haben soll, die seine unerfreuliche Lage verschulden; wenn er die Einsicht hätte, daß er zu wenig arbeitet, so würde er wohl aus eigenem Antrieb mehr tun. War früher die türkische Regierung daran schuld, daß es ihm nicht besonders ging, so ist es jetzt die österreichische. Im übrigen denkt der Bauer natürlich in erster Linie an die Verbesserung seiner materiellen Lage und kümmert sich um Politik nur soweit sie damit zusammenhängt oder ihm zusammenzuhängen scheint. Der politische Einfluß auf ihn liegt in erster Linie in den Händen der Geistlichkeit und des Mittelstandes, der sich in der Zeit der österreichischen Herrschaft allmählich gebildet hat. Dieser Mittelstand drängt natürlich zu politischer Betätigung und ist jedenfalls über alle konfessionellen Gegensätze hinweg darin einig, daß er die Besetzung aller Beamtenstellen im Lande mit Landeskindern, Einführung der Autonomie, Verfassung und Parlament wünscht. In bezug auf die ferneren Ziele scheiden sich die Konfessionen: die Kroaten hoffen durch eine opportunistische Politik die Vereinigung mit Kroatien und Dalmatien, also das großkroatische Programm, zu verwirklichen. Die Serben bekämpfen den gegenwärtigen Zustand überhaupt und erhoffen von einer günstigen Weltlage die Losreißung von Österreich und den Anschluß an das Königreich Serbien. Die Mohammedaner wünschen natürlich die türkische Herrschaft zurück, sehen aber wohl ein, daß auf Verwirklichung dieser Sehnsucht wenig Hoffnung vorhanden ist; soweit sie nun nicht überhaupt die Auswanderung in die Türkei ins Auge fassen, ist ihr Streben in erster Linie auf die Erhaltung ihrer sozialen Position, d. h. ihrer Stellung als Grundbesitzer gerichtet. Gerade darin wird ihnen die Regierung wenig entgegenkommen können; die Vertreter der Kroaten und Serben werden auf Ablösung der Grundlasten dringen, der Moslim weiß mit barem Gelde wenig anzufangen und kann sich auch nicht dazu entschließen, selbst Ackerbau zu treiben. Es läßt sich voraussehen, daß er durch diese Umstände bald in eine schärfer ausgeprägte oppositionelle Haltung zur Regierung gedrängt werden wird.

Die Kroaten sind Freunde der Regierung, weil diese die Macht in Händen hat und sie von ihr Unterstützung zur Verwirklichung ihrer Pläne erhoffen; die Serben fügen sich murrend, solange sie die Macht sich gegenübersehen, gegen die durch offene Auflehnung anzukämpfen Wahnsinn wäre; und die Moslims suchen sich mit dieser Macht zu stellen, solange sie von ihr Vorteile für sich erhoffen können. Das Wort Macht kehrt dreimal wieder: auf den Bajonetten des Heeres steht Österreichs Herrschaft in Bosnien. Und je mehr Fortschritte die jetzt von der Regierung dort befolgte Politik macht, desto mehr wird die Herrschaft nur auf diesen Bajonetten stehen. Die Regierung hat alles getan, um Nachwuchs aus dem Lande für die Beamtenstellen heranzuziehen; in Wien besteht ein eigenes Internat für Hochschüler

aus Bosnien; kaum, daß noch in gewissen Stellungen, die eine bestimmt spezialisierte Vorbildung erfordern, Beamte von auswärts berufen werden. In verschiedenen Zweigen des inneren Dienstes ist das Serbo-kroatische bereits als Amtssprache eingeführt. Es ist leicht auszurechnen, in welchem Jahre die gesamte Bürokratie die Landes nur aus Eingeborenen bestehen wird. Nun kommt die neue Verfassung und der Landtag hinzu. Unter den Gründen, mit denen im Jahre 1908 die Annexion gerechtfertigt wurde, spielte diese Einrichtung eine gewisse Rolle; Österreich wollte nicht, daß es die Bosnier nun schlechter haben sollten, als die Untertanen der Türkei. Nun ist diese vor kurzem erlassene Verfassung gewiß keine radikale Magna Charta, und auch das Wahlrecht zum Landtag unterliegt verständigen Beschränkungen. Trotzdem entgleitet damit wiederum ein Stück der bisher unmittelbar geübten Macht den Händen der Regierung. Was von jetzt ab der Bevölkerung an sozialer Reformarbeit zugute kommt, wird, mag es auch noch so sehr auf der Vorarbeit der Regierung beruhen, ein Geschenk des Landtags sein; Bevölkerungsschichten, die sich bisher der Politik aus Indolenz oder Gleichgültigkeit ferngehalten haben, werden nun zur Stellungnahme gezwungen, die Regierung bietet selbst die Hand dazu, daß die ganze Bevölkerung politisiert wird. Von mancher Seite ist die Vermutung ausgesprochen worden, der neue Landtag werde überhaupt nicht lebensfähig sein und wegen der rücksichtslosen Opposition der Serben alsbald wieder nach Hause geschickt werden. Das ist wenig wahrscheinlich; die Serben werden im Landtag zwar Opposition machen, dabei aber doch Realpolitik treiben; sie werden auf beschleunigte Nationalisierung der Beamtenschaft hinarbeiten, mit den Kroaten auf die Ablösung der Grundlasten von Staats wegen, und wenn die Moslims durch die Schädigung, die ihnen daraus erwächst, in die Opposition getrieben sind, werden sie sich wiederum der Hilfe dieser bedienen, um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Ein weiteres Ziel wird die Dislokation der bosnischen Truppen betreffen. In Bosnien werden gegenwärtig vier Regimenter Infantrie ausgehoben, wodurch indes die dienstfähige Mannschaft nicht vollständig in Anspruch genommen wird; der größte Teil dieser Truppen steht außer Landes in Graz und Wien. Die Leute sind zweifellos sehr brauchbare Soldaten, wie ja der Slawe unter deutscher Führung überhaupt ein sehr gutes Soldatenmaterial abgibt. Der Landtag wird nun die bei der Waffe dienenden Landeskinder nach Möglichkeit der fremden Umgebung zu entziehen suchen, wobei als guter Vorwand dienen kann, daß die Leute in ihren städtischen Garnisonen stark unter Krankheiten, insbesondere Tuberkulose, zu leiden haben. Da nun Bosnien jetzt einen Bestandteil der Monarchie bildet, wird man auch in bezug auf die Einstellung in das Heer die gleichen Verhältnisse schaffen müssen, wie in andern Teilen der Monarchie, was eine Verstärkung der bosnischen Truppen zur Folge haben wird. Stehen diese nun im Lande selbst,

und überschreitet ihre Zahl ein gewisses Verhältnis zu der Gesamtzahl der im Land stehenden Truppen der gemeinsamen Armee, so bedeutet dies zweifellos eine Schwächung der österreichischen Stellung. Haben die Serben außerdem ihre Leute in den wichtigsten Regierungsstellen, dann wird die Zeit der Ernte für sie gekommen sein.

Es frägt sich, wie das Verhältnis der Serben zu den Kroaten sich dann gestaltet haben wird. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Kroaten mit der Regierung gehen, weil sie die schwächste der drei Konfessionen in Bosnien sind; ganz können sie sich indes der Beeinflussung durch ihre Volksgenossen in Kroatien nicht entziehen, und dort hat, wie bereits erwähnt, der gemeinsame Kampf gegen das Magyarentum, aber mittelbar auch gegen die Krone, zu einer Aussöhnung von Serben und Kroaten geführt. Es wäre nicht unmöglich, daß auch Bosnien einmal in diesen Ausgleich einbezogen wird, und dies ist um so wahrscheinlicher, je mehr die Regierung die Zügel schleifen läßt und die Autonomie des Landes erweitert. Andrerseits werden die Kroaten aber auch als Belohnung für ihre regierungsfreundliche Haltung in Bosnien ihren Lohn fordern: die Verwirklichung des großkroatischen Programms, die Vereinigung von Kroatien, Dalmatien und Bosnien. Kann die Dynastie vom gesamtstaatlichen Standpunkt auf diese Forderung eingehen? Es gibt selbst deutsche Parteien, wie die Christlichsozialen, die dies bejahen. Der Gedankengang ist dabei etwa der, daß durch die Errichtung des großkroatischen Staates Ungarn zwischen zwei Schrauben geklemmt und für alle Zeiten an Verfolgung seiner Selbständigkeitsbestrebungen verhindert werde. Wer solches meint, lebt indes doch zu sehr in der alten Tradition des kaisertreuen Kroatentums und übersieht, welche Fortschritte der Panslawismus hier seit dem Jahre 1848 gemacht hat. Die konfessionellen Gegensätze zwischen Serben und Kroaten werden zwar nicht so leicht zu überbrücken sein, besonders wenn kein gemeinsamer Feind die feindlichen Brüder eint. Aber selbst Vorkämpfer des katholischen Kroatentums, wie Bischof Stroßmeyer, dessen Ziel es natürlich war, die ganze orthodoxe Kirche durch weitgehende Zugeständnisse in nationalslawischer Richtung in den Schoß der katholischen Kirche zurückzuführen, haben die Verbindung mit den panslawistischen Kreisen Rußlands keineswegs gescheut. Wenn eine konfessionelle Einigung in ihrem Sinne möglich wäre, so würden sie jedenfalls gerne den Preis einer politischen Leitung durch Rußland dafür bezahlen. Nun ist freilich eine Verwirklichung derartiger Pläne durchaus unwahrscheinlich; nicht in gleichem Maße die Erfüllung serbischer Wünsche, die das Kroatentum für die orthodoxe, „prawoslawische" (d. h. rechtgläubig slawische) Kirche gewinnen wollen. Während Leo XIII. den slawischen Wünschen sehr weit entgegenkam (die Gewinnung des gesamten Slawentums schien ihm als die größte Aufgabe der katholischen Kirche), weht zurzeit anscheinend in der Kurie ein andrer Wind; das Vorgehen gegen

den Gebrauch der altslawischen Liturgie im Bereiche des Triester Erzbistums im Jahre 1909 ist ein Symptom dafür. Wie sich die Verhältnisse bei weiterer Verfolgung dieser Politik gestalten werden, ist gar nicht abzusehen, um so mehr, als der niedere Klerus durchaus auf seiten der Volkswünsche steht. Aber sehen wir von dieser Frage auch ganz ab; in einem Groß-Kroatien hätten die katholischen Kroaten gegenüber Serben und Moslims die Mehrheit; aber wenn man bedenkt, daß die Serben, besonders in Bosnien, wirtschaftlich sehr stark sind und von einer Verdrängung der mohammedanischen Grundbesitzer in erster Linie Gewinn haben dürften, so stellt sich das wirkliche Kräfteverhältnis fast gleich zu gleich. Für die Kroaten ergeben sich dann aber zwei Wege: entweder sie verstärken sich, durch Einverleibung des windischen Sprachgebiets, das ihnen einen Zuwachs von 1200000 Katholiken bringt. Dem würden sich aber nicht nur die Deutschen mit allen Kräften widersetzen, auch der Staat könnte niemals zulassen, in dieser Weise vom Meere abgeschnitten und in wichtigen Belangen der auswärtigen Politik der Gnade Groß-Kroatiens ausgeliefert zu sein. Oder sie beschreiten den andren Weg einer Verständigung mit den Serben, wozu die Grundlagen nicht allzu schwer zu finden wären.

Ebensowenig könnte man aber damit rechnen, daß etwa der Gegensatz zu Ungarn aus Groß-Kroatien einen zuverlässigen Stützpunkt der österreichischen Politik machen würde. Gewiß, gutwillig wird Ungarn, solange das Magyarentum dort die führende Stellung innehat, der Bildung eines großkroatischen Staatswesens nie zustimmen. Das könnte nur mit Anwendung von Gewalt gehen oder nach Beseitigung der magyarischen Vorherrschaft in Ungarn und Gewährung einer Autonomie an die dort wohnenden Völker in gewissen Umfange. In beiden Fällen würde aber kaum ein dauernder Kriegszustand zwischen Serbo-Kroaten und Magyaren die Folge sein; nehmen wir den ersteren Fall an, so würde das Magyarentum alsbald sehen, daß es den Bogen überspannt hat und nun viel lieber eine Verständigung mit Groß-Kroatien suchen als sich dem Diktate Wiens zu unterwerfen; denn nur ersteres eröffnet ihm die Aussicht auf Freiheit, wenn auch in beschränkterem Rahmen. Bei der zweiten Eventualität würde sich aber die Trennung von Ungarn sowieso friedlich vollziehen, da sie ja nur die Ausführung des Grundsatzes möglichst weitgehender Autonomie wäre, der für die Lösung der ungarischen Nationalitätenfrage bestimmend sein müßte. Auf serbischer Seite hat man jedenfalls die Hoffnung nicht aufgegeben, mit den Magyaren zu einem gegen Wien gerichtetem Einverständnis zu gelangen trotz des Verrats, den die ungarische Unabhängigkeitspartei an der Fiumaner Resolution geübt, und trotz der Unterstützung, die die Annexion Bosniens in Ungarns fand. Bezeichnend ist jedenfalls, daß die serbischen Abgeordneten, die ursprünglich mit Slowaken und Rumänen zusammen dem Nationalitätenklub angehörten,

sich von der gemeinsamen Politik mit den andern Nationalitäten schon bald lossagten, wenn sie auch die förmliche Trennung nicht vollzogen. Es ist auch einleuchtend, daß die serbische Politik, die in der Annexionskrise eine so schwere Niederlage erfuhr, nur von einer Lostrennung Ungarns und einer Schwächung des Reichsgedankens für sich Erfolge erhoffen darf. Bei den Magyaren würden aber die Ideen Kossuths von der Schaffung einer Donaukonföderation unter magyarischer Führung wieder in Kurs kommen; wie weit sie verwirklicht werden könnten, ist natürlich eine andre Frage.

Die Kroaten würden die Schaffung Groß-Kroatiens durch die Dynastie natürlich mit bestem Dank entgegennehmen; auf die Dauer dieser Dankbarkeit dürfte aber nicht zu rechnen sein. Man würde sehr bald einen Anlaß finden, um bei irgendeinem Widerstand gegen weitere Wünsche die Dankespflicht für erloschen zu erklären. Bestenfalls würde Groß-Kroatien sein Sonderleben unabhängig von der übrigen Monarchie führen und dabei nicht gestört sein wollen. Wahrscheinlicher ist es aber, daß es sehr bald unter serbischen Einfluß käme und dadurch zu einem Werkzeug russischer Politik auf dem Balkan würde. Nun hat man gelegentlich auch folgende radikale Lösung der serbischen Frage vorgeschlagen: die Serben haben das verständliche Verlangen, sich mit ihren Volksgenossen zu vereinigen und Anschluß an das Meer und dadurch an den Weltmarkt zu bekommen; beiden Verlangen stellt sich Österreich entgegen. Was sich gegen Österreich nicht durchsetzen läßt, läßt sich vielleicht mit Österreich erreichen: Österreich annektiert das Königreich Serbien, und dann sind die Serben wirklich alle beisammen und haben den Zugang zum Meer. Während der Annexionskrise war es ja beinahe so weit; Österreich war bereit, in Serbien einzumarschieren; es hat sich um Tage, ja um Stunden gehandelt; hätten Rußland und damit auch Serbien damals nicht eingelenkt, so wäre der Einmarsch erfolgt. Die Besetzung des Landes hätte Österreich eine Milliarde Kronen gekostet, die in Form einer Kriegsentschädigung aus Serbien nie herauszuholen war. Blieb nun die österreichische Armee ein halbes Jahr in Serbien, um dann wieder abzumarschieren, so wären die Dinge nicht viel anders geworden als vor der Okkupation; die dauernde Besetzung hätte sich fast von selbst aufgedrängt. Nehmen wir nun an, es wäre — nach Überwindung des kriegerischen oder diplomatischen Widerstands Rußlands — zur Einverleibung Serbiens und nebenbei auch Montenegros in die Monarchie gekommen. Der verlorenen Dynastie hätte man in Serbien wohl kaum Tränen nachgeweint; aber ebensowenig etwa das Haus Habsburg mit Begeisterung begrüßt. Desto eifriger hätte man sich ans Werk gemacht, das großserbische Programm innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie zu verwirklichen; alles von Serben und Kroaten bewohnte Gebiet würde von den Serben für das Staatswesen in Anspruch genommen worden sein, das in lockerem Verband mit Österreich

und Ungarn unter habsburgischen Zepter nun der Träger großserbische Ansprüche in Mazedonien hätte werden müssen; und zur Erkämpfung dieser Ansprüche wäre das österreichische Heer den Serben gerade gut genug. Könnte die Dynastie auf derartiges eingehen? Was würde dieses neue Staatswesen mit ihr verbinden? Zunächst doch auch nur die Macht der Bajonette; wäre dieses Mittel aus irgendeinem Grunde nicht wirksam, so würde sich dieser Staat aus der Gemeinschaft lösen und müßte bestenfalls bei guter Gelegenheit neu erobert werden.

Die gleichen Bedenken stehen auch einer Vereinigung Bosniens mit Ungarn entgegen. Die Magyaren beanspruchen Bosnien für die „Länder der ungarischen Krone" auf Grund eines Satzes im ungarischen Krönungsdiplom, in dem von der Wiedererwerbung einst zu Ungarn gehörige Teile die Rede ist; und da nun Bosnien im Mittelalter vorübergehend auch einmal im Besitze Ungarns war, so wird jetzt dieser Anspruch erhoben, dem das ungarische Annexionsgesetz in seinem Wortlaute bedenklich weit entgegenkommt. In Österreich hat der Gedanke, Bosnien an Ungarn zu überlassen, mancherlei Freunde, besonders unter deutschen Politikern. Man argumentiert hierbei etwa so: die Angliederung Bosniens an Ungarn beseitigt jedenfalls die Gefahr einer Angliederung an Österreich, durch die das slawische Übergewicht hier noch mehr verstärkt würde; ist ferner erst einmal Bosnien und die Herzegowina bei Ungarn, dann ist die jetzige Stellung Dalmatiens unhaltbar, und die Vereinigung mit der ungarischen Reichshälfte kann nicht mehr aufgeschoben werden, was immerhin die Verminderung der slawischen Stimmen im Reichsrat um 11 bedeutet. Wenn überdies Ungarn als Gegenleistung für die Überlassung Bosniens Österreich seinen Anteil an Geldaufwendungen für das Land zurückerstattet und die Zollgemeinschaft mit Österreich dauernd festlegt, so hat dieses sich alle Vorteile, die es bisher von Bosnien hatte, auch für die Zukunft gesichert, möge Ungarn nun seinerseits sehen, wie es diesen Bissen verdaut. Und im stillen freut man sich der Indigestion, die die Magyaren sich dabei notgedrungen holen müssen. Gewiß, wenn sie nach dem Rezept verfahren, das sie bisher gegenüber Kroatien angewendet haben, dann müssen sie unbedingt scheitern. Aber vielleicht können die Magyaren auch anders. Die jüngere Generation magyarischer Politiker schwört nicht mehr so unbedingt, wie einst die Gefährten Andrassys, darauf, daß der Panslawismus der Feind sei. Im Kampf gegen Österreich wird die Unabhängigkeitspartei die Freundschaft der serbo-kroatischen Koalition wieder suchen; kurz nachdem Graf Khuen neuerdings sein Debut im ungarischen Parlament feierte, hieß es, daß der Abgeordnete Polonyi die Absicht habe, nach Petersburg zu fahren, um dort mit den Panslawisten anzuknüpfen. Kommt nun gar das allgemeine Wahlrecht, so liegen Bündnisse mit einzelnen Nationalitäten nahe genug; wäre noch etwas vom Geiste Deaks in der

liberalen Partei, so müßte sie die Bundesgenossen bei Deutschen und Rumänen suchen; die Herren Kossuth und Justh können sich an Serben und Slowaken wenden und die Vorteile einer guten Wahlgeometrie ihnen zuwenden. Kurzum, die Magyaren haben die Möglichkeit, sich mit den Südslawen zu verständigen, und das Bündnis würde mindestens solange halten, als es den gemeinsamen Kampf gegen Österreich gilt; mit Bosnien und Dalmatien, mit den Serben und Kroaten hat Ungarn aber eine viel günstigere Stellung gegen Österreich als jetzt. Was später kommen mag, sei dahingestellt; was immer sich aber dann zwischen Magyaren und Serbo-Kroaten abspielen würde, Österreich und die Dynastie würden dabei ausgeschaltet bleiben. Und wenn letzten Endes bei all dem auch die Dynastie und der Gesamtstaat mehr zu verlieren haben als die Deutschen, so mag man immerhin nicht vergessen, daß keine Zusage der Zollgemeinschaft diese für die Zukunft verbürgen könnte, was für die österreichische Industrie, die sich überwiegend in deutschen Händen befindet, unmöglich gleichgültig sein kann.

Der Widerstand der deutschliberalen Partei gegen die Okkupation Bosniens wurde von dieser auch damit begründet, daß die Aufnahme der neuen slawischen Hausgenossen Österreich auf die Bahn der slawisierenden Politik drängen müsse. Das konnte wohl der Fall sein, es mußte nicht. Im Grunde ist darüber, in welchem Sinne die Inbesitznahme Bosniens die österreichische Politik beeinflussen wird, die Entscheidung noch heute nicht getroffen; denn daß sie die Ursache für die Taaffesche Politik war, scheint mir alles eher als bewiesen. Will die Dynastie südslawische Politik treiben, durch Vertretung serbischer Wünsche Rußland auf dem Balkan den Rang ablaufen, dann tritt wohl die erwähnte Wirkung ein; aber gleichzeitig eine Zerbröckelung des Reichs, eine Schwächung seiner Macht, wobei überdies der neue Erwerb stets unsichrer Besitz bleibt. Man muß sich eines klar machen: Österreich kann Balkanpolitik nur treiben, wenn es militärisch stark und jederzeit bereit ist, von seiner Macht nötigenfalls Gebrauch zu machen. Dann kann es sich auch einzelne der mannigfach durch- und gegeneinander laufenden Interessen dort dienstbar machen, so wie es dies in Bosnien mit den Kroaten und zum Teil auch mit den Mohammedanern getan hat. Balkanpolitik auf Sympathie und Dankbarkeit befreiter Völker aufbauen zu wollen, ist eine kindliche Fastnachtsidee. Rußland verbindet mehr mit Bulgarien als Österreich mit den Serben; aber sobald die Russen sich in ihrem Verhältnis zu Bulgarien auf Gefühle berufen, fängt die Sache an, lächerlich zu werden. Das türkische Joch hat den Balkanvölkern keinen Spaß gemacht, womit wahrhaftig nicht gesagt ist, daß sie nach einem andern Sehnsucht hätten. Andrerseits ist bei jeder Betätigung Österreichs auf dem Balkan mit der russischen Rivalität zu rechnen; da kann es wohl Waffenstillstände geben, durch die der bestehende Zustand zeitweise festgelegt wird, aber keinen dauernden Aus-

gleich. Das bedeutet für Österreich des weiteren, daß es auch Rußland gegenüber militärisch gerüstet und durch das deutsche Bündnis gedeckt sein muß. Letzteres sollte auch schon darauf hinweisen, daß eine Politik, die die Deutschen im Innern als Stiefkinder behandelt, auf die Dauer mit dem Bündnis nicht verträglich sei; indes hat man in dieser Richtung niemals einen Druck des Deutschen Reichs verspürt und kann das außer Rechnung lassen. Anders steht die Sache bezüglich der Armee; die Magyaren berennen sie und haben schon recht bedenkliche Zugeständnisse erlangt. Der von den Slawen geforderte Föderalismus kann vor der Armee nicht halt machen; aber auch ohne diesen gefährdet der Nationalismus die Einheitlichkeit des Heeres. Was von einem trialistischen oder föderalistischen Bundesheer zu erwarten ist, kann man sich leicht ausmalen. Logischerweise hätte die Besetzung Bosniens zu einer Stärkung des deutschen Charakters der Armee und zu einer Befestigung der deutschen Stellung in Österreich führen müssen; denn wenn die Peripherie des Schwungrads mit einer neuen Last beschwert wird, muß die Achse verstärkt werden. Die Dynastie ist einen andren Weg gegangen, und bis in die letzte Zeit schwankte ihre Politik in der südslawischen Frage zwischen der Anwendung von Gewalt und dem Versuch, sich durch Zugeständnisse beliebt zu machen, hin und her. Während der Krise, die der Annexion folgte, haben zwei verstärkte Armeekorps die Serben Bosniens von Torheiten abgehalten; man muß abwarten, ob die Lehren dieser Zeit, die auf andren Gebieten nicht ganz spurlos vorübergegangen sind, in der südslawischen Frage nachhaltige Wirkungen zeitigen werden.

IX.

Die Dynastie.

In der absolutistischen Zeit galten die Völker als eine Art Hausbesitz der herrschenden Familien. Selbst in einem Lande wie England, wo zuerst die Herrschergewalt starken Beschränkungen durch das Parlament unterworfen wurde, konnte es geschehen, daß der erste Welfe, der den englischen Thron bestieg, die englische Sprache überhaupt nicht, sein Nachfolger nur ungenügend beherrschte. Etwas von den Empfindungen früherer Zeiten liegt in dem internationalen Solidaritätsgefühl der Herrscherfamilien, die, freilich vielfach verwandt und verschwägert, sich als „europäische Herrscherfamilie" fühlen. Dem nationalen Gedanken müssen aber alle Herrscher, die an der Spitze von Nationalstaaten stehen, ihren Tribut leisten, besonders freudig tuen es sicherlich die, die er zu größerer Machtfülle emporgetragen hat. Die meisten Staaten Europas besitzen volksfremde Dynastien meist deutscher Herkunft; jede dieser Dynastien ist — der Machtbereich des Herrschers in dem betreffenden Staate mag größer oder geringer sein — bemüht, diese Herkunft vergessen zu machen und sich in die Ideale des beherrschten Volkes einzuleben. Je gefestigter ein Nationalstaat in seinem Gefüge ist, desto weniger bestimmend wird die Dynastie für seine Geschicke sein; wie wenig bedeutet für England der häufige Wechsel der Dynastien, der sich in den letzten Jahrhunderten dort vollzogen hat! Es wird niemanden einfallen, England gelegentlich als „Koburgerstaat" zu bezeichnen; der Kreis von Aufgaben, die der Herrscher dort zu erfüllen hat, ist so bestimmt umgrenzt, daß keine noch so ausgeprägte Individualität, keine dynastische Tradition ihn jemals sprengen könnte. Von Österreich-Ungarn sprechen wir als dem „Habsburgerstaat". Wir nehmen auch die Fiktion des Fortlebens der im Mannesstamme ausgestorbenen Habsburger in den Lothringern ohne Widerspruch hin, weil in der Tat auf die Nachkommenschaft Maria Theresias nicht nur charakteristische körperliche Eigenschaften der Habsburger übergegangen sind, sondern weil hier auch die Tradition dieses Geschlechts weiterlebt. Die monarchische Dekoration eines Nationalstaats — die vergoldete Spitze des Kirchturms — kann die österreichische Dynastie nicht sein, weil sie nicht über einen Nationalstaat herrscht; und doch sitzt sie seit mehr als sechshundert Jahren in der

Hauptstadt ihres Reichs, in dem Kernlande, um das herum sich der Staat in seinem heutigen Umfange allmählich gebildet hat und von der Dynastie in weitgehendem Maße gestaltet worden ist. So ist die Dynastie ein lebendiger und selbständiger Faktor im Staatsleben der Donaumonarchie, und ihre Stellung zu den nationalen Kämpfen ist für deren Ausgang so bedeutungsvoll, daß sie eingehende Würdigung verdient.

Man spricht von Österreich als einem „zusammengeheirateten" Staat; aber so gewiß dynastische Politik die Vereinigung der ungleichartigsten Ländermassen unter einem Herrscherhause herbeiführen konnte und es an Vorbildern dafür in der Geschichte nicht fehlt, so würde doch das jahrhundertelange Beisammenbleiben eines nur auf dieser Grundlage verbundenen Länderkomplexes keiner Analogie in der Geschichte begegnen. Die deutsche Ostmark ist eine Gründung Karls des Großen; die Babenberger hatten sie fest gefügt und ausgebaut; der Böhmenkönig Ottokar II. vereinigte schon die wesentlichen Teile des heutigen Cisleithaniens in seiner Hand. In den Zeiten des Höhepunkts deutscher Reichsmacht im Mittelalter war Ungarn ein deutscher Vasallenstaat. Die Verteidigung der deutschen Grenze im Südosten, die Beherrschung der dort angrenzenden subgermanischen Staaten war die Idee dieser Staatsbildung, die in den Zeiten des türkischen Ansturms gegen die westeuropäische Kultur wieder einen sehr lebendigen Inhalt bekam. Man könnte sich wohl denken, daß die Babenberger, die Premisliden oder irgendein andres Fürstengeschlecht, das sein Schicksal nach der Ostmark geführt hätte, den Ausbau dieses Staates auf Grund seiner natürlichen Bedingungen ebenso bewerkstelligt hätten wie die Habsburger.

Die Habsburger waren die Erben der Babenbergischen herrenlos gewordenen Ostmark; wären sie nie etwas andres gewesen, so wäre ihnen die Stellungnahme zu den nationalen Kämpfen in ihrem Reich heute klar vorgezeichnet. Aber in dem Augenblick, wo sie in die große Geschichte eintreten, werden sie an die Spitze des geschwächten und zerrütteten deutschen Staatswesens berufen, dessen Schäden zu heilen ihnen nie gelungen ist, weil es ihnen an der nötigen Macht gebrach, um die deutsche Königsgewalt gegenüber den Teilfürsten wieder zur Geltung zu bringen. Und in einem der entscheidendsten Wendepunkte deutscher Geschicke waren sie gerade daran, sich ein internationales Weltreich aufzubauen, in dem die Sonne nicht untergehen sollte. Aus dieser Stellung, wie nicht minder aus der Erziehung Karls V., ist es ohne weiteres zu verstehen, wenn sie sich in dem Streit zwischen Wittenberg und Rom an die Seite der weltumspannenden Macht des Papsttums stellten — und damit freilich letzten Endes den Streit um die Vorherrschaft in Deutschland zu ihren Ungunsten entschieden. Noch einmal taucht dann, lange nach dem Verluste Spaniens, die Fata Morgana eines europäischen Riesenreichs in der Ausdehnung des mittelalterlichen deutschen Imperiums

nach dem Wiener Kongreß auf — das Haus Habsburg in Deutschland gleichermaßen wie in Italien gebietend; aber diese Herrschaft stand auf so schwachen Füßen, daß sie der nationalen Einheitsbewegung nicht standhalten konnte. Nachdem die letzte Entscheidung im Jahre 1866 gefallen war, sieht sich die Dynastie auf die erweiterte Ostmark beschränkt. Unter veränderten Verhältnissen drängt sich ihr von neuem die Stellungnahme zu den nationalen Fragen auf.

Eine nüchterne Betrachtung wird sich stets vor Augen halten müssen, daß auch Herrscher nicht von allgemein menschlichen Gesetzen ausgenommen sind, und, wie das einzelne Individuum, persönliche und Familieninteressen zur Richtschnur ihres Handelns machen. Diese Tatsache verleugnet sich gewiß nirgends in der habsburgischen Geschichte; aber man kann sie ebensogut bei jeder andern Dynastie nachweisen. Habsburgische Herrscher haben sich oft genug gegen die Interessen des deutschen Volkes versündigt; aber so, wie eine dramatische Geschichtsdarstellung es manchmal darzustellen liebt, die die Hohenzollern in der Rolle des Helden und jugendlichen Liebhabers, die Habsburger in der des Intriganten und alternden Bösewichts zeigt, liegen die Dinge wahrhaftig nicht. In den Zeiten der Kämpfe um die deutsche Einheit, wo das kleindeutsche Ideal den damals allein möglichen Weg deutscher Realpolitik wies, mag sich der Gebrauch dieser Waffe vom nationalen Standpunkt empfohlen haben; aber nachdem das damals Erstrebte heute erreicht ist, stellen sich einer deutschen Realpolitik wieder andre Aufgaben. Sie lassen sich etwa in der Frage zusammenfassen, ob der Habsburgerstaat in seinem jetzigen Umfange mit den gesamt-deutschen Volksinteressen vereinbar ist und ob es gelingen kann, die habsburgischen Hausinteressen damit in Einklang zu bringen.

Diese dynastischen Interessen standen nach dem Jahre 1870 vor der Notwendigkeit, sich neu zu orientieren. Bishin hatte die Dynastie mit Rücksicht auf ihre Politik im deutschen Bunde ihren deutschen Charakter betont, gelegentlich wies ihre Haltung unter dem Druck besonderer Verhältnisse auch eine stärker nationale Note auf, so unter der Reichsverweserschaft des Erzherzogs Johann und zuletzt während des Frankfurter Fürstenkongresses im Jahre 1863; bis zu einem gewissen Grade gehört wohl auch die schleswig-holsteinische Politik hierher. Während hier wenigstens der Anschein erweckt werden sollte, als ob das Kaiserhaus den Einheitsbestrebungen der Nation entgegenkommen wolle, stand die italienische Politik immer offen unter der Richtlinie, die italienische Einheitsbewegung zu verhindern. Der Verzicht auf Einmischung in die italienischen Angelegenheiten war nach dem Jahre 1866 endgültig, bezüglich Deutschlands nur bedingt, was hauptsächlich auf den Einfluß Beusts zurückzuführen ist. Indes machte der deutsch-französische Krieg und der Rücktritt Beusts allen Velleitäten in dieser Richtung ein Ende;

die Politik zwischen 1866 und 1870 hatten sie allerdings stark beeinflußt: die Aussöhnung mit Ungarn, die liberale Politik in Österreich, die in Deutschland moralische Eroberungen machen sollte, waren nach Beusts Absichten gleichermaßen dazu bestimmt, einer Wiedereroberung der alten Stellung in Deutschland die Wege zu ebnen.

Wohl war die österreichische Politik, auch vor dem Jahre 1866, nicht immer folgerichtig gewesen; föderalistische Experimente, wie sie von den Ministerien Goluchowski und Belcredi versucht wurden, standen mit der Politik im Deutschen Bunde in schwer lösbaren Widerspruch. Aber es war die Zeit jäh wechselnder Umschläge und tastender Versuche im österreichischen Verfassungsleben, und man konnte immerhin annehmen, daß jene föderalistischen Experimente schließlich an den Erfordernissen der deutschen Bundespolitik gescheitert wären, wenn nicht andre Umstände ihnen schon ein vorzeitiges Ende bereitet hätten. Nach dem Jahre 1870 war die österreichische Politik jedenfalls von solchen Rücksichten frei. Wie die Krone sich nun zu den nationalen Ansprüchen, die sich im Rahmen der Monarchie geltend machten, stellen würde, darüber hatte der Kaiser zu entscheiden; und nicht nur formell, auch materiell lag die Entscheidung bei ihm. Man kann nicht gut von einer Stellung der Dynastie zu der nationalen Frage sprechen, die durch Überlieferung oder übereinstimmende Haltung sämtlicher Mitglieder des Kaiserhauses bedingt wäre, und deren Resultante gewissermaßen das Verhalten des Kaisers darstelle. Denn von den Mitgliedern des Kaiserhauses hat nur die Mutter des Kaisers, von Geburt eine bayrische Prinzessin, auf diesen erheblichen Einfluß gehabt; auch dies vor allen in den 50er Jahren, wo der in so jungen Jahren auf den Thron gelangte Monarch der Beeinflussung noch zugänglicher war und ihm die schwerstwiegenden Erfahrungen seiner Regierungszeit noch bevorstanden. In die 50er Jahre fällt auch der vielfach ungünstig beurteilte Einfluß des Generaladjutanten Grafen Grünne. Aber von einer Kamarilla am Hofe Kaiser Franz Josefs kann man nicht gut reden; die Hofämter sind natürlich mit Mitgliedern des Hochadels besetzt, wie an allen europäischen Höfen. Andrerseits bringen die militärischen Neigungen des Kaisers ihn mit dem Offizierkorps der Armee in nähere Berührung, das in seiner Zusammensetzung viel demokratischer ist als z. B. in Preußen. Als konstitutioneller Monarch hat Kaiser Franz Josef sich wohl in manchen Fällen gegen seine Überzeugung den Entscheidungen der Minister und Parlamente gefügt, was besonders im Verhältnis zu Ungarn gilt. In den letzten Jahren hat auch der Thronfolger eine maßgebende Stimme bei wichtigen Entscheidungen erhalten, was der Kaiser sehr richtig damit begründet, daß voraussichtlich sein Nachfolger die Folgen weiterreichender Entschlüsse zu tragen haben werde. Im übrigen hat er aber eifersüchtig darüber gewacht, seine Entschließungen als den Ausfluß eigenster Willensmeinung

erscheinen zu lassen und niemanden auch nur den Schein eines maßgebenden Einflusses auf sich zu gewähren.

So wird man immer wieder darauf hingewiesen, in der Persönlichkeit des Kaisers selbst den Schlüssel zu seinem Verhalten gegenüber den nationalen Fragen zu suchen, was deshalb nicht ganz leicht fällt, weil sein zurückhaltendes Wesen eine Charakterisierung erschwert, während Monarchen wie Wilhelm II. freigebig Bausteine hierfür liefern und uns dadurch etwas verwöhnt haben. In seiner Geschichte des Kampfs um die Vorherrschaft in Deutschland und dem neueren Werk über Österreich nach dem Jahre 1848 hat Friedjung eine Charakteristik Kaiser Franz Josefs versucht, die den Nachdruck auf seine rasche Auffassung, Vielseitigkeit und Arbeitskraft legt, durch die, verbunden mit militärischem Pflichtgefühl, er sich die verschiedensten Materien, die im Kreise seiner Herrscherpflichten liegen, zu eigen gemacht habe. Aber seiner Natur entsprach es nicht, sich aus schöpferischem Geist eine bestimmte Meinung über einen Gegenstand zu bilden und diese dann mit eiserner Konsequenz zur Geltung zu bringen, was ja übrigens auch durch den Umstand erschwert war, daß er mit 18 Jahren bereits auf den Thron kam und fast alle Dinge nun mit dem Zwange, über sie zu entscheiden, an ihn herantraten. Die Tatsachen sprechen ohne weiteres dafür, daß der Kaiser bei Beginn der konstitutionellen Ära ein festes Programm gegenüber den staatsrechtlichen und nationalen Ansprüchen der Völker seines Reichs nicht gehabt haben kann; denn allzuoft haben hier Entschlüsse entgegengesetzter Art einander abgelöst. Der Föderalismus des Oktoberdiploms schlägt schon nach einem halben Jahr in das extremste Gegenteil des Schmerlingschen Zentralismus über. Von da geht es wieder zum feudalen Föderalismus Belcredis, der nach Schaffung des Dualismus in Österreich durch das liberalzentralistische Bürgerministerium abgelöst wird. Nun kommt wieder ein föderalistisches Intermezzo im Ministerium Hohenwart und nach achtjähriger Dauer des liberalen deutschfreundlichen Zentralismus des Ministeriums Auersperg der Übergang zu den slawisierenden Tendenzen des „Versöhnungsministeriums" Taaffe. Sucht man in all dem ein System, so kann man es höchstens darin finden, daß der Monarch die Kräfteverhältnisse auszuprobieren suchte, um schließlich die Resultante zu finden, die der weiteren Entwicklung des Staates die Richtung geben soll. Dreimal war das deutsche Bürgertum in dem von ihm getragenen zentralistischen Liberalismus zur Herrschaft berufen worden; es hatte in sich selbst nicht die genügende Festigkeit und Einigkeit, aber auch nicht das genügende politische Verständnis für die Eigenart der Verhältnisse in Österreich, um sich behaupten und in der Herrschaft befestigen zu können. Es ist von der Krone eine Zeitlang in seiner Stärke ebenso überschätzt worden, wie später die Bedeutung des Deutschtums überhaupt unterschätzt.

Die erste Epoche der Regierung des Kaisers steht unter den starken Eindrücken des Bachschen Zentralismus, der auf den Überlieferungen des Theresianischen Staats und der Metternichschen Zeit aufgebaut war. Der Ausgleich mit Ungarn bedeutet wohl die stärkste Wandlung in den Gesinnungen des Kaisers gegenüber einem Volksstamm. Bisher waren die Magyaren die Rebellen gewesen, denen die Zertrümmerung der Monarchie beinahe gelungen war, nun wurden sie das Staatsvolk, auf das die Dynastie sich jenseits der Leitha stützte, und dem die Völker, die in den Zeiten des Aufruhrs zum Kaiser gehalten hatten, geopfert wurden. Diese Wandlung mag dem Kaiser nicht leicht geworden sein; den Siebenbürger Sachsen bewies er in der Folge oft sein persönliches Wohlwollen, als gälte es, berechtigte bittere Empfindungen zu besänftigen. Aber was auf magyarischer Seite geschehen konnte, um dem Kaiser den Umschwung weniger empfinden zu lassen, ist geschehen. Er hatte es im Jahre 1867 bei der Schaffung des Ausgleichs mit ehrenhaften und achtunggebietenden Männern als Vertretern Ungarns zu tun und konnte wohl glauben, daß durch die im Ausgleich seitens der Dynastie gewährten Zugeständnisse ein dauernder Friede gewährleistet sei. Ein Jahr nach den schmerzlichen Erlebnissen des deutschen Bruderkrieges umtoste unendlicher Jubel den Kaiser bei den Krönungsfestlichkeiten in Ofen-Pest. Graf Andrassy zeigte als Minister des Äußeren dem Monarchen neue Wege in der auswärtigen Politik, die in der Okkupation Bosniens dem Staate nach mancherlei Verlusten an Gebiet und Einfluß den ersten Gebietszuwachs unter der Herrschaft des Kaisers brachten. In den ersten Jahren nach Schaffung des Ausgleichs gab es zwar in der inneren Politik Ungarns mancherlei Wirrnisse; als aber 1875 Koloman Tisza die Zügel der Regierung übernahm und 15 Jahre lang in Händen behielt, konnte der Monarch leicht den Eindruck gewinnen, daß die Verhältnisse sich nun befestigt hätten und durch den Ausgleich ein dauerhafter Zustand geschaffen sei, der auch die Interessen der Dynastie befriedige. Mit dem Regimente Tiszas war es in gewissem Sinne ähnlich wie mit dem Taaffes: erst nach seinem Scheiden übersah man die Verheerungen, die es angerichtet hatte. In dieser Zeit machte die Korruption des politischen Lebens in Ungarn die stärksten Fortschritte; und von da ab schien es, als ob die Maschine nur durch Zugeständnisse des Monarchen auf Kosten der Reichseinheit in Gang zu erhalten sei. Nun gerät die Politik der Krone wieder ins Schwanken: auf der einen Seite Zugeständnisse auch auf militärischem Gebiet, dann wieder Kundgebungen, wie der Armeebefehl von Chlopy, der die Sorge um die Heereszerreißung beschwichtigen soll — man hat den Eindruck: auch dem Monarchen selbst gegenüber. Dem Anlauf des Ministeriums Fejervary, das bestimmt zu sein scheint, durch das allgemeine Wahlrecht Kristoffys die Herrschaft der ma-

gyarischen Oligarchie endgültig zu brechen, folgt wieder der Rückzug, das Koalitionsministerium Wekerle.

Man kann nicht sagen, daß der Monarch gegenüber Äußerungen des ungarischen Unabhängigkeitsdranges, die eine starke Spitze gegen die Dynastie haben, übermäßig empfindlich wäre. Der Kultus Ludwig Kossuths, der die Habsburger der ungarischen Krone verlustig erklärt und sich niemals mit den neuen Zuständen ausgesöhnt hatte, wird von ihm gleichmütig ertragen; er hat kein Vorurteil gegen dessen Sohn, den er zum Minister macht und nur gelegentlich mit leiser Ironie behandelt, zu der diese kläglichste Figur des modernen politischen Lebens in Ungarn so reichlich herausfordert. Die Gebeine des ungarischen Erzrebellen Rakoczy werden feierlich nach Ungarn zurückgeholt, ohne Widerspruch des Monarchen beteiligt sich die Regierung an der Feier. Vor der Ofner Burg steht das Denkmal des tapferen Schweizers, General Hentzi, der dort als Verteidiger für den Kaiser sein Leben gelassen hatte; das magyarische Nationalgefühl ist dadurch beleidigt und der Kaiser gibt seine Zustimmung, daß das Denkmal in einem Kasernenhofe verschwinde. So geht die Duldsamkeit gegenüber diesen nationalen Gefühlsäußerungen bis zur äußersten Grenze, weiter als psychologische Erkenntnis des magyarischen Nationalcharakters zulassen sollte. Erst die sachlichen Forderungen in bezug auf das Heer und die wirtschaftliche Selbständigkeit begegnen in der letzten Zeit Widerstand; nur ungern, vielleicht auch vom Thronfolger und militärischen Beratern gedrängt, scheint der Kaiser den Kampf gegen die ungarischen Forderungen aufzunehmen; man hat den Eindruck, daß er jeden Frieden, der den sachlichen Forderungen der Gemeinsamkeit Genüge leistet, gerne schließen würde, ohne die Vorherrschaft des Magyarentums in Ungarn anzutasten.

Anders entwickelten sich die Dinge in Österreich; während in Ungarn den Rebellen von einst wieder die Sonne kaiserlicher Gnade leuchtet, wandte sich in Österreich die Gunst des Monarchen von den Deutschen ab, die nach der Meinung der Schöpfer des ungarischen Ausgleichs in Österreich dieselbe Rolle spielen sollten wie die Magyaren in Ungarn. Und je mehr gerade diese Auffassung den Bedürfnissen des Staatslebens zu entsprechen schien, desto mehr hatte man Anlaß, in der Schwenkung nach der slawischen Seite, die mit dem Ministerium Taaffe einsetzte, die Ausführung eines weitausholenden Planes zu vermuten, der mit der geänderten Lage gegenüber dem neugegründeten Deutschen Reich zusammenhing. Die planmäßige Slawisierung Österreichs sollte — so nahm man an — Annexionsgelüsten, die seitens des Deutschen Reichs vorausgesetzt werden, den Boden entziehen, eine Slawisierung der deutschen Teile Böhmens diese für alle Zeiten „denaturieren", d. h. für das Deutsche Reich ungenießbar und daher auch nicht erstrebenswert machen. Daß solche Gedankengänge an den Kaiser herangetreten sind, ist nicht un-

wahrscheinlich; man erinnere sich daran, daß im Jahre 1866 die preußische Militärpartei, einschließlich des Königs, die Abtretung deutscher Teile von Böhmen gewünscht hatte; die Proklamation „An die Bewohner des glorreichen Königreichs Böhmen!", die Unterstützung der Klapkaschen Legion durch Bismarck, die Usedomsche Depesche, haben wohl auch einen Bodensatz bittrer Erinnerungen zurückgelassen, die solchen Ratschlägen den Boden bereiten konnten. Wenn man gelegentlich heute noch in Österreich dieser Dinge mit Unmut gedenkt, so übersieht man dabei, daß die Niederwerfung Österreichs im Jahre 1866, die uns heute wie etwas Unvermeidliches erscheint, sich dem verantwortlichen preußischen Staatsmanne vor dem Kriege mit Recht als ein Spiel um hohen Einsatz darstellte, in dem er zu allen Mitteln griff, um seinem Staate zum Siege zu verhelfen; der Hinweis auf die Vergangenheit Böhmens und die Anstachelung der tschechischen Leidenschaften in der erwähnten Proklamation war freilich ein psychologischer Mißgriff, was ja auch aus seiner völligen Wirkungslosigkeit hervorging.

Daß derartige Gefühlsmomente wirklich die Anschauungen des Kaisers dauernd bestimmt hätten, ist indes kaum anzunehmen. Vor allem konnte dem Kaiser doch nicht entgehen, daß es kaum möglich sein würde, $3^1/_2$ Millionen Deutsche, die in den Sudetenländern wohnen, ohne weiteres durch Verwaltungsmaßregeln zu entnationalisieren; er mußte erkennen, daß auch schon ein Versuch in dieser Richtung die Deutschen dem Staate und der Dynastie entfremden würde, eine Wirkung, die durch die Taaffesche Politik tatsächlich zum Teil eingetreten ist, während es mehr als zweifelhaft erschien, ob ein derartiges Vorgehen nicht schließlich doch den Widerspruch des Deutschen Reichs in einem Augenblicke hervorrufen würde, in dem es in der Lage wäre, seinen Vorstellungen auch entsprechenden Nachdruck zu geben. Andrerseits stand doch auch zur Erwägung, was die letzten Folgerungen aus einer derartigen Politik sein würden; die Tschechen haben aus ihren staatsrechtlichen Wünschen niemals ein Hehl gemacht; je stärker sie in den Sudetenländern durch die Unterdrückung der Deutschen wurden, desto schwerer wurde es der Dynastie, diesen Wünschen entgegenzutreten; das Ende müßte der Föderalismus, eine Schwächung der Staatsmacht und der kaiserlichen Gewalt sein, schließlich eine auswärtige Politik, die aus andern Gründen als der Sehnsucht nach der Aneignung deutschen Landes ein Eingreifen Deutschlands zur Folge haben könnte. So sprechen alle Verstandesgründe gegen eine derartige Politik; gerade in seinem Verhältnis zu Ungarn hat der Kaiser aber oft gezeigt, wie sehr er imstande ist, Gefühlsregungen Zweckmäßigkeitsgründen unterzuordnen.

Vielleicht kommt man auf andrem Wege der Erklärung des Umschwungs, der sich unter dem Ministerium Taaffe vollzog, näher. Das Verhalten der Verfassungspartei zur bosnischen Okkupation hatte den Kaiser verletzt;

er sah seit langem hier wieder einen Erfolg in der auswärtigen Politik, die herrschende Partei im österreichischen Parlament betrachtete ihn mit Mißtrauen, lehnte ihn ab. Graf Taaffe hatte zunächst den Auftrag mit der Verfassungspartei nicht zu brechen, mehrere Minister des Kabinetts Auersperg traten in sein Ministerium über. Nun war Taaffe, mochte er auch alle andren Dinge dieser Welt mit grenzenlosem Zynismus betrachten, sicherlich eines aufrichtig: ein treuer Diener seines Herrn. Er suchte ihm alles Unangenehme möglichst fernzuhalten, alles Unvermeidliche im rosigsten Lichte erscheinen zu lassen. Als die Verfassungspartei in die Opposition trat, zeigte er dem Kaiser, daß es auch so ging, woran dieser nach früheren Erfahrungen wohl gezweifelt haben mochte. Daß die Tschechen nach jahrelanger Abstinenz nun doch in den Reichsrat eintraten, wenn auch mit einer zu nichts verpflichtenden Rechtsverwahrung, mußte der Kaiser als einen Erfolg ansehen, um so mehr, als er ohne Preisgabe der Verfassung und ohne Zugeständnis an die staatsrechtlichen Forderungen der Tschechen erreicht war. Den Gedanken einer Verfassungsänderung in föderalistischem Sinne weist der Monarch seit den Erfahrungen mit dem Ministerium Hohenwart als den Interessen des Staates und der Dynastie zuwiderlaufend ab; andrerseits fühlt er sich in der Theorie als Vertreter angestammter Herrscherrechte, der unparteiisch über den hadernden Völkern steht und jedem gleich geneigt nach höherer Einsicht das ihm zukommende Maß von Rechten zumißt. Die praktische Forderung der Erhaltung des Staates und das Interesse der Dynastie müssen freilich zu einer Verbündung mit den Völkern führen, die die gleichen Belange wie diese an der Erhaltung des Staates haben und stark genug sind, ihn in seinem Bestande zu schützen. Aber auch in dieser Beziehung mochte Graf Taaffe den Monarchen beruhigt haben: die Zugeständnisse an die Tschechen machten diese zu einer festen Stütze des Staates, ihre staatsrechtlichen Forderungen seien nur ein Spielzeug, das die Phantasie beschäftige; die liberale Partei identifiziere sich fälschlicherweise mit dem deutschen Volke, wenn sie über dessen Beiseiteschiebung klage; täte man den Deutschen wirklich Unrecht, so fände das Ministerium doch nicht die Unterstützung der deutschen (klerikalen) Abgeordneten aus den Alpenländern. Dabei konnte Taaffe doch auch auf manche greifbare Erfolge hinweisen: die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, die Hebung des Wirtschaftslebens, an der allerdings nicht gerade er schuld war, die beginnende Verstaatlichung der Eisenbahnen, die Schaffung der Postsparkasse, usw. Wenn man diesen Gedankengängen folgt, so kann man vielleicht verstehen, daß dem Kaiser die Konsequenzen einer Politik verborgen bleiben konnten, die mit Zukunftswerten die Bedürfnisse des Tages befriedigte und bei ihrem Zusammenbruch ein Trümmerfeld hinterließ, auf dem es noch keinem Nachfolger gelungen ist, einen Neubau aufzuführen.

In den Wirren der folgenden Zeit mochte der Kaiser mehr als einmal den Ursachen nachsinnen, die das Staatsleben nicht zur Ruhe kommen ließen; in den 14 Jahren der Ministerschaft Taaffes konnte er aber sehr wohl den Eindruck gehabt haben, daß die Staatsmaschine nie einen so ruhigen und geräuschlosen Gang gezeigt habe, wie in dieser Zeit.

Die Frage, welche Rolle den Deutschen im Interesse des Staatsganzen innerhalb des Staates zugewiesen werden soll, ist mehr mit dem Verstande als mit dem Gefühl zu beantworten; aber in das Verhältnis zwischen dem deutschen Volke und der Dynastie spielen doch auch Gefühlsmomente hinein, in denen sich in der Zeit, in der sich die Deutschen mit Recht über Zurücksetzung beklagen, gewisse Verschiebungen vollzogen haben. In einem früheren Abschnitt habe ich bereits auf die Wandlungen hingewiesen, die sich im Denken der Deutschösterreicher in den letzten vierzig Jahren vollzogen haben; wie das Staatsvolk sich auf seine nationalen Zusammenhänge besinnt und mehr und mehr als organisierte volkliche Einheit dem Staate gegenübertritt. Das alles war die notwendige Gegenwirkung des nationalen Erwachens der slawischen Völker und der Kampfstellung, die diese gegen das Deutschtum einnehmen, außerdem aber auch im Zeitalter nationaler Ideen eine natürliche und unvermeidliche Entwicklung. Der Dynastie erschien sie in andrem Licht. Die absolutistische Zeit hatte die Anhänglichkeit der Völker an den Herrscher als etwas Selbstverständliches hingenommen; sie schien ihr als die natürliche Bestimmung der Untertanen; Metternich hatte der nationalen Bewegung wohl auch deshalb so mißtraut, weil er befürchtete, sie werde das überkommene Verhältnis zwischen Volk und Fürst erschüttern. Aber schließlich ließ sie sich doch nicht unterdrücken, und auch die Krone fand sich mit der Tatsache ab. Bei den Magyaren und Polen knüpft die nationale Bewegung an die geschichtliche Vergangenheit an; die Magyaren hatten immer gegen die österreichische Herrschaft rebelliert, die Polen die Wiederherstellung ihres Königreichs erstrebt. Der Nationalismus der Tschechen und Winden erschien der Krone als eine Art Kinderkrankheit, als eine nicht ganz sachgemäße Verwendung der demokratischen Freiheiten des Verfassungsstaats. Anders wurde die nationale Gesinnung der Deutschen bewertet. Sie waren bisher das Staatsvolk schlechthin, nur Österreicher gewesen, sie sollten auch ferner jedes Opfer im Interesse des Staates bringen, und zu diesen Opfern wurden auch die Zugeständnisse an die Slawen gerechnet, die eben der Eintritt in das verfassungsmäßige Leben und die zahlenmäßigen Stärkeverhältnisse mit sich brächten. Der Gebrauch der allslawischen Trikolore wurde als Harmlosigkeit betrachtet, die schwarz-rot-goldnen Farben, die wirklich nur ein Sinnbild der deutschen Volkszugehörigkeit geworden waren, als antidynastische Demonstration. Und dieses Mißverstehen, die Nichtachtung der berechtigten nationalen Empfindungen auf

der einen Seite, schuf im Verein mit der Richtung der amtlichen Politik Übertreibungen auf der andren Seite, die den Spalt zwischen dem deutschen Volk und der Dynastie noch erweiterten. Durch die ungarische Geschichte ziehen sich die Losreißungsversuche von Österreich wie ein roter Faden; aber wenn die Magyaren durch die Tatsachen über das Vergebliche ihres Bemühens belehrt worden waren, so suchten sie die Macht, als die sie die Dynastie nun doch wieder kennen gelernt hatten, möglichst für ihre nationale Sache zu gewinnen. Auch die Drohung und der Einschüchterungsversuch fehlen keineswegs im Werkzeugkasten der ungarischen Politik; gar oft ist der Bogen hierbei überspannt worden; aber letzten Endes sieht man bei diesem Vorgehen doch irgendeinen Plan und ein Ziel. Ähnlich stellen sich die andern Völker der Monarchie zur Dynastie. Was bedeutet sie etwa den Polen im Vergleich zu ihren nationalen Idealen! Aber sie werten sie sehr klug als den starken Faktor, der sie tatsächlich ist und sparen nicht mit rauschenden patriotischen Kundgebungen, wenn sie sie dadurch ihren nationalen Bestrebungen dienstbar zu machen hoffen. Nur bei den Italienern ist das Temperament stärker als die politische Klugheit; sonst finden wir überall ein realpolitisches Verhalten, das die Krone als die stärkste Figur auf dem politischen Schachbrett richtig bewertet und verwendet.

Bei den Deutschen siegt vielfach die Sentimentalität über den Verstand; das ist die psychologische Erklärung für das Verhalten Schönerers und seiner Anhänger. Die verschmähte Liebe wandelt sich in Haß, der dann die versteckten, aber darum nicht minder deutlichen Angriffe auf den Herrscher zeitigt, die jahrelang in Schönerers Leibblatt, den „Unverfälschten Deutschen Worten" zu finden waren und den Feinden des Deutschtums eine willkommene Waffe zu dessen Verdächtigung beim Kaiser lieferten. Aus dem tief im Deutschen wurzelnden monarchischen Gefühl ergibt sich dann das Bedürfnis, den leergewordenen Thron zu besetzen, was zu einem kritiklosen Hohenzollernkultus führt und in der bekannten sinnlosen Demonstration Schönerers im österreichischen Abgeordnetenhause seinen Höhepunkt findet. Damit die humoristische Note nicht fehle, behandelt Schönerer die Politik wie eine Hausfehde, die er dem Hause Habsburg angesagt hat. Hier ist wirklich Gefühl alles; denn all diese Dinge haben kaum mehr als einen äußerlichen Zusammenhang mit einer verstandesmäßigen Erkenntnis, daß die Donaumonarchie ein unhaltbares politisches Gebilde sei oder daß ihr Zerfall den deutschen Interessen entspreche. Sie stellen zwecklose Reizungen der Dynastie dar, die heute eben noch eine Macht vorstellt, die den Deutschen wohl oder wehe tun kann, mag immerhin letzteres auch dem Staate und der Dynastie ins eigene Fleisch schneiden; ferner tragen sie einen Gegensatz in die deutschen Reihen und erschweren den sich vollziehenden Zusammenschluß zu einer nationalen Individualität.

Im Reichsrat gibt es heute nur mehr drei Anhänger Schönerers, die übrigens ihre Mandate zum Teil auch nur ihrer eifrigen Tätigkeit bei den Zentralbehörden im Interesse ihrer Wahlkreise verdanken, und auf diesem Umwege jedenfalls den Bestand des Staates durchaus anerkennen. Man kann das immerhin als Maßstab für die allmähliche Überwindung dieser Richtung in der deutschen Politik ansehen. Aber vor Rückfällen kann nur die Schaffung eines klaren Verhältnisses zwischen den Deutschen und der Dynastie auf verstandesmäßiger und realpolitischer Basis schützen. Auf der einen Seite muß die Dynastie sich damit abfinden, daß auch die Deutschen von lebendigem Nationalgefühl erfüllt sind und sich als geschlossene Einheit fühlen, die einerseits dem Staate Österreich mit Rechten und Pflichten gegenübersteht, sich aber andrerseits den Zusammenhang mit dem gesamten deutschen Volkskörper in keiner Weise verkümmern lassen will. Die Deutschen verzichten auf den Einheitsstaat in der Überzeugung, im Rahmen der Donaumonarchie dem gesamtdeutschen Interesse besser dienen zu können, als in einem erweiterten, im Vergleich zur jetzigen Ausdehnung des Deutschen Reichs und Österreich-Ungarns doch verkleinertem Deutschland. Ob die objektive Möglichkeit dafür besteht, wird noch zu erörtern sein; keinesfalls dürfte man aber bei Erwägungen darüber habsburgische Familientraditionen und Ereignisse der Geschichte als Argumente gegen die Möglichkeit solcher Entwicklung geltend machen. Was immer das Haus Habsburg im Laufe der Geschichte gegen deutsche Interessen geirrt oder gesündigt haben mag, kann kein Beweis dafür sein, daß es sich diesmal gegebenen Tatsachen nicht anpassen könnte.

In die Sphäre der Gefühlswerte gehört auch die Frage, ob die Dynastie ihre deutsche Abstammung betont oder nicht; das ist lediglich eine Frage der Herrschtechnik. Es wird niemand etwa vom König Karl von Rumänien geringer denken, wenn er sich vor allem als „Rumänen" gibt, und man wird bei einigermaßen objektiver Würdigung der Verhältnisse zugeben müssen, daß er gar nicht anders kann, dabei aber trotzdem seine Tätigkeit als Monarch dem Deutschtum in mannigfacher Weise mittelbar und unmittelbar zugute gekommen ist. Wenn also die Dynastie sich als Hüterin der Interessen aller Völker der Monarchie über und außerhalb des nationalen Bekenntnisses stehend bekennt, so ist das an sich nichts, was reale Interessen der Deutschen verletzen könnte; es wiegt federleicht gegenüber einer Interessengemeinschaft, sofern eine solche besteht und von beiden Seiten erkannt wird.

Als ein Hindernis einer Verständigung wird von mancher Seite das Verhältnis der Dynastie zum Klerikalismus angesehen; schroff ausgedrückt sollten die Habsburger als Werkzeuge ultramontaner Politik bestimmt sein, den Kampf gegen den Protestantismus und damit doch auch gegen das

Deutsche Reich in seiner jetzigen Gestalt zu führen, was allerdings eine Verständigung mit dem Deutschtum ausschlösse. Einer unbefangenen geschichtlichen Betrachtung kann diese Anschauung aber nicht standhalten. Die Habsburger sind dem römischen Stuhl vielfach verbündet gewesen, sofern sie darin eine Förderung ihrer eigenen Pläne und dynastischen Interessen sahen; sie mögen sich in den Voraussetzungen hierbei mehr als einmal geirrt haben und bei dem Bündnis zu kurz gekommen sein; aber sie haben sich ebenso oft der Kirche als ihres Werkzeugs bedient, wenn diese schwach genug war, sich dies gefallen lassen zu müssen. Josef II. wollte die Kirche schlechthin zur Dienerin des Staates machen; der Bogen brach, weil er überspannt worden war. Aber die Josefinischen Ideen waren mit seinem Tode nicht begraben, und in den Zeiten der ärgsten Reaktion unter Franz I. hatte die katholische Hierarchie alles eher als vergnügte Tage in Österreich. Die Erschütterung aller überkommenen Einrichtungen durch die Revolution ließ die Dynastie dann wieder bei der konservativsten Macht dieser Erde Schutz suchen und das Ergebnis war das Konkordat, bei dem die Staatshoheit allerdings sehr zu Schaden kam. Daß auf ultramontaner Seite stets starke Kräfte in Bewegung sind, die der Kirche das zurückerobern möchten, was sie durch die Aufhebung des Konkordats und die spätere liberale Gesetzgebung verloren hat, und daß man sich dabei auch alles bei Hof erreichbaren Einflusses, insbesondere durch weibliche Vermittlung bedient, steht außer Zweifel. Es mag auch zugegeben werden, daß die Dynastie sich jederzeit wieder dieser Bundesgenossenschaft verschreiben könnte, wenn für sie dabei ein offenkundiger Vorteil zu erlangen wäre; sie kann sich über diesen Punkt täuschen oder getäuscht werden. Aber das alles ist doch weit entfernt von der Auffassung, daß sie die blinde Vollstreckerin der vatikanischen Politik sei.

Kann ein Zusammengehen der Deutschen mit der Dynastie den Staat von seinen Gebrechen heilen? Kann er wieder auf gesunde Grundlagen gestellt werden, den nationalen Kampf im Innern überwinden? Eine pessimistische Meinung hierüber ist weit verbreitet; von englischen und französischen Publizisten wurde wiederholt die Ansicht ausgesprochen, daß mit dem Ableben des Kaisers Franz Josef der Zerfall der Monarchie zu erwarten sei, auch in Deutschland glaubt man vielfach, daß mindestens eine Zeit gesteigerter politischer Wirren mit dem Tode des Kaisers einsetzen werde. Was man hier dem Staate an Lebensfähigkeit abspricht, legt man gewissermaßen dem Monarchen als Sockel unter und erhebt ihn dadurch zu einem Herrscher, der mit außerordentlichen persönlichen Gaben das unvermeidliche Verhängnis meistert. Nach der einen wie andern Richtung geht man irre. Daß die Eigenart des Staatswesens dem Monarchen einen Einfluß auf die Politik gibt, der weit über die ihm durch die Verfassung zu-

gewiesene Rolle hinausgreift, steht gewiß außer Zweifel; aber man unterschätzt wiederum die Stärke der nationalen Bewegungen, wenn man meint, daß Gefühle der Verehrung für einen greisen Herrscher, dem auf dem Throne keine menschliche Bitterkeit erspart geblieben und der dadurch seinen Untertanen auch menschlich nahe gerückt ist, eine notwendige politische Entwicklung aufhalten könnten. Sucht man den persönlichen Einfluß des Kaisers auf die Verhältnisse seines Reiches, so wird man dies in ganz andrer Richtung tun müssen. Die beiden ersten Jahrzehnte seiner Regierung — etwa bis zum Jahre 1871 — geben von mancherlei rasch wechselnden Entschlüssen Kunde; von da ab kann man eine gewisse Scheu vor raschen Entschlüssen und jähen Wendungen bemerken, die sich aus unangenehmen Erfahrungen der früheren Zeit unschwer erklären läßt. Hie und da ein Versuch den eigenen Willen gegen starke Widerstände durchzusetzen — z. B. bei der ungarischen Ehereform —, dann aber doch ein Nachgeben gegenüber den sich auftürmenden Schwierigkeiten. So trotzen die Magyaren dem Monarchen manches Zugeständnis ab, das die Reichseinheit bedroht; und zum Teil stehen die Fortschritte der Slawen in Österreich auf demselben Blatt. In den letzten Jahren sprechen mancherlei Anzeichen für einen Umschwung in den Anschauungen des Kaisers; der Versuch mit dem Ministerium Fejervary wird freilich nicht zu Ende geführt, der Plan Kristoffys, die herrschende Kaste durch das allgemeine Wahlrecht zu entthronen, zunächst aufgeschoben. Aber schließlich bleibt der Kaiser gegenüber den Forderungen der Koalition in bezug auf die Armee und die gemeinsame Bank doch fest, nachdem es einen Augenblick schien, als ob er den militärischen Forderungen etwas entgegenkommen wolle. Graf Khuen steht heute vor der Aufgabe, den kaiserlichen Willen in Ungarn zur Geltung zu bringen, und er hat die guten Nerven, um zum Ziele zu gelangen. Als Persönlichkeit kann sich Baron Bienerth in Österreich mit dem Grafen Khuen nicht vergleichen; desto mehr schimmert gerade in seiner Politik ein bestimmter kaiserlicher Wille durch, wo seine Vorgänger vielfach nur als Treibholz im Strome der Parlamentsparteien erschienen. Die Zersetzung, die durch die Vergebung der Ministerien an Parlamentarier im Verwaltungsapparat unter dem Ministerium Beck eintrat, der Skandal bei der Prager Postdirektion, die Vorgänge in Prag während der bosnischen Annexionskrise — all das mag seinen Eindruck auf den Kaiser nicht verfehlt haben. Aber die Wirkungen zeigen sich nicht in jäher Abkehr von dem bisherigen System; es ist mehr eine passive Resistenz dagegen, ein zunächst noch schüchternes Bestreben, die Rechte von Parlament und Regierung gegeneinander schärfer abzugrenzen und die Verwaltung den parlamentarischen Einflüssen ein wenig zu entziehen. Sollte der Versuch des Grafen Khuen, in Ungarn die Übermacht der Parlamentsparteien und der dahinterstehenden Gentry-Clique zu

brechen, Erfolg haben, so wird dies zweifellos auch auf das Verhalten des Kaisers in österreichischen Fragen zurückwirken; auch dann freilich wird man kaum mit weittragenden Änderungen rechnen dürfen; die Erfahrungen einer langen Regierungszeit und das hohe Alter haben den Kaiser nicht zum Freunde radikaler Entschlüsse gemacht.

Gibt es überhaupt einen Ausweg aus den gegenwärtigen politischen Wirren, ein Heilmittel gegen die Zerrüttung des Staats durch die nationalen Kämpfe, ist der Nachfolger des Kaisers auf dem Throne bereit, sich mit raschem Entschlusse für ein solches zu entscheiden und sich mit aller Energie der Regeneration des Staates zu widmen, dann ist auch klar, daß unter Umständen das Ableben des Kaisers das gerade Gegenteil des Zerfalls bedeuten kann, der von mancher Seite mit diesem Ereignis in Verbindung gebracht wird. Freilich muß man auch die Möglichkeit erwägen, daß der Thronfolger sich in entgegengesetztem Sinne entscheidet und mit einem starken Ruck nach der föderalistischen Seite den Zerfall beschleunigt. So wendet sich die Aufmerksamkeit der Person des Thronfolgers zu, die die politischen Kreise beider Reichshälften seit Jahren schon mehr beschäftigt, als äußerlich in der Presse und den parlamentarischen Verhandlungen zum Ausdruck kommt. Es ist mit dem Charakterbild, das die Öffentlichkeit um einen Thronerben webt, eine eigne Sache; man sucht bei ihm gerne Züge der Opposition gegen das herrschende Regime, das bei längerer Dauer leicht Züge der Verknöcherung aufweist und zum mindesten in den Regierungsmethoden meist konservativ ist — „Kronprinzenliberalismus". Nun haftet aber der Regierungszeit Kaiser Franz Josefs die Eigentümlichkeit an, daß die Demokratisierung des staatlichen Lebens gerade in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hat, was vielleicht weniger ein festes Regierungsprogramm war, als ein Symptom der Nachgiebigkeit gegen die Wünsche des Volkes und der Völker. Und da dies Hand in Hand ging mit einer Lockerung des Staatsgefüges und einer Schwächung der monarchischen Gewalt, so liegt eine Abneigung des Thronfolgers gegen diese demokratische Richtung nahe, woraus sich die Umkehrung des typischen Falls des „Kronprinzenliberalismus" in einen „Kronprinzenkonservativismus" ergäbe. Letztere Annahme scheint darin eine Stütze zu finden, daß der Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, sich gelegentlich wohlwollend über klerikale Bestrebungen geäußert hat — so über den katholischen Schulverein, allerdings mit besonders betonter Spitze gegen die „Los-von-Rom"-Bewegung — und von der christlich-sozialen Partei in einer Weise für sich reklamiert wird, die nicht immer den Takt gegenüber dem Kaiser wahrt, worauf eine Partei, die ihren Patriotismus so selbstgefällig betont, wohl Rücksicht nehmen sollte. Indes versagt die Formel konservativ oder liberal hier deshalb, weil dies ja nicht die Gegensätze sind, die den Staat in erster Linie bewegen und zu denen

ein Herrscher vor allem Stellung zu nehmen hätte. Von impulsiverer Art als der Kaiser bieten sich zur Charakteristik des Thronfolgers mancherlei Anhaltspunkte, selbst wenn man davon absehen will, die Entschließungen des Kaisers in den letzten Jahren auf den Einfluß zurückzuführen, den dieser offiziell dem Thronfolger eingeräumt hat. Da ist der hervorstechendste Zug zweifellos der Wunsch, den Staat straffer zusammenzufassen und die Macht der Krone zu stärken. Daraus erklärt sich ohne weiteres die Gegnerschaft nicht so sehr gegen Ungarn, als gegen die dortige einseitige Parteiherrschaft, die von den Magyaren als eine Abneigung gegen ihr Volk gedeutet wird; das eine steht jedenfalls fest, daß der Thronfolger die ungarische Nationalitätenpolitik und die Unterdrückung der nichtmagyarischen Völker nicht billigt. Der Wunsch, das Heer einheitlich zu erhalten, an der deutschen Kommandosprache nicht rütteln zu lassen, den Geist des Offizierkorps zu erhalten, ein Hineintragen nationaler Bestrebungen in die Armee nicht zu dulden, ergibt sich aus dieser Grundgesinnung von selbst. Sollte nun mit derartigen Anschauungen ein Hinneigen zum Tschechentum, wie es von mancher Seite dem Thronfolger nachgesagt oder mit Rücksicht auf seine Ehe mit einer Gräfin aus böhmisch-feudalen Geschlecht vermutet wird, vereinbar sein? Es mag ja sein, daß ein die eigene Macht überschätzendes Kraftgefühl sich in der Illusion wiegt, auch die Tschechen zu einer österreichischen Staatsgesinnung zu erziehen, die aus ihnen eine Stütze des einheitlichen Staates machen soll; ein Paktieren mit den politischen tschechischen Parteien, die unter der Fahne ihres staatsrechtlichen Programms der Führung eines Kramarsch folgen, der sich die Richtlinien seiner Politik in Petersburg holt, sollte logischerweise vom Standpunkte des Thronfolgers jedoch ausgeschlossen sein. Sehr unwahrscheinlich ist es, daß die Gattin des Thronfolgers, deren großer Einfluß auf ihn unbestritten sein mag, diesen gerade zugunsten des Tschechentums üben sollte. Die Choteks gehören zum böhmischen Feudaladel und teilen dessen politische Gesinnungen, die ihm aus materiellen Gründen ein Zusammengehen mit den Tschechen zweckmäßig erscheinen lassen; als tschechisch-nationale Gesinnung kann man das aber wohl kaum bezeichnen. Ich glaube nicht, daß die Herzogin von Hohenberg die tschechische Sprache überhaupt beherrscht. Ganz andrer Art mag ihr Verhältnis zum Klerikalismus sein; hier handelt es sich um eine Bundesgenossenschaft, die ihr und ihrer Nachkommenschaft in mancher Hinsicht nützlich werden kann. Die Stellung, die die Herzogin von Hohenberg sich durch Takt und Klugheit bei Hofe zu machen verstand und die wiederholten Erhöhungen ihres Ranges, eröffnen natürlich auch Vermutungen über ihr und ihrer Kinder Stellung nach einem Thronwechsel ein weites Feld. Es scheint indes, als ob der Thronfolger die Verlockung, seiner Familie auf Kosten des dynastischen Prinzips Vorteile zuzuwenden, nachdrücklich zurückwiese;

deutlich genug wurde ihm von magyarischer Seite schon wiederholt der Handel angeboten, seine Gattin in Ungarn, dessen Staatsrecht der Begriff der Unebenbürtigkeit fremd ist, bei seiner Thronbesteigung als Königin, seine Nachkommenschaft als thronfolgeberechtigt anzuerkennen, wenn er sich dafür der regierenden Kaste in Ungarn und deren Wünschen verschreiben wollte; man hat aber von irgendeinem Eingehen des Thronfolgers auf diese Angebote nichts bemerkt, ein Eingehen, das ja zurzeit selbstverständlich nur durch Bemühungen um Volkstümlichkeit in Ungarn angedeutet werden könnte, wonach der Thronfolger indes in keiner Weise geizt. Es ist für den Thronfolger ein Vorteil, daß er ursprünglich nicht für den Thron bestimmt war; auch nach dem Tode des Kronprinzen Rudolf dachte man nicht daran, daß er dereinst den Thron besteigen werde, da seine Gesundheit jahrelang so schwankend war, daß er sich allen militärischen Verpflichtungen entziehen mußte. So konnte er die Erscheinungen des politischen Lebens so unbefangen auf sich wirken lassen, wie es in seiner Stellung überhaupt möglich ist. Das gibt auch der Hoffnung Raum, daß er sein Verhältnis zum Klerikalismus nach Zweckmäßigkeitsgründen einrichten wird. Er ist eine zu selbständige Natur, als daß er sich von einzelnen Personen oder einer Clique als Werkzeug gebrauchen ließe. Seine Beziehungen zur christlich-sozialen Partei erklären sich unschwer daraus, daß dies die einzige Partei war, die ihm ein großösterreichisches Programm, wie es ihm vorschweben mag, entgegenbrachte und sich dem Reichsgedanken bedingungslos zur Verfügung stellte. Aber diese eine Partei wird die Last einer großösterreichischen Reichspolitik allein nicht tragen können; und wenn das ganze deutsche Volk dafür gewonnen werden soll, so kann das nicht durch ein einseitig klerikales Parteiregiment in Österreich geschehen, das eine Hälfte des deutschen Volkes gegen die andre in die Schranken ruft.

X.

Mögliche Entwirrung.

Auf der einen Seite steht der Habsburgerstaat, wie er geschichtlich geworden ist, auf der andern die nationalen Bestrebungen, die sein Gefüge zu sprengen drohen; die Schwächung der Kräfte, die den Staat in der Vergangenheit zusammengehalten haben, geht Hand in Hand mit einer Stärkung der nationalen Bestrebungen durch die demokratische Zeitrichtung. Ungarn will sich selbständig machen, die Südslawen drängen zum Trialismus, die Tschechen fordern ihr Wenzelsreich, die Polen besitzen in Galizien praktisch bereits den Föderalismus: das sind Tatsachen, die an der Zukunft der Monarchie zweifeln lassen, Probleme, die sich nicht mit der höfischen Prophezeiung: Austria erit in orbi ultima, oder mit der unaufrichtigen Bekenntnis des Tschechen Rieger, daß Österreich geschaffen werden müßte, wenn es nicht bestände, aus der Welt schaffen lassen. Auch die politische Geographie vermag uns über die Zukunft Österreichs nicht zu beruhigen, so viel sie auch dazu beitragen kann, uns seine Entstehung zu erklären. Denn erstens besteht der Staat nicht allein aus dem Flußgebiet der Donau; zweitens hat die Donau als Verkehrsader keine sonderliche Bedeutung, was nur zum Teil auf künstlicher Hemmung des Verkehrs durch die ungarische Regierung beruht. Wäre die Donau wirklich die Lebensader des Staates, dann müßte sein Hafen doch am Schwarzen Meere liegen; tatsächlich sind Triest, Fiume und — Hamburg die Seehäfen des Landes. Das Schwarze Meer ist ein zu entlegenes Becken, es hat fast den Charakter eines Binnensees. Dieser natürlichen geographischen Bedingungen wird der Mensch durch die modernen Verkehrsmittel überhaupt immer mehr Herr, und sie haben heute nicht die Bedeutung wie in früherer Zeit. Wir müssen noch einmal die lebendigen Kräfte, die im Staate vorhanden sind, zusammenfassend auf ihre Stärke prüfen, um uns ein Bild der Zukunftsmöglichkeiten zu machen und uns die Frage zu beantworten, ob es aus dem Wirrsal einen gangbaren Ausweg gibt.

Die Föderalisten schieben alle Schuld an den politischen Wirren in Österreich dem Zentralismus zu, der mit seinen gleichmacherischen und germanisierenden Tendenzen der Eigenart der Völker nicht gerecht werde und

tausend Widerstände auslöse. Die „Vereinigten Staaten von Nordamerika" seien ein mächtiges und nach außen einflußreiches Gemeinwesen, trotzdem sie aus 50 Einzelstaaten bestehen; und in der Schweiz vollziehe sich das Nebeneinanderwohnen von drei Nationalitäten auf der Grundlage gleichen Rechts für jede ohne Schwierigkeiten. Daß der Vergleich mit den Vereinigten Staaten hier nicht anwendbar ist, bedarf kaum des eingehenden Nachweises; vor allem sind die Vereinigten Staaten einsprachig, und es bedarf keiner Anstrengung für sie, um sich in ihrer Umgebung als Staat zu behaupten; höchstens ihre weitere Ausdehnung kann auf Widerstände stoßen. Was die Schweiz betrifft, so stoßen hier drei gleichwertige Kultursprachen zusammen, die, was häufig übersehen wird, schon verfassungsmäßig in den Bundesangelegenheiten nicht ganz gleiche Rechte haben; die Rechte der italienischen Sprache erleiden der deutschen und französischen gegenüber gewisse Einschränkungen, die sich aus dem praktischen Bedürfnisse ergeben. Ferner ist das italienische Sprachgebiet geographisch von den beiden andern so klar geschieden, daß sich hier Reibungen kaum ergeben können. Wenn sie aber auch zwischen Deutschen und Franzosen ausbleiben, so liegt dies an einem Gemisch von Großmut und nationaler Schwäche, daß die Deutsch-Schweizer gegenüber ihren französischen Bundesbrüdern an den Tag legen; wären die Deutsch-Schweizer um die Deutscherhaltung der ins französische Sprachgebiet auswandernden Deutschen besorgt, so wäre der nationale Konflikt bald gegeben. Also weder aus dem einen noch aus dem andern Beispiel kann Österreich die Hoffnung schöpfen, daß der Föderalismus das richtige Rezept zur Heilung seiner Leiden sei. Aber die föderalistischen Bestrebungen sind im Habsburgerstaat schließlich ebenso eine Tatsache, wie ihre bisher errungenen Erfolge; und da man von einer Abschwächung dieser Tendenzen nichts bemerkt, so liegt der Schluß nahe, daß bei weiteren Fortschritten in dem bisherigen Zeitmaß der Augenblick unbedingt kommen muß, wo das Endziel erreicht ist, Ungarn seine Selbständigkeit, die Serbo-Kroaten ihren südslawischen Staat, die Tschechen ihr Wenzelsreich und die Polen ihr völlig autonomes Galizien besitzen werden. Nun liegen zwar auch in diesem Programm einige noch zu lösende Konflikte, z. B. zwischen dem selbständigen Ungarn, das auf den Zugang zum Meere wohl nicht gut verzichten kann, und dem südslawischen Reich, das sich auf dem Wege dahin vorlagert; aber nehmen wir an, daß sie sich auf dem Wege eines Kompromisses schlichten lassen. Die Deutschen wären dann in den Sudetenländern eine vollkommen rechtlose Minderheit, in dem etwa zu schaffenden Bundesrat dieses Föderativstaates nur durch die deutschen Teile der Alpenländer vertreten und gegenüber drei slawischen und einem magyarischen Staate natürlich vollkommen einflußlos. Der ganze Staat hätte ein vorwiegend slawisches Gepräge, er wäre das von den österreichischen Slawen geforderte Westslawenreich. Läge

dieses Reich im Monde, so ließe sich vielleicht denken, daß es einigen Bestand haben könne; auf dieser mangelhaften Erde müssen ihm aber auch Kräfte innewohnen, um sich gegenüber seiner Umgebung zu behaupten. Seine eigenen Verteidigungsmittel wären nicht sonderlich stark; denn daß sich diese föderierten Staaten eine gemeinsame Armee mit deutscher Kommandosprache gefallen ließen, ist wenig wahrscheinlich; es würden also wohl fünf Kontingente sein, von denen jedes in andrer Sprache befehligt wäre. Aus eigener Kraft könnte sich dieser Staat dem Deutschen Reiche gegenüber kaum behaupten; das Deutsche Reich würde aber, selbst wenn es in alle Ewigkeit eine Politik harmloser Allerweltsfreundlichkeit fortsetzen wollte, kaum die Möglichkeit haben, dem föderalisierten Österreich mit Wohlwollen zu begegnen, auch wenn es die Unterdrückung der Deutschen in den slawischen Staatsteilen ruhig hinnähme, weil natürlich die auswärtige Politik dieses Österreich unter dem Einflusse von Polen, Tschechen und Serben notwendig deutschfeindlich sein müßte. Kurzum, Österreich wäre auf den Schutz Rußlands dringend angewiesen, den man sich aber auch nur dann als wirksam vorstellen könnte, wenn Rußland die Fähigkeit dazu nachgewiesen hätte, — also nach einem Sieg über das Deutsche Reich. Damit ist auch gesagt, daß Österreich als Westslawenreich nur als russischer Vasallenstaat denkbar ist. Man spricht gelegentlich von einer „westslawischen Idee", die die katholischen Slawen gegen das orthodoxe Russentum und seinen Anhang einigen soll; tatsächlich kann man eine solche westslawische Idee höchstens bei den Polen entdecken, die indes auch in dem Augenblick gerne auf sie verzichten werden, wo sie die Unabhängigkeit von den Russen erlangt haben; die übrigen katholischen Slawen empfinden bis weit hinein in die Kreise ihrer Geistlichkeit nicht die geringste Feindseligkeit gegen das orthodoxe Russentum, viel eher den Wunsch nach einer Ausgleichung des konfessionellen Gegensatzes, wobei dieser gegenüber der Rassengemeinschaft entweder überhaupt als untergeordnet hingestellt wird oder weitgehende Zugeständnisse angeboten werden, um eine konfessionelle Vereinigung zu ermöglichen. Bei den Tschechen bereiten die alten hussitischen Neigungen sogar den Boden für einen Übertritt zur orthodoxen Kirche. Auf diese „westslawische Idee" könnte das Haus Habsburg zur Wahrung seiner Selbständigkeit gegenüber Rußland also in keiner Weise rechnen.

Somit kommen wir zu dem Schluß, daß das föderalistische Österreich nur zu verwirklichen ist, wenn Rußland dem Kontinent seinen Willen diktiert; das würde es aus eigener Kraft nie können, sondern höchstens als Glied jener Kette von Allianzen, durch die Deutschland eingekreist und niedergeworfen werden soll. Und dann frägt sich's doch, ob Rußland überhaupt ein Interesse an dem Bestande dieses föderalisierten Österreichs — das immerhin noch den Rahmen abgäbe, innerhalb dessen sich noch einmal

ein Umschwung zugunsten der Deutschen vollziehen könnte — hätte, und es nicht vorziehen würde, es gleich in seine Bestandteile zu zerlegen, wenn es nun doch einmal darüber verfügen darf; Galizien und die Bukowina könnte es sich selbst aneignen, Böhmen, Mähren und Schlesien im Verein mit der nördlichen Hälfte Ungarns bildeten das tschechische Königreich, für alle Zeiten Rußlands vorgeschobene Bastion gegen Deutschland, Rumänien bekäme gegen irgendwelche Gegenleistungen Siebenbürgen, Groß-Serbien im Süden schluckte Ungarns südliche Hälfte und die von Winden bewohnten Teile Österreichs. Wenn dann die reindeutschen Teile der Alpenländer, die das Slawentum nicht ohne weiteres verdauen könnte, etwa an Bayern gegeben würden, das sich mit Süddeutschland vom Reiche losagen müßte, so wäre dies vom russischen Standpunkt ein erträglicher Übelstand gegenüber dem Vorteil, daß Österreich aus den Trümmern, in die es zerschlagen ist, nie wieder erstehen könnte. Vielleicht könnte den Habsburgern dann der eine oder andre Thron zufallen, sie könnten auf dem Hradschin oder in Belgrad residieren — von Rußlands Gnaden. Aber allzu sicher könnten sie damit nicht rechnen; den der Panslawismus hegt gegen das Haus Habsburg ein tiefgewurzeltes Mißtrauen. Allzu verlockend sind die Ausblicke, die sich hier eröffnen, für die Habsburgische Dynastie jedenfalls nicht.

Einen Beharrungszustand hat die Monarchie nicht gekannt, seitdem sie in die Periode verfassungsmäßiger Einrichtungen eingetreten ist; ihre Krisen entstehen aus dem Widerstand, den das Beharrungsvermögen gegen die föderalistischen Bestrebungen leistet, ohne doch ihre Erfolge verhindern zu können. Es fragt sich, ob es eine Entwicklungsmöglichkeit gibt, die ein weiteres Fortschreiten auf föderalistischen Bahnen hindert und den Staat wieder in einen stabilen Gleichgewichtszustand bringt. Das Nächstliegende erscheint die Rückkehr zum Zentralismus. Dagegen erhebt sich zunächst der Einwand, daß dieser Zentralismus doch aufgegeben wurde, weil die entgegenstrebenden Kräfte zu stark waren, und daß es aussichtslos erscheinen muß, ihn wiederherzustellen, wenn es nicht gelang, ihn zu erhalten. Indes ist zu bedenken, daß manches Zugeständnis in seinen Folgen bei der Gewährung nicht übersehen, die Stärke der Fordernden auch falsch eingeschätzt wurde; andrerseits liegt die Möglichkeit vor, dem Föderalismus einen brauchbaren Gedanken zu entnehmen, der die Staatseinheit nicht schädigt: die nationale Autonomie.

Der Gedanke der nationalen Autonomie geht auf die erste Zeit des Verfassungslebens in Österreich zurück und stammt von slawischer Seite*).

*) In einem kürzlich in der „Ostd. Rundsch." erschienenen Aufsatz von Prof. Kosch wird die Behauptung aufgestellt, daß der deutsche Abgeordnete Löhner zuerst im Kremsierer Reichstag die Forderung nach nationaler Autonomie erhoben habe; ich kann die Behauptung zurzeit nicht nachprüfen. Es ist auch von untergeordneter Bedeutung, ob

Im Kremsierer Reichstag hatte der Winde Kautschitsch den Antrag gestellt, Österreich in Territorien zu zerlegen, die den Sprachgrenzen entsprechen und sprachlich einheitliche Verwaltungsgebiete darstellen; der Tscheche Palacky dehnte den Vorschlag auch auf Ungarn aus und schlug die Teilung in acht derartige Gebiete vor. Beide Vorschläge schlagen das deutsche Sprachgebiet von Böhmen und Mähren — letzteres, so weit es geschlossen mit dem gesamten deutschen Sprachgebiet zusammenhängt — dem deutschen Teilstaate zu. Damals hätte das Tschechentum von einer solchen Gestaltung nur Vorteil gehabt, denn es gewann auf diese Art ein Gebiet, in dem die Macht des deutschen Zentralismus ausgeschaltet war. Wenn die Tschechen später diese Vorschläge verleugneten und sich das vom böhmischen Feudaladel wiederbelebte böhmische Staatsrecht zu eigen machten, so hatte das seinen Grund darin, daß sie sich nunmehr schon stark genug fühlten, um die Herrschaft über ganz Böhmen anzustreben. Die Vertretung des Gedankens der nationalen Autonomie geht nunmehr in andre Hände über. Besonders eingehend hat ihn der jetzige sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete Dr. Renner (auch unter den Decknamen: Synopticus und Rudolf Springer) durchgearbeitet, bevor er sich noch an der aktiven Politik beteiligte, die diesen begabten und kenntnisreichen Mann geistig auffallend unfruchtbar gemacht hat. Seine Ansichten sind in den beiden Büchern: „Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat" (1902) und „Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie" (1906) zusammengefaßt. Ein andrer Schriftsteller, der sich sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt hat, ist der ungarische Rumäne Popovici, dessen 1906 erschienenes Buch: „Die vereinigten Staaten von Groß-Österreich" von außerordentlich umfassender politischer und staatswissenschaftlicher Bildung zeugt. Es ist auch wegen des Verfassers bemerkenswert; Popovici wurde im rumänischen Memorandumprozeß zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, denen er sich durch Auswanderung nach dem Königreich Rumänien entzog; man sollte nun meinen, daß ein Mann mit dieser Vergangenheit ein rumänischer Irredentist reinsten Wassers sei, während er sich in seinem Buche durchaus als österreichischer Patriot erweist.

Der Grundgedanke der nationalen Autonomie ist die Verminderung der nationalen Reibungsflächen dadurch, daß jede Nationalität ihre eigenen Angelegenheiten selbst erledigt, während die allen gemeinsamen um so einträchtiger beraten würden, als die nationalen Fragen aus diesen bereits ausgeschaltet wären. Deutsche, Tschechen und Polen könnten sich z. B. im

---

Slawen oder Deutsche den Gedanken zuerst ausgesprochen haben; wichtiger ist, daß die maßgebenden tschechischen Führer damals für ein Programm eintraten, das sie heute auf das schroffste bekämpfen.

gemeinsamen Reichsrat sehr wohl bei Beratung eines Zolltarifs in ein freihändlerisches und ein schutzzöllnerisches, ein agrarisches und ein industrielles Lager teilen, sie brauchten sich aber nicht über die Errichtung einer zweiten tschechischen Universität zu streiten, weil die Tschechen das Recht hätten, so viele Universitäten zu errichten, als sie selber bezahlen könnten; sie würden sich aber wohl hüten, mehr Akademiker heranzuzüchten, als sie im eigenen Wirkungsbereich verwenden könnten, weil man dann natürlich in Deutschböhmen nicht einen tschechischen Beamten anstellen würde. Die Autonomie könnte nach zwei Systemen durchgeführt werden: entweder nach dem Territorial- oder dem Personalprinzip. Ersteres bedeutet die Abgrenzung bestimmter Gebiete, in denen ein Volksstamm herrschend sein soll, während nach letzterem System jedes Volk zu einer Art Genossenschaft zusammengeschlossen würde, deren Angehörige ihre Rechte unbeschadet ihres Wohnsitzes ausüben könnten; Popovici tritt für das Territorial-, Renner für das Personalprinzip ein. Das Territorialprinzip leidet an den Schwierigkeiten einer glatten Abgrenzung; so würden z. B. nach den Vorschlägen von Popovici die Deutschen Ungarns, die nach den Magyaren und Rumänen den stärksten Volksstamm des Landes bilden, nur in den drei an Österreich stoßenden deutschen Komitaten zu einem deutschen Territorium kommen, sonst überall als Minderheiten andern Nationalitäten ausgeliefert sein; in dieselbe üble Lage käme der größte Teil der mährischen Deutschen. Das Personalprinzip leidet daran, daß es bis in seine letzten Folgerungen überhaupt nicht durchzuführen ist, da natürlich jede vorhandene Volksgemeinschaft gegenüber den gemeinsamen Behörden gewisse sprachliche Rechte hätte, was praktisch zu unmöglichen Zuständen führen müßte; die Ergänzung durch territoriale Abgrenzungen wäre daher unerläßlich.

So wie Renner und Popovici es sich vorstellen, ist übrigens die Durchführung des einen wie des andern Prinzips unmöglich. Denn erstens ist das Gebiet der nationalen Angelegenheiten, die jeder Volksstamm autonom verwalten könnte, im Vergleich zur Gesamtheit der Staatsaufgaben doch recht begrenzt; es umfaßt das Schulwesen, gewisse Kulturaufgaben, für die Aufwendungen des Staates sowieso sehr geringfügig sind, soziale Wohlfahrtseinrichtungen. Aber schon bei letzteren ergäben sich große Schwierigkeiten; denn beim Personalprinzip müßte es eigentlich selbstverständlich sein, daß jeder Volksstamm auch für seine Invaliden selbst sorgt, wogegen natürlich die Völker mit einer breiteren proletarischen Schicht mit dem Hinweis Einspruch erheben würden, daß ihre Volksangehörigen in der Arbeit für einen volksfremden Arbeitgeber invalide geworden seien, also auch diesem die Sorge für sie zufallen müsse. Ferner müßte es zu den sozialen Aufgaben jeder Volksgenossenschaft gehören, für ihre Angehörigen die Möglichkeit des Landerwerbs zu schaffen, womöglich natürlich auf Kosten einer

andern Volksgenossenschaft. Aber auch bei den gemeinsamen Angelegenheiten, bei denen die nationale Frage scheinbar ausgeschaltet wäre, würde sie doch stark hineinspielen; es gibt kaum eine Steuer, kaum einen Eisenbahnbau, der nicht irgendwie auch nationale Bedeutung hätte. Desgleichen wären die sprachlichen Schwierigkeiten auf diesem Wege durchaus nicht überwunden; in den autonomen Angelegenheiten würde natürlich jedes Volk seine eigene Sprache gebrauchen; aber die Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten, der Verkehr der Volksgemeinschaften untereinander müßte doch durch ein gemeinsames Verständigungsmittel erfolgen. Sowohl Renner wie Popovici sehen es als selbstverständlich an, daß dies die deutsche Sprache sein müßte; aber nehmen wir selbst an, die nichtdeutschen Völker würden diese Notwendigkeit einsehen, so würden sie für diese Anerkennung doch irgendwelche Entschädigung verlangen; denn das Prinzip der Gleichheit und Gleichberechtigung wäre nun doch durchbrochen; der Nichtdeutsche müßte die ihm fremde deutsche Sprache lernen, wenn er bei den gemeinsamen Behörden Dienste sucht, der Deutsche hat das Geschenk schon in die Wiege bekommen. Kurzum, die sozialdemokratische Lehre von den gleichen Rechten scheitert auch in ihrer Anwendung auf das Völkerleben; es handelt sich um ungleiche Machtfaktoren, um Starke und Schwache, die hier zusammenkommen und nun einen Pakt schließen sollen; und Stärke und Schwäche beruhen nicht nur auf der Verschiedenheit der Zahl, sondern auch auf der Verschiedenheit des Kulturgrads, der wirtschaftlichen Entwicklung, des Verkehrswerts der Sprache. Darum sieht sich natürlich auch jedes Volk die Vorteile und Nachteile, die ihm die nationale Autonomie bringen würde, genau an und nimmt dementsprechend dazu Stellung. Die nichtmagyarischen Völker Ungarns würden sie — vielleicht selbst einschließlich der Deutschen, die dabei am schlechtesten wegkommen — als Erlösung vom Drucke der magyarischen Herrschaft mit Freuden begrüßen; Tschechen und Polen verabscheuen sie, weil ihnen damit die Möglichkeit die Deutschen, bez. die Ruthenen zu unterdrücken, genommen wäre; die Winden sehen sie nicht unfreundlich an, weil die Autonomie sie in Kärnten und Steiermark der deutschen Vorherrschaft entzöge, und die Stellungnahme der alpenländischen Deutschen ist aus dem gleichen Grunde anders als die der sudetenländischen. Es fehlt also schon von vornherein der Wille aller Völker, sich auf den Boden der nationalen Autonomie zu stellen und deren Grundlagen gütlich zu vereinbaren. Die Sozialdemokratie hat sie zwar als ihr Programm zur Lösung der nationalen Frage erklärt, aber in der Praxis nichts dafür getan, obwohl sie doch z. B. in Böhmen ein gewichtiges Wort für die Durchführung der deutschen Autonomieforderungen in die Wagschale hätte werfen können; aber taktische Rücksichten auf ihre tschechischen Mitglieder standen ihr höher als die Liebe zur erkannten Wahrheit.

Auf diesem Wege ist die nationale Frage also nicht zu lösen; wenn man sich aber von der Utopie lossagt, hier eine Art Völkersozialismus verwirklichen zu wollen, so bietet die sachgemäße Anwendung der Autonomie in bestimmtem Anfange die Möglichkeit, mancherlei Reibungsflächen zu beseitigen, zwischen den Völkern sowohl, wie auch zwischen der Staatsverwaltung und den Völkern. Was hier an Kräften gespart wird, kommt der Stärke der Zentralverwaltung zugute. Will man aus der nationalen Autonomie eine Universalbehandlung machen, die unterschiedslos nach dem gleichen Rezept auf alle Teile des Reichs und alle Völker angewendet wird, so löst sie wiederum nur Widerstände aus und schadet ebensoviel als sie nützt; sie kann sich nur bewähren als eine den Verhältnissen angepaßte örtliche Therapie. In dieser Weise ist sie in bescheidenem Umfange bisher in einigen Fällen angewendet worden, nicht aus allgemeinen Grundsätzen heraus, sondern weil sich in dem betreffenden Falle die Zweckmäßigkeit des Verfahrens geradezu aufgedrängt hat. Zwischen diesem Vorgehen und der wahllosen Durchführung der Theorie läge die Geneigtheit der maßgebenden Faktoren in der richtigen Mitte, sie überall dort anzuwenden, wo es den Staatsinteressen entspricht. Die letzte Wahlreform hat aus praktischen Bedürfnissen heraus die Wahlkreise national abgegrenzt, weil auf andre Weise eine Einigung über sie überhaupt nicht zu erzielen gewesen wäre, und dadurch einer territorialen Autonomie gut vorgearbeitet. In Mähren ist das Prinzip der Personalautonomie bis zu einem gewissen Grade in den Landesangelegenheiten durchgeführt. Jeder Wähler gehört dort einem nationalen Kataster an; derselbe Wahlbezirk wählt sowohl deutsche wie tschechische Abgeordnete, so daß keine nationale Minderheit um ihr Wahlrecht gebracht, aber auch keine zu der vergeblichen Anstrengung gezwungen ist, der Mehrheit ihren Sitz zu entreißen. Die Verwaltung einer Reihe von Landesangelegenheiten, wie insbesondere des Schulwesens, ist national getrennt. In Böhmen ist der Landesschulrat und der Landeskulturrat in nationale Sektionen geteilt, das einzige Ergebnis des nationalen Ausgleichs vom Jahre 1890; die Einrichtung hat sich durchaus bewährt. Ein Mangel der nationalen Autonomie in Mähren ist es, daß nicht auch jede Nationalität für ihre Bedürfnisse finanziell selbst aufkommt und ihre Steuerleistung ihr zugute kommt; natürlich würden die Tschechen sich dagegen mit allen Kräften wehren, weil die Steuerkraft der Deutschen der ihrigen sehr überlegen ist. Das beweißt, daß die in Mähren bestehende nationale Autonomie noch verschiedener Verbesserungen fähig ist; das System als solches hat sich aber bewährt.

In Böhmen, seit Jahrzehnten dem Brennpunkte des nationalen Streites in Österreich, erhoffen die Deutschen von der nationalen Autonomie die Möglichkeit eines erträglichen Nebeneinanderlebens der beiden das Land

bewohnenden Volksstämme. Es gibt hier eine klare Sprachgrenze, nur ein verhältnismäßig kleines Gebiet mit national gemischter Bevölkerung. Das Land hat eine Bevölkerung von über 6 Millionen, und es ist an sich grotesk, daß die Verwaltung sich dort nach demselben Schema regeln soll, wie etwa die des Landes Salzburg mit 200 000 Einwohnern. Die Teilung in kleinere Einheiten ist also ein verwaltungstechnisches Bedürfnis und damit die Teilung in national gleichartige Gebiete von selbst gegeben. Dem würde die von den Deutschen geforderte Kreiseinteilung in der Verwaltung entsprechend; die Kreise müßten außerdem dem Lande gewisse Aufgaben der Selbstverwaltung abnehmen, wodurch ein weites Gebiet der Majorisierung der Deutschen durch die Tschechen, wie sie jetzt in der Landesverwaltung geübt wird, ohne weiteres entzogen wäre. Ebenso sollten die höheren Gerichtsinstanzen national möglichst einheitlich gestaltet werden. Teilt sich dann auch der ganze Beamtenkörper in zwei nationale Sektionen und wissen Deutsche sowohl wie Tschechen, welche Beamtenstellen ihrer Nationalität vorbehalten sind, dann fällt auch der Kampf um die Besetzung jeder Beamtenstelle weg, während andrerseits die Deutschen in bezug auf den Gebrauch der tschechischen Sprache im Verkehr mit den Behörden des tschechischen Landesteils viel weitergehende Zugeständnisse machen können, sobald diese Forderungen nicht mehr den Vorwand für die Anstellung tschechischer Beamten im deutschen Sprachgebiet abgeben. Die Deutschen stehen auf dem Boden der territorialen Autonomie, nur in den national gemischten Bezirken und der Landeshauptstadt Prag würde eine Personalautonomie mit nationalem Kataster in Frage kommen. Damit ist schon gesagt, daß die Deutschen ihre Stellung nur verteidigen wollen und auf jede Eroberung in tschechischem Gebiet verzichten; bei der Personalautonomie kämen nationale Eroberungen, z. B. an der Sprachgrenze, dem betreffenden Volke zugute, während sich bei der territorialen Autonomie die Sprachgrenze dort, wo sie im Fluß ist, wahrscheinlich bald an der Grenze der nationalen Verwaltungsgebiete festlegen würde. Den Tschechen, die in das deutsche Gebiet angriffsweise vordringen, würde, zurzeit wenigstens, eine Autonomie nach dem Personalprinzip natürlich günstiger sein; indes könnte auch wieder eine Zeit kommen, wo das Blatt sich wendet. Indes wollen die Tschechen gegenwärtig von einer Autonomie oder Zweiteilung in keiner Form etwas wissen und bezeichnen alle derartigen Vorschläge als „Landeszerreißung", ein Verbrechen, das nach ihrer Meinung den Charakter des Hochverrats trägt. Der Grund ihres Verhaltens ist natürlich, daß sie auf diesem Wege nichts zu gewinnen haben; sie würden für das tschechische Gebiet zwar wohl die innere tschechische Amtssprache erlangen; da sie aber dort heute sowieso ganz unter sich sind, so weicht der bestehende Zustand davon nicht sehr weit ab. Als die Tschechen es unter dem tschechischen Handelsminister Fiedler

gar zu dreist trieben und die innere tschechische Amtssprache in die Postdirektion nach Prag verpflanzten, der das Postwesen der ganzen Provinz untersteht, gab es wegen der praktischen Unzuträglichkeiten, die dies zur Folge hatte, allerdings einen Rückschlag, der den Tschechen aber doch einen kleinen Vorteil eintrug. Da übrigens die innere tschechische Amtssprache doch die Kenntnis des Deutschen in den höheren Stellungen nicht überflüssig machen würde, die Tschechen außerdem hoffen, sie bei Gelegenheit für viel geringeren Preis zu erhandeln, so wiegt dieser Vorteil ganz gering gegenüber dem, was sie bei der nationalen Autonomie aufzugeben gezwungen wären: die Beamtenstellen in deutschem Gebiet und die Ausnützung deutscher Steuergelder für sich und ihre nationalen Zwecke.

Die Tschechen verweisen bei ihrem Widerstand gegen die Zweiteilung Böhmens darauf, daß die Deutschen Steiermarks oder Kärntens doch auch nicht daran denken, den Winden nationale Autonomie zu gewähren, von der Stellung der in Niederösterreich eingewanderten Tschechen ganz zu schweigen. Natürlich ist das eine Machtfrage; die Deutschen Steiermarks denken nicht daran, durch eine territoriale Autonomie des windischen Teiles des Landes die zahlreichen deutschen Minderheiten daselbst der Unterdrückung und Verslawung preiszugeben; dasselbe gilt von Kärnten, wo das Deutschtum zweifellos auch unter den ungünstigen Verhältnissen der letzten Jahrzehnte noch Fortschritte gemacht hat. Eine Personalautonomie im steirischen Unterland, die jede Volksgemeinschaft auch die Lasten für ihre Schul- und Kulturbedürfnisse tragen läßt, könnte dem Deutschtum übrigens nicht sonderlich gefährlich sein. Aber es kann, wie ich schon angedeutet habe, gar nicht darauf ankommen, ein System der Autonomie auszuklügeln, das auf alle Teile der Monarchie gleichmäßig angewendet wird, die Autonomie soll nur den Zentralismus von Aufgaben entlasten, die seine Kräfte nutzlos übermäßig in Anspruch nehmen. Daß der Staat für seine zentralistische und einheitliche Verwaltung in erster Linie die Dienste der Deutschen in Anspruch nehmen muß, ist eine logische Notwendigkeit. Denn in den höheren Instanzen, dort wo die Verwaltung wirklich zentralisierend und zusammenfassend arbeiten muß, ist der Gebrauch einer Staats- oder Vermittlungssprache unentbehrlich, die der Natur der Dinge nach nur die deutsche sein kann. Heute kann der Staat nicht mehr damit rechnen, daß sich, wie noch vor einem halben Jahrhundert, der Tscheche, Pole oder Winde, der in höhere Beamtenstellungen aufrückt, seines Nationalgefühls entäußert oder vielleicht schon beim Eintritt in die Beamtenlaufbahn sich nur als Österreicher fühlt; während aber auch den dem „Nur-Österreichertum" entwachsenen, nationaler gewordenen Deutschen eine Interessengemeinschaft mit dem zentralistischen Staat verbindet, muß der nationale Tscheche oder Pole seinen Gefühlen Gewalt antun, wenn er diesen deutschen Zentralismus stützen soll;

er wird in ihm ein zersetzendes Ferment sein, wie die Erfahrungen mit slawischen höheren Ministerialbeamten und Ministern wiederholt bewiesen haben. Die Durchführung der nationalen Autonomie in Böhmen würde zwar wohl einen rein tschechischen Beamtenkörper schaffen, der gegen die deutsche Beamtenschaft scharf abgegrenzt und in dem auch die letzte Fiktion eines über dem nationalen Streit stehenden österreichischen Beamtentums beseitigt wäre; in der Tat würde es sich dabei nur um das Verschwinden einer Fiktion handeln, denn diese tschechischen Beamten fühlen sich eben auch heute schon vollkommen als Vertreter ihres Volkes, was sie in ihrer Amtsführung sehr häufig auch die durch das Gesetz gezogenen Grenzen nicht beachten läßt. Der Zustand ist nicht gerade erfreulich, aber im Hinblick darauf, daß es nun einmal kein Mittel gibt, um eine Beamtenschaft in der Art der altösterreichischen neu zu schaffen, gerade noch erträglich. Er erfordert als Gegengewicht aber unbedingt, daß die Grenzen der Betätigungsmöglichkeit für diesen tschechischen Beamtenkörper scharf gezogen sind, und er es als aussichtslos erkennen muß, sie zu durchbrechen und darum auch auf jeden Versuch verzichtet, sich als Genossenschaft zur Erwerbung weiterer Rechte, insbesondere in der Zentralverwaltung, zu organisieren.

Es fragt sich nun, ob das Deutschtum stark genug ist, den Tschechen diese Grenze vorzuschreiben? Ob die Aufgabe, den Zentralismus zu tragen, für sie nicht doch zu schwer ist, auch wenn einige Reibungsflächen, an denen sich der alte Zentralismus wundgescheuert hat, durch die nationale Autonomie ausgeschaltet werden? In Österreich beträgt die Zahl der Deutschen 36 v. H., im ganzen Reich gar nur 25 v. H.; müssen die Deutschen da der Wucht der Zahl nicht erliegen, zudem die Frage der gemeinsamen Armee es nicht zuläßt, Ungarn auszuscheiden? Denn das Problem stellt sich hier so: Ungarn ist beim Reich zu erhalten, solange die Armee ein verläßliches Werkzeug in der Hand der Dynastie ist; ihre Zuverlässigkeit hängt aber mit der Armeesprache aufs innigste zusammen. Hier bedeutet Armeesprache mehr als Kommandosprache; die deutsche Sprache ist auch das Mittel, durch das der Offizier nichtdeutscher Herkunft in nationaler Beziehung „denaturiert" wird, wobei das erstrebte Endresultat lediglich eine national indifferente Staatsgesinnung oder, da dieser Ausdruck im Hinblick auf Ungarn doch zweideutig ist, unbedingte Verwendbarkeit in der Hand des obersten Kriegsherrn ist. Zugegeben, daß sich auch heute noch dieser Prozeß in der Armee vollzieht — es gibt auch genug Fälle, wo er versagt — so wird die Armeeleitung doch desto sichrer gehen, je mehr sie den Offiziersnachwuchs aus deutschen Kreisen holt. Ein deutscher Offizier wird eben bei einem Zusammenstoß zwischen der Dynastie und dem ungarischen Parlament nicht in jenen Gewissenskonflikt kommen, dem ein magyarischer Offizier kaum entrinnen kann.

Indes zeigt gerade das Beispiel Ungarns, daß eine geschickte Ausnützung vorhandener Kräfte überraschende Beherrschungsmöglichkeiten eröffnet. Setzen wir einmal das Streben der Dynastie, die Einheit des Reichs aufrecht zu erhalten, mit Zentralismus, die einheitliche deutsch kommandierte Armee mit Deutschtum gleich — der Magyare vollzieht etwa diese Gleichung, die, wie ich wohl weiß, bis zu einem gewissen Grade anfechtbar ist —, so findet man bei rein äußerlicher Betrachtung verschwindend wenig Unterstützung für beides im Bereiche der Stefanskrone; Graf Khuen wird uns vielleicht bald eines besseren belehrt haben. Im Jahre 1867 hat die Krone den Magyaren weit mehr als die nationale Autonomie zugestanden: die staatliche; wenn sie jetzt die nationale gegen die staatliche ausspielt, so hat sie wiederum die stärksten Trumpfkarten in der Hand. Sie braucht hierbei gar nicht so weit zu gehen, wie Popovici will, der Ungarn nach ethnographischen Gesichtspunkten aufteilt und die Bestandteile unmittelbare Glieder der „Vereinigten Staaten von Groß-Österreich" werden läßt; sie braucht nur einen Teil der Macht zurückzunehmen, mit der sie überflüssigerweise die Magyaren ausgestattet hat. Es war nicht nötig, daß der Kaiser den Wahlapparat, dessen Eigenart in einem früheren Abschnitt geschildert wurde, den Herren Kossuth und Apponyi ausgeliefert hat; jetzt läßt er ihn durch seinen Mann verwalten, den Grafen Khuen. Wenn nun Graf Khuen eine Mehrheit für sein Ministerium bei den nächsten Wahlen erlangt, so bedeutet dies natürlich noch nicht eine endgültige Niederwerfung des Magyarentums oder eine Lösung der Nationalitätenfrage; aber nach den Wahlen muß die Wahlreform erledigt werden; nehmen wir an, es geschieht in der Weise, daß ein Drittel der Sitze den nichtmagyarischen Nationalitäten (einschließlich der Kroaten) und den Sozialdemokraten zufällt, ein weiteres Drittel jener Partei, die sich um jede Regierung sammelt, von der man glaubt, daß sie oben fest verankert ist, und nur ein Drittel den magyarischen Nationalpolitikern verbleibt, so dürften gemeinsame Armee, gemeinsame Bank und gemeinsames Zollgebiet bis auf weiteres gut aufgehoben sein. Natürlich müßte die Regierung den nichtmagyarischen Nationalitäten einige billige Zugeständnisse machen: Beachtung des Nationalitätengesetzes, Einstellung der Rassenjustiz, Preßfreiheit und Ausgestaltung oder mindestens Nichtbehelligung der Kirchenautonomie, die vielfach heute schon den Rahmen einer nationalen Autonomie abgibt. Das kann den Kern eines Programms der vollkommen friedlichen Wiedereroberung Ungarns bilden. Freilich müssen die Magyaren das Gefühl haben, daß es sich um eine Politik auf lange Sicht handelt; dann könnte sich auch zwischen dem bescheidener gewordenen Magyarentum, den Deutschen und Rumänen jenes Bündnis anbahnen, das für alle drei Völker durch die slawische Gefahr von der Natur gegeben ist, von dem das überspannte Selbstgefühl der Magyaren aber bisher nichts wissen wollte. Unter derselben

Voraussetzung wird die deutsche Sprache auch bald die Stellung in Ungarn gewinnen, die ihr als der Sprache der Armee gebührt. Trotz aller Verfolgung hat sie ja auch heute schon eine Ausnahmestellung, denn sie ist nicht irgendeine der Sprachen, die von einer der nichtmagyarischen Nationalitäten gesprochen wird, sondern sie ist die natürliche Vermittlungssprache zwischen den nichtmagyarischen Völkern des Landes, die als solche allerdings gewaltsam durch die magyarische Staatssprache zurückgedrängt werden konnte, unbestritten aber die Kulturvermittlerin nach dem Westen. Sehen die Magyaren, daß es bei der deutschen Armeesprache bleibt, dann werden sie die deutsche Sprache auch in den Schulen zu ihrem eigenen Vorteil mehr pflegen. Zentralismus und Deutschtum hätten damit in Ungarn fast ganz mit fremden Truppen einen Sieg erfochten, der den gesamtstaatlichen Bedürfnissen vollkommen genügt; es würde zu weit führen, wenn ich darauf eingehen wollte, wie dieser Sieg im einzelnen, insbesondere durch eine Neugestaltung des Verhältnisses der beiden Reichshälften zueinander auszunützen wäre. Jedenfalls bedarf es weder der Rückkehr zum Bachschen Absolutismus noch des radikalen Umsturzes im Sinne Popovicis, um den Loslösungsprozeß Ungarns zu hemmen und es wieder dem Reichsgedanken unterzuordnen: und dabei bleiben schärfere Mittel gegenüber den Magyaren immer noch in Reserve*). Sie ohne Not anzuwenden, wäre nicht politisch; denn als Gegengewicht gegen das Slawentum sind die Magyaren ein wertvoller Faktor, den man nicht dadurch ausschalten darf, daß man sie in eine verzweifelte Opposition treibt. Es wird ihre Neigung, sich mit den Verhältnissen abzufinden, jedenfalls stärken, wenn sie sehen, daß sie noch etwas zu verlieren haben.

Zu den Machtmitteln der Dynastie gegenüber den Magyaren gehört auch das Serbo-Kroatentum; eine ungeschickte Politik rückt die Gefahr freilich nahe, daß Serbo-Kroaten und Magyaren sich zu gemeinsamen Widerstand gegen die Krone und den Zentralismus zusammenschließen. Den Interessen des Gesamtstaats entspricht es jedenfalls nicht, die Kroaten in der Weise den Magyaren auszuliefern, wie dies seit dem Ausgleich geschehen ist, aber ebensowenig ist dies bei Durchführung des Trialismus und Schaffung eines südslawischen, großkroatischen oder großserbischen, Staatsgebildes der Fall. Eine Vereinigung Dalmatiens mit Kroation könnte vielleicht noch angehen. Bosnien hat die gemeinsame Regierung sowieso schon viel zu sehr ihrer Leitung entgleiten lassen; das Land hätte zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung noch durch Jahrzehnte eines aufgeklärten Absolutismus bedurft.

*) So würde z. B. die Ersetzung der magyarischen Staatssprache durch die deutsche von den nichtmagyarischen Bewohnern des Landes, also von der Hälfte der Bevölkerung, mit Freuden begrüßt werden, insbesondere wenn damit eine Erweiterung der Rechte der eigenen Sprache im Sinne einer nationalen Autonomie Hand in Hand ginge; der Vorteil eines solchen Tausches für sie ist ja unverkennbar.

Da nun der Fehler mit der Gewährung der Verfassung aber einmal begangen worden ist und nicht gut wieder ungeschehen gemacht werden kann, so muß die Regierung sich so gut wie möglich mit der neuen Lage abfinden. Fällt die Regierung der natürlichen Entwicklung nicht allzusehr in den Arm, so werden die Serben im bosnischen Landtag zweifellos als das stärkste und fortgeschrittenste Element eine führende Rolle spielen; das kann ihnen den Gedanken, bei einer Vereinigung mit Kroatien durch die Kroaten majorisiert zu werden, nicht gerade verlockend erscheinen lassen, und dadurch würde die Regierung eine wertvolle Bundesgenossenschaft gegen die großkroatischen Pläne erhalten. Den Gegensatz zwischen Serben und Kroaten lebendig zu erhalten, keine der beiden Parteien zu stark werden zu lassen, müßte neben zwei zuverlässigen Armeekorps zum eisernen Bestand der österreichischen Politik in dieser Balkanecke gehören.

Wenn nun, wie ich annehme, jenseits der Leitha mit dem Aufwand verhältnismäßig geringer Mittel durch das Gegeneinanderspiel und die richtige Einschätzung der vorhandenen Kräfte sich ein großer Gewinn für den Zentralismus und das Deutschtum erzielen läßt — freilich keinen gewaltsam germanisierenden und uniformierenden, wie es der Bachsche war, aber doch einen, wie er den Anforderungen der Reichseinheit zur Not genügen kann —, so kann man um so zuversichtlicher damit rechnen, daß die 36 v. H. Deutschen in Österreich das Gefüge des Staates zusammenhalten und festigen können, wenn ihre Kräfte nur an der richtigen Stelle angesetzt werden. Denn ganz abgesehen davon, daß das rein mechanische Zählen uns nie ein Bild der Stärke eines Volkes geben kann, gibt es auch in Zisleithanien Gebiete, die der Zentralismus mit verhältnismäßig geringen Kraftaufwand soweit festhalten kann, wie die Staatseinheit dies erfordert. Hierher gehört Galizien mit seinen über sieben Millionen Bewohnern. Polen und Ruthenen halten sich hier die Wage. Die deutsche Sprache, die deutsche Bürokratie und wohl auch die deutschen Moralbegriffe machen an der Grenze dieses Landes halt. Man verzichtet in Wien darauf, Galizien zu regieren; aber man kann es wenigstens ohne großen Kraftaufwand beherrschen, wenn man einerseits dem Geldbedürfnis des an sich nicht armen, aber schlecht regierten Landes seinen Tribut entrichtet, andrerseits den polnisch-ruthenischen Gegensatz mit einigem Geschick ausnützt. Zweifellos hat man die Polen in den letzten Jahrzehnten zu stark werden lassen; seit der Wahlreform bekommen sie allerdings die Rückwirkung der demokratischen Bewegung in den eigenen Reihen, wie auch die Gegnerschaft der Ruthenen, die man bei der Wahlreform zwar sehr verkürzt hat, die dabei aber doch einige Sitze im Reichsrat gewonnen haben, stärker zu spüren. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es in nächster Zeit zu einem Ausgleich zwischen Polen und Ruthenen kommen wird, der freilich keinen dauernden Frieden schaffen, wohl aber einen Fortschritt in

der nationalen Entwicklung der Ruthenen bedeuten wird. Wenn man schließlich soweit kommen sollte, daß der polnische und ruthenische Einfluß in Galizien sich einigermaßen die Wage halten, dann wird die Wiener Regierung nur an einem der beiden Drähte zu ziehen haben, um sich der Hilfe des einen oder andern Volkes zu versichern. Die Natur hat bereits dieses Land unter zwei Volksstämme geteilt, Österreich braucht sich bloß um den zweiten Imperativ des: „Divide et impera" zu bemühen.

Zieht man ferner in Betracht, daß die eigenartigen ethnischen Verhältnisse der Bukowina dort eine Art Schiedsrichterstellung der Regierung zwischen den Nationalitäten zu einer von keiner Seite ernstlich angefochtenen Notwendigkeit machen, daß in Dalmatien deutschnationale Interessen überhaupt nicht in Frage kommen und die Bestrebungen der Kroaten auf Vereinigung mit Kroatien keine vitalen Belange der Monarchie berühren, so sehen wir das Feld, wo der Zentralismus bedroht ist und der Staat dringend einer Reorganisation bedarf, doch wesentlich eingeengt: es sind die ehemaligen deutschen Bundesländer, in denen die Deutschen sogar zahlenmäßig eine kleine Mehrheit bilden. Hier greifen die Tschechen an den Nerv des Staates durch ihr Programm des böhmischen Staatsrechts, durch die Zerrüttung, die sie durch ihre nationalen Ansprüche in die Zentralverwaltung tragen, endlich durch ihre Angriffe auf die auswärtige Politik, der sie von Grund aus eine andre Richtung zu geben bemüht sind. Wenn die Dynastie sich mit den Deutschen verbündet, so kann darüber kein Zweifel sein, daß sie stark genug ist, um die Tschechen in Schranken zu weisen, die sie für den Bestand des Staates ungefährlich machen.

Die erste Aufgabe, die hier zu lösen ist, ist die Schaffung der nationalen Autonomie in Böhmen. Da die Tschechen eine gütliche Verständigung hierüber ablehnen, müssen die nötigen Maßregeln über ihren Kopf weg durchgeführt werden. Die österreichischen Regierungen haben dieser Frage gegenüber bisher eine sehr merkwürdige Haltung eingenommen; Graf Taaffe leitete seinerzeit ohne sonderliche Begeisterung auf höheren Wunsch die Verständigungskonferenzen ein, und der einflußreichste Ressortminister seines Kabinetts, der Finanzminister Dunajewski, tat sein Bestes, um die Durchführung der Vereinbarungen zu verhindern. Spätere Ministerien beschränkten sich darauf, Autonomievorlagen auszuarbeiten, die den Eindruck der Unparteilichkeit dadurch erwecken sollten, daß sie weder den Beifall der Deutschen noch den der Tschechen erlangten. Scheiterten die Verständigungsversuche dann meist schon in den ersten Anfängen, so hielt der Offiziosus ihnen im „Fremdenblatt" eine trockene Leichenrede, worin im Interesse der Beteiligten bedauert wurde, daß der Versuch, den Frieden zwischen den beiden Nationalitäten in Böhmen herzustellen, wiederum mißglückt sei. Die Regierung stellt sich dabei wie ein unparteiischer Zuschauer der Mensur, der aus reinster

Gutmütigkeit von Zeit zu Zeit den Versuch macht, die Paukanten zu versöhnen, den aber im übrigen die ganze Geschichte nichts angeht. In der Tat liegt die Sache gerade umgekehrt; die Tschechen haben aus den schon erwähnten Gründen an der Verständigung kein Interesse, weil ihre nationalen Belange dabei im Verhältnis zum bestehenden Zustand geschädigt werden und sie an die Möglichkeit eines Wandels der politischen Verhältnisse nicht glauben. Für die Deutschen bedeutet die nationale Autonomie wohl eine Entspannung vom täglichen Ärger des nationalen Kleinkampfs, aber durchaus keine Existenzbedingung. Sie haben sich in Böhmen bisher behauptet und würden es auch fernerhin tun. Hingegen macht die Fortsetzung des nationalen Kampfes in der bisherigen Form den Staat zum Hauptverlustträger; denn die Tschechen untergraben seine Verfassung mit der bewußten Absicht, sie ad absurdum zu führen und ihre Ersetzung durch eine föderalistische zu ertrotzen; andrerseits werden die Deutschen dem Staat und seinen Aufgaben entfremdet, ja zu seinen Gegnern gemacht: kurzum er verliert auf beiden Seiten: die Verteidiger fallen ab, die Angreifer heben neue Schanzgräben aus. Aus Selbsterhaltungsinstinkt müßte der Staat hier eingreifen und die Neuordnung mit den ihm zur Verfügung stehenden Machtmitteln vornehmen.

Im Wege einer Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen geht es, wie die Erfahrung gezeigt hat, wie aber auch vernünftige Überlegung lehren sollte, nicht. Wenigstens nicht jetzt und in den nächsten Jahren. Es gäbe vielleicht ein Mittel, die Tschechen einer Verständigung freundlich zu stimmen: es müßte ein paar Jahre so nachdrücklich gegen sie regiert werden, daß die nationale Abgrenzung ihnen greifbaren Vorteil brächte. Das setzt allerdings voraus, daß der Reichsrat in dieser Zeit kaltgestellt ist, was an sich ein so großes Unglück nicht wäre. Indes ist das Verfahren umständlich und der Erfolg nicht ganz sicher; da ist es doch zweckmäßiger, den Erfolg an den Anfang der Periode zu stellen, in dem das Parlament aus dem politischen Leben Österreichs im Zusammenhang mit der Regelung dieser brennenden Frage ausgeschaltet sein muß. An eine Durchbringung der Autonomievorlagen im Reichsrat gegen den Willen der Tschechen ist nicht zu denken, natürlich noch weniger im böhmischen Landtag, der für einen Teil der Angelegenheit zuständig ist und in dem die Tschechen mit dem Feudaladel über die Mehrheit verfügen. So bleibt nur der Weg der Aufzwingung durch eine kaiserliche Verordnung übrig, ein „Staatsstreich". Das Wort klingt gefährlich; es hat aber in Österreich seine Schrecken verloren; der Parlamentarismus hat zu gründlich abgewirtschaftet. Seit dem Erlaß der Badenischen Sprachenverordnungen, also in den letzten dreizehn Jahren, war der Reichsrat mindestens ebenso lange arbeitsunfähig, wie er gearbeitet hat, der böhmische Landtag ist seit zwei Jahren durch Obstruktion lahm-

gelegt, im steirischen haben die Winden kürzlich damit begonnen, der tiroler hat die Obstruktion der welschen Abgeordneten jahrelang ertragen müssen und selbst im krainischen Landtag haben die Winden gegeneinander mit dieser Waffe in der Hand gewütet. Und schlecht und recht hat sich die Erde doch weiter gedreht; die Regierung hat mit dem § 14 regiert, dessen weitherzige Auslegung einen kleinen Staatsstreich wohl aufwiegt; und in den Provinzen haben die Landesausschüsse auch ohne Kontrolle die übliche Wirtschaft, die häufig mit einer Mißwirtschaft verzweifelte Ähnlichkeit hat, fortgeführt. In seinen Glanzzeiten nahm der österreichische Reichsrat das Verdienst für sich in Anspruch, der heillosen Finanzwirtschaft der absolutistischen Zeit ein Ende bereitet zu haben; auch dieser Ruhmestitel gehört der Vergangenheit an. Niemals ist die Arbeitsfähigkeit des Reichsrats mit so horrenden Summen bezahlt worden, wie im letzten Jahrzehnt, wo nur Eisenbahn- und Kanalprojekte, die dem Staate hunderte von Millionen kosten, den Preis bildeten, um den die Abgeordneten sich arbeitswillig finden ließen. Unter dem Ministerium Koerber bewilligte der Reichsrat eine Kanalvorlage, über deren Unausführbarkeit sich niemand den geringsten Zweifel hingab. Nicht minder ging aber auch das Kleingeld, mit dem die parlamentarischen Bedürfnisse von Tag zu Tag und von Abstimmung zu Abstimmung bestritten wurden, in die vielen Millionen; mit Schulen, Subventionen, Flußregulierungen, kurzum dem ganzen Warenlager, das ein Budget bieten kann, mußten die Abgeordneten und ihre Wähler bei guter Laune erhalten werden; nur in der Wahlkreispolitik konnte die „hohe Politik" vorübergehend ersäuft werden.

Nehmen wir an, die Regierung riefe durch kaiserliche Verordnung die im Sinne der deutschen Wünsche gestalteten Zweiteilungsvorlagen mit Umgehung des Reichsrats und böhmischen Landtags ins Leben. Die Tschechen würden in Presse und Versammlungen wüten, den Reichsrat obstruieren, im böhmischen Landtag hochtönende Resolutionen beschließen, wenn dies die Deutschen ihrerseits nicht verhindern, und natürlich die unvermeidlichen Straßenexzesse veranstalten, die bisher durch Verkündigung des Standrechts noch stets kurz abgeschnitten werden konnten. Das wichtigste ist indes, daß die Tschechen nicht in der Lage wären, die Durchführung der Zweiteilung durch Gewalt oder passive Resistenz unmöglich zu machen. Sie könnten die Einführung der Kreisverwaltung natürlich in ihrem Sprachgebiet zahlreiche Schwierigkeiten bereiten, dadurch aber doch nicht verhindern, daß die Einrichtung im deutschen Gebiet ins Leben tritt und zur Zufriedenheit arbeitet. Sie könnten vielleicht die Teilung des Prager Oberlandesgerichts in deutsche und tschechische Senate erschweren, worauf die Regierung mit der Errichtung eines selbständigen deutschen Oberlandesgerichts in Reichenberg oder Eger antworten könnte. Die Tschechen würden sich mit ihrem Widerstande nur ins eigne Fleisch schneiden. Zu gleicher Zeit müßten die Wiener Zentral-

stellen wieder ihrer Aufgabe zurückgegeben werden, die Vertreter des Staatsgedankens gegenüber den nationalen Ansprüchen zu sein. Es sollte doch wohl eine triviale Selbstverständlichkeit sein, daß ein österreichischer Finanzminister die Aufgabe hat, die Staatsfinanzen bestens zu verwalten, nicht aber die, dem Polenklub die Gewähr zu geben, daß das Land Galizien im Budget nicht zu kurz kommt; und ein Handelsminister, den österreichischen Handel zu fördern und nicht auf Schleichwegen die innere tschechische Amtssprache bei der Prager Postdirektion einzuführen. Die parlamentarischen Einrichtungen der heutigen Kulturstaaten, die zum geringsten Teil an die geschichtliche Überlieferung des mittelalterlichen Ständewesens anknüpfen, überwiegend aber nach englischem Muster gebildet sind, mußten sich der Eigenart der Staaten erst anpassen; und man kann nicht sagen, daß überall die beste Anwendung auf die gegebenen Verhältnisse schon gefunden ist. Das gilt von Österreich in ganz besonderem Maße; die Anwendung des englischen Prinzips der Parteiregierung und der den Parteien entnommenen Minister wird hier zur vollendeten Sinnlosigkeit. In England übernimmt die Partei, die ans Ruder kommt, auch die Verantwortung gegenüber dem Lande; versündigt sie sich gegen dessen Interessen, so rechnet dieses bei den Wahlen mit ihr ab. Ein tschechischer Parteimann, der ein Ministerium übernimmt, fühlt sich aber durchaus nicht dem gesamten Lande gegenüber verantwortlich, ebensowenig wie seine Partei; da diese nun die Änderung der geltenden Verfassung und die Beseitigung der Zentralregierung mit ihrem jetzigen Wirkungskreise programmäßig anstrebt, so wird sich ihr Parteimann als Minister desto mehr ihren Dank verdienen, je mehr er zur Untergrabung dieser Zentralverwaltung beiträgt. Und eine Koalition verschiedener nationaler Parteien bedeutet nicht etwa, daß diese sich nun für das Staatswohl gleichmäßig verantwortlich fühlen, sondern daß Tschechen und Polen dafür, daß man ihnen einzelne Ministerien zur Befriedigung nationaler Ansprüche, die sich gegen die Einheitlichkeit der Staatsverwaltung richten, überläßt, nicht hindern wollen, daß diese Verwaltung vorläufig noch besteht. Wenn deutsche Parteien sich an diesem Regierungssystem mitschuldig gemacht haben, so können sie das immerhin damit rechtfertigen, daß sie dadurch für das deutsche Volk Schlimmeres verhüten wollten; vom Standpunkt des Staatsinteresses ist das Verfahren aber unentschuldbar.

Die dauernde Ausschaltung des Parlaments aus dem politischen Leben Österreichs kann man auch vom deutschen Standpunkt nicht wünschen; denn der Absolutismus birgt immer die Gefahr des uferlosen Anschwellens des Militäretats und der schlechten Finanzwirtschaft, deren schließliche Folgen dann doch wieder übermäßige Zugeständnisse an das Parlament sein würden. Aber während jetzt das Parlament haltlos zwischen Ohnmacht und Übermacht auf Kosten wichtigster Staatsinteressen hin- und herschwankt, könnte

die richtige Beschränkung seiner Macht es an die Stelle weisen, wo es dem Staat wirklich nützen kann. Vor allem müßte die ganze Verwaltung, also insbesondere die Beamtenernennungen, seinem Einflusse entzogen sein, was doch auch dem Geiste und dem Wortlaute der Verfassung entspricht. Das ist im Deutschen Reiche und in den meisten deutschen Bundesstaaten so, gewiß nicht zum Schaden des deutschen Volkes; man stelle sich einmal den Zustand vor, daß die Beamtenstellen im Reich, etwa bei der Post, nach der Stärke der Reichstagsparteien aufgeteilt würden! Das Verfahren, das sich in Österreich in den letzten 30 Jahren herausgebildet hat, ist aber in seinen Wirkungen noch viel schlimmer. Ferner hat nie jemand in Österreich das Recht des Kaisers, seine Offiziere zu ernennen, anzutasten gewagt, und zwar nicht nur deshalb, weil dieses Recht sachlich begründet und durch die Verfassung festgelegt ist, sondern auch, weil jedermann weiß, daß ein Versuch in dieser Richtung auf die schroffste Zurückweisung stoßen würde. Es würde natürlich einige Zeit dauern, bis sich die slawischen Parteien daran gewöhnen, daß die Krone auch in der Exekutive ihre verfassungsmäßigen Rechte ausüben will; sie würden zunächst nicht daran glauben wollen, daß es damit ernst ist, und so lange würde wohl auch der Reichsrat durch sie lahmgelegt sein. Aber wenn sie sehen, daß man oben wirklich will und sich nicht einschüchtern läßt, dann werden sie immerhin finden, daß die Arbeitsfähigkeit des Parlaments für sie noch einige Vorteile hat, wenn es freilich auch nicht mehr die Fleischtöpfe von einstens sind. Zur Not kann Österreich den Stillstand der parlamentarischen Maschine ertragen, nicht aber die völlige Desorganisierung seines Verwaltungsapparates.

Daß sich die Tschechen jemals mit solcher Neuordnung wirklich aussöhnen sollten, ist weder von ihnen zu erwarten noch zu verlangen; aber die Interessen des Staates, der Deutschen und der Tschechen gleichzeitig zu befriedigen, kommt der Quadratur des Zirkels gleich. Und so ideal die Rolle des Herrschers erscheint, der die Wünsche aller seiner Völker erfüllt, so kann ihm dies in dieser Welt, in der die Sachen sich hart im Raume stoßen, so wenig gelingen, wie gegenüber allen seinen Untertanen. So erfordert die Staatsräson ein Bündnis zwischen der Dynastie und den Deutschen, um die Einheit des Staates zu erhalten; die Interessen des Staates ziehen die Grenzen, innerhalb deren die Tschechen und die übrigen nichtdeutschen Völker sich ausleben können, sie fordern aber auch von den Deutschen Entsagung und Verzicht auf den Eintritt in einen deutschen Nationalstaat. Innerhalb dieses Rahmens liegt auch die Ausführung jenes Bismarckschen Programms für die Deutschen Österreichs in seiner berühmten Rede an die Steirer, in der er den Deutschen Nachsicht und Geduld gegenüber den nichtdeutschen Völkern, die mit ihnen den Staat bewohnen, empfahl. Beides tut sich darin kund, wenn die Deutschen nur die Bevorzugung fordern, die mit den Staatsnotwendigkeiten zusammen-

fallen; im übrigen mag der Staat der neutrale Kampfplatz sein, auf dem die Kräfte der Völker sich messen. Denn nichts wäre für das Deutschtum verhängnisvoller, als der Irrtum, daß ein solcherweise neu belebter Zentralismus oder die Durchführung der nationalen Autonomie in Böhmen sie vor Rückgang und Verfall schützen könnte, wenn ihr Volkstum innerlich morsch würde. Die Sicherung der Rechte jedes Volkes auf den angestammten Volksboden erschwert dem fremdsprachigen Zuwanderer die Behauptung seines Volkstums, was für den Deutschen im tschechischen Gebiet nicht minder gilt, wie für den Tschechen im deutschen; aber praktisch trifft es den Tschechen zurzeit wohl stärker. Aber nichts hindert die Tschechen, die sozialen Ursachen der Abwanderung in das deutsche Gebiet zu beseitigen, innere Kolonisation zu treiben, Industrien zu schaffen, kulturell und wirtschaftlich den Kampf gegen das Deutschtum mit allem Nachdruck zu führen. Das deutsche Volk wird immer gezwungen sein, seine Gesundheit an dem Erfolge zu messen, den es im nationalen Kampfe hat; es muß seine sittlichen Kräfte stärken, die Schäden bekämpfen, die Alkoholismus und Seuchen der Volksgesundheit schlagen, die Geburtenziffer vermehren, die Säuglingssterblichkeit vermindern, Agrarverhältnisse schaffen, die den Quell der Volkskraft nicht versiegen lassen. Wir brauchen in keiner Weise zu verzweifeln; der Geburtenüberschuß in den Alpenländern hat in den letzten Jahrzehnten beständig zugenommen, in den Sudetenländern übertrifft er heute schon den der Tschechen um ein geringes. Aber immer noch sind die Sterblichkeitsziffern in den deutschen Industriegegenden Böhmens abnorm hoch, besonders wenn wir sie mit denen reichsdeutscher Gebiete vergleichen; für eine nationale Sozialpolitik, die die Übel an der Wurzel bekämpft, die nicht wie das staatliche Rentenwesen nur an den Symptomen herumkuriert, die Gesundheit schafft und nicht bloß Krankheit lindert, bietet sich immer noch ein weites Feld. Hier mögen die Tschechen wie alle andern Völker den Kampf aufnehmen; die Zukunft wird dem tüchtigsten und innerlich gesündesten Volke gehören. Geht das deutsche Volk in seiner Vermehrung zurück, fehlt ihm die Opferwilligkeit, nimmt Genußsucht und Schlaffheit überhand und bewegt sich die Entwicklung der Tschechen in all diesen Dingen in entgegengesetzter Richtung, dann wird auch keine nationale Abgrenzung in Böhmen und kein nationales Schutzgesetz in den deutschen Kronländern die Germanendämmerung aufhalten können; dann wäre die Zeit gekommen, wo die Gesetze des Völkerlebens selbst die Umwandlung der alten deutschen Ostmark in eine slawische Westmark bestimmten.

Es gab Zeiten, wo tiefster Pessimismus unter den Deutschen Österreichs weit verbreitet war; ihr Temperament neigt zu den Gegensätzen: „himmelhoch jauchzend" und „zu Tode betrübt". Zwischen diesen äußersten Ausschlägen der Gefühlsskala macht sich indes doch immer mehr eine ernste

und zuversichtliche Arbeitsstimmung geltend, die von der eigenen Tüchtigkeit und Anstrengung den Erfolg erhofft. Die Anhänger Schönerers haben seinerzeit der Zweiteilungsforderung der andern deutschen Parteien in Böhmen widersprochen, weil dadurch die deutschen Ansprüche auf den tschechischen Teil des Landes preisgegeben würden; im Hintergrunde stand dabei der Gedanke, daß mit der gewaltsamen Eindeutschung der Tschechen oder ihrer Hinausdrängung aus dem Lande begonnen werden sollte, sobald der große Tag der Vereinigung mit dem Deutschen Reiche gekommen sei. Im Gefühl wirklicher Stärke wird man derartige Zukunftsphantasien zurückweisen dürfen, selbst wenn sich die erwähnte Voraussetzung erfüllen sollte. Das tschechische Sprachgebiet ist gewiß ein „Schönheitsfehler" auf der deutschen Sprachenkarte, es steckt wie ein Dorn im deutschen Fleisch. Man könnte vielleicht auch den Aufwand an Kraft beklagen, der hier im nationalen Kampfe verloren geht. Aber wenn man in Reih und Glied dem Feinde gegenübersteht, offenbaren sich mancherlei Schäden am Volkskörper, die man sonst unbeachtet läßt, und die dann weiterfressen. Das ist auch der Segen der Polengefahr im Deutschen Reich; wo wären wir ohne sie dazu gekommen, die aus sozialen Gründen so bitter nötige innere Kolonisation in die Hand zu nehmen — um nur ein Beispiel der segensreichen Rückwirkung des nationalen Kampfes herauszugreifen. So steht es im Hinblick auf die Tschechen auch; mag sein, daß sich einmal die tschechische Frage wirklich gründlich löst, daß die Sprachgrenzen sich zugunsten der Deutschen verschieben, daß die Deutschen im tschechischen Teile Böhmens kolonisieren, daß die wirtschaftliche Übermacht zur freiwilligen Eindeutschung von Tschechen führt und sie schließlich das Schicksal der andern Elbslawen teilen, das die Führer heute dem Volke als warnendes Beispiel vorhalten. Aber dies könnte nur der Erfolg dauernder Volkszunahme und jahrhundertelanger Arbeit auf deutscher Seite sein im Zusammenwirken mit einem Niedergang der tschechischen Volkskraft. Keine Gunst einer österreichischen Regierung kann von den Tschechen solches Schicksal wenden, wenn in ihrem Volkskörper selbst die Bedingungen solchen Niederganges gegeben sind.

Auf die Rückwirkung, die eine Erfüllung der tschechischen Wünsche und eine Föderalisierung der Monarchie auf die auswärtige Politik haben müßte, habe ich bereits hingewiesen; es erübrigt noch eine kurze Erörterung der Stellung der Donaumonarchie zum Deutschen Reich. Die französischen und englischen Publizisten, die die Zukunft Österreichs liebevoll in ihre Obhut genommen haben, behaupten, daß nur die Vorherrschaft des slawischen Elements den Staat vor dem Schicksal bewahren könne, vom Deutschen Reich verschluckt zu werden und deshalb alles, was zugunsten der Deutschen in Österreich geschehe, nur eine Arbeit pour le roi de Prusse sei. Nun stellt sich das Rechenexempel vom Standpunkt der deutschen Volksinteressen ein-

fach genug: der Habsburgerstaat umfaßt heute außer 12 Millionen deutscher Volksgenossen auch noch eine Reihe reeller und ideeller deutscher Werte. Ein solcher Wert ist z. B. die Verbreitung der deutschen Sprache als Verkehrsmittel nichtdeutscher Völker, die durch Österreich-Ungarn hindurch auf den Balkan ausstrahlt; und die österreichisch-ungarische Armee mag zum Deutschtum im übrigen im gleichgültigsten Verhältnis stehen, ihre 70 deutschen Kommandos — natürlich noch mehr, was drum und dran hängt — sind ein Aktivum des deutschen Volkes; die Einführung der magyarischen Kommandosprache in Ungarn würde eine Schädigung des ungarischen Deutschtums und eine Einschränkung des Geltungsgebiets deutscher Sprache bedeuten, somit für das deutsche Volk einen Verlust. Es könnte nun freilich zu Zuständen kommen, wo unter äußerlicher Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Staatsumfangs das deutsche Inventar so große Verluste erleidet, daß ein Eingreifen des Deutschen Reichs vom Standpunkt deutscher Volksinteressen gerechtfertigt erscheinen könnte. Da das Reich sich aber unmöglich ganz Österreich-Ungarn einverleiben und es sich immer nur um die ehemaligen deutschen Bundesländer handeln könnte, so ist klar, daß das deutsche Volk gegenüber dem jetzigen Zustand zweifellos einen schweren Verlust zu verzeichnen hätte; denn der Vorteil, daß die Deutschen in Böhmen es leichter hätten, sich der tschechischen Angriffe zu erwehren, könnte doch gar nicht aufwiegen, daß 200 000 Deutschen in Galizien und der Bukowina und $2^1/_2$ Millionen in Ungarn sich nun unter sehr erschwerten Bedingungen oder gar nicht deutsch erhalten könnten, von der Einbuße, den die Verbreitung der deutschen Sprache und wirtschaftliche deutsche Interessen erleiden würden, ganz zu schweigen. Das ist, wie ich glaube, eine nüchterne Aufrechnung, die sich in dem Satze ausdrücken läßt: je besser es den Deutschen in Österreich-Ungarn geht, je mehr Einfluß sie auf die Leitung des Staates besitzen, desto mehr Anlaß hat das Deutsche Reich, diesem Staate ein langes Leben zu wünschen.

Nach der Ansicht des tschechischen Führers Kramarsch bedeutet der Dreibund im allgemeinen und jede Regierungsmaßnahme zugunsten des Deutschtums oder der deutschen Sprache im besonderen eine Politik im Schlepptau und nach dem Kommando Berlins; es mag auch noch andre Leute geben, die den Kaiser dahin beraten, daß eine entschiedene Wendung zugunsten des Deutschtums diesen Eindruck erwecken könne. Es ist müßig, darüber zu streiten, wer beim deutsch-österreichischen Bündnis der gebende Teil ist; die Führung in der gemeinsamen Politik hat bisher jedenfalls viel weniger davon, als von der geistigen Potenz der Staatsmänner, die hüben und drüben die äußere Politik leiten, abgehangen. Bismarck hat sich seinerzeit, wie Kalnoky klagte, der österreichischen Orientpolitik wenig freundlich erwiesen, Ahrenthal hat das Deutsche Reich vor deren Wagen gespannt. Vielleicht bedarf der Bündnisvertrag überhaupt eines neuen erweiterten Inhalts;

der deutsch-englische Gegensatz, der zu Bismarcks Zeiten nicht oder nur in bescheidenem Maße bestand, zeigt das Feld, auf dem das Reich sich für Dienste, die es Österreich im Orient leistet, entschädigen lassen kann. Hat die Konstitution die Verhältnisse der Türkei dauernd befestigt, so verliert die orientalische Frage ihren gefährlichen Charakter; ist dies aber nicht der Fall — und vielleicht sind einige Zweifel berechtigt, ob die Verfassung das Zaubermittel sei, durch das der Völkerstreit in der Türkei gesänftigt werden kann — dann ersteht eines Tages die orientalische Frage wieder drohender denn je. Von Zeit zu Zeit hat Österreich und Rußland sich darüber verständigen können, daß beide im Orient nichts tun; einer Verständigung über gemeinsames Handeln stehen erheblich größere Schwierigkeiten entgegen. Der Kaiser von Österreich mag stets das befriedigende Gefühl der Unabhängigkeit seines Staates darin finden, daß er jederzeit seiner Politik eine gerade entgegengesetzte Richtung geben kann. Nichts wäre so kinderleicht, wie die Aufgabe des deutschen Bündnisses und der Eintritt in die englisch-französisch-russische Koalition als jubelnd aufgenommener Vierter im Bunde. Die Kaunitzsche Koalition, vor der Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen" warnt, sein „cauchemar" wäre verwirklicht; der Anfang wäre leicht, das Ende aber bitter. Denn die Ähnlichkeit mit der Kaunitzschen Koalition wäre nur äußerlich; damals war der österreichisch-preußische Gegensatz doch ein häuslicher deutscher Streit, der mit Hilfe Europas ausgefochten wurde; Österreich und Preußen waren die Paukanten, die andren die Sekundanten. In der neuen Koalition wäre Österreich eine Nebenrolle zugewiesen; läge Deutschland schließlich auch am Boden, so könnte es doch nie der Wille Englands und Rußlands sein, aus Österreich die deutsche Vormacht oder es irgendwie stark genug zu machen, um durch eine tätige Orientpolitik Englands oder Rußlands Kreise zu stören. Der Sieg würde England und dem Panslawismus gehören, die sich in die Herrschaft der Welt teilen; Österreich fiele die Rolle einer russischen Satrapie zu.

Die Stärke der Völker und ihre Bestrebungen, ihr Verhältnis zum Staat und den dynastischen Interessen, ihre Beziehungen zu ihren Volks- und Rassegenossen außerhalb der Monarchie richtig zu erkennen, sich mit den staatserhaltenden Kräften zu verbinden, die zersetzenden niederzuhalten: das sind die Aufgaben einer österreichischen Staats- und einer habsburgischen Hauspolitik. Die falsche Einschätzung der Stärke und der Entwicklungstendenzen der Völker ließ den nationalen Streit an den Lebensnerv des Staates greifen; es ist hohe Zeit, daß eine richtige Bewertung jedem Volke den ihm gebührenden Platz anweist. Das würde die Periode der nationalen Kämpfe, in die der Habsburgerstaat mit dem Jahr 1848 eingetreten ist, nicht in dem Sinne abschließen, daß diese nun ein Ende hätten, wohl aber insofern, als sie den Bestand des Staates nicht mehr bedrohen. Dem

nächsten Kaiser auf dem österreichischen Throne wird sich voraussichtlich die Aufgabe stellen, dem Staat die Neuordnung zu schaffen, die ihn mit neuer Lebenskraft erfüllt und seine Behauptung inmitten einer neuen Zeit auch für die Zukunft sichert. Wird er die Aufgabe erkennen, wird sein Wille nicht erlahmen, wird er die richtigen Berater und Helfer finden? Und wird das deutsche Volk in Österreich, das in den letzten 30 Jahren politisch gereift, seine Abwehrrüstung gegen Angriffe auf sein Volkstum beständig verbessert und ausgestaltet hat, dann auch die weitblickenden Führer haben, die den neuen Aufgaben, die sich der deutsch-österreichischen Politik stellen werden, gewachsen sind? Schicksalsfragen, mit denen sich unsre Hoffnungen verknüpfen! Wir können sie heute nicht beantworten; vielleicht hat immerhin dies Buch dem teilnehmenden Beobachter die Unterlage geboten, um ihre Bedeutung zu erkennen, wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, wo Tatsachen sie beantworten.

Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung, Theodor Weicher, Leipzig.

Ostdeutscher Kulturkampf

von

L. Trampe

Staatsanwalt a. D.

1. Buch:

Ostdeutscher Rassenkampf.

1907. 93 S. gr. 8°. M. 1.—.

2. Buch:

Sprachenkampf und Sprachenrecht in Preußen und seiner Ostmark.

Systematische Darstellung der Entwickelung der Sprachenfrage in Preußen-Deutschland, unter besonderer Berücksichtigung des preußischen Ostens, auf Grund der einschlägigen öffentlich-rechtlichen Bestimmungen und parlamentarischen Verhandlungen.

1908. VIII u. 466 S. gr. 8°. M. 14.60.

Römerspuren
und
Römerkriege
im nordwestlichen Deutschland

Nach einem im Dezember 1894 gehaltenen Vortrage, nebst einem Anhange:

Die Stämme der Germanen

von

O. Dörrenberg.

1909. XI u. 258 S. mit 13 Tafeln u. 1 Tabelle geheftet M. 12.50, geb. M. 14.—.

Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung, Theodor Weicher, Leipzig.

Dr. A. Fischer's Repetitorien

zu den österreichischen Staatsprüfungen und Rigorosen.

Plan der Sammlung (Änderungen vorbehalten):

Bisher sind erschienen:

1. Römisches Recht (Institutionen und Pandekten). I.: Allg. Teil, Sachenrecht.
2. dto. dto. II.: Obligationsrecht, Zivilprozeß.
3. dto. dto. III.: Familienrecht, Erbrecht.
4. Kirchenrecht I.: Quellen, Verfassung.
5. dto. II.: Verwaltung, Eherecht.
6. Deutsche Rechtsgeschichte I.: Öffentliches Recht.
7. dto. II.: Privatrecht.
8. Österreichische Reichsgeschichte.
9. Strafrecht I.: Allgemeiner Teil.
10. dto. II.: Spezieller Teil.
11. Strafprozeß. I.
12. dto. II. und Register zu Heft 9—12.

Später werden erscheinen:

13. Österreichisches Zivilrecht I.: Allgemeiner Teil, Mobiliarsachenrecht.
14. dto. II.: Grundbuchs- und Sachenrecht.
15. dto. III.: Obligationenrecht.
16. dto. IV.: Familienrecht, Erbrecht.
17. Handelsrecht I.: Allgemeiner Teil, Subjekte.
18. dto. II.: Handelsgeschäfte.
19. Wechselrecht.
20. Zivilprozeß I.: Jurisdiktionsnorm, Gerichtshofsverfahren I. Instanz.
21. dto. II.: Bezirksgerichtliches, Rechtsmittel-, Besonderes Verfahren.
22. Exekutionsordnung.
23. Konkursordnung.
24. Allgemeines und österreichisches Staatsrecht.
25. Verwaltungslehre und österreichisches Verwaltungsrecht.
26. Nationalökonomie.
27. Finanzwissenschaft und österreichisches Finanzrecht I.: Allgemeiner Teil.
28. dto. dto. II.: Direkte Steuern.
29. dto. dto. III.: Indirekte Steuern und Gebühren.
30. Agrarpolitik und österreichisches Agrarrecht.
31. Handels-, Industrie- und Kommunikationspolitik.
32. Völkerrecht.

Obzwar in erster Linie für die Bedürfnisse der Studierenden berechnet, könnten diese Hefte wohl auch solchen ein willkommener Behelf werden, die die Studienjahre längst hinter sich haben, aber in irgendeiner Disziplin schwankend gewordene Kenntnisse rasch und gründlich auffrischen wollen, vielleicht auch gebildeten Nichtjouristen, die sich in juristischen Dingen ohne kostspielige Werke und zeitraubende Studien orientieren möchten.

Jedes Heft kostet: Kr. 1,80.

Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung, Theodor Weicher, Leipzig.

Deutsche Auslands-Politik und ihre Verleumder

Im Lichte historischer Tatsachen Von einem aktiven Diplomaten

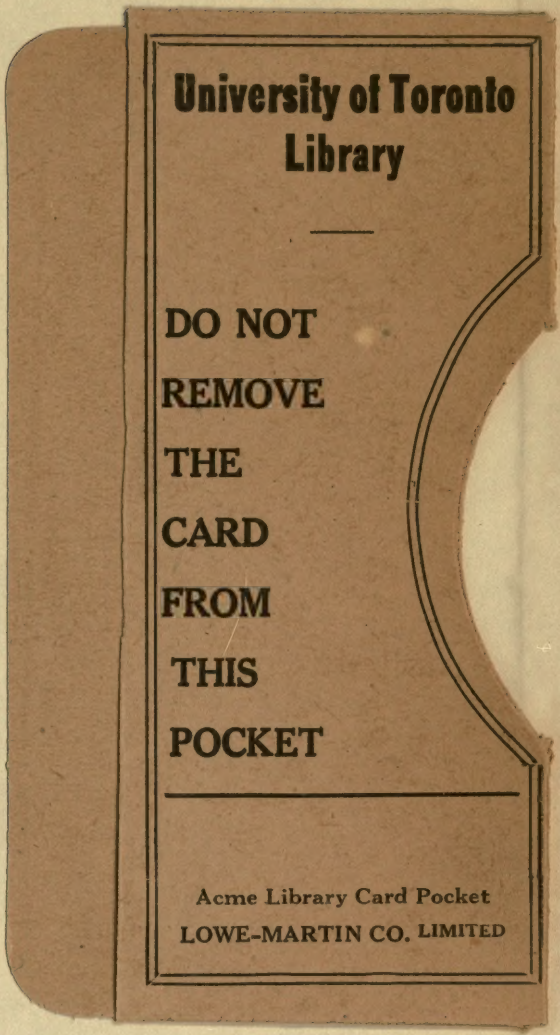
1910. 64 S. gr. 8°. 1 Mk.

Aus dem Vorwort:

Die Denkschrift soll nicht nur Fingerzeige bieten für die Aufklärungsarbeit unserer Diplomaten im Auslande; sie ist auch bestimmt, in kritischer Zeit die Gewissen zu schärfen, das Verantwortlichkeitsgefühl zu stärken und der verleumderischen Stimmungsmache gegen Deutschland dadurch entgegenzuwirken, daß sie sagt, **was ist.**

„Die stärkste Diplomatie ist diejenige, die mit offenen Karten spielt." Der Betätigung dieses Erfahrungssatzes in offiziellen Aktenstücken oder amtlichen Direktiven stehen gegenwärtig in Deutschland noch mancherlei Hindernisse im Wege.

„Il ne faut jamais avoir plus d'esprit que ses chefs." Nicht selten wird auch in der Diplomatie das markantere Hervortreten eines einzelnen von der verletzten Eigenliebe als Verletzung der Homogenität des ganzen Korps denunziert.

Endlich wird das Aide-Mémoire als eine dem Frieden dienende, sachliche Widerlegung weitverbreiteter Irrtümer und Lügen auch in diplomatischen Kreisen größere Beachtung finden, nachdem sein Inhalt der öffentlichen Kritik unterbreitet wurde.

BINDING LIST SEP 1 1948